

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

Gutachten - Jugend und Politik

Schreiben des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei vom 7. November 2001 an die Präsidentin des Landtags:

"Anliegend übersende ich Ihnen das Gutachten - Jugend und Politik (Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001) - des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Zur Information der Abgeordneten des Thüringer Landtags bitte ich, das Gutachten möglichst zeitnah zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu verteilen."

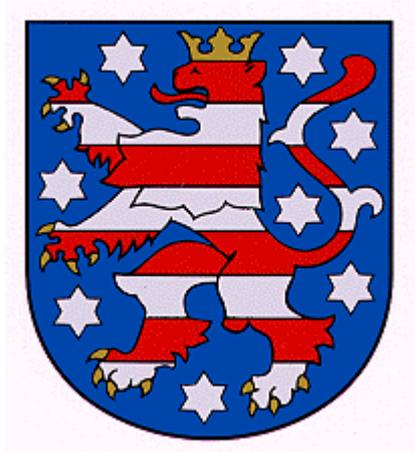
Gnauck
Minister

Hinweis der Landtagsverwaltung:
Das Gutachten wurde als Anlage übernommen.

Vorabdruck verteilt am: 8. November 2001; die nach der Verteilung des Vorabdrucks durch die FSU Jena übermittelten Korrekturen wurden berücksichtigt.

Druck: Thüringer Landtag, 23. November 2001

POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Jugend und Politik Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001

**Klaus Dicke • Michael Edinger
Andreas Hallermann • Karl Schmitt**

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort

Im Rahmen eines von der Landesregierung des Freistaates Thüringen in Auftrag gegebenen mehrjährigen Forschungsprojekts hatte ein Jenaer Forscherteam im November 2000 eine erste Studie vorgelegt, in der auf der Grundlage einer Umfrage („Thüringen-Monitor“) die politischen Einstellungen der Thüringer einer politikwissenschaftlichen Analyse unterzogen wurden. Neben den politischen Einstellungen generell wurden als Schwerpunktthema die Einstellungen zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit behandelt (Dicke/Edinger/Schmitt 2000). In Fortführung dieser Untersuchungen wird mit dem vorliegenden Band die Studie 2001 übergeben und der Öffentlichkeit vorgelegt. Neben den erneut untersuchten allgemeinen politischen Einstellungen der Thüringer behandelt sie das Thema „Jugend und Politik“ als Schwerpunkt.

Die Studie ist in vier Kapitel gegliedert: Die Einleitung skizziert den normativen und theoretischen Rahmen, in dem sich Fragestellung und Schwerpunktsetzung bewegen. Dabei wird besonders auf die allgemeine politische Relevanz des diesjährigen Schwerpunktthemas „Jugend und Politik“ eingegangen. Kapitel II referiert und analysiert die Ergebnisse des „Thüringen-Monitors 2001“ zu den allgemeinen politischen Einstellungen der wahlberechtigten Thüringer insgesamt und geht auf Kontinuitäten oder auch Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ein. Erneut stehen im Vordergrund die Themen Demokratiezufriedenheit, Einstellung zur Politik, ihren Institutionen und Verfahren generell sowie zu politischen Parteien im Besonderen, Bewertung der Deutschen Einheit, Partizipationswünsche sowie Urteile über Thüringen, Deutschland, Europa und auch die DDR-Vergangenheit. Im III. Kapitel stehen Einschätzungen erwachsener Thüringer zu der jugendpolitisch entscheidenden Frage nach Schule und Erziehung im Vordergrund. Kapitel IV behandelt das Schwerpunktthema „Jugend und Politik“. Nach Erhebungen zur Lebenslage Jugendlicher in Thüringen werden allgemeine Lebenseinstellungen und Werthaltungen, das politische Interesse und politische Einstellungen Jugendlicher sowie speziell Einstellungen zu Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus untersucht. Das V. Kapitel schließlich enthält eine zusammenfassende Würdigung der Ergebnisse.

Auch der Studie 2001 sind die Daten der empirischen Erhebungen im Anhang beigelegt. Sie wurden mittels zweier von der politikwissenschaftlichen Forschergruppe der Friedrich-Schiller-Universität Jena entwickelter Fragebögen von „Infratest dimap“ in zwei getrennten Telefonumfragen erhoben. Die den allgemeinen politischen Einstellungen gewidmete Telefonumfrage unter 1000 Thüringer Bürgerinnen und Bürgern über 18 Jahre fand vom 16. bis 31. Mai 2001 statt. Zusätzlich wurden in einer 600 Thüringer Jugendliche von 16 bis 29 Jahren umfassenden Befragung im selben Zeitraum die jugendspezifischen Daten erhoben. Grundgesamtheit waren in beiden Fällen die Thüringer deutscher Staatsangehörigkeit.

Zur Anlage der Fragebögen ist darauf hinzuweisen, dass der allgemeine Fragebogen gegenüber demjenigen, der im Jahre 2000 Verwendung fand, in Umfang und Differenziertheit eingeschränkt werden musste, um dem Thema „Jugend“ hinreichend Raum zu geben. Im Übrigen ist die Formulierung einzelner Fragen verändert worden, um u.a. die Vergleichbarkeit mit anderen einschlägigen Studien zu erhöhen. Der Vergleich mit 2000 wird deshalb nur da gezogen, wo die Datenlage dies eindeutig erlaubt.

Die Autoren der Studie sprechen Herrn Dipl. Soz.-Wiss. Immo Wittig ihren herzlichen Dank für die Erstellung der Datenübersicht im Anhang, Herrn Frank Schwiderrek für die der Grafiken aus. Ferner sind sie den Herren Reinhard Schlinkert und Dr. Klaus Gotto von „Infratest dimap“ für ihre hohe Kooperationsbereitschaft in allen Phasen des Projekts zu Dank verpflichtet.

Jena, den 19. Oktober 2001

Klaus Dicke

Michael Edinger

Andreas Hallermann

Karl Schmitt

I.	Einleitung	7
II.	Politische Orientierungen der Thüringer Bevölkerung	9
	1. Politische Einstellungen und Wahrnehmung von Politik	9
	1.1. Thüringen-Identität	9
	1.2. Bilanz der deutschen Einheit und wirtschaftliche Lage	10
	1.3. Einstellungen zur Demokratie und Institutionenvertrauen	13
	1.4. Politik und Parteien	16
	1.5. Politische Partizipation	17
	1.6. Direkte Demokratie	19
	2. Rechtsextremismus	20
III.	Schule und Erziehung aus Erwachsenenicht	26
	1. Generationenbeziehungen	26
	2. Schule: Bildung oder Erziehung?	28
	3. Schule: Welcher Fächerkanon?	29
IV.	Jugend und Politik	31
	1. Einführung und Fragestellung	31
	2. Zur Lebenslage Jugendlicher in Thüringen	33
	3. Allgemeine Lebenseinstellungen	36
	3.1. Heimatverbunden und mobil: Zur Thüringen-Identität der Jugendlichen	36
	3.2. Werte, Vorbilder, Kindererziehung	38
	3.3. Selbstbewusstsein, Berufswahl, Internet	43
	4. Politische Einstellungen	46
	4.1. Politisches Interesse	46
	4.2. Einstellungen zur Demokratie: Unzufriedene Demokraten?	48
	4.3. Null Bock auf Politisches? Einstellungen zu Politik und Parteien	51
	4.4. Partizipation: Teilhabe, aber (doch nicht so ganz) anders?	56
	4.5. Autoritarismus	61
	4.6. Rechtsextreme Jugend? Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und Nationalismus	64
V.	Fazit und Ausblick	77
	1. Zusammenfassung der Ergebnisse zur politischen Einstellung der Thüringer	77
	2. Zusammenfassung der Jugendbefragung	79
	3. Ausblick	81
	Literatur	82
	Anhang: Tabellarische Übersichten	84

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Thüringen ist ein Land mit Zukunft – Beurteilung nach Altersgruppen	9
Abb. 2:	Bewertung der deutschen Einheit – 2000 und 2001 im Vergleich	11
Abb. 3:	Bewertung der deutschen Einheit nach persönlicher finanzieller Lage	12
Abb. 4:	Vertrauen in politische Institutionen – 2000 und 2001 im Vergleich	15
Abb. 5:	Politikverdrossenheit nach Deprivation, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen	17
Abb. 6:	Beteiligung an verschiedenen Formen politischer Partizipation	18
Abb. 7:	Geschätzter Ausländeranteil in Thüringen	21
Abb. 8:	Rechtsextremismus nach Geschlecht, Erwerbstätigkeit und Bildung	23
Abb. 9:	Autoritarismus nach Altersgruppen und Bildung	24
Abb. 10:	Rechtsextremismus nach Autoritarismus, Deprivation und Demokratiezufriedenheit	25
Abb. 11:	„Alte sollten weniger Rente erhalten“ – Zustimmungsquoten nach Geschlecht und Alter	27
Abb. 12:	Bereiche, die in der Schule verstärkt unterrichtet werden sollten	30
Abb. 13:	Erwerbstätigkeit Jugendlicher nach Geschlecht	35
Abb. 14:	Partnerschaftsbeziehungen Jugendlicher nach Alter und Geschlecht	36
Abb. 15:	Selbstverständnis bei Jugendlichen und Erwachsenen	38
Abb. 16:	Wichtigster Wert im Leben von Jugendlichen und Erwachsenen	40
Abb. 17:	Erinnerter Erziehungsstil der Eltern nach Alter der befragten Jugendlichen	41
Abb. 18:	Erziehungsstil der Eltern und präferierter eigener Erziehungsstil bei den Jugendlichen	42
Abb. 19:	Gründe für die Entscheidung gegen Kinder aus der Sicht Jugendlicher	43
Abb. 20:	Motive der Berufswahl nach Geschlecht und Bildungsstand	44
Abb. 21:	Internetnutzung Jugendlicher und ihre Dauer nach Geschlecht und Bildung	46
Abb. 22:	Politische Kenntnisse nach Alter, Bildung, Geschlecht und politischem Interesse	47
Abb. 23:	Einstellungen zur Demokratie bei Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich	49
Abb. 24:	Politikverdrossenheit unter Jugendlichen nach ausgewählten Merkmalen	53

Abb. 25:	Partizipation und Partizipationsbereitschaft bei Jugendlichen und Erwachsenen	57
Abb. 26:	Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen nach Alter und Bildung	59
Abb. 27:	Autoritarismus bei Jugendlichen und Erwachsenen	62
Abb. 28:	Autoritäre Einstellungen Jugendlicher nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen und Einstellungen	63
Abb. 29:	Anteile der Rechtsextremen unter Jugendlichen und Erwachsenen nach Bildung und Geschlecht	68
Abb. 30:	Rechtsextremismus nach familiärem Umfeld und elterlicher Erziehung	69
Abb. 31:	Rechtsextremismus nach Autoritarismus bei Jugendlichen und Erwachsenen	71
Abb. 32:	Rechtsextremismus nach Politikverdrossenheit und Demokratiebewertung bei Jugendlichen und Erwachsenen	72
Abb. 33:	Anteil der rechtsextrem Eingestellten nach Identität bei Jugendlichen und Erwachsenen	73

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Typologie der Einstellungen zur Demokratie	14
Tab. 2:	Entscheidungskompetenz und Volksentscheid	19
Tab. 3:	Bewertung der zehn Rechtsextremismus-Statements	22
Tab. 4:	Wohnorte der Jugendlichen in Abhängigkeit vom Bildungsstand	34
Tab. 5:	Einstellungen Jugendlicher zur Demokratie nach ausgewählten Merkmalen	50
Tab. 6:	Selbsteinstufung der Jugendlichen und Erwachsenen auf der Links-Rechts-Skala	55
Tab. 7:	Bewertung der zehn Statements des Rechtsextremismus-Indexes durch Jugendliche und Erwachsene	65

I. Einleitung

Als normativer Bezugspunkt der Untersuchungen zur politischen Kultur Thüringens wurde in der Vorstudie der „Verfassungspatriotismus“ ausgewiesen (Dicke/Edinger/Schmitt 2000: 8 ff.). Als seine Kernelemente wurden Rechtskultur, demokratische Legitimität und mündige Bürger dargestellt. Ferner wurden „Stress“-Syndrome des demokratischen Verfassungsstaates unter den besonderen Bedingungen der neuen Länder benannt, welche auf die vermuteten Auswirkungen auf Stabilisierung und Konsolidierung der Demokratie in Thüringen zu untersuchen waren. Dieser Ansatz ist im Kern auch für die diesjährige Studie leitend; auf seine detailliertere Darstellung in der Vorstudie kann verwiesen werden.

Da sich rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen nicht zuletzt als in unmittelbarem Zusammenhang mit einem konsolidierten demokratischen Ethos stehend erwiesen, wurden auch in der diesjährigen Studie Kerndaten zum Rechtsextremismus erhoben. Auch hierfür wurden die in der Vorstudie ausgeführten theoretischen Festlegungen (ebd. 14 f.) beibehalten.

In Bezug auf die allgemeinen politischen Einstellungen der Thüringer haben aktuelle Ereignisse bis zum Erhebungszeitraum (Ende Mai 2001) allerdings das öffentliche Interesse in verstärktem Maße auf die Einstellungen zur Demokratie gelenkt. Die politischen und auch wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über das auf eine Reduzierung der Hürden für plebiszitäre Entscheidungsformen gerichtete Volksbegehren lenken die Aufmerksamkeit vor allem auf folgende Fragen: welche normativen Erwartungen an „plebiszitäre“ Entscheidungsverfahren lassen sich ausmachen? Worin sind die hohen Zustimmungswerte für solche Verfahren begründet? Bestehen Korrelationen zur Politikverdrossenheit? Die im Thüringen-Monitor 2001 enthaltenen Fragen lassen hier sicher keine abschließenden Antworten zu; es erscheint aber gerechtfertigt und geboten, den mit ihnen erhobenen Daten bei der Auswertung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Dies gilt auch im Hinblick auf ein zweites, im vergangenen Jahr (erneut) diskutiertes Thema, das zu dem Schwerpunkt „Jugend und Politik“ überleitet: die Debatten über eine Herabsetzung des Wahlalters. Gerade unter dem Aspekt politischer Mündigkeit sind in dieser Hinsicht die erhobenen Einstellungen der Thüringer Jugend zur Politik von erheblichem Interesse.

Bei der Begründung für die Wahl des diesjährigen Schwerpunktes „Jugend und Politik“ stellt dies indessen nur einen unter vielen Aspekten dar. Dem in der Politik – und auch in der Politikwissenschaft – recht jungen Thema „Jugend“ kommt aus einer Reihe von Gründen – gerade auch für den Freistaat Thüringen – erhebliche Bedeutung zu. Diese Gründe sind im Einzelnen:

1. Die Studie des Vorjahres kam zu dem Ergebnis, dass der politischen Bildung und der Bildung generell sowohl für die Konsolidierung der Demokratie als auch für das demokratische Immunsystem gegen rechtsradikale und ausländerfeindliche Einstellungen eine große Bedeutung zukommt. Um hier auch hinsichtlich der Frage nach Bildungsinhalten weitergehende Überlegungen auf gesicherter Grundlage anstellen zu können, ist ein Porträt der Thüringer Jugend hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen überaus hilfreich.
2. Auch Jugendliche sind – unabhängig vom Wahlalter – Bürger, deren Einstellungen und Interessen die Politik zu interessieren haben. Die Konzentration auf den Schwerpunkt

„Jugend und Politik“ soll insofern auch einem sich abzeichnenden Einstellungswandel der Politik gegenüber Jugendlichen unterstützen, der mehr nach den Problemen, die Jugendliche selbst haben, denn nach denjenigen fragt, die sie machen (Henschel 1999).

3. Es ist eine berechtigte Anforderung der Gesellschaft an die Jugendlichen, dass diese in die politische Verantwortung für die Stabilität der Demokratie und die Wahrnehmung von Gemeinwohlbelangen hineinwachsen. Gerade deshalb ist das Wissen um die Einstellungen von Jugendlichen eine wichtige Orientierungsmarke dafür, wie die Gesellschaft solches Hineinwachsen in politische Verantwortung fördern und unterstützen kann.

4. Sowohl die demographischen Daten der Bundesrepublik Deutschland als auch das Problem der „Abwanderung“ vor allem jugendlicher Auszubildender und Arbeitnehmer aus den neuen Ländern stellen die Politik vor die Frage, wie durch eine stärkere Bindung Jugendlicher an die Zukunftssicherung des Sozialstaates, aber auch einzelner Regionen die Zukunftschancen der Gesellschaft stabilisiert werden können. Für die Wahrnehmung dieser Aufgabe entscheidend ist das Wissen darum, von welchen Zukunftserwartungen, aber auch von welcher Perzeption der Verpflichtungen aus dem „Generationenvertrag“ bei Jugendlichen auszugehen ist.

5. In diesem Zusammenhang ist auf einen erheblichen Zielkonflikt der Politik, aber auch der (politischen) Bildung hinzuweisen: Einerseits sind Weltgewandtheit und Mobilität gerade auch in beruflicher Hinsicht Schlüsselqualifikationen in der sich globalisierenden Welt. Andererseits ist eine Politik der Zukunftsstabilisierung auf die Förderung lokaler und regionaler Loyalitäten und langfristiger Gemeinschaftsbindung verwiesen. Auch hier gebietet es bereits das demokratische Selbstverständnis, die Jugend nach ihrer eigenen Perspektive zu befragen.

Ogleich Wirtschaft und Politik die Jugend als potenten Markt bzw. als Nachwuchsreservoir erkannt haben, ist doch festzuhalten: „die“ Jugend gibt es nicht. In der modernen Jugendforschung wird vielmehr davon ausgegangen, dass Jugend sich in einem pluralistischen Konglomerat von Szenenprägungen konstituiert, wobei herkömmlichen Sozialisationsinstanzen – namentlich Familie und Schule – eine zwar nach wie vor prägende, aber doch keinesfalls exklusive Bedeutung zukommt. Für die vorliegende Studie und ihre Interpretation bedeutet dies vor allem, dass es sich bei den erhobenen Befunden um eine Momentaufnahme handelt, die zwar Anhaltspunkte für die Beantwortung der oben aufgeworfenen Fragen bieten, nicht aber diese in einer allgemein- oder gar endgültigen Weise beantworten kann. Hierzu wäre neben einer längerfristig angelegten Untersuchung ein systematischer Abgleich mit den erfreulicherweise zunehmenden Studien zur politischen Einstellung Jugendlicher in Deutschland und Europa erforderlich, die jedoch im Gesamtrahmen dieser Studie nicht geleistet werden kann.

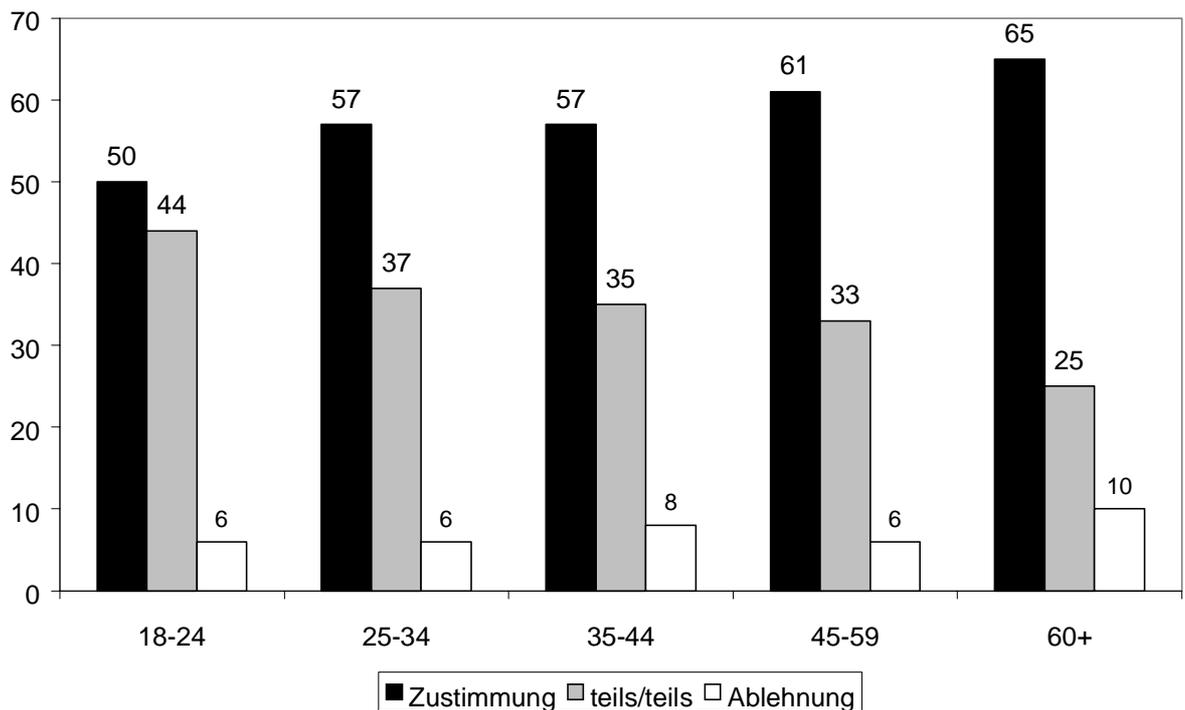
II. Politische Orientierungen der Thüringer Bevölkerung

1. Politische Einstellungen und Wahrnehmung von Politik

1.1 Thüringen-Identität

Thüringen ist ein Land mit Zukunft! Dieser Aussage stimmen 60 Prozent aller Thüringer völlig oder weitgehend zu, nur etwa sieben Prozent sind davon nicht überzeugt. Dieser Zukunftsoptimismus eint Thüringer Frauen und Männer und ist besonders bei Hochschulabsolventen ausgeprägt. Mit dem Alter der Befragten steigt die Zustimmung stark an.

Abb. 1: *Thüringen ist ein Land mit Zukunft – Beurteilung nach Altersgruppen (in Prozent)*



Nahezu das gleiche Bild zeigt sich, wenn man nach dem Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern fragt: Thüringen braucht den Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen, so die Überzeugung von gut zwei Dritteln der Thüringer. Nur die Gruppe derjenigen mit (Fach-)Hochschulabschluss betrachtet diesen Vergleich deutlich skeptischer, aber auch hier stimmen noch 60 Prozent der Befragten zu. Zwischen der Zukunft Thüringens und der persönlichen Zukunft wird aber getrennt. Immerhin noch knapp die Hälfte aller Befragten sehen persönliche berufliche Chancen in Thüringen, allerdings ist diese Einschätzung je nach Alter der Befragten deutlich unterschiedlich. Diejenigen, die noch am Beginn ihrer Berufskar-

riere stehen, sehen ihre persönlichen Chancen in Thüringen sehr viel düsterer als der Durchschnitt. Von den 18-24-Jährigen ist nur noch einer von fünf Befragten davon überzeugt, dass er in Thüringen gute Berufsaussichten hat, aber immerhin doppelt so viele glauben nicht daran. Dementsprechend sind die Jüngeren auch häufiger bereit, für eine bessere Arbeitsstelle aus Thüringen fortzuziehen. Diese Bereitschaft hat sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr merklich erhöht: Waren im Jahre 2000 noch 31 Prozent dazu bereit, so können sich im Jahre 2001 schon 36 Prozent einen Fortzug vorstellen. Vor allem unter den formal weniger gut Ausgebildeten ist der Anstieg überproportional. Männer zeigen sich ein gutes Stück mobiler als Frauen

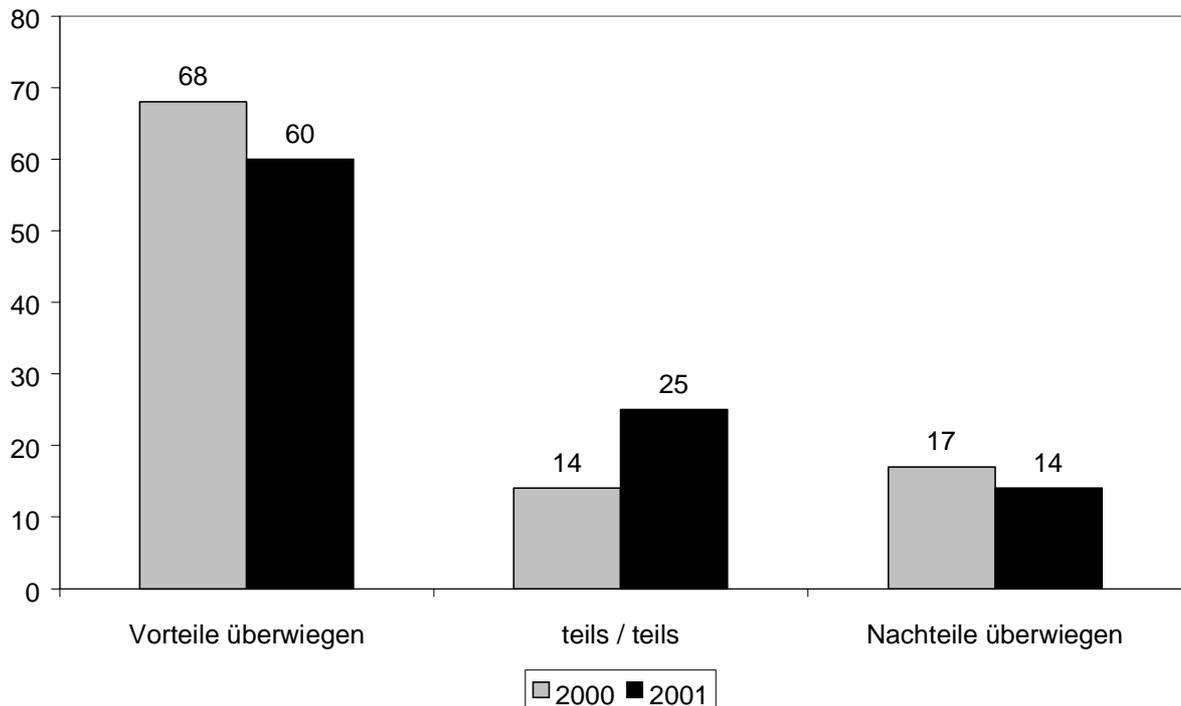
Einhellige Meinung der Thüringer ist es, dass mehr Geld in Bildung und Ausbildung investiert werden sollte. Insgesamt sprechen sich über 70 Prozent aller Befragten dafür aus; interessanterweise findet diese Ansicht bei Älteren mehr Anklang als bei Jüngeren, die ja sehr viel eher betroffen wären. Von den 18-24-Jährigen stimmt aber nur etwa jeder zweite dieser Aussage zu. Einer Ausbildung im Ausland gegenüber sind die „Betroffenen“ aber sehr viel positiver eingestellt als der Bevölkerungsdurchschnitt: Knapp jeder zweite der Jüngeren (18-24-Jährigen) ist der Meinung, dass Jugendliche einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland verbringen sollten; insgesamt teilen nur 37 Prozent aller Thüringer diese Ansicht. Während sich in dieser Frage kein Geschlechterunterschied ausmachen lässt, steigt die Zustimmung mit dem Bildungsgrad deutlich an: Bei höherer formaler Bildung wird die Notwendigkeit eines Auslandsaufenthaltes für deutlich wichtiger erachtet.

Bei der Identifikation zeigen sich kaum Unterschiede zum Vorjahr. Knapp die Hälfte aller Befragten fühlt sich in erster Linie als Thüringer, ein gutes Viertel als Deutscher. Mit dem Begriff „Ostdeutscher“ identifiziert sich nur etwa jeder siebte Befragte, mit dem Begriff „Europäer“ nur jeder zehnte. Die Bezeichnung „Thüringer“ wird mit abnehmender formaler Bildung häufiger genannt, die Bezeichnungen „Ostdeutscher“ und „Europäer“ bei höherer Bildung. Auch hier ist im Vergleich zum Vorjahr kaum ein Unterschied auszumachen. In der jüngsten Altersgruppe ist eine deutliche Verschiebung der Identifikation von Thüringen auf Europa auszumachen. Als „Thüringer“ bezeichnen sich von den 18-24-Jährigen nur 35 Prozent, als „Europäer“ aber mit 28 Prozent fast dreimal so viele wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Männer identifizieren sich überdurchschnittlich häufig mit den Begriffen „Europäer“ und „Deutscher“, Frauen mit den Begriffen „Thüringerin“ und „Ostdeutsche“ (vgl. dazu Trommsdorff/Kornadt 2001: 376).

1.2 Bilanz der deutschen Einheit und wirtschaftliche Lage

Die deutsche Einheit wird von einer deutlichen Mehrheit der Thüringer positiv bewertet. Nur 14 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Nachteile die Vorteile überwiegen. Im Vergleich zum Thüringen-Monitor 2000 hat sich der Anteil der Thüringer mit einer positiven Bilanz und der Anteil mit einer negativen Bilanz leicht verringert, so dass die Mittelkategorie deutlich angeschwollen ist.

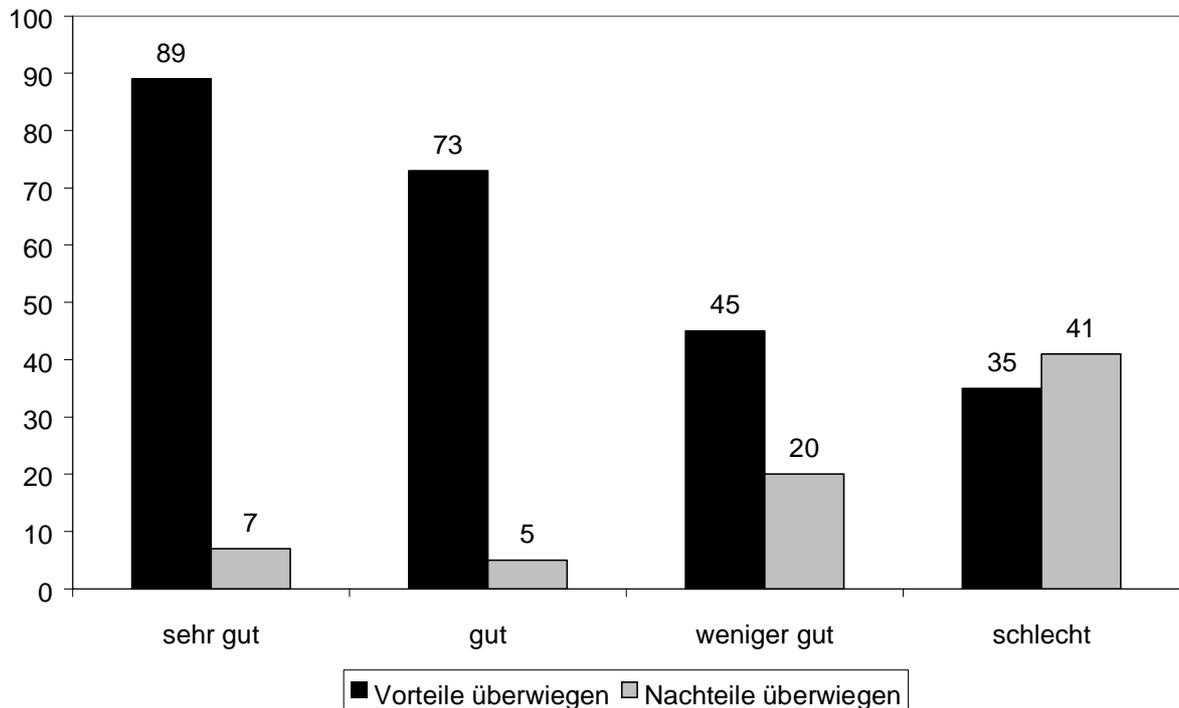
Abb. 2: *Bewertung der deutschen Einheit – 2000 und 2001 im Vergleich (in Prozent)*



Unterschiedliche Bewertungen der deutschen Einheit nach Alter der Befragten sind beinahe nicht zu erkennen. Einzig die Befragten zwischen 45 und 59 Jahren beurteilen wie im Vorjahr die deutsche Einheit deutlich schlechter als der Durchschnitt, also diejenigen, die in der DDR bereits „etabliert“ waren und aufgrund ihres Alters größere Schwierigkeiten mit einem Neuanfang hatten. Frauen ziehen wie im Jahr 2000 auch eine deutlich schlechtere Bilanz als Männer. Bei der Untersuchung dieser Frage nach Bildungsgruppen zeigt sich dann der Unterschied zwischen 2000 und 2001: Vor allem in der Gruppe der Befragten mit den niedrigsten formalen Bildungsabschlüssen fällt die Bewertung der deutschen Einheit im Jahre 2001 deutlich schlechter aus als noch im Vorjahr. Vor allem Vorteile sehen in dieser Gruppe nur 45 Prozent, im Vorjahr waren es noch 61 Prozent. Bei den Befragten mit Abitur ist diese Bewertung ähnlich stark zurückgegangen. Im Jahr 2001 kann man einen linearen Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Bilanz der Einheit feststellen: Je höher die formale Bildung der Befragten ist, desto besser wird die deutsche Einheit bewertet.

Der Grund hierfür dürfte in der Beurteilung der eigenen finanziellen Lage liegen. Befragte mit höherer formaler Bildung beurteilen auch ihre eigene finanzielle Lage deutlich besser als formal schlechter Gebildete. Diese Beurteilung steht wiederum in engem Zusammenhang mit der Bewertung der deutschen Einheit. Je besser die eigene finanzielle Situation eingeschätzt wird, desto besser wird auch die deutsche Einheit bewertet. Ähnliches findet sich auch bei der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen.

Abb. 3: *Bewertung der deutschen Einheit nach persönlicher finanzieller Lage (in Prozent)*



Die eigene wirtschaftliche Lage wird von den Thüringern wie im Vorjahr deutlich besser eingeschätzt als die allgemeine wirtschaftliche Lage im Freistaat. Etwa 60 Prozent bewerten ihre eigene Situation als (sehr) gut, nur etwa 35 Prozent bewerten die Situation in Thüringen als (sehr) gut. Die allgemeine wirtschaftliche Lage wird von Jüngeren besser eingeschätzt als von Älteren, bei der eigenen finanziellen Lage zeigen sich kaum Altersunterschiede. Fragt man aber danach, wie sich die eigene finanzielle Situation wohl im nächsten Jahr entwickeln wird, sind die Jüngeren deutlich optimistischer als die Älteren. Da bei Jüngeren größere Veränderungen zu erwarten sind als bei Älteren, wundert dieser Zusammenhang nicht. Befragte mit Abitur, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss sehen ihre eigene zukünftige finanzielle Situation ebenfalls sehr viel rosiger als andere.

Der letztes Jahr in Deutschland eingeführten Green-Card für ausländische Arbeitnehmer stehen die Thüringer mit gemischten Gefühlen gegenüber. Knapp die Hälfte begrüßt diese Maßnahme (45 Prozent), gut die Hälfte lehnt sie aber eher ab (55 Prozent). Frauen sind der Green-Card gegenüber deutlich skeptischer als Männer, schlechter Gebildete sind deutlich skeptischer als Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss. Die Ablehnung ist bei den mittleren Altersgruppen deutlich größer als bei denjenigen, die noch nicht oder nicht mehr im Arbeitsprozess stehen. Mit der Green-Card wird offenbar größere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt assoziiert. Der Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen finanziellen Situation ist deutlich: Je schlechter diese beurteilt wird, desto skeptischer sind die Thüringer im Hinblick auf die Green-Card.

Der enge Zusammenhang zwischen der Bewertung der deutschen Einheit und der Beurteilung der eigenen finanziellen Situation ermöglicht es, aus diesen Fragen einen Index zu bilden. Dieser Index misst (vor allem wirtschaftliche) Deprivation, also ein Gefühl der Benachteiligung, das entsteht, wenn jemand der Meinung ist, weniger (vor allem materielle) Güter zur Verfügung zu haben, als ihm legitimerweise zustehen würden und dieses Benachteiligungsgefühl subjektiv mit der deutschen Einheit in Verbindung gebracht wird. Frauen fühlen sich

demnach deutlich stärker benachteiligt als Männer und formal niedriger Gebildete stärker als höher Gebildete. Nicht überraschend hängt die Deprivation auch stark mit der Berufstätigkeit zusammen: Arbeitslose fühlen sich deutlich stärker benachteiligt als Berufstätige, bei letzteren steigt das Gefühl der Deprivation deutlich an, wenn sie ihren Arbeitsplatz gefährdet sehen. Schließlich wird die DDR von Deprivierten deutlich besser beurteilt als von Nicht-Deprivierten. Insgesamt sehen mehr als die Hälfte der Thüringer (56 Prozent) mehr gute als schlechte Seiten an der DDR. Bei Frauen (62 Prozent) ist diese Sichtweise deutlich weiter verbreitet als bei Männern (49 Prozent), bei Älteren findet man sie häufiger als bei Jüngeren, bei schlechter Gebildeten häufiger als bei höher Gebildeten.

1.3 Einstellungen zur Demokratie und Institutionenvertrauen

Die Einstellungen gegenüber der Demokratie lassen sich in zwei unterschiedlichen Dimensionen erfassen. Zum einen geht es generell um die Demokratie als Staatsidee, die im Vergleich zu anderen Staatsideen eingeschätzt wird. Zum anderen steht eine eher konkrete Demokratiezufriedenheit im Mittelpunkt des Interesses, wenn danach gefragt wird, wie die Performanz der Demokratie in der Praxis gesehen wird (vgl. Gabriel 2001: 107ff.). Für die Thüringer Bevölkerung lässt sich analog zum Jahre 2000 ein deutlicher Unterschied zwischen beiden Dimensionen ausmachen. 83 Prozent der Thüringer sind der Ansicht, die Demokratie sei die beste aller Staatsideen. Damit kann man von einem soliden demokratischen Fundament in Thüringen ausgehen. Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsidee ist allerdings deutlich höher als die Zustimmung zur Performanz der Demokratie. Knapp die Hälfte der Befragten sind (sehr) zufrieden damit, wie die Demokratie in der Praxis funktioniert, gut die Hälfte ist (sehr) unzufrieden.

In der Beurteilung der Demokratie zeigen sich nur geringe soziodemographische Unterschiede. Diese betreffen im Wesentlichen die Einschätzung der Demokratie als Staatsidee; bei der Demokratie in der Praxis zeigen sich geringere Unterschiede, die aber jeweils in die gleiche Richtung gehen. Mit steigendem Alter nimmt die Demokratiezufriedenheit leicht zu. Frauen haben eine etwas größere Distanz zur Demokratie als Männer.¹ Den deutlichsten Unterschied findet man bei der formalen Bildung: Diejenigen, die den Abschluss der 10. Klasse absolviert haben, lehnen die Demokratie deutlich stärker ab als solche, die einen niedrigeren oder einen höheren Bildungsabschluss haben.

Ähnlich wie im Thüringen-Monitor 2000 kann man auch hier wiederum eine Typenbildung anhand der zwei Fragen zur Demokratie vornehmen. Dabei werden diejenigen, die die Demokratie als Staatsidee ablehnen, als „Nicht-Demokraten“ bezeichnet. Bei grundsätzlicher Akzeptanz der Demokratie als Staatsidee, aber Unzufriedenheit mit der Praxis gelten die Befragten als „unzufriedene Demokraten“. Zustimmung auf beiden Ebenen hat die Einordnung als „zufriedene Demokraten“ zur Folge.

1 Die im Thüringen-Monitor 2000 berichtete große Kluft zwischen Männern und Frauen bei der Demokratiezufriedenheit kann somit tatsächlich auf die etwas größere „Entscheidungsfreude“ der Männer zurückgeführt werden. Im Thüringen-Monitor 2001 wurde die Antwortskala nämlich dahingehend verändert, dass eine Mittelkategorie nicht mehr enthalten war und sich alle Befragten entscheiden mussten. Das führt aber auch dazu, dass die Ergebnisse von 2000 und 2001 nicht mehr direkt miteinander verglichen werden können.

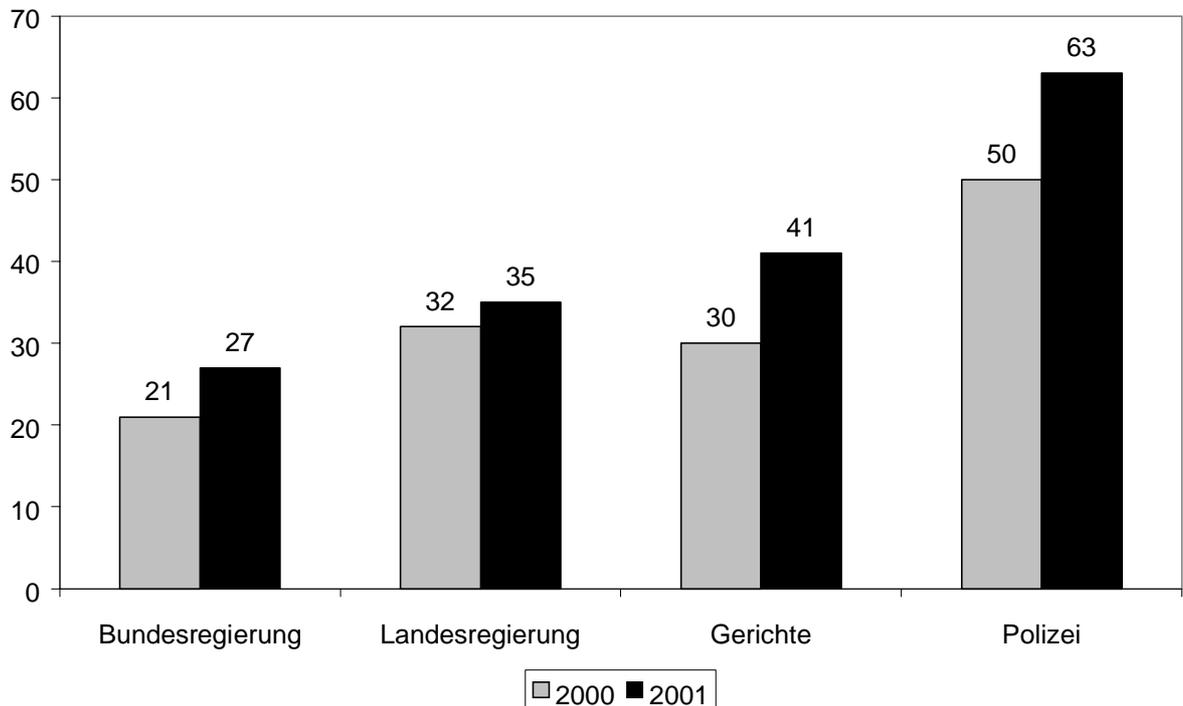
Tab. 1: Typologie der Einstellungen zur Demokratie
(in Prozent aller Befragten)

		<i>Demokratie ist die beste aller Staatsideen</i>				Gesamt
		Stimme voll und ganz zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	
<i>Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis</i>	Sehr zufrieden	2,0	0,3			2,3
	Zufriedene Demokraten					
	Ziemlich zufrieden	13,0	29,4	2,1	1,5	45,9
	Nicht-Demokraten					
	Ziemlich unzufrieden	8,1	23,7	8,0	1,7	41,5
	Unzufriedene Demokraten					
	Sehr unzufrieden	2,3	4,1	2,2	1,8	10,3
Gesamt		25,4	57,5	12,3	4,9	100,0

Demnach können etwa 17 Prozent der Thüringer als Nicht-Demokraten gelten, 38 Prozent als unzufriedene Demokraten und mit 45 Prozent die Mehrheit als zufriedene Demokraten. Nicht-Demokraten sind unter den Jüngeren häufiger zu finden, zufriedene Demokraten unter den Älteren. Hoch gebildet und gleichzeitig Nicht-Demokrat zu sein, schließt sich nahezu aus, nur auf knapp zwei Prozent aller Thüringer trifft diese Kombination zu. Männer und Frauen unterscheiden sich nicht signifikant. Unter Arbeitern gibt es deutlich mehr Nicht-Demokraten als unter Angestellten, bei den übrigen Berufsgruppen lassen die Fallzahlen eine Analyse nicht sinnvoll erscheinen. Mit der Konfessionsbindung hat die Einstellung zur Demokratie nahezu nichts zu tun. Mit der vorher erläuterten Deprivation zeigt sich jedoch ein sehr starker Zusammenhang. Je stärker jemand das Gefühl der Benachteiligung empfindet, desto negativer bewertet er die Demokratie. Ein ebenfalls sehr starker Zusammenhang ergibt sich erwartungsgemäß mit dem Vertrauen in politische oder gesellschaftliche Institutionen.

Beim Institutionenvertrauen zeigt sich eine sehr ähnliche Reihenfolge, wie sie bereits im Thüringen-Monitor 2001 zutage getreten ist. Allerdings ist das Vertrauen der Thüringer in die politischen Institutionen im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Obwohl auch deutliche Schwankungen beim Vertrauen in einzelne politische Institutionen von einem Jahr auf das nächste nicht selten sind, kann man diesen Vertrauensgewinn der Institutionen in Thüringen durchaus als Verbesserung der spezifischen Demokratiezufriedenheit interpretieren, da ausnahmslos alle politischen Institutionen deutlich an Vertrauen gewonnen haben (vgl. Gabriel 2001: 112ff.).

Abb. 4: *Vertrauen in politische Institutionen – 2000 und 2001 im Vergleich (in Prozent)*



Die Polizei genießt das größte Vertrauen der Bevölkerung. Der größte Gewinner im Vergleich zum Jahre 2000 sind die Gerichte, denen über ein Drittel mehr Thüringer vertrauen als im Vorjahr. Die Landesregierung liegt weiterhin deutlich vor der Bundesregierung. Der Anteil derjenigen, die kein Vertrauen in diese Institutionen haben ist durchweg deutlich zurückgegangen, und liegt nur noch zwischen 25 (Bundesregierung) und sechs Prozent (Polizei).

Im Jahr 2001 wurden die Kirchen als gesellschaftliche Institutionen neu in die Liste aufgenommen. Vermutlich aufgrund der geringen Kirchenbindung der Thüringer haben die Kirchen aber im Vergleich zu den übrigen Institutionen schlecht abgeschnitten: 30 Prozent vertrauen den Kirchen voll und ganz oder weitgehend, 30 Prozent vertrauen ihnen teilweise und immerhin 40 Prozent vertrauen ihnen eher nicht oder überhaupt nicht. Diese Einschätzung ist selbstverständlich stark abhängig von der Kirchenbindung der Befragten.

Die vier Fragen zum Vertrauen in die politischen Institutionen Bundesregierung, Landesregierung, Gerichte und Polizei kann man zu einem Index „Institutionenvertrauen“ kombinieren. Mit zunehmendem Alter der Befragten ist eine leichte Zunahme des Institutionenvertrauens feststellbar, die Unterschiede nach Bildung und Geschlecht sind zu vernachlässigen. Der Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit ist erwartungsgemäß stark positiv, der mit der Deprivation stark negativ: Zufriedene Demokraten vertrauen den Institutionen überdurchschnittlich stark, Deprivierte unterdurchschnittlich wenig.

Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen hängen ebenso stark mit der Bewertung der deutschen Einheit und mit der Bewertung der DDR zusammen. Diejenigen, die in der deutschen Einheit mehr Vorteile sehen, sind auch zufriedener mit der Demokratie und vertrauen den politischen Institutionen weit mehr als diejenigen, in deren Augen die Einheit mehr Nachteile gebracht hat.

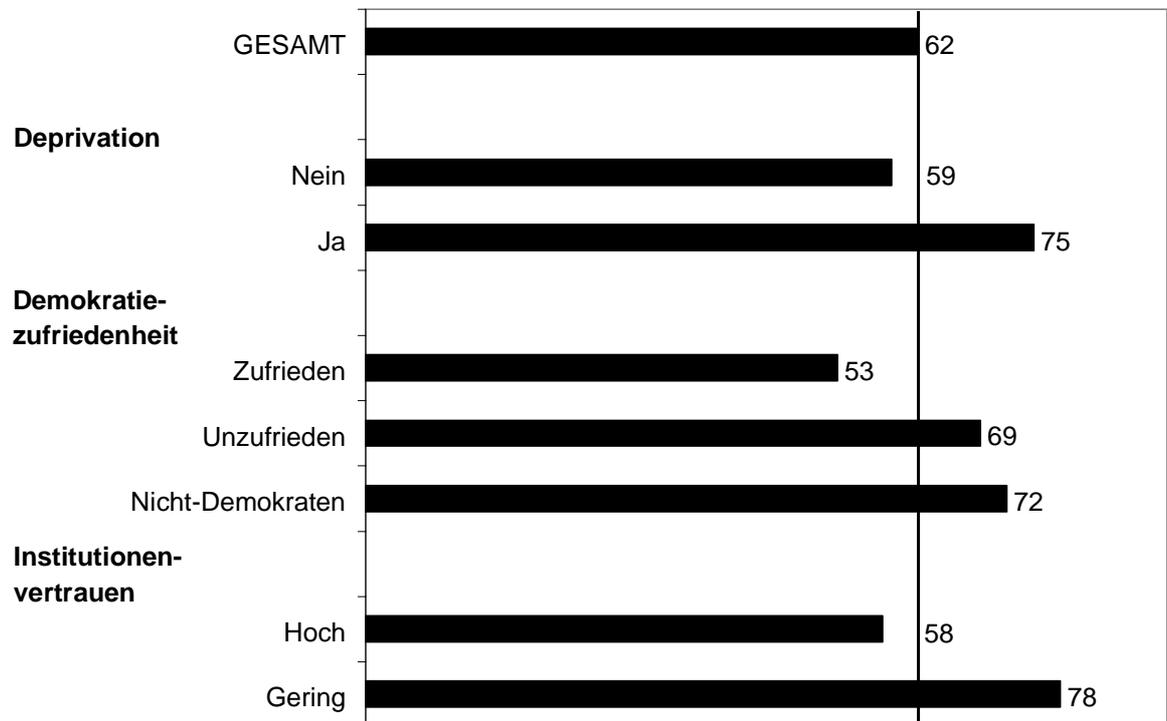
1.4 Politik und Parteien

Bei der Frage, welche Partei die Thüringer wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären, zeigen sich kaum Unterschiede zum Vorjahr. Die CDU ist mit deutlichem Abstand zu allen anderen Parteien die bevorzugte Option, 46 Prozent der Thüringer würden ihr die Stimme geben (zum Vergleich das Ergebnis des Thüringen-Monitors 2000: 47 Prozent). SPD und PDS liegen wie im Vorjahr etwa gleichauf, die SPD käme auf 24 Prozent der Stimmen (2000: 24 Prozent), die PDS liegt knapp dahinter auf Platz drei mit 22 Prozent (2000: 23 Prozent). Dieses Ergebnis liegt sehr nahe am Ergebnis der letzten Landtagswahl im Herbst 1999, als die CDU 51 Prozent, die SPD 19 Prozent und die PDS 21 Prozent der Stimmen bekam. Die beiden kleineren Parteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen würden auch im Jahre 2001 die Fünfprozenthürde klar verfehlen und kämen auf drei (FDP) bzw. zwei Prozent der Stimmen. Alle übrigen, darunter die drei rechten Parteien DVU, NPD und Republikaner, kämen zusammen nur auf drei Prozent. Im Thüringer Landtag saßen demnach wie schon seit 1994 nur CDU, SPD und PDS.

Bei der Wahlabsicht zeigen sich deutliche sozialstrukturelle Unterschiede. Die CDU wird von Männern häufiger genannt als von Frauen, bei der SPD und der PDS ist es umgekehrt. Die SPD wird mit zunehmendem Alter stärker favorisiert, bei den übrigen Parteien zeigt sich kein nennenswerter Unterschied mit der Ausnahme Bündnis 90/Die Grünen. Deren potenzielle Wähler kommen überwiegend aus den jüngeren Altersgruppen, bei den 18-24-Jährigen kämen sie gar auf einen Stimmenanteil von zehn Prozent. SPD-Wähler sind in der Befragtengruppe, die einen Schulabschluss unterhalb der 10. Klasse haben, etwas überrepräsentiert. PDS-Wähler sind besonders unter denjenigen häufiger zu finden, die einen (Fach-)Hochschulabschluss haben; die CDU schneidet in dieser Gruppe deutlich unterdurchschnittlich ab. Die FDP kommt in keiner Alters- oder Bildungsgruppe über vier Prozent hinaus. Etwa 12 Prozent aller Thüringer geben sich als Nichtwähler zu erkennen.

Der häufig beklagten Politikverdrossenheit wurde im Thüringen-Monitor 2001 mit zwei Fragen nachgegangen (vgl. Maier 2000). Der Aussage, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, deren Ansichten sie aber nicht interessieren, stimmen über 70 Prozent der Befragten zu. Diese Meinung ist vor allem in den mittleren Altersgruppen und bei formal schlechter Gebildeten verbreitet. Ein sehr ähnliches Bild zeigt sich bei der Frage, dass es in der Politik nur um Macht, aber nicht um die Sache geht. Rund drei Viertel aller Thüringer stimmen dieser Ansicht voll und ganz bzw. überwiegend zu. Wiederum sind die mittleren Altersgruppen überdurchschnittlich häufig dieser Meinung, in der Gruppe der Jüngsten (18-24 Jahre) stimmen mit nur 58 Prozent die wenigsten zu. Die jungen Thüringer sind damit genau wie schon im Jahre 2000 am wenigsten politikverdrossen. Eine unsichere Berufsstellung oder Arbeitslosigkeit lassen die Werte für die Politikverdrossenheit wie im Jahre 2000 in die Höhe schnellen.

Abb. 5: *Politikverdrossenheit nach Deprivation, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen (in Prozent)*



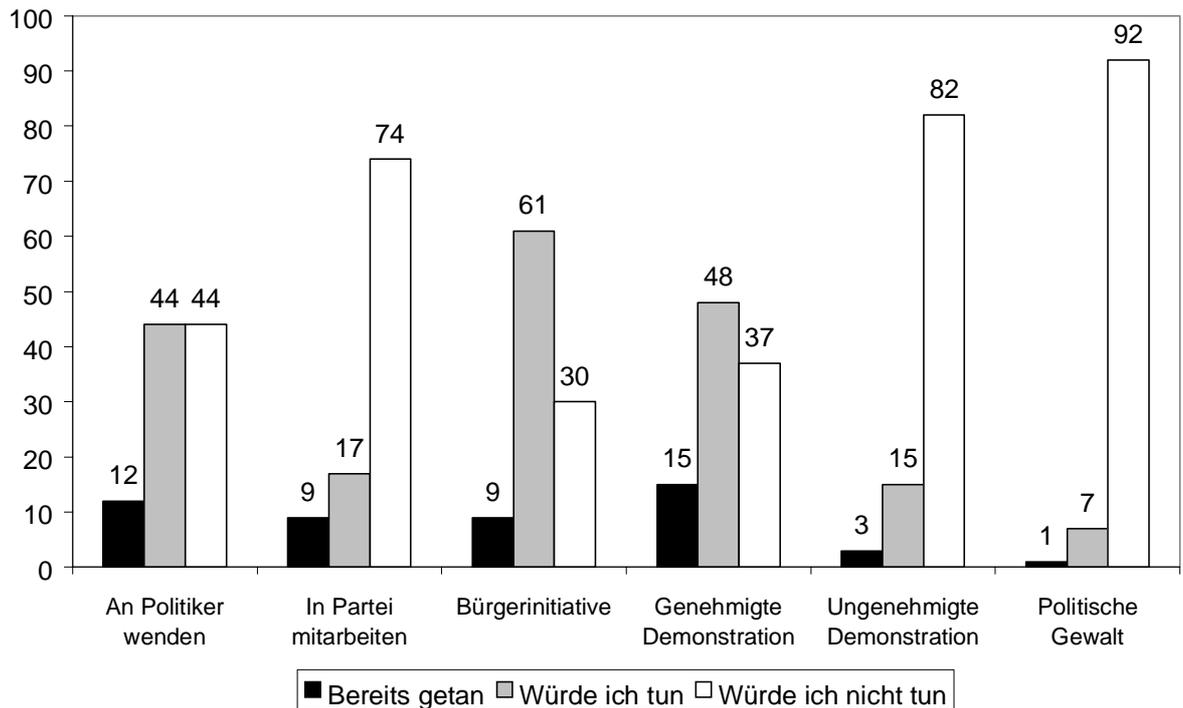
Politikverdrossenheit hängt sehr stark mit Deprivation, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen zusammen. Diejenigen, die sich besonders stark benachteiligt fühlen, sind auch in besonderem Maße politikverdrossen. Nicht-Demokraten sind deutlich stärker politikverdrossen als unzufriedene Demokraten, diese wiederum deutlich stärker als zufriedene Demokraten. Je höher das Institutionenvertrauen ist, desto geringer ist die Politikverdrossenheit.

Als Maß für die politische Positionierung der Befragten kann man schließlich die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala heranziehen. Je älter die Befragten sind, desto häufiger stufen sie sich auf dieser Skala in der politischen Mitte ein. Politische Einstellungen rechts von der Mitte sind nur in der jüngsten Altersgruppe etwas häufiger zu finden. Am rechten Rand der Links-Rechts-Skala stuft sich beinahe niemand ein. Bei Männern ist diese Skala etwas nach rechts verschoben, bei Frauen etwas nach links. Im Allgemeinen ist die Systemunterstützung in der politischen Mitte deutlich ausgeprägter als an den politischen Rändern; die Demokratie und die politischen Institutionen werden deutlich positiver bewertet, wenn sich die Befragten selbst in der politischen Mitte verorten.

1.5 Politische Partizipation

Zwischen den verschiedenen Möglichkeiten der Beteiligung am politischen Prozess kann man in Thüringen deutliche Unterschiede feststellen (vgl. Koch/Wasmer/Schmidt 2001). Die Beteiligung in Bürgerinitiativen oder bei Demonstrationen finden in Thüringen mehr Anklang als die auf Parteien oder Politiker gerichtete Beteiligung. Illegale oder gar gewalttätige Partizipationsformen kommen nur für eine kleine Minderheit der Thüringer in Betracht.

Abb. 6: *Beteiligung an verschiedenen Formen politischer Partizipation (in Prozent)*



Bürger mit Abitur oder (Fach-)Hochschulabschluss beteiligen sich bei allen Partizipationsformen – mit Ausnahme der Gewalt – deutlich häufiger als Bürger mit niedrigerer formaler Bildung. Frauen stehen allen Formen der politischen Beteiligung etwas skeptischer gegenüber, lediglich bei der Teilnahme an (genehmigten) Demonstrationen zeigt sich kein Unterschied zu den Männern. Jüngere schließen deutlich seltener als Ältere einzelne Partizipationsformen für sich aus. Besonders die Gewaltbereitschaft hängt stark mit dem Alter zusammen; je jünger die Befragten sind, desto eher bekunden sie auch, Gewaltanwendung zu erwägen. Konkrete Handlungen allerdings sind derart selten, dass sich Altersunterschiede nicht sinnvoll interpretieren lassen.

Legale Demonstrationen sind das Mittel der politischen Beteiligung, das die Thüringer am häufigsten bereits angewendet haben, dicht gefolgt von der Bekundung, sich an einen Politiker gewandt zu haben. Diese beiden eher kurzfristigen Beteiligungsformen liegen deutlich vor einem längerfristigen Engagement in einer Bürgerinitiative oder einer politischen Partei. Insgesamt 28 Prozent der Thüringer haben bereits mindestens einmal an einer dieser vier Partizipationsformen – illegale Demonstrationen und politische Gewalt also ausgenommen – teilgenommen. Nur zehn Prozent aller Befragten schließen es für sich aus, sich überhaupt auf diese Weise am politischen Prozess zu beteiligen.

Interessanterweise zeigt sich kein Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und Politikverdrossenheit auf der einen Seite und Bereitschaft zu politischen Beteiligung auf der anderen Seite. Bei der Deprivation ist das etwas anders: Diejenigen, die sich stärker benachteiligt fühlen, haben sich seltener beteiligt und geben seltener Beteiligungsbereitschaft an als diejenigen, die sich weniger benachteiligt fühlen.

Der Thüringer Bürgerbeauftragte als eine erst Anfang 2001 eingeführte Möglichkeit der politischen Einflussnahme kann sich über einen Vertrauensvorschuss freuen. Drei Viertel der Thüringer können sich vorstellen, sich bei Problemen an ihn zu wenden, nur 15 Prozent kön-

nen sich das nicht vorstellen. Acht Prozent aller Thüringer haben von dieser Einrichtung noch nichts gehört, am häufigsten in der niedrigsten Bildungsgruppe.

1.6 Direkte Demokratie

Die Diskussion über mehr direkte Demokratie in Thüringen hat mit dem erfolgreichen Volksbegehren nochmals an Intensität zugenommen.² Die im Volksbegehren zum Ausdruck gekommene breite Unterstützung für Volksentscheide findet sich auch im Thüringen-Monitor 2001 wieder. Wenn es zu einer Abstimmung über die Hürden für Volksentscheide in Thüringen kommen würde, würde sich eine Mehrheit der Thüringer (54 Prozent) für die Absenkung der Hürden entscheiden. Nur 27 Prozent sind für eine Beibehaltung der aktuellen Beteiligungsquoten, die übrigen Thüringer würden sich an einer Abstimmung nicht beteiligen. Besonders in der Altersgruppe zwischen 25 und 44 Jahre ist die Präferenz für eine Absenkung hoch, bei den Jüngeren wäre die Beteiligung an der Abstimmung deutlich unterdurchschnittlich. Außerdem wird die Absenkung der Hürden umso häufiger favorisiert, je höher der formale Bildungsabschluss der Befragten ist.

Eine überragend große Mehrheit von 86 Prozent der Thüringer ist dafür, dass bei wichtigen politischen Fragen häufiger Volksentscheide durchgeführt werden sollten. Fragt man aber danach, ob die Bürger glauben, dass die Mehrheit ausreichend informiert ist, um über wichtige politische Fragen zu entscheiden, zeigt sich wie bereits im Thüringen-Monitor 2000 große Skepsis. Über zwei Drittel der Bürger sprechen der Mehrheit die Kompetenz für solche Entscheidungen ab. In der Kombination dieser beiden Fragen zeigt sich ein eigentlich absurdes Bild: Auch unter denjenigen, die sehr skeptisch gegenüber der Entscheidungskompetenz ihrer Mitbürger sind, findet sich noch immer eine große Mehrheit, die häufigere Volksentscheide will.

Tab. 2: *Entscheidungskompetenz und Volksentscheid*
(Zeilenprozente)

		Häufiger Volksentscheide bei wichtigen Fragen				
		Stimme voll zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne völlig ab	Gesamt
Mehrheit ist ausreichend informiert, um politische Fragen zu entscheiden	Trifft voll u. ganz zu	65,7	25,7	5,7	2,9	100
	Trifft eher zu	57,2	33,5	8,2	1,1	100
	Trifft eher nicht zu	52,9	32,1	12,5	2,5	100
	Trifft gar nicht zu	63,6	17,8	6,5	12,1	100
Gesamt		55,8	30,7	10,4	3,2	100

2 Das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ zielte vor allem auf eine Senkung der Hürden für direkte Demokratie. Beinahe 20 Prozent der Thüringer beteiligten sich mit ihrer Unterschrift am Volksbegehren. Nach einer Klage der Landesregierung wurde das Anliegen des Volksbegehrens mit der Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 19.9.2001 als verfassungswidrig verworfen. Gleichwohl dauert die Diskussion über mehr direkte Demokratie in Thüringen an.

Eine ähnliche Paradoxie zeigte sich bereits im Thüringen-Monitor 2000. Auf die Spitze getrieben wird diese Paradoxie dann, wenn man die Thüringer mit offensichtlich negativen Auswirkungen von Volksentscheiden für sie persönlich konfrontiert. Immer noch 83 Prozent der Thüringer sind für Volksentscheide in ganz Deutschland, in denen zum Beispiel über die Finanzhilfen für die neuen Länder entschieden würde. Dass die Konsequenz einer solchen bundesweiten Abstimmung sehr wahrscheinlich die ersatzlose Streichung des Solidaritätszuschlags zur Folge hätte, spielt für die Bewertung des Volksentscheids keine Rolle. Entweder ist die positive Assoziation mit dem Wort Volksentscheid so stark, dass nicht weiter über die möglichen Konsequenzen nachgedacht wird,³ oder die Thüringer sind tatsächlich sehr entschlossene Verfechter von mehr direktdemokratischen Elementen.

Die größten Befürworter von mehr Volksentscheiden finden sich in den mittleren Altersgruppen und bei niedrigerer Bildung. Frauen sprechen sich deutlich häufiger für mehr Volksentscheide aus als Männer. Zufriedene Demokraten sind seltener für Volksentscheide zu gewinnen als unzufriedene Demokraten, diese wiederum seltener als Nicht-Demokraten. Während das Vertrauen in die politischen Institutionen kaum eine Rolle spielt, steigt der Wunsch nach mehr Volksentscheiden mit steigender Politikverdrossenheit klar an. Von Volksentscheiden versprechen sich die Thüringer also eine Verbesserung der Situation, wenn sie mit der demokratischen Praxis in Deutschland nicht zufrieden sind.

2. Rechtsextremismus

Der Schwerpunkt des Thüringen-Monitors 2000 lag auf der Untersuchung des Rechtsextremismus.⁴ Als wichtige Erklärungsfaktoren für die Ausprägung des Rechtsextremismus wurden drei zentrale Bereiche festgestellt: Autoritarismus, politische und wirtschaftliche Deprivation und das Ausmaß der Systemunterstützung (vgl. auch Edinger/Hallermann 2001, Winkler 2000). Personen mit einem ausgeprägten Hang zum Autoritarismus, solche, die sich besonders benachteiligt fühlen und diejenigen, die mit dem demokratischen System unzufrieden sind, erwiesen sich als besonders anfällig für rechtsextremes Gedankengut.

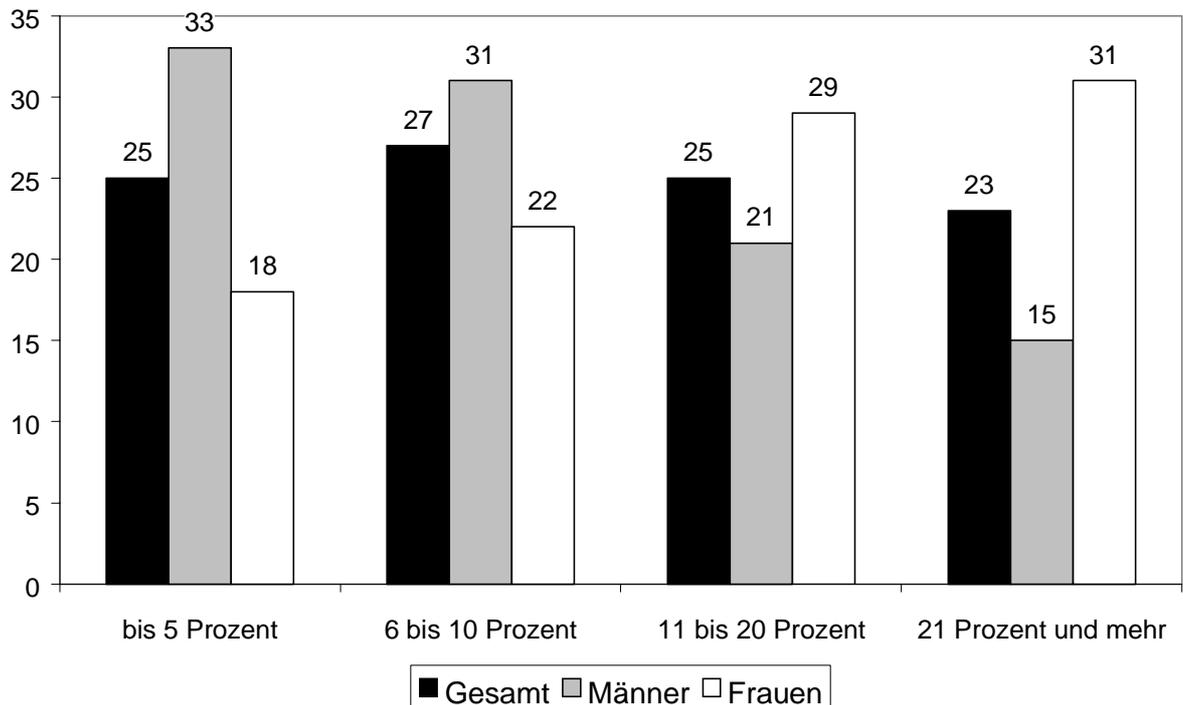
Obwohl im Thüringen-Monitor 2001 der Rechtsextremismus nicht mehr im Mittelpunkt steht, soll doch im Folgenden versucht werden, Aussagen über die Stabilität oder den Wandel dieser Einstellungen und über die Zusammenhänge des Rechtsextremismus mit diesen Erklärungsfaktoren zu treffen.

Ausländerfeindliche und rechtsextreme Einstellungen sind in Thüringen wie in Ostdeutschland insgesamt Einstellungen ohne reales Einstellungsobjekt. Neuesten Zahlen des Thüringer Landesamts für Statistik zufolge beträgt der Ausländeranteil in Thüringen 1,7 Prozent, bundesweit liegt er bei knapp 10 Prozent. In der Wahrnehmung der Thüringer ist dieser Anteil allerdings deutlich höher. Nur vier Prozent aller Befragten konnten den Ausländeranteil in Thüringen richtig schätzen, während die meisten teilweise exorbitant überhöhte Schätzungen abgaben, die nicht einmal in westdeutschen Großstädten erreicht werden. Ein Viertel aller Befragten schätzt den Ausländeranteil ungefähr richtig (bis fünf Prozent), knapp ein Viertel aller Befragten glaubt, dass der Ausländeranteil in Thüringen mehr als 21 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt.

3 Allerdings muss man fairerweise berücksichtigen, dass in einem Interview die Zeit zum Nachdenken begrenzt ist.

4 Dabei wurden zwei Bereiche getrennt untersucht, die zusammen das Phänomen Rechtsextremismus ausmachen: Ausländerfeindlichkeit und Ethnozentrismus/Sozialdarwinismus, vgl. Dicke/Edinger/Schmitt 2000, S. 41ff.

Abb. 7: *Geschätzter Ausländeranteil in Thüringen (in Prozent)*



Besonders deutlich ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen. Ein Drittel der Männer schätzt den Anteil ungefähr richtig, bei den Frauen liegen knapp ein Drittel der Schätzung bei über 21 Prozent. Mit steigendem Alter der Befragten nimmt die Präzision der Schätzung etwas zu, von den Jüngeren bis 24 Jahre liegen nur 14 Prozent ungefähr richtig, 41 Prozent aber vollkommen falsch (21 Prozent und mehr). Die Bildung der Befragten hat nur einen geringen Einfluss auf das Schätzergebnis, einzig diejenigen mit (Fach-)Hochschulabschluss nennen sehr viel häufiger das richtige Ergebnis als die übrigen.

Solch vollkommen absurde Wahrnehmungen der Situation in Thüringen bleibt natürlich nicht ohne Folgen für die Einstellungen Ausländern gegenüber. Der Zusammenhang dieser Schätzung mit allen weiteren Fragen zum Themenkomplex Rechtsextremismus ist stark und höchstsignifikant. Mit anderen Worten: Je stärker der Ausländeranteil in Thüringen überschätzt wird, desto stärker ist die Neigung zu rechtsextremem Gedankengut.

Die folgende Tabelle gibt das Antwortverhalten zu den insgesamt zehn Rechtsextremismus-Statements im Jahre 2001 wieder.⁵

⁵ Im Gegensatz zum Vorjahr wurden in 2001 nur vier Antwortmöglichkeiten vorgegeben; die Mittelkategorie ist also entfallen. Daher sind im Vergleich sowohl die Ablehnung als auch die Zustimmung zu den einzelnen Statements angestiegen; deswegen ist ein direkter Vergleich der aktuellen Werte mit denen des Vorjahres nicht möglich.

Tab. 3: Bewertung der zehn Rechtsextremismus-Statements
(in Prozent)

Dimensionen und Statements	++	+	-	--
Ausländerfeindlichkeit				
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	21,4	27,4	30,1	21,1
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	11,3	36,2	30,5	21,9
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	13,0	15,0	26,8	45,2
Sozialdarwinismus				
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	17,0	18,2	9,1	55,7
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	10,5	18,1	26,8	44,5
Nationalismus				
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	27,1	28,9	23,8	20,3
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	9,5	24,5	27,9	38,0
Verharmlosung des Nationalsozialismus				
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	8,4	13,0	18,7	59,8
Antisemitismus				
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	3,9	11,0	18,5	66,6
Rechte Diktatur				
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	4,5	12,7	21,7	61,0

++ „stimme voll und ganz zu“; + „stimme überwiegend zu“; - „lehne eher ab“; -- „lehne völlig ab“

Zunächst ist festzuhalten, dass mit einer Ausnahme alle diese Statements von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. Die höchsten Zustimmungsraten bekommen die Statements der Bereiche Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus. Die Verharmlosung des Nationalsozialismus, der Antisemitismus und die Befürwortung einer rechten Diktatur finden sehr viel weniger Fürsprecher.

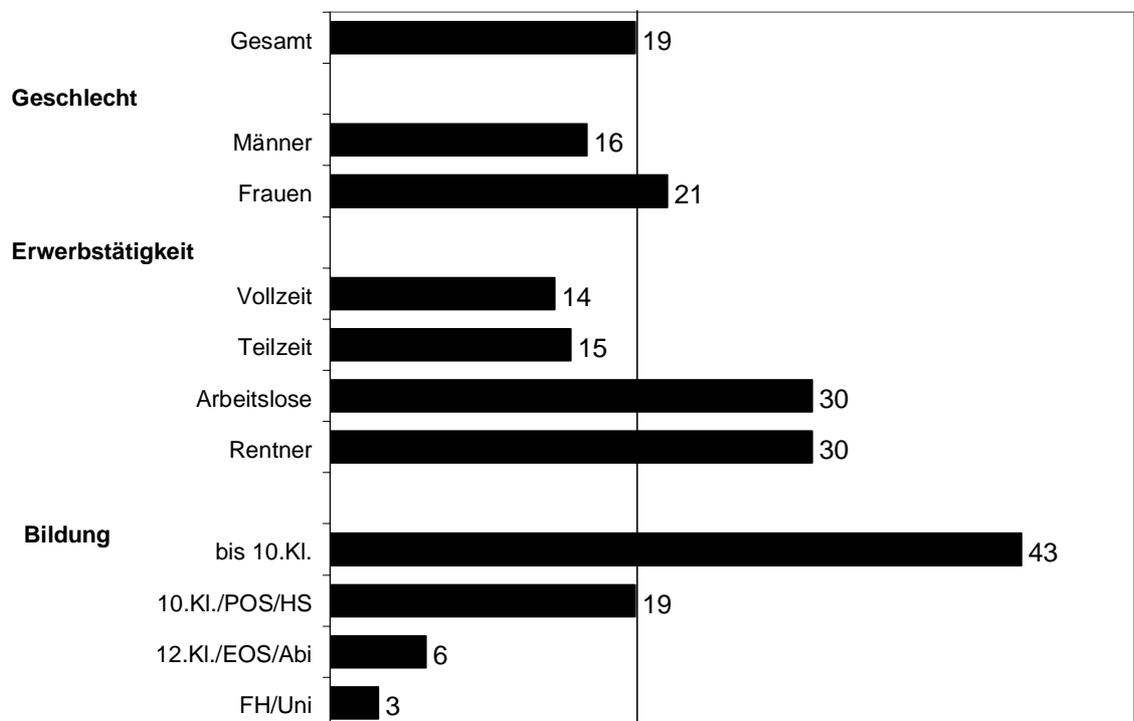
Bei der Ausländerfeindlichkeit als zentralem Bestandteil des Rechtsextremismus zeigen sich deutliche, aus dem letzten Jahr bereits bekannte Zusammenhänge mit der Sozialstruktur der Befragten. Vor allem der Zusammenhang mit dem Alter ist stark: Je älter die Befragten sind, desto deutlicher äußern sie ihre Ausländerfeindlichkeit.⁶ Ebenso stark und eindeutig ist der

6 Diese vorsichtige Formulierung soll deutlich machen, dass man es bei der Untersuchung des Rechtsextremismus in hohem Maße mit dem Problem der sozialen Erwünschtheit zu tun hat. So ist es sehr wahr-

Zusammenhang mit dem Bildungsniveau der Befragten: Je schlechter ihre formale Bildung ist, desto eher stimmen sie ausländerfeindlichen Aussagen zu. Frauen sind etwas stärker ausländerfeindlich eingestellt als Männer. Arbeiter geben in sehr viel stärkerem Maße an, ausländerfeindlich zu sein als einfache und mittlere Angestellte, diese wiederum weniger als höhere und leitende Angestellte oder Beamte. Bei den übrigen Bestandteilen rechtsextremer Einstellungen zeigen sich diese Zusammenhänge mit der Sozialstruktur in gleicher Weise. Auch der Sozialdarwinismus, der Nationalismus und der Antisemitismus werden nach dem gleichen Muster überdurchschnittlich stark befürwortet, ebenso wie eine Diktatur im nationalen Interesse. Eine einzige Ausnahme zeigt sich beim Zusammenhang zwischen der Bewertung des Nationalsozialismus und dem Alter der Befragten: Hier sind es eher die Jüngeren, die dem Nationalsozialismus gute Seiten abgewinnen können, während sich diese Ansicht mit zunehmendem Alter abschwächt.

Der sehr starke Zusammenhang der einzelnen Fragen untereinander lässt eine Kombination zu einer Rechtsextremismus-Skala sinnvoll erscheinen.⁷ Wenn man bei Werten oberhalb des Skalenmittelpunktes von verfestigten Einstellungen sprechen will, dann vertreten 19 Prozent aller Thüringer rechtsextreme Positionen. Die Festlegung dieser Grenze ist jedoch weitgehend willkürlich, so dass die absoluten Werte nicht interpretierbar und nicht mit Werten aus anderen Umfragen vergleichbar sind. Diese Festlegung dient lediglich dem Zweck, die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts in verschiedenen Bevölkerungsgruppen vergleichen zu können.

Abb. 8: *Rechtsextremismus nach Geschlecht, Erwerbstätigkeit und Bildung (in Prozent)*



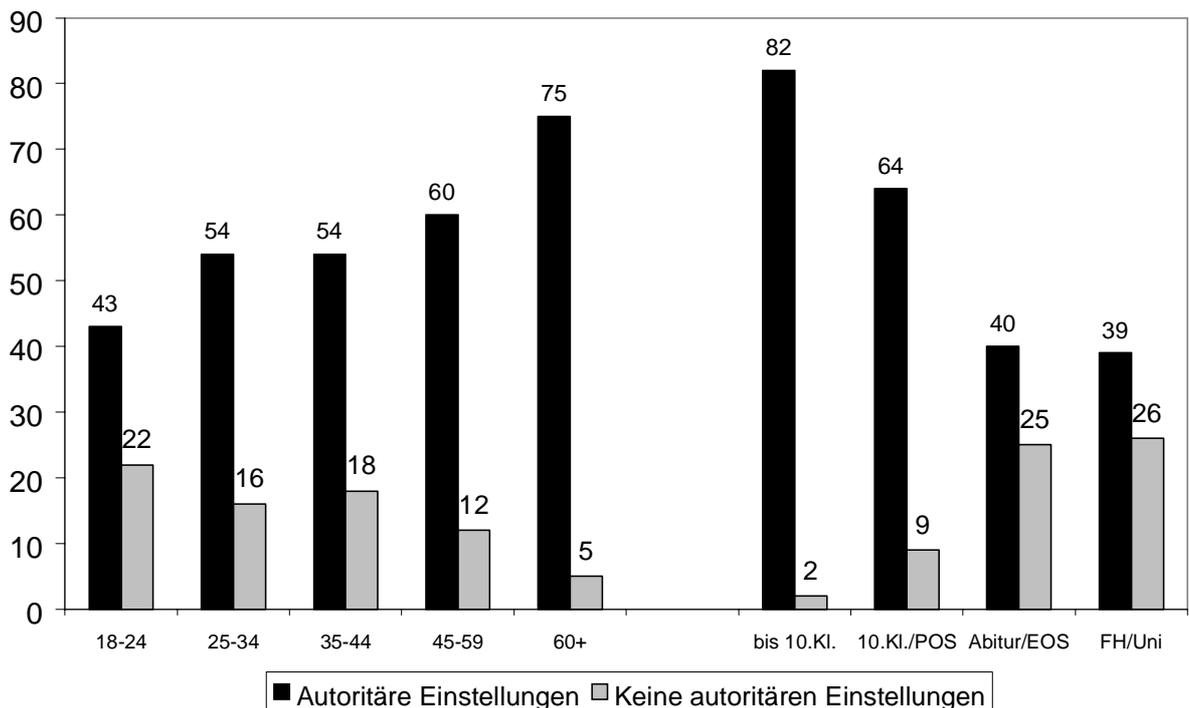
scheinlich, dass viele Befragte ihr tatsächliches Ausmaß an Ausländerfeindlichkeit oder Rechtsextremismus nicht offen bekunden, weil ihnen klar ist, dass solche Äußerungen gesellschaftlich geächtet sind.

7 Das bestätigt auch eine mit den Statements durchgeführte Faktorenanalyse, die als Ergebnis alle zehn Statements auf einer Dimension verortet. Diese Dimension (Hintergrundvariable) kann man als Rechtsextremismus benennen.

Aufgrund der gleichgerichteten Zusammenhänge beinahe aller Fragen mit der Sozialstruktur werden diese auch für die Rechtsextremismus-Skala bestätigt: Frauen, Ältere und schlechter Gebildete neigen rechtsextremem Gedankengut ebenso überdurchschnittlich zu wie Arbeiter, Arbeitslose, Rentner und Befragte, die ihren Arbeitsplatz gefährdet sehen.

Bei den Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus muss zunächst der Hang zum Autoritarismus genannt werden. Autoritäre Einstellungen sind in Thüringen sehr weit verbreitet. Fast drei Viertel der Thüringer stimmen der Aussage zu, dass wir in diesen Zeiten unbedingt eine starke Hand brauchen, ähnlich viele meinen, dass man Kindern vor allem Gehorsam und Disziplin beibringen muss. Dabei fällt der starke Zusammenhang mit dem Alter der Befragten auf: Je älter sie sind, desto häufiger äußern sie solche autoritären Ansichten. Mit steigender Bildung findet man solche Äußerungen seltener, aber immer noch die Mehrheit der (Fach-) Hochschulabsolventen stimmt diesen Ansichten zu. Kombiniert man diese beiden Fragen, so ergibt sich eine Typologie: Wenn ein Befragter beiden Statements zugestimmt hat, wird er als autoritär bezeichnet, bei doppelter Ablehnung als nicht-autoritär. Daraus ergibt sich, dass insgesamt 60 Prozent aller Thüringer als autoritär gelten können, nur 13 Prozent als nicht-autoritär, während 27 Prozent auf beide Statements unterschiedlich geantwortet haben (Mischform). Der Anteil der Autoritären und der Nicht-Autoritären nach Alter und Bildung ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

Abb. 9: *Autoritarismus nach Altersgruppen und Bildung*
(in Prozent, Differenz zu 100: Mischform)

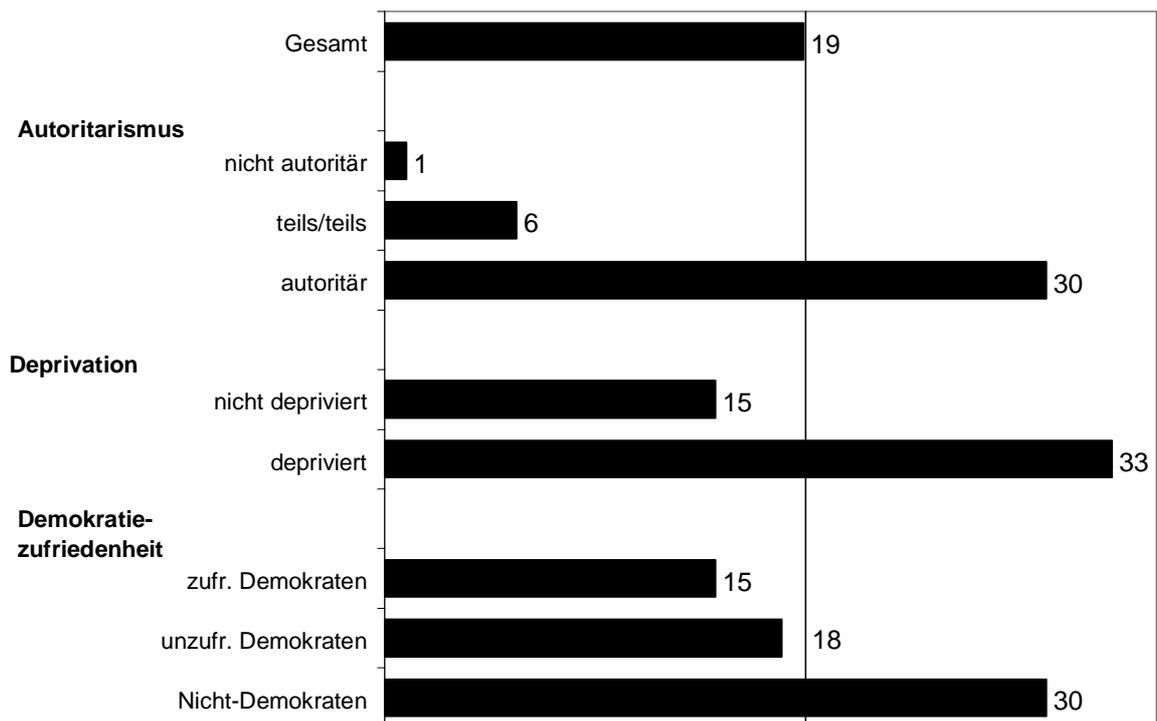


Es zeigt sich also deutlich, dass autoritäre Einstellungen mit zunehmendem Alter deutlich weiter verbreitet sind. Je höher die formale Bildung der Befragten ist, desto weniger neigen sie autoritären Ansichten zu. Die weiteren Unterschiede je nach Berufsgruppe oder Berufstätigkeit stehen im engen Zusammenhang mit Alter und Bildung, so dass sie hier nicht berichtet werden müssen. Die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft hat keine Auswirkungen auf den Autoritarismus. Auf der linken Seite des politischen Spektrums (Links-Rechts-Skala) finden sich etwas weniger Autoritäre als in der Mitte und rechts. Der Zusammenhang mit der Bewertung der DDR könnte daher erstaunen: Von denjenigen, die mehr gute als schlechte

Seiten an der DDR sehen, sind 76 Prozent autoritär eingestellt, von denjenigen, die diese Aussage völlig ablehnen nur 45 Prozent. Dieses auf den ersten Blick ungewöhnliche Ergebnis erklärt sich dadurch, dass die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala unabhängig von der Bewertung der DDR ist. Autoritäre Ansichten finden sich bei potenziellen Wählern aller Parteien wieder, einzig diejenigen, die Bündnis 90/Die Grünen wählen würden, sind deutlich weniger autoritär.

Der Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus ist wie bereits im Jahr 2000 sehr stark. Die Neigung zu rechtsextremen Ansichten findet sich bei Autoritären deutlich häufiger und stärker als bei Nicht-Autoritären. Auch wenn die Befragten weniger (vor allem materielle) Güter zur Verfügung haben, als ihnen in ihrer Selbstwahrnehmung zustehen (Deprivation), finden rechtsextreme Einstellungsmuster größeren Anklang. Unter den Demokraten finden sich solche Einstellungen seltener, die Nicht-Demokraten aber tendieren sehr häufig in diese Richtung. Die Ablehnung der Demokratie als Staatsidee ist hier der entscheidende Faktor, die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis hat weniger Einfluss auf die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen.

Abb. 10: Rechtsextremismus nach Autoritarismus, Deprivation und Demokratiezufriedenheit (in Prozent)



In der Kombination verstärken sich all diese Einflussfaktoren gegenseitig. Unter denjenigen, die sowohl autoritäre Einstellungen haben als auch depriviert sind, ist der Anteil von Personen mit rechtsextremem Gedankengut nochmals deutlich höher. Somit können im Jahre 2001 die Ergebnisse des letztjährigen Thüringen-Monitors bestätigt werden.

III. Schule und Erziehung aus Erwachsenenicht

Ging es bislang wie im Thüringen-Monitor des vergangenen Jahres um die Darstellung und Analyse von Einstellungen der Thüringer Bevölkerung insgesamt, so erfolgt nunmehr ein begrenzter Perspektivenwechsel: In einer ersten Annäherung an das Schwerpunktthema soll die Wahrnehmung eines für die Jugend wesentlichen Lebensbereichs durch die Erwachsenen untersucht werden: Schule und Erziehung. Bewusst bleiben dabei die im Rahmen dieser Studie als Jugendliche firmierenden 16-29-Jährigen unberücksichtigt. Dadurch soll ermöglicht werden, einen genuin „erwachsenen“ Blick auf die Jugend bzw. Fragen ihrer Bildung und Ausbildung zu erfassen. Dieser Zugangsweise liegt – wie bei der Bestimmung des Schwerpunktthemas – die Annahme zu Grunde, dass es bei einer Reihe von Einstellungsmustern systematische Unterschiede zwischen Erwachsenen und Jugendlichen gibt. Für Schule und (Aus-)Bildung bzw. Erziehung betreffende Fragen erscheint diese Annahme in besonderem Maße plausibel. Die Erwartungen an Schule und Erziehung dürften sich mit wachsendem zeitlichen Abstand zur eigenen Schulzeit und in Abhängigkeit von bestimmten Rollen, die die Befragten z.B. als Eltern einnehmen, deutlich verändern.

Zu Recht wird dem Themenbereich Schule und Erziehung im Zuge von andauernden Prozessen der Globalisierung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zusehends Bedeutung als einer zentralen Zukunftsfrage beigemessen. Das entsprechende Politikfeld steht in der Folge kurz davor, seinen Stammpfad auf den unteren Rängen der politischen Agenda zu verlassen und zu einem Schlüsselthema des frühen 21. Jahrhunderts zu werden. Der mittlerweile erreichte Konsens über die zentrale Rolle von schulischer, aber auch außerschulischer Bildung für die zukünftigen Entwicklungspotenziale einer Gesellschaft kann jedoch die Kontroversen über Art und Richtung etwaiger Reformen sowie ganz generell der Rolle von Schule in der modernen Gesellschaft nicht verdecken. Bevor einzelne Haltungen der Thüringer Befragten zu diesem Themenkreis vorgestellt werden, gilt es, schlaglichtartig einen Blick auf die Perzeption der Generationenbeziehungen zu werfen.

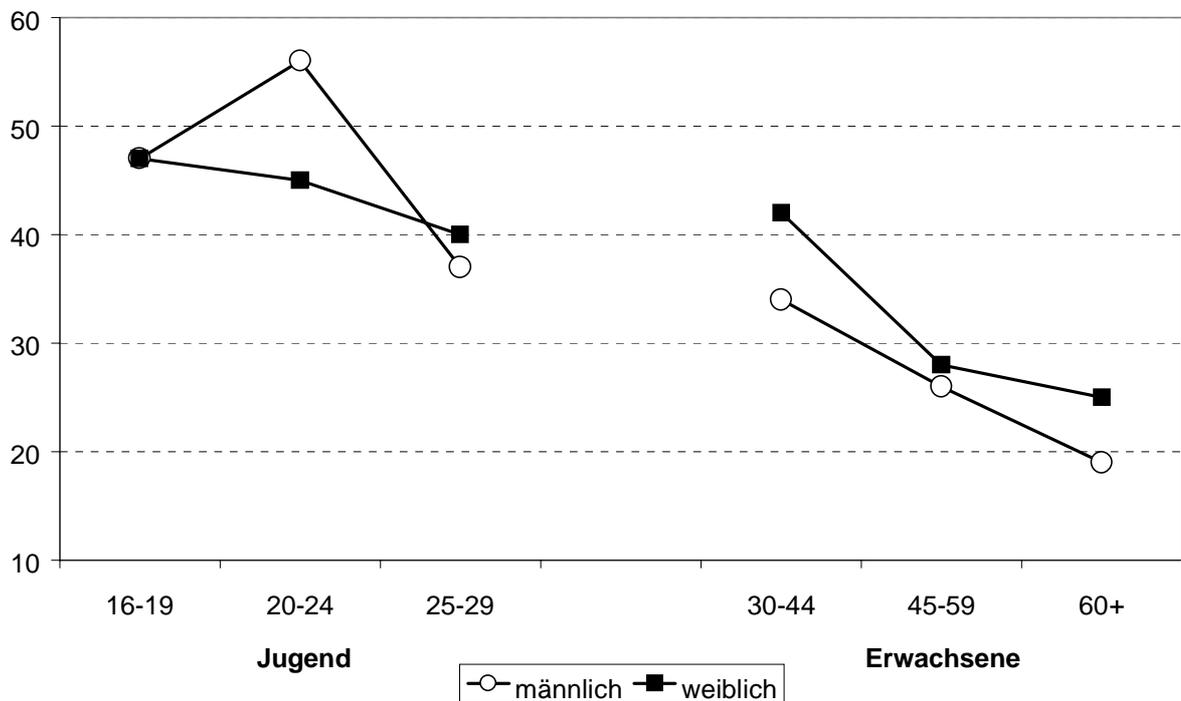
1. Generationenbeziehungen

Im vorliegenden Kontext geht es in erster Linie um die Wahrnehmung der Jugendlichen durch die Erwachsenen. Gefragt danach, ob die Jugend mehr Pflichtgefühl und Verantwortungsbewusstsein zeigen sollte, präsentieren sich die über 29-Jährigen ausgesprochen homogen: Zu über 90 Prozent bejahen sie den moralischen Appell an die Jugendlichen, davon zwei Drittel sogar ohne Einschränkungen. Die solchermaßen formulierte Erwartungshaltung gegenüber der jüngeren Generation impliziert ein Bild von Jugend, das dem von den Medien bevorzugt kolportierten sehr nahe kommt: eine Jugend, die sich in egozentrischen Kreisen um sich selbst dreht, aber kaum Bereitschaft zur Übernahme von Pflichten erkennen lässt. Wie viel oder wenig dieses Bild auch immer mit der Realität zu tun hat: In kaum einem Punkt besteht zwischen den Erwachsenen ein so weit reichender Konsens. Zumindest ein Anhaltspunkt für diese kritische Perzeption scheint – um ein Ergebnis der Jugendbefragung vorweg zu nehmen – in der Wertorientierung der jüngeren Generation angelegt zu sein: Die Vorbehalte gegenüber zumal dauerhaftem verbindlichen Engagement sind deutlich stärker ausgeprägt als bei den Älteren.

Bezieht sich die Aussage zum Verantwortungsbewusstsein der Jugend auf mögliche Unterschiede in den Werthaltungen, so zielt die Frage danach, ob zukünftig zur Sicherung des Rentensystems die Alten weniger Rente erhalten oder die Jungen höhere Beiträge bezahlen sollten, auf manifeste Interessengegensätze zwischen den Generationen. Zusätzlich handelt es sich um ein Thema, das durch die Auseinandersetzungen um die demografische Entwicklung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf das Rentensystem politisch virulent geworden ist. Wenn die Befragten eine sehr starke Konkurrenzsituation wahrnehmen, wäre zu erwarten, dass starke Belastungen der jeweils anderen Altersgruppe begrüßt werden. Als zweite Hypothese ließe sich formulieren, dass die Jugendlichen weniger deutlich Rentenkürzungen fordern als die Erwachsenen Beitragserhöhungen, weil sie ihr eignes späteres Rentnerdasein bereits antizipieren.

Die erste Hypothese findet sich für die *Älteren* bestätigt: Mehr als zwei Drittel sprechen sich für Beitragserhöhungen aus – und der Anteil erhöht sich mit zunehmendem Alter von 62 Prozent bei den 30-44-Jährigen auf 79 Prozent bei den Rentnern. Frauen sind ungeachtet dessen, dass sie im Durchschnitt niedrigere Renten beziehen (werden), eher als Männer bereit, Einbußen bei der Rente in Kauf zu nehmen (vgl. Abb. 11). Die Bereitschaft zum Verzicht auf persönliche Vorteile nimmt mit steigendem Bildungsniveau zu, allerdings fallen die Hochschulabsolventen gegenüber den Befragten mit dem Abitur als höchstem Bildungsabschluss nach unten ab.

Abb. 11: „Alte sollten weniger Rente erhalten“ – Zustimmungquoten nach Geschlecht und Alter (in Prozent)



Entgegen der zuerst formulierten Hypothese zeigt sich auch eine knappe Mehrheit der *Jugendlichen*, unter den 25-29-Jährigen sogar über 60 Prozent, zur Zahlung höherer Beiträge bereit – und gibt sich damit nicht als kurzfristige Nutzenmaximierer zu erkennen. Die Bereitschaft, durch höhere (eigene) Beiträge zur Stabilisierung des Rentensystems beizutragen, steigt mit zunehmender Bildung linear an und erreicht unter den Studierenden, die zumeist (noch) keine Beiträge zahlen müssen, den Höchstwert von 77 Prozent. Für die Jugendlichen

findet sich insoweit die zweite der beiden oben formulierten Hypothesen bestätigt. Damit korrespondieren auch die „jugendlichen“ Reaktionen auf das bewusst provokativ formulierte Statement: „Die ältere Generation denkt nur an ihre eigenen Interessen, die Zukunft der Jugend ist ihnen egal.“. Nur eine Minderheit von knapp 30 Prozent der Befragten stimmt der Aussage zu; bei den jungen Männern ist es jeder Vierte, bei den Frauen jede Dritte.

2. Schule: Bildung oder Erziehung?

Doch zurück zu der in diesem Kapitel zu untersuchenden Erwachsenenperspektive, in deren Mittelpunkt sich das Themenfeld Schule befindet. In der aktuellen, gleichwohl aber an historischen Vorläufern reichen Debatte über Aufgaben, Organisation und Bildungsinhalte von Schule im Informationszeitalter stehen sich – stark vereinfacht – zwei Positionen gegenüber. Nach der einen besteht ihre Aufgabe vornehmlich in der Vermittlung von Bildungsinhalten und (prozeduralem) Wissen über Instrumente und Verfahren des Wissenserwerbs und der Anwendung von Kenntnissen. Die andere Position fordert über die Bildung hinaus eine Erziehungsleistung der Schule und in diesem Zuge auch die Vermittlung von Fähigkeiten, die im Bereich des Sozialverhaltens liegen. Ob die Schule vornehmlich als Bildungseinrichtung oder als Erziehungsanstalt verstanden wird, hat auch Implikationen für ihre Rolle in der Gesellschaft. Im ersten Fall fungiert sie als eine Art Spezialagentur der Gesellschaft und erbringt mehr oder weniger eng umrissene Dienstleistungen für diese, im zweiten Fall erfüllt sie ergänzend zum oder auch kompensatorisch für das Elternhaus grundlegende Sozialisations- und Erziehungsaufgaben.

Die beiden skizzierten Konzeptionen von Schule sind selbstredend nur bei idealtypischer Betrachtung strikt voneinander zu trennen – und finden sich in der bildungs- und schulpolitischen Diskussion in unterschiedlichem Maße einander angenähert. Diese Position nehmen auch drei Viertel der Erwachsenen in Thüringen ein, die sich quer durch alle Alters- und Bildungsgruppen sogar darin einig sind, dass Wissensvermittlung und Erziehung gleichrangige Aufgaben der Schule sind. Lediglich eine winzige Minderheit von vier Prozent der Befragten bestreitet grundsätzlich eine Erziehungsfunktion der Schule. Eine etwas größere Bedeutung der Erziehungsfunktion gegenüber der der Wissensvermittlung unterstützen elf Prozent, die umgekehrte Position wird von acht Prozent vertreten.

Insgesamt wird damit deutlich eine Konzeption von Schule favorisiert, bei der der Persönlichkeitsentwicklung der gleiche Rang wie dem Erwerb von kognitiven Fähigkeiten zukommt. Ausdruck dessen dürfte auch sein, dass so genannte Kopfnoten für Fleiß und Disziplin und ihr Vermerk in den Schulzeugnissen von einer übergroßen Mehrheit der Befragten (über 90 Prozent) begrüßt werden. Auf diesem Wege soll offenkundig das Sozialverhalten der Schüler größere Aufmerksamkeit erfahren und nicht zuletzt auch nach außen dokumentiert werden. Die relativ starke Akzentuierung des Erziehungsaspekts in den Antworten könnte dahin gehend interpretiert werden, dass sich insbesondere die Eltern immer mehr aus ihrer erzieherischen Verantwortung zurückziehen und diese teilweise an die Schule bzw. die Lehrer delegieren. Eine solche Entwicklung wird von den Thüringern jedoch zumindest verbal abgelehnt: Fast ausnahmslos vertreten sie die Auffassung, dass die Eltern – und nicht die Schule – den Kindern den Umgang mit schwierigen Situationen beibringen sollten.

Stellt die Bildung nach Meinung der Befragten auch nicht den einzigen Pfeiler der schulischen Arbeit dar, so ergibt sich gleichwohl die Frage nach den Bildungsinhalten. „Non scholae, sed vitae discimus“ – dass man nicht für die Schule lernt, sondern für das Leben, ist auch

dem Nicht-Lateiner geläufig. Umstritten ist jedoch, ob in Anlehnung an das Humboldtsche Bildungsideal primär eine breite Allgemeinbildung anzustreben, oder ob nicht vielmehr – zumal angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt – eine stärkere Berufsorientierung zu wünschen ist. Die über 29-Jährigen in Thüringen erweisen sich in dieser Frage als Freunde der Vermittlung. Eine relative Mehrheit der Befragten (44 Prozent) möchte, dass die Schule beide Funktionen erfüllt. Weit über ein Drittel nennt hingegen eine breite Allgemeinbildung als vorrangige Aufgabe der Schule, während nur halb so viele Thüringer die Vorbereitung auf das Berufsleben angeben. Die Erwartung, in der Schule auf die Berufswelt vorbereitet zu werden, vertritt somit nur eine zusehends kleiner werdende Minderheit. Nennenswerte Zustimmung erfährt die Aussage nur durch die Älteren (22 Prozent) sowie durch die Arbeitslosen (27 Prozent).

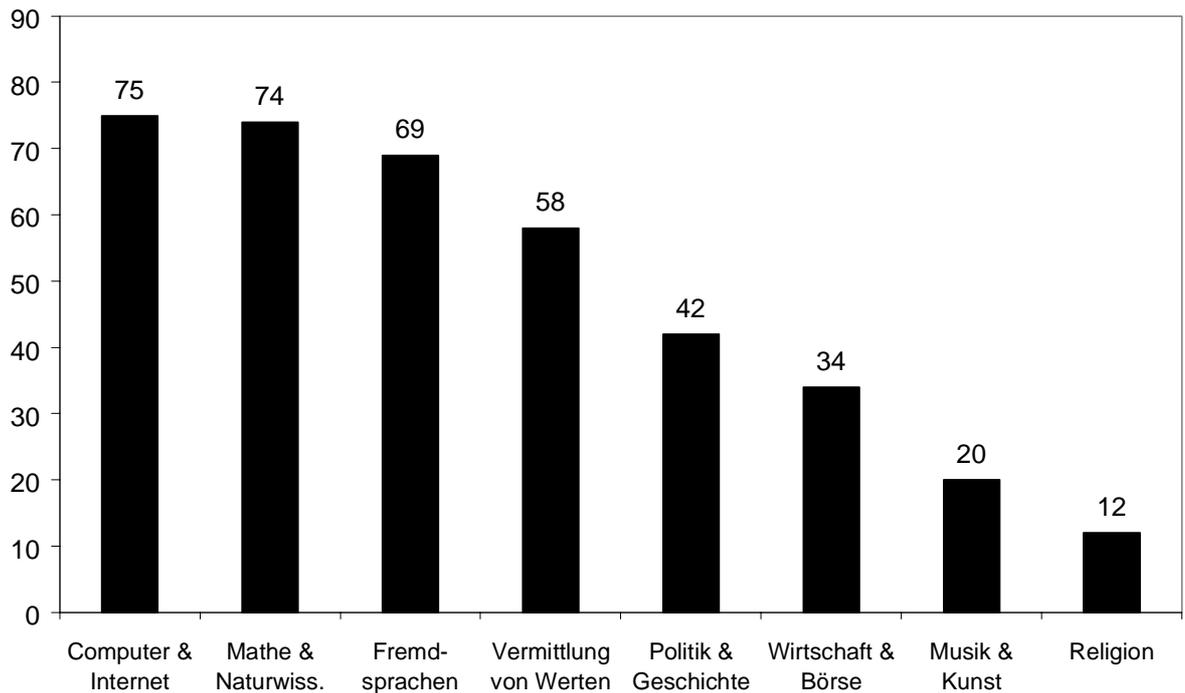
Insgesamt scheint die Schule in ihrer derzeitigen Verfassung die skizzierte doppelte Herausforderung in den Augen der Thüringer gut zu meistern. Zwei von drei Erwachsenen attestieren ihr, dass sie den Schülern das Wissen vermittelt, das diese für ihre Zukunft brauchen. Von einer Vertrauenskrise der Institution Schule kann angesichts dieser Zahlen nicht die Rede sein. Das größte Vertrauen in die Schule bekunden mit den über 60-Jährigen diejenigen, bei denen die eigene Schulzeit am weitesten zurückliegt. Große Schwankungen gibt es je nach Bildungsstand: Während die Befragten mit einem Bildungsabschluss unter der 10. Klasse ein sehr positives Urteil fällen, sinkt die Zustimmungsrate bei denjenigen mit dem Abitur als höchstem Abschluss.

3. Schule: Welcher Fächerkanon?

Ergänzend zu der Gesamtbewertung der Schule ist im Rahmen des Thüringen-Monitors 2001 nach der Bedeutung einzelner Unterrichtsfächer oder Fächerkombinationen gefragt worden. Die Befragten konnten angeben, ob ein Fach oder ein Fachbereich mit mehr oder weniger Stunden unterrichtet werden bzw. sich diesbezüglich keine Veränderung ergeben sollte. Um der erwarteten Zustimmungstendenz vorzubeugen, wurde folgender Einleitungssatz verwendet: „Wenn in der Schule bestimmte Bereiche verstärkt unterrichtet werden sollen, müssen bei anderen Abstriche gemacht werden“. Dennoch sprachen sich die Interviewten bei sechs der acht aufgelisteten Fächer für einen verstärkten Unterricht aus. Lediglich für Religion sowie Musik und Kunst, zwei ohnehin in den Stundenplänen nachrangige Fächer, wurde eine Verringerung der Stundenzahl gewünscht. Diese Einstellung zum Unterrichtsfach Religion wird von den Katholiken nicht geteilt, wohl aber von den Protestanten.

Der Blick auf die Häufigkeitsverteilung bei den anderen sechs Fächern lässt ein relativ klares Muster erkennen (vgl. Abb. 12). Bereiche mit einer hohen beruflichen Relevanz wie Computer und Internet oder Fremdsprachen erfahren starke Zustimmung, d.h. sie sollen nach dem Wunsch der Befragten verstärkt unterrichtet werden. Eine Sonderstellung nimmt dabei der Bereich Wirtschaft und Börse ein. Offenkundig schwingen hier bei einem Teil der Interviewpartner negative Assoziationen mit, die es verhindern, dass ein derartiges Unterrichtsfach stärker „nachgefragt“ wird.

Abb. 12: *Bereiche, die in der Schule verstärkt unterrichtet werden sollten*
(Nennungen in Prozent)



Beträchtliches Interesse erfahren auch die Werteerziehung sowie Politik und Geschichte, allerdings fallen sie gegenüber den einer Zusatzqualifikation gleich kommenden Fächern deutlich ab. Die auf diesem Wege indirekt zum Ausdruck gebrachte Berufsorientierung steht in einem nicht zu übersehenden Spannungsverhältnis zum Antwortverhalten bei der Frage nach der Funktionsbestimmung von Schule. Hier nannte nur eine Minderheit der Befragten die Vorbereitung auf das Berufsleben als entscheidende Funktion der Schule.

IV. Jugend und Politik

1. Einführung und Fragestellung

Jugend ist „in“ – auf diese knappe und zweifellos überspitzte Formel lässt sich der gesellschaftlichen Umgang mit Jugend in so unterschiedlichen Bereichen wie Mode, Freizeitgestaltung und Politik während der vergangenen Jahre bringen. Paradoxerweise erfahren die Jugendlichen derzeit umso mehr öffentliche Aufmerksamkeit, je geringer ihre Zahl und ihr Anteil an der bundesdeutschen Bevölkerung werden. Dabei scheint die einstmals in der Tendenz kritische und im Ton verurteilende Betrachtung „der“ Jugend differenzierteren Wahrnehmungen zu weichen. Plastisch formuliert: Der einem Bonmot zufolge größte Fehler, den die Jugend von heute hat, ist zwar weiterhin der, dass man nicht mehr zu ihr gehört – doch die Bereitschaft, diesen Fehler zu verzeihen, scheint zuzunehmen. War die Jugend der späten Sechziger- und frühen Siebzigerjahre noch des Aufruhrs verdächtig, so gelten die 98er und mit ihnen die Jugend des frühen 21. Jahrhunderts zwar als politikmüde, aber dafür umso mehr als Garanten der Zukunft. Mitunter gerät das Wort Jugend regelrecht zum Synonym für Zukunft, und die Jugendlichen avancieren – in den Worten eines früheren Bundesministers – zu Deutschlands wertvollstem Rohstoff. Der mal bange, mal hoffnungsfrohe und zusehends gleichermaßen bange wie hoffnungsfrohe Blick auf die Jugend ist zu einem Teil immer auch Projektion „erwachsener“ Befürchtungen und Erwartungen in eine Lebensphase, die man biographisch hinter sich gelassen hat, während sie gesellschaftlich immer bestimmender wird.

Jenseits derartiger Projektionen haben sich die sozialwissenschaftlichen Disziplinen seit der deutschen Vereinigung verstärkt um die empirische Erforschung der Jugend, sowohl der Jugendlichen insgesamt wie auch einzelner Teilgruppen, bemüht. In einer längst unüberschaubar gewordenen Zahl von Studien sind unter Aufbietung des gesamten Arsenal sozialwissenschaftlicher Methoden Lebenslagen und Orientierungen, Wahrnehmungsmuster und Verhaltensweisen Jugendlicher dokumentiert, nach den Regeln des dichten Beschreibens dargestellt und analysiert worden. Kaum jemals zuvor dürften über eine jugendliche Population so viele, allerdings mitunter widersprüchliche Daten vorgelegen haben. Die umfassende wissenschaftliche Beobachtung von jedweden Veränderungen und Trends im Jugendbereich hat mittlerweile auch eine stattliche Zahl von Publikationen zum hier interessierenden Themenfeld von Jugend und Politik hervorgebracht. Dabei sind bei den auf Repräsentativbefragungen basierenden Arbeiten abseits methodischer Divergenzen zwei unterschiedliche Herangehensweisen festzustellen, die sich beispielhaft an zwei der großen Jugendstudien aufzeigen lassen.

Die aktuelle Shell Jugendstudie (Jugend 2000), bereits die 13. seit den Fünfzigerjahren, präsentiert die Befunde einer Erhebung aus dem Jahr 1999 unter 15-24-Jährigen. Sie bemüht sich darum, die jugendliche Perspektive Ernst zu nehmen und so weit wie möglich dem jugendlichen Blick auf Politik zu folgen. Dies impliziert ein Doppeltes: Zum einen erfährt die Politik eben jenen Stellenwert, den ihr die Mehrzahl der Jugendlichen beimisst: einen geringen. Zum anderen wird zumindest in Ansätzen versucht, das an der wahlberechtigten Bevölkerung erprobte Standardrepertoire an Fragen aus der politischen Einstellungsforschung um einige den jugendlichen Artikulationsformen nähere zu ergänzen.

Hingegen stellt der zweite Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts in München aus dem Jahr 1997 ganz bewusst auf die, wie es im Untertitel des Auswertungsbandes heißt, „politischen Orientierungen“ ab (Gille/Krüger 2000). Der Begriff des Politischen wird dabei eingedenk der distanzierten Haltung der Untersuchungsgruppe zur institutionalisierten Politik weit gefasst und schließt beispielsweise Rollenwahrnehmungen und Bewertungen des gesellschaftlichen Status quo ein. Gleichwohl bleibt die Perspektive der Erwachsenen dominant, wodurch die in der 13. Shell Jugendstudie weitgehend fehlende vergleichende Perspektive gewährleistet wird. Damit in Verbindung steht zugleich die andere Altersspanne der Untersuchungsgruppe; mit den 16-29-Jährigen werden faktisch die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen erfasst.

Die auffällig unterschiedlichen Altersgrenzen in den Stichproben der beiden bekanntesten Jugendstudien⁸ werfen die grundlegende Frage auf: Was ist „Jugend“? Nach den gängigen Definitionen stellt sie einerseits eine eingeständige Lebensphase dar, andererseits fungiert sie als eine Art „Übergangsphase“ zwischen der Kindheit und dem Erwachsensein. Im Unterschied zu den Kindern verfügen die Jugendlichen über größere Eigenständigkeit, und sie nehmen sich selbst nicht länger als Kinder wahr. Gleichwohl findet beim Übergang von der Kindheit zur Jugend kein Sprung in der politischen Urteilsfähigkeit statt. Die bewusste Wahrnehmung von und die Auseinandersetzung mit Politik setzt zumeist erst in späteren Jahren ein, sodass in aller Regel erst mit etwa 15 bis 16 Jahren von einer zunehmenden Urteilsfähigkeit in politischen Fragen ausgegangen werden kann. Ihren Abschluss findet die Jugendphase nach herkömmlicher Auffassung mit der Beendigung der Ausbildung und dem Eintritt in das Berufsleben. Damit gehe, so die stillschweigende Annahme, eine Periode der relativen Gestaltungsfreiheit, des Experimentierens und des kurzfristigen Rollenwechsels zu Ende. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich die Ausbildungszeiten zumal in der Bundesrepublik während der vergangenen Jahrzehnte erheblich verlängert haben und sich in der Konsequenz auch die Jugendphase ausgedehnt hat (Münchmeier 1997: 316).

Wenn der Thüringen-Monitor 2001 analog zum Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts die Untersuchungsgruppe die 16-29-Jährigen umfasst, dann sind für diese Entscheidung nicht allein jugend- bzw. sozialpsychologische Erkenntnisse ausschlaggebend gewesen. Mit den 16-Jährigen einzusetzen, bot gewisse Vorteile für die telefonische Befragung. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den Daten des DJI-Jugendsurveys lag es nahe, eine Obergrenze von 29 Jahren zu setzen.⁹ Noch in einem anderen Punkt folgt die vorliegende Untersuchung dem Jugendsurvey: Sie macht sich nicht die mutmaßliche Perspektive der Jugendlichen zu eigen, sondern befragt sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ganz bewusst nach dem Muster der Erwachsenen. Auf diese Weise sollte die Vergleichbarkeit zwischen den beiden Altersgruppen gewährleistet bleiben.

Damit ist zugleich eine zentrale Fragestellung des Schwerpunktteils im Thüringen-Monitor 2001 benannt: Inwiefern unterscheiden sich die politischen Einstellungen und die Perzeptionen der Politik zwischen den beiden Altersgruppen der unter und der über 30-Jährigen? Bereits die Festlegung des Schwerpunktthemas kommt dabei einer Hypothese gleich. Indem die 16-29-Jährigen als eine Altersgruppe in der selben Lebensphase mit dem gemeinsamen Etikett Jugend von den Älteren abgegrenzt werden, geht man implizit von systematischen Unterschieden zur erwachsenen Bevölkerung aus. Gerade diese stillschweigende Voraussetzung ist

8 Die uneinheitliche Bestimmung der Untersuchungsgruppe betrifft nicht nur die großen Jugendstudien, sondern sie findet sich ebenso bei anderen Repräsentativbefragungen. So sind im Rahmen der vom Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren in Auftrag gegebenen ipos-Studie zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen 14-27-Jährige befragt worden (ipos 1999).

9 Dessen ungeachtet sind die direkten Vergleichsmöglichkeiten wegen Unterschieden in den Erhebungsinstrumenten (Fragen, Skalierung etc.) ausgesprochen begrenzt.

durch eine Reihe von Forschungsergebnissen allerdings fragwürdig geworden. Die Differenzierung der Lebensstile gerade von Jugendlichen, die sich auch, aber nicht allein in hochgradig zersplitterten Jugendkulturen ausdrückt, lässt Zweifel am Konzept „der“ Jugend aufkommen. Vielmehr geraten jenseits des Generationenunterschieds Binnendifferenzierungen zwischen den Jugendlichen in den Blick.

Eine zweite Fragestellung ergibt sich gewissermaßen aus dem Titel und der generellen Forschungsperspektive des Thüringen-Monitors. Insoweit ein Bild der regionalen politischen Kultur gezeichnet werden soll, geht es um eine Verortung der Jugend in dieser Kultur. Bisherige Untersuchungen legen dabei eine Doppelperspektive nahe: Einerseits sind jene Potenziale und Potenzen der Jüngeren auszumachen, die die Fundamente des demokratischen Verfassungsstaates festigen. Andererseits gilt es, Erscheinungen politischer Entfremdung und der Abwendung vom politischen System zu erfassen. Die Beziehung der Jugendlichen zur regionalen politischen Kultur bestimmt sich aber nicht allein durch ihre politischen Einstellungen. Vielmehr spielen auch die Bezüge zur Region und zum sozialen Umfeld, Zukunftserwartungen und Mobilität sowie generelle Wertorientierungen eine wichtige Rolle.

Eine dritte Leitfrage bezieht sich schließlich auf die Erklärungsfaktoren der jugendlichen Einstellungen zur Politik. Sind diese mitsamt der damit verbundenen Chancen und Risiken für die Bewährung des demokratischen Verfassungsstaates Produkt besonderer Lebenslagen und Chancenstrukturen (so Jugend 2000, grundlegend Bertram 1987: 4), Ausdruck von Vermittlungsproblemen der politischen Führungsgruppen oder gar Resultate frühkindlicher Sozialisation, wie die meisten Autoritarismuskonzepte annehmen (Lederer/Schmidt 1995)?

Die oben entwickelten Leitfragen geben weitgehend die Struktur der Ausführungen im Schwerpunktteil vor. Der angestrebte Vergleich mit der Erwachsenenstichprobe legt es nahe, die Gliederung des Kapitels II insoweit möglich auch für die unter 30-Jährigen zu übernehmen. Demnach werden zunächst, auf eine knappe Skizze der Lebenslage von Jugendlichen in Thüringen folgend, grundlegende Einstellungen der Jugendlichen referiert. Mit den Themenfeldern regionales Selbstbewusstsein und Mobilität, Werte und Kindererziehung sowie Internet und Beruf wird ein breites Spektrum abgedeckt. Daran schließen sich die im engeren Sinne politischen Einstellungen an, beginnend mit dem politischen Interesse und abschließend mit den auf Grund aktueller Diskussionen recht ausführlich behandelten Rechtsextremismus unter Jugendlichen. Die Argumentation ist so aufgebaut, dass die anfänglich diskutierten Merkmalen wie etwa Wertorientierungen oder der Erziehungsstil der Eltern jeweils zur Erklärung der später eingeführten Merkmalen (z.B. Politikverdrossenheit, Ausländerfeindlichkeit) herangezogen werden.

Wie aber stellen sich – allen Einstellungen vorausliegend – die Lebenslagen der Jugendlichen im Freistaat Thüringen dar?

2. Zur Lebenslage Jugendlicher in Thüringen

Üblicherweise werden Aussagen über Lebenslagen zumindest zu einem Teil auf der Basis amtlicher Statistiken getroffen. Von dieser Regel soll hier für die Zwecke des Thüringen-Monitors abgewichen werden. Der knappe statistische Überblick über die Lebenssituation der 16-29-Jährigen in Thüringen basiert im Wesentlichen auf den im Jugendfragebogen erhobenen Daten zur Soziodemografie und erfüllt die Funktion, eine annäherungsweise Vorstellung von jugendlichen Lebenslagen zu vermitteln.

Die 600 befragten Thüringer Jugendlichen verteilen sich fast genau gleich auf die drei Altersgruppen (16-19, 20-24 und 25-29 Jahre). Sie kommen überwiegend aus kleinen Gemeinden mit maximal 5.000 Einwohnern; nur jeder Fünfte wohnt in einer größeren Stadt mit 50.000 oder mehr Einwohnern. Mit steigendem Bildungsniveau setzt allerdings eine regelrechte „Landflucht“ ein (vgl. Tab. 4), die durch die Lokalisierung weiterführender Bildungseinrichtungen in größeren Ortschaften veranlasst sein dürfte. Sind die Betroffenen einmal in der Stadt, scheint es keine hinreichend starken Anreize zu geben, zurück auf das Land zu ziehen.

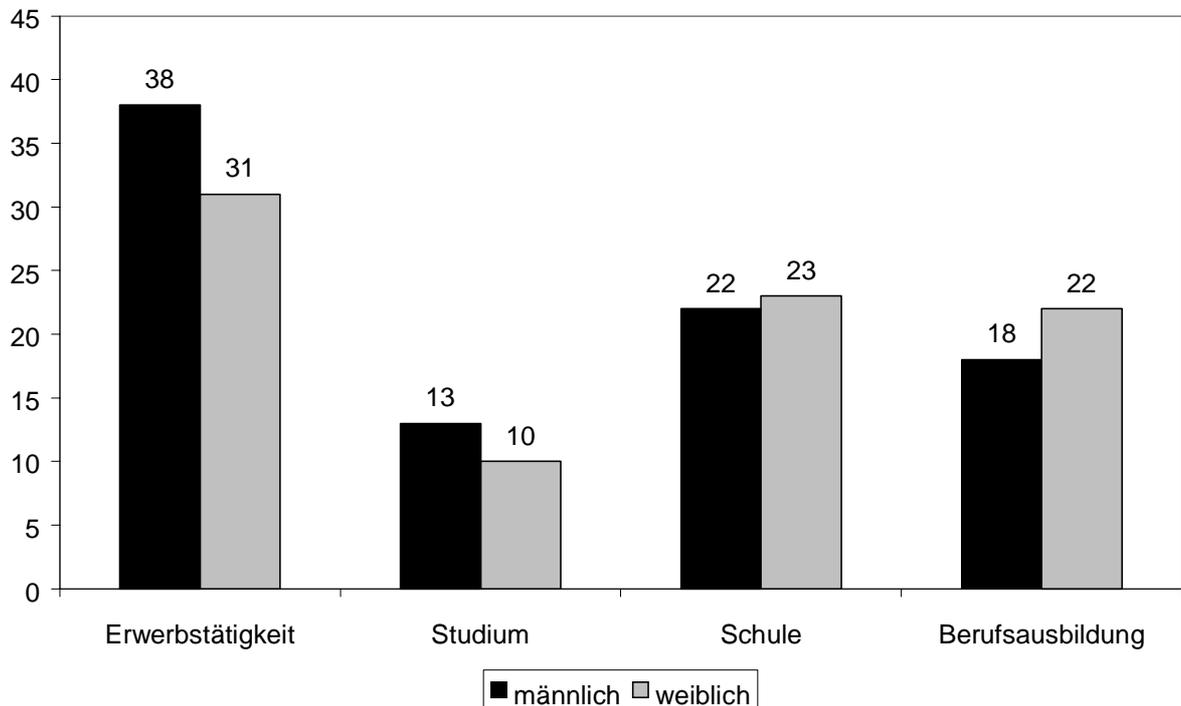
Tab. 4: *Wohnorte der Jugendlichen in Abhängigkeit vom Bildungsstand (Zeilenprozente)*

		Einwohnerzahl Wohnort				Gesamt
		bis 5.000	bis 20.000	bis 50.000	über 50.000	
Bildungsabschluss	bis 10. Klasse	70,0	15,0	5,0	10,0	100,0
	10. Klasse/POS	61,2	17,4	9,3	12,0	100,0
	Abitur/EOS	40,1	17,0	17,0	25,8	100,0
	FH/Uni	43,2	5,3	18,9	32,6	100,0
Gesamt		52,8	15,1	12,8	19,3	100,0

Der überwiegende Teil der 16-29-Jährigen lebt noch bei den Eltern oder einem Elternteil. Nur etwa ein Viertel wohnt mit Partner oder Partnerin zusammen, jeweils weniger als 10 Prozent leben alleine oder in einer Wohngemeinschaft. Mit steigendem Alter werden naturgemäß die elterlichen Wohnräume verlassen, und zwar von den jungen Frauen früher und zahlreicher als von den Männern. Dies geschieht vor allem zugunsten des Zusammenlebens mit Partner oder des Alleinlebens. Von den 25-29-Jährigen hat bereits jeder Zweite einen gemeinsamen Haushalt mit Partner bzw. Partnerin, 22 Prozent leben aber immer noch unter dem elterlichen Dach, bei den männlichen Jugendlichen ist es sogar jeder Dritte. Wohngemeinschaften erfreuen sich ausschließlich unter Studenten einer beträchtlichen Popularität.

Gut ein Drittel der Befragten ist bereits erwerbstätig, während sich jeder Fünfte in einer Berufsausbildung befindet. Die zweitgrößte Gruppe stellen die Schüler mit etwa 23 Prozent, während der Anteil der Studenten nur halb so groß ist. Finden sich in der jüngsten Altersgruppe erwartungsgemäß fast ausschließlich Schüler und Auszubildende, so stellen die Erwerbstätigen in der mittleren bereits die relative Mehrheit. Die Erwerbsquote liegt bei den jungen Männern mit 38 Prozent etwas höher als bei den Frauen, die wiederum unter den Auszubildenden die Mehrheit stellen. Unter den berufstätigen Männern überwiegen die Facharbeiter, während die Frauen ähnlich deutlich unter den (einfachen/mittleren) Angestellten überrepräsentiert sind.

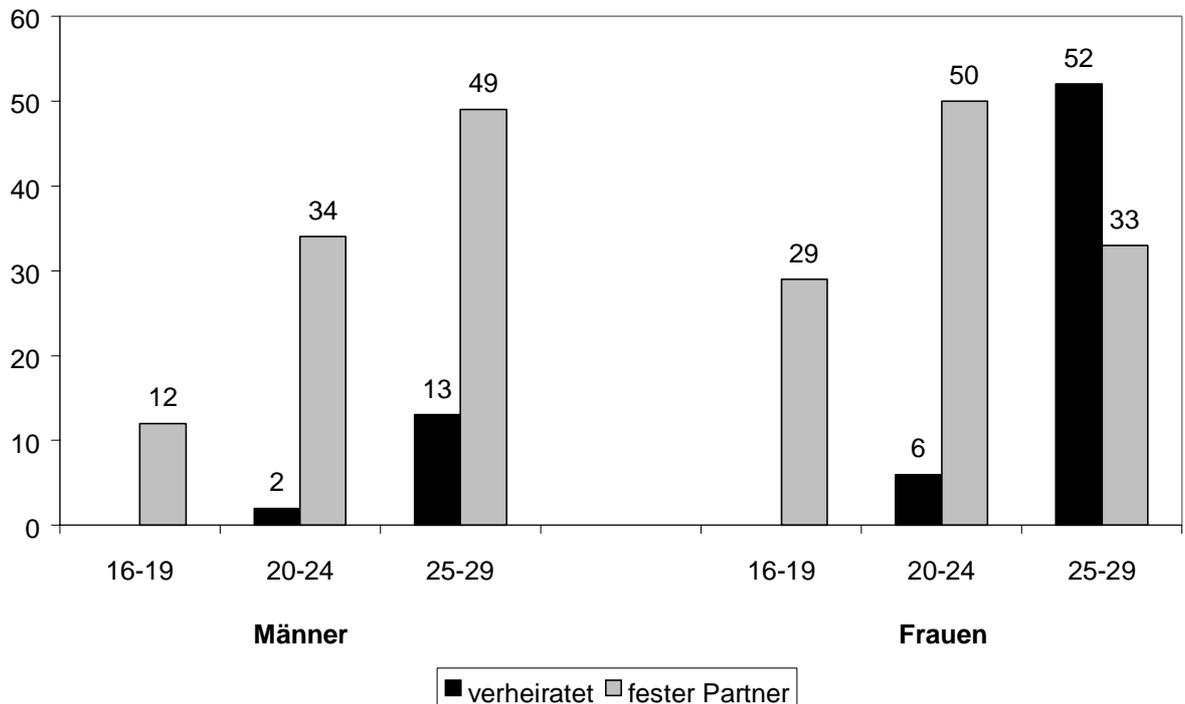
Abb. 13: Erwerbstätigkeit Jugendlicher nach Geschlecht
(in Prozent)



Neben dem Eintritt in das Berufsleben und der Gründung eines eigenen Haushalts kann eine feste partnerschaftliche Bindung, zumal das Eingehen einer Ehe als zusätzlicher Anhaltspunkt für den Übergang von der Jugendphase in das Erwachsenenendasein gelten. Von den 16-19-Jährigen sind noch 80 Prozent ohne festen Partner, aber auch in der mittleren Altersgruppe stellen die „Partnerlosen“ noch eine knappe Mehrheit (vgl. unten Abb. 14). Unter den 25-29-Jährigen verändert sich das Bild dann schlagartig: Fast jeder dritte Spätzwanziger ist bereits verheiratet und eine deutliche Mehrheit der Ledigen verfügt über eine feste Partnerbeziehung. Bemerkenswert erscheint, dass sich weiterhin das Heiratsalter von Frauen und Männern gravierend unterscheidet. Fast drei mal so viele Frauen wie Männer in dieser Gruppe sind verheiratet, was bedeutet, dass die 16-29-jährigen Frauen vorwiegend Ältere als Ehepartner bevorzugen.

Etwa 18 Prozent der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen haben bereits eigene Kinder. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern wiederum gewaltig: Während jede dritte Frau bereits über Nachwuchs verfügt, ist es unter den Männern der selben Altersgruppe lediglich jeder Achte. Ähnlich stark ist der Einfluss des Bildungsstands. Wie bei den Verheirateten sind auch unter den Eltern die Befragten mit einem maximalen Bildungsabschluss der 10. Klasse weit überrepräsentiert. Einem allgemeinen Trend folgend wächst ein beträchtlicher Teil der Kinder (gut 40 Prozent) außerhalb ehelicher Beziehungen auf. Gleichzeitig liegt der Anteil Alleinerziehender allerdings nur knapp über zehn Prozent.

Abb. 14: Partnerschaftsbeziehungen Jugendlicher nach Alter und Geschlecht
(in Prozent)



Abschließend seien noch die konfessionelle Bindung und die Kirchgangshäufigkeit beleuchtet. Angesichts der jahrzehntelang betriebenen Säkularisierungspolitik des SED-Regimes ist bereits unter den Erwachsenen der Anteil der konfessionell Gebundenen auf etwa 35 Prozent gesunken; zu den regelmäßigen Kirchgängern (mindestens ein mal im Monat) zählt nur jeder Zehnte. Bei den Jugendlichen liegt der Anteil der evangelischen Kirchenmitglieder (21 Prozent), nicht aber der der Katholiken (11 Prozent) niedriger. Der Anteil der Kirchgänger im oben definierten Sinne ist mit fünf Prozent nur halb so groß wie bei den Erwachsenen. Der Blick auf die Altersgruppen zeigt, dass sich in der ohnehin zu weiten Teilen „entkirchlichten“ Gesellschaft in Thüringen offenbar der Säkularisierungstrend weiter fortsetzt.

3. Allgemeine Lebenseinstellungen

3.1 Heimatverbunden und mobil: Zur Thüringen-Identität der Jugendlichen

Nachdem sie zu DDR-Zeiten aus dem öffentlichen Raum entfernt wurden, erfuhren regionale und landsmannschaftliche Identitäten nach der Implosion des SED-Regimes eine umfassende Wiederbelebung. Jenseits der mitunter folkloristischen Ausformungen und der politischen Vereinnahmung hat die Herausbildung und Festigung solcher Identitäten als Element einer regionalen politischen Kultur in den neuen Ländern eine doppelte Berechtigung: Zunächst bietet sie in einem gelegentlich als „Umwertung aller Werte“ erlebten Prozess tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen einen festen Bezugspunkt. Auf diese Orientierungsfunktion ebenso wie auf seine Gefahren in Gestalt von Abschottungstendenzen und Ressentiments ist bereits im Thüringen-Monitor 2000 verwiesen worden. Über diese Funktion hinaus erwächst

der regionalen Identitätsbildung im Kontext der hier im Mittelpunkt stehenden jungen Generation zusätzliches Gewicht: das eines weichen Standortfaktors. Angesichts des in den ostdeutschen Ländern geradezu dramatischen Geburtenrückgangs sowie der zeitweilig massiven und unlängst wieder einsetzenden Abwanderung insbesondere der Jüngeren kommt Fragen der regionalen Identität auch eine eminente volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Plakativ und stark vereinfacht formuliert: Sie entscheiden mit über die „Zukunftsfähigkeit“ eines Landes.

Wie nehmen angesichts der hier nur knapp skizzierten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Thüringer Jugendlichen ihr eigenes Bundesland wahr? Auf der Basis einer allgemein gehaltenen Frage nach den Perspektiven ergibt sich ein überwiegend positives Bild: Etwa jeder zweite 16-29-Jährige betrachtet Thüringen als ein Land mit Zukunft, nur gut sechs Prozent fällen ein negatives Urteil. Damit fällt die Zustimmung im Vergleich zur erwachsenen Bevölkerung jedoch etwas zurückhaltender aus. Sie steigt mit dem Alter und mit wachsendem Bildungsniveau an; Männer urteilen etwas positiver als Frauen. Wird die Fragestellung auf die persönlichen beruflichen Chancen im Freistaat verengt, teilen sich die Befragten in die drei etwa gleich großen Gruppen der Befürworter, der Ablehner und der Unentschiedenen. Damit zeigen sich die Jugendlichen, die diese Frage in besonderem Maße betrifft, als sehr viel skeptischer im Vergleich zu den Erwachsenen. Dieser Unterschied dürfte jedoch ebenso ein Effekt der aktuellen beruflichen Stellung sein, wie die geringeren Chancen, die Frauen sehen.

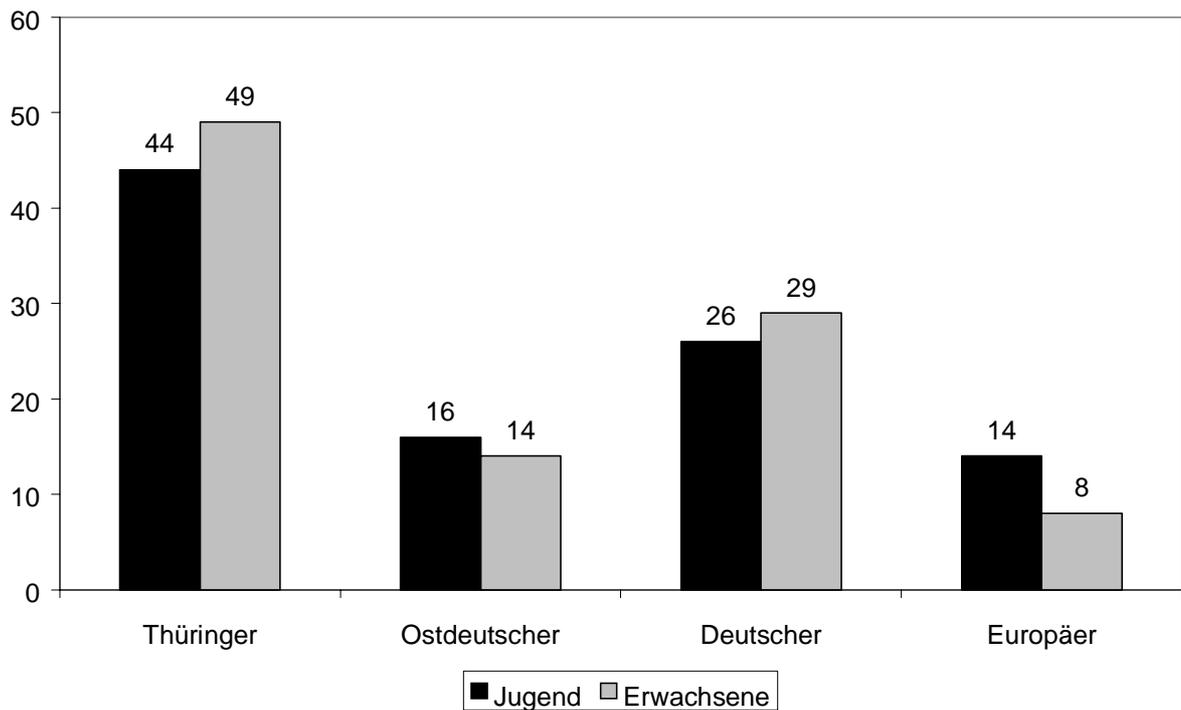
Für eine bessere Arbeitsstelle aus Thüringen fortzuziehen, können sich knapp zwei Drittel der unter 30-Jährigen vorstellen; das sind doppelt so viele wie bei den Erwachsenen. Der starke Zusammenhang mit dem Alter signalisiert, dass die Jüngeren, die (noch) keine Familie und keine feste Arbeitsstelle haben, deutlich mobiler sind – auch dies kein sonderlich überraschender Befund. Erstreckt sich die bekundete Mobilität auch auf die Suche nach einer vermeintlich besseren Ausbildungsstelle? Nur ein gutes Sechstel der Thüringer teilt die Auffassung, dass eine Ausbildung in den alten Bundesländern die beruflichen Chancen im Freistaat erhöht, mehr als die Hälfte der Befragten bestreitet dies hingegen. Auch ansonsten werden die westliche Landesteile keinesfalls als überlegen wahrgenommen. Eine knappe Zweidrittelmehrheit der Befragten stimmt der Aussage zu, dass Thüringen den Vergleich mit den alten Bundesländern nicht zu scheuen braucht. Nur eine kleine Minderheit sieht diesbezüglich Schwierigkeiten. Ein anderes Bild zeigt sich bei der Frage, ob Jugendliche einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren sollten – mutmaßlich eine Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Antworten darauf teilen die betroffene Altersgruppe, ähnlich wie zuvor die Einschätzung der persönlichen beruflichen Chancen, in drei gleich große Gruppen. Damit unterscheiden sich die Jugendlichen nicht nennenswert von den erwachsenen Befragten.

Trotz dieser positiven Einschätzung der Ausbildungschancen in Thüringen würde eine breite Mehrheit der Heranwachsenden eine stärkere staatliche Förderung von Bildung und Ausbildung begrüßen. Obwohl die Frageformulierung Bedingungen enthält („...auch wenn dadurch in allen anderen Bereichen etwas gespart werden muss“), produziert sie offenbar eine Zustimmungstendenz, die für andere Politikbereiche als die Bildungspolitik vermutlich ebenso golten hätte.

Insgesamt lässt sich für die Jüngeren ein deutliches Landesbewusstsein konstatieren, das aber keine bremsende Wirkung auf die regionale Mobilität entfaltet. Insofern können die 16-29-Jährigen, wie in der Kapitelüberschrift geschehen, als heimatverbunden *und* mobil gelten. Das regionale Zugehörigkeitsgefühl findet sich auch in dem bekundeten Selbstverständnis der Jugendlichen bestätigt. Danach gefragt, ob sie sich in erster Linie als Thüringer, Ostdeutsche, Deutsche oder Europäer fühlen, entscheiden sich 44 Prozent für eine regionale (thüringische) Identität. Nur jeder Vierte sieht sich vorwiegend als Deutscher, während die „Ostdeutschen“

und die „Europäer“ mit 16 Prozent bzw. 14 Prozent immerhin beachtliche Minderheiten stellen. Bei den Erwachsenen sind die Kategorien „Thüringer“ und „Deutscher“ stärker besetzt; zugleich schrumpfen die „Europäer“ zu einer *quantité négligeable* (Abb. 15). Offenkundig erleben die Jüngeren die europäische Einigung eher als positiven Teil ihrer Lebens- und Ausbildungs- bzw. Arbeitsrealität.

Abb. 15: *Selbstverständnis bei Jugendlichen und Erwachsenen (in Prozent)*



Je nach Bildungsstand variiert die bekundete Identität erheblich. So nimmt das Bekenntnis zu Thüringen mit steigendem formalen Bildungsniveau kontinuierlich ab, während umgekehrt die europäische Orientierung ebenso stetig zunimmt. Unter den Hochschulabsolventen bekunden ebenso viele eine thüringische wie eine europäische Identität, die relative Mehrheit sieht sich jedoch vornehmlich als Deutsche. Bei den jungen Frauen ist die Ausrichtung auf den (thüringischen) Nahraum sehr viel deutlicher ausgeprägt als bei den Männern (50 Prozent zu 37 Prozent), die bei allen anderen Gruppen überrepräsentiert sind.

Erstaunen muss, dass die ostdeutsche Identität unter den Jugendlichen zwar schwach ausgebildet ist, aber stärker als bei den Befragten über 29 Jahre. Dazu mag die wahrgenommene Diskriminierung durch Westdeutsche beitragen. Immerhin 60 Prozent der Heranwachsenden geben an, dass Ostdeutsche von ihren Landsleuten aus den alten Bundesländern als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Erwartungsgemäß sind unter den Befragten mit starken Diskriminierungsgefühlen die „Thüringer“ und die „Ostdeutschen“ (deutlich) überrepräsentiert.

3.2 Werte, Vorbilder, Kindererziehung

Werte und allgemeine Lebenseinstellungen erfahren in der Jugendforschung durchweg besondere Aufmerksamkeit, scheinen sie doch geeignet, Auskunft über „die“ heutige Jugend und im weiteren auch über grundlegende Einstellungsveränderungen zwischen den Genera-

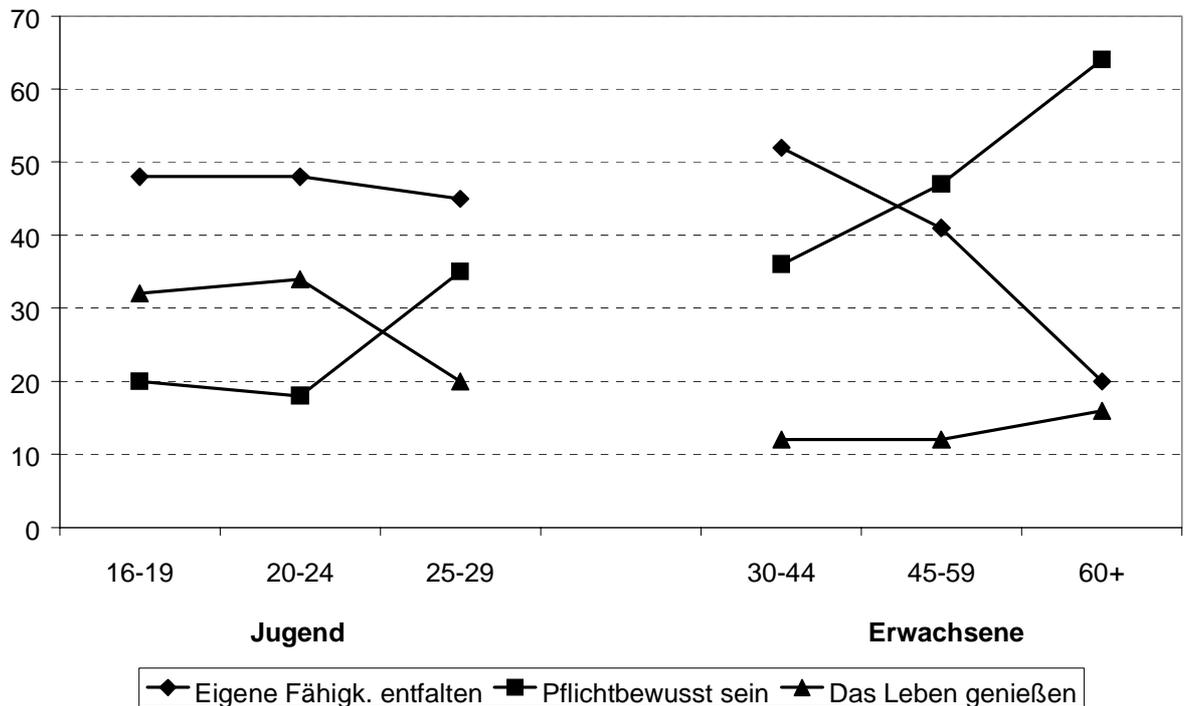
tionen zu geben. Als kleinster gemeinsamer Nenner bisheriger Untersuchungen mag gelten, dass die Prozesse der Pluralisierung, Individualisierung und Dynamisierung von Lebensstilen und Wertorientierungen auch vor Jugendlichen nicht Halt gemacht, sondern womöglich in dieser Altersgruppe deutlichere Spuren hinterlassen haben als bei den älteren Gruppen. Nimmt man die These von der Pluralisierung ernst, impliziert sie auch die Möglichkeit des schnellen Wechsels von Lebensstilen und die Kombination vormals für unverträglich gehaltenen Einstellungen und wohl auch Verhaltensmuster. Unverträglich mit ihr sind die modisch gewordenen pauschalen Etikettierungen der Jugend in den Neunzigerjahren, wie sie in Neologismen („Spaßgeneration“) oder Buchtiteln („Generation @“, „Generation Golf“) zum Ausdruck kommen. Im Gegenteil wäre – was angesichts des relativ begrenzten Umfangs des Jugendfragebogens auch beim Thüringen-Monitor nicht zu leisten gewesen ist – eine differenzierte Untersuchung unterschiedlicher Gruppen Jugendlicher angebracht, wie sie nicht nur bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Jugendkulturen (Farin 2001) eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Gleichwohl weisen auch die – dem in der Realität zu beobachtenden Trend der Ausdifferenzierung widersprechenden – Etiketten das berühmte Körnchen Wahrheit auf. Ihren sachlichen Kern findet die plakative Formulierung von der „Spaßgeneration“ etwa darin, dass für die Heranwachsenden stärker als für die Älteren der Genuss des Lebens im Vordergrund steht. Vor die Wahl gestellt, ob ihnen die Entfaltung eigener Fähigkeiten, das Pflichtbewusstsein oder der Lebensgenuss am wichtigsten sind, entscheiden sich knapp 30 Prozent für letzteren. Die Trennlinie verläuft dabei um Mitte 20: Jugendliche unter 24 Jahren betrachten den Genuss des Lebens zu einem Drittel als höchsten Wert, während es unter den 25-29-Jährigen nicht einmal jeder Fünfte ist. Die Spätzwanziger nehmen damit eine Brückenstellung zwischen den jüngeren Heranwachsenden und den Erwachsenen ein, bei denen weniger als 14 Prozent solche hedonistischen Einstellungen erkennen lassen. Vornehmlich das Leben genießen zu wollen, ist in dieser Perspektive ein „Privileg“ der jüngsten Befragten, die in der Regel noch keine eigene Familie haben und beruflich kaum eingebunden sind.

Ungeachtet des stark ausgeprägten Hedonismus bei den jüngsten Befragten stellt für die Jugendlichen die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten insgesamt den wichtigsten Wert im Leben dar. Fast jeder Zweite antwortet entsprechend, während nur gut jeder dritte Erwachsene und nur jeder Fünfte im Alter von über 60 Jahren diese auf Selbstentfaltung orientierte Position vertritt. Entsprechend schwächer nimmt sich das Pflichtbewusstsein aus, dem nur halb so viele Jugendliche wie Erwachsene eine zentrale Stellung in ihrem Leben einräumen. Den Zusammenhang mit dem Alter nicht nur im Vergleich von Jugendlichen und Erwachsenen, sondern auch innerhalb der beiden Gruppen veranschaulicht die nachfolgende Abbildung.

Im Geschlechtervergleich geben sich die jungen Frauen weniger pflichtbewusst und hedonistisch, während sie weit häufiger als ihre männlichen Altersgenossen auf die Entfaltung eigener Fähigkeiten bedacht sind. Gravierend sind auch die Unterschiede nach dem Bildungsstand. Das Pflichtbewusstsein ist bei den höher Gebildeten (ab Abitur) deutlich schwächer ausgebildet als bei den Befragten mit formal niedrigem Bildungsniveau, während die ersteren zugleich die Selbstentfaltung drastisch höher veranschlagen.

Abb. 16: Wichtigster Wert im Leben von Jugendlichen und Erwachsenen
(in Prozent)

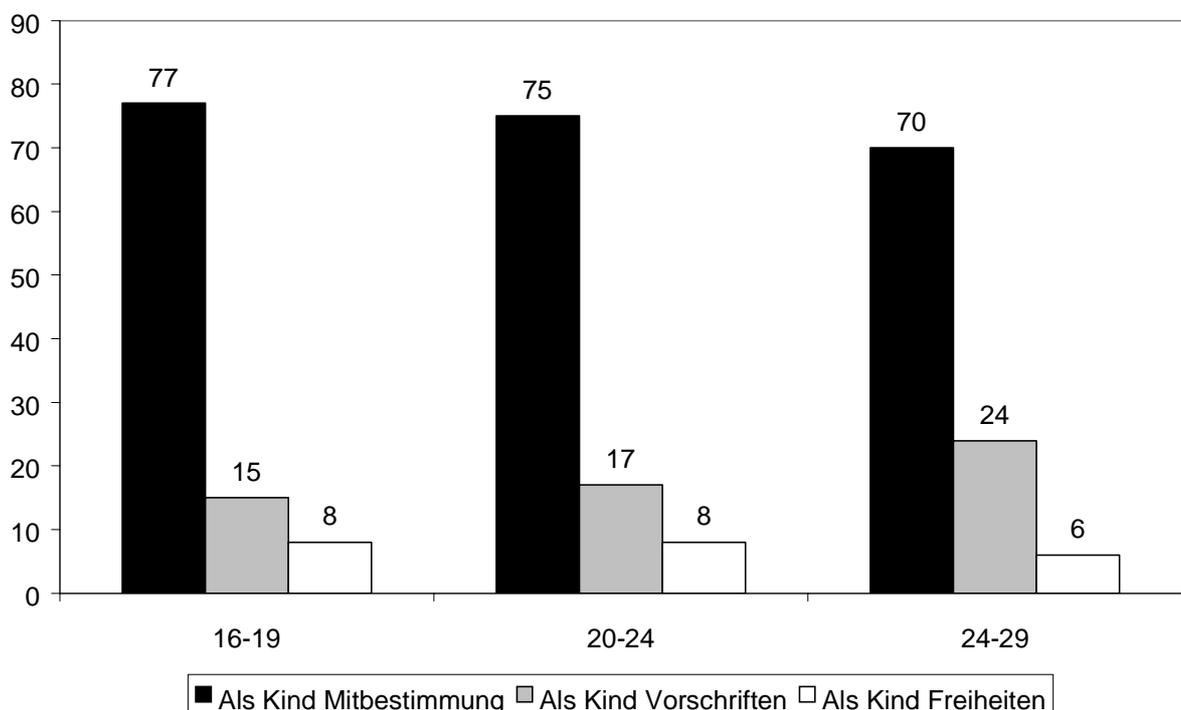


Unabhängig von der jeweiligen Wertorientierung verfügt nur ein kleiner Teil der Jugendlichen über *Vorbilder*; mit 27 Prozent entspricht dieser Wert fast exakt dem Ergebnis der gesamtdeutsch angelegten Shell-Studie von 1999 für die Altersgruppe der 15-24-Jährigen. Altersunterschiede spielen bei dieser Frage eine ebenso geringe Rolle wie der Bildungsstand. Hingegen fallen die Differenzen zwischen den Geschlechtern beträchtlich aus: Jede dritte junge Frau, aber nur etwa jeder fünfte Mann der selben Altersgruppe geben an, ein Vorbild zu haben. Werden Vorbilder genannt, entstammen sie in der Regel dem engeren sozialen Umfeld und dabei weit öfter der Familie als dem Freundeskreis. Trotz der Möglichkeit von Mehrfachnennungen wurden Vorbilder in der Familie bei allen Befragten weit häufiger genannt als alle anderen Antwortkategorien zusammen. Entgegen dem wiederholt berichteten Trend zur Verlagerung von Vorbildern aus dem sozialen Umfeld in die virtuelle Welt der Medien (Jugend 2000: 216) werden von den thüringischen Jugendlichen kaum Medienstars oder Comicfiguren als vorbildlich bezeichnet. Es liegt nahe, darin auch eine indirekte Absage an die persönliche Relevanz medialer Heldenproduktion bzw. eine besondere Wertschätzung des sozialen Nahraums zu erkennen.

Obwohl überwiegend Familienmitglieder und unter diesen vermutlich zu einem nicht geringen Teil die Eltern als Vorbilder betrachtet werden, steht die Orientierung an Vorbildern in keinem Zusammenhang mit dem *Stil der elterlichen Erziehung*. Zu dessen Bestimmung sind die Befragten gebeten worden anzugeben, wodurch ihre Kindheit wesentlich geprägt war. Drei Viertel der Jugendlichen geben in der Retrospektive an, dass sie als Kind über Vieles mitbestimmen konnten, was auf einen eher partizipatorischen oder, wie es gelegentlich etwas missverständlich heißt, demokratischen Erziehungsstil hindeutet. Knapp einem Fünftel wurde als Kind meistens vorgeschrieben, was sie zu tun hatten (hier vereinfacht als autoritärer Erziehungsstil bezeichnet), während nur eine kleine Minderheit eine Art *Laissez-faire*-Erziehung angibt („Als Kind konnte ich meistens machen, was ich wollte.“).

Nennenswerte sozialstrukturelle Unterschiede in der erlebten bzw. aus der Erinnerung rekonstruierten Erziehungsstile lassen sich am deutlichsten für das Alter der Befragten berichten. Wie Abbildung 17 illustriert, verliert die autoritäre Erziehung zusehends an Popularität: Noch jeder Vierte der 25-29-Jährigen ist nach eigenem Bekunden damit aufgewachsen, während es in der jüngsten Altersgruppe lediglich 15 Prozent sind. Eine gewisse Bedeutung kommt auch dem Bildungsniveau zu. Der Zusammenhang mit dem Erziehungsstil ist jedoch nicht linear. So sind Jugendliche mit dem Abitur als höchstem Bildungsabschluss überproportional häufig partizipatorisch erzogen worden, Jugendliche mit dem Abschluss 10. Klasse überdurchschnittlich oft autoritär. Den entscheidenden Bestimmungsfaktor dürfte jedoch nicht der Bildungsstand der Jugendlichen darstellen, sondern der der Erziehenden.

Abb. 17: *Erinnerter Erziehungsstil der Eltern nach Alter der befragten Jugendlichen (in Prozent)*

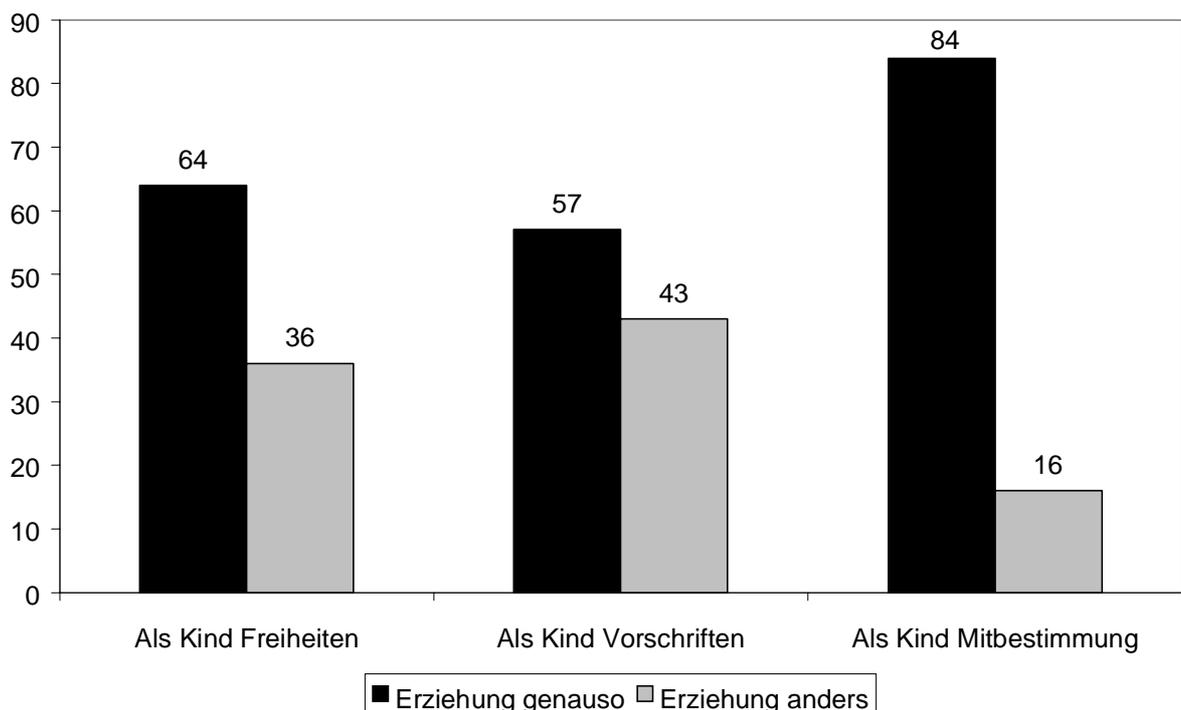


Generell gilt, dass die Antworten auf die Frage nach dem elterlichen Erziehungsstil von gesellschaftlichen Erwartungshaltungen gesteuert werden und aus diesem Grund mit großer Vorsicht zu interpretieren sind. In besonderem Maße trifft das für die Frage zu, ob man als Kind häufiger mal geschlagen worden ist. Ungeachtet des abschwächenden Partikels „mal“ sind die Befragten tendenziell geneigt, das Verhalten der eigenen Eltern nicht allzu weit vom gesellschaftlich Erwünschten abweichen zu lassen – im Klartext: erfahrene Gewalterziehung wird zumindest von einem Teil der Betroffenen wahrscheinlich nicht berichtet. Gleichwohl bejaht etwa jeder zehnte Jugendliche diese Frage, darunter Frauen mehr als Männer. Ähnlich wie die autoritäre Erziehung scheint die Gewaltanwendung in der Erziehung abzunehmen, denn 16-19-Jährige geben nur halb so oft wie Spätzwanziger (sechs versus 13 Prozent) an, die Gewaltanwendung als Kinder erlebt zu haben. Die Verringerung der Werte mit dem abnehmendem Alter könnte aber auch Ausdruck einer zunehmenden gesellschaftlichen Tabuisierung sein oder darauf hindeuten, dass es erst mit wachsendem Alter und einer etwaigen räumlichen Trennung von den Eltern möglich wird, über Gewalt in der Erziehung zu berichten.

Interessant erscheint, ob und inwiefern sich die (erinnerten) „Kindheitsmuster“, hier also die elterliche Erziehung, auf die eigenen Erziehungspräferenzen und – bei den Befragten mit

Kindern – ggf. auf die Erziehungspraxis auswirken. Gut drei von vier Befragten würden als Erziehende dem elterlichen Muster folgen, davon ein knappes Drittel die Kinder genau so erziehen, wie sie selbst erzogen worden sind. Die stärkste Übereinstimmung mit den Eltern findet sich bei den Jugendlichen, die einen partizipatorischen Erziehungsstil erlebt haben, die schwächste bei den autoritär Erzogenen (Abb. 18). Aufschlussreich ist auch die aus der Abbildung nicht ersichtliche Intensität der Befürwortung bzw. Ablehnung. So möchten insgesamt nur sechs Prozent der Interviewten einen *ganz* anderen Erziehungsstil praktizieren als die eigenen Eltern, unter den autoritär Erzogenen wächst dieser Prozentsatz jedoch auf über 17 Prozent an.

Abb. 18: Erziehungsstil der Eltern und präferierter eigener Erziehungsstil bei den Jugendlichen
(in Prozent)

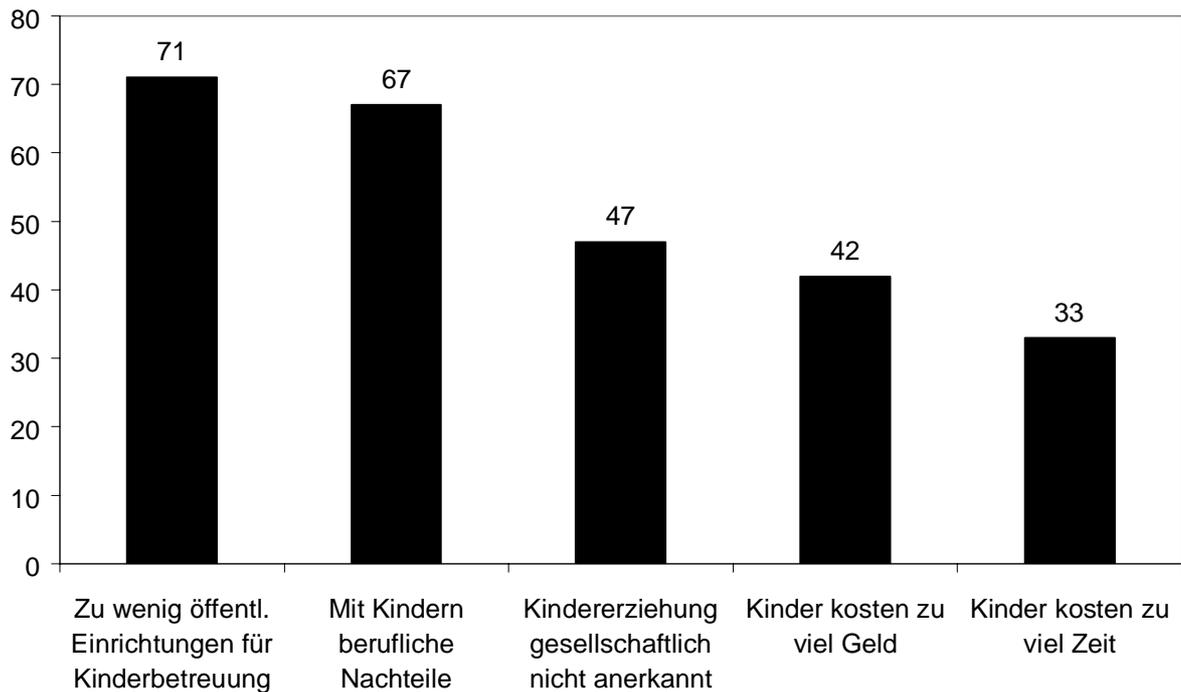


Ein Grund für die Ablehnung der elterlichen Erziehungspraxis durch die autoritär Erzogenen liegt auf der Hand: Die autoritäre Erziehung war dreimal häufiger als andere Formen der Kindererziehung mit (regelmäßigen) Schlägen verbunden. Von den unter Einsatz körperlicher Gewalt Erzogenen präferiert ein knappes Drittel, im Vergleich zu nur drei Prozent aller Befragten, einen *völlig* anderen Erziehungsstil als den der Eltern. Sogar eine recht deutliche Mehrheit unter ihnen (alle befragten Jugendlichen: 23 Prozent) lehnt die Erziehung eigener Kinder nach dem Muster des Elternhauses ab.

Setzt man den Kinderwunsch in Beziehung zur Bewertung der elterlichen Erziehung, fällt ins Auge, dass sich die schärfsten Kritiker der eigenen Eltern überdurchschnittlich oft keine eigenen Kinder wünschen. Jeder Dritte von ihnen hegt keinen Kinderwunsch. Unter den Jugendlichen insgesamt ist demgegenüber der Wunsch nach eigenen Kindern weit verbreitet; nur jeder Zwölfte wünscht keinen eigenen Nachwuchs. Die idealtypische jugendliche Vorstellung von der familiären Zukunft schließt zwei Kinder ein; weniger als 20 Prozent der Befragten wünschen sich nur ein einziges Kind. Ein überproportionales Interesse an zwei oder mehr Kindern weisen die besser Gebildeten auf, allerdings sind generell die Unterschiede nach Alter, Bildung und Geschlecht verschwindend gering.

Die Diskrepanz zwischen dem bekundeten Idealbild der vierköpfigen Familie und der tatsächlichen Geburtenentwicklung macht deutlich, dass sich eine beträchtliche Zahl der Personen mit Kinderwunsch letztlich doch gegen Kinder entscheidet. Die Interviewpartner wurden um eine Einschätzung gebeten, welche Gründe für die (bewusste) Kinderlosigkeit maßgeblich seien. Unter den fünf Antwortvorgaben wurden mit Abstand am häufigsten die mangelnden öffentlichen Betreuungseinrichtungen und Nachteile im Beruf mit jeweils etwa zwei Drittel Zustimmung¹⁰ genannt.

Abb. 19: *Gründe für die Entscheidung gegen Kinder aus der Sicht Jugendlicher*
(in Prozent)



Jeweils eine knappe Mehrheit der Befragten sieht die finanziellen Belastungen und die fehlende gesellschaftliche Anerkennung für die Kindererziehung als Barrieren. Von allen Hinderungsgründen wird allein die Bedeutung der eingeschränkten zeitlichen Disponibilität von einer Zweidrittelmehrheit der Jugendlichen nicht als Ursache für die Entscheidung gegen Kinder betrachtet. Die Bewertungen variieren wenig nach soziodemografischen Merkmalen, sieht man davon ab, dass Frauen – als die primär mit der Kindererziehung Befassten – die beruflichen Nachteile häufiger nennen als die Männer.

3.3 Selbstbewusstsein, Berufswahl, Internet

In einer sich mit rasantem Tempo wandelnden Welt steigen nicht allein die Anforderungen der Berufswelt an Flexibilität und Adaptationsfähigkeit, ganz generell ist die Zukunft weniger planbar geworden. Von der Wiege bis zur Bahre an einem einzigen Ort zu bleiben, beim Eintritt in den Beruf schon zu wissen, welche Tätigkeit man vor der Verrentung ausüben wird – all dies ist binnen Kurzem vom Regelfall – oder doch zumindest einem häufigen, zur Ausnahme geworden. Diese Veränderungen haben wie fast alle Modernisierungsprozesse eine janusköpfige Gestalt: Einerseits produzieren sie zusätzliche Unsicherheiten, andererseits brin-

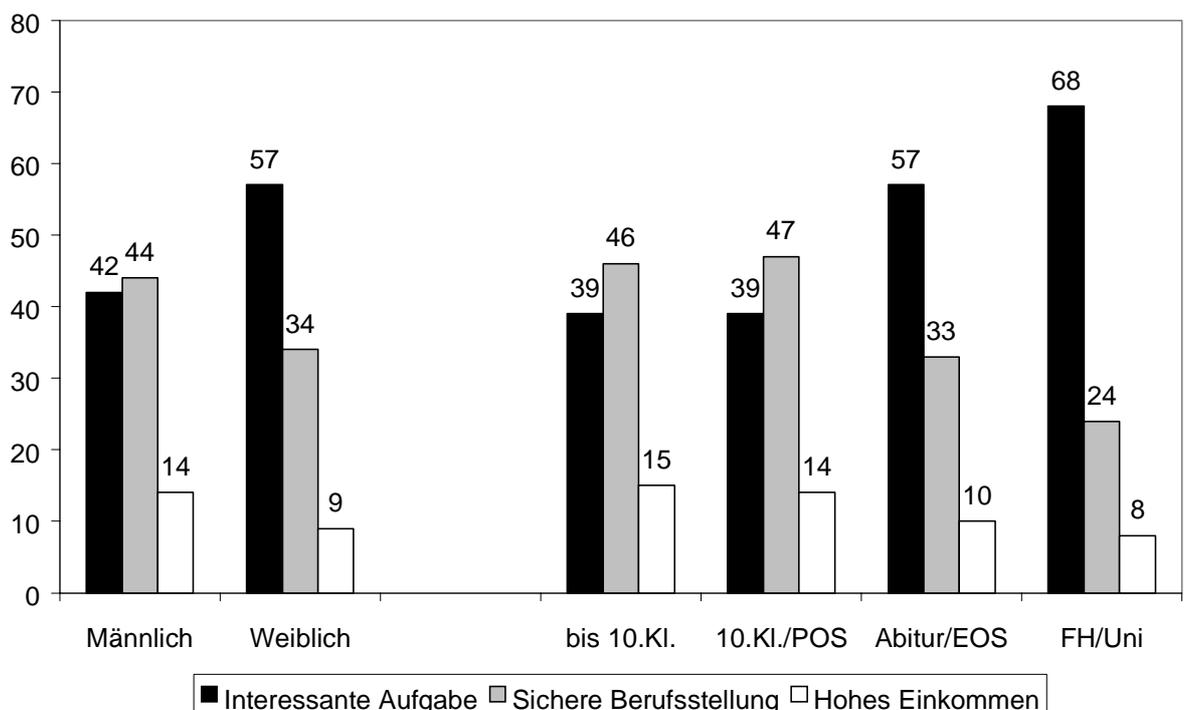
10 Als Zustimmung werden hier die Antwortkategorien „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammengefasst.

gen sie neue Freiheiten und Gestaltungschancen mit sich. Wie sehen die Jugendlichen in Thüringen diese neue Welt, wie sehr fühlen sie sich für die damit verknüpften Herausforderungen gewappnet?

Fast 75 Prozent der Befragten bekunden Zukunftsgewissheit und Selbstvertrauen: Der Aussage „Egal, wie die Welt sich verändert, ich bin sicher, dass ich immer mithalten kann.“ stimmen sie zu, jeder Vierte von ihnen sogar ohne Einschränkungen. Nur eine winzig kleine Minderheit der Heranwachsenden von zwei Prozent lehnt dieses Statement völlig ab und bringt damit massive Zukunftsängste zum Ausdruck. Deutliche Unterschiede zeigen sich allein an den Eckpunkten der Bildungsskala: Zwei Drittel der Befragten mit einem Bildungsniveau unter der 10. Klasse zeigen sich selbstbewusst, unter den Hochschulabsolventen hingegen sind es mehr als 80 Prozent. Das Gefühl, für zukünftige Entwicklungen gut gerüstet zu sein, entpuppt sich wenig überraschend als ein Produkt der auch über Bildung vermittelten Ressourcen, mit denen man den Pfad der Zukunft betritt.

Geht man davon aus, dass die Berufswahl eine der wesentlichen Weichenstellungen für die Zukunft Jugendlicher darstellt, erscheint interessant, welche Motive dabei ausschlaggebend sind. Aufgefordert, sich zwischen einem hohen Einkommen, einer sicheren Arbeitsstelle und einer interessanten Aufgabe zu entscheiden, optiert die Hälfte der Thüringer unter 30 Jahren für die inhaltliche Herausforderung. Ebenfalls große Bedeutung kommt der Arbeitsplatzsicherheit zu, während materielle Erwägungen nur bei einer Minderheit den Ausschlag geben. Für junge Frauen spielt die Höhe des Einkommens eine besonders geringe Rolle, während sie viel öfter als ihre männlichen Altersgenossen Wert auf den inhaltlichen Aspekt der beruflichen Tätigkeit legen.

Abb. 20: Motive der Berufswahl nach Geschlecht und Bildungsstand (in Prozent)



Noch größer fallen die Unterschiede nach dem Bildungsstand aus. Mit steigendem formalem Bildungsniveau verlieren Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit nachhaltig an Bedeutung und die interessante berufliche Aufgabe wird zum alles dominierenden Faktor. Offenkundig

gehen insbesondere die Hochschulabsolventen ohnehin von einem hohen Einkommen aus und sehen sich von der Arbeitslosigkeit so wenig bedroht, dass sie inhaltliche Aspekte der Berufswahl ganz oben an stellen. Deutet man eine solche Einstellung gegenüber dem Beruf als „postmaterialistisch“, so zeigt sich einmal mehr, dass derartige Auffassungen vorwiegend dann entwickelt werden, wenn die materiellen Voraussetzungen dafür als gegeben gelten. In markantem Kontrast zu den hoch Gebildeten rangiert bei den Befragten mit einem Bildungsabschluss maximal der 10. Klasse die sichere Berufsstellung an erster Stelle unter den Motiven der Arbeitsplatzwahl (Abb. 20).

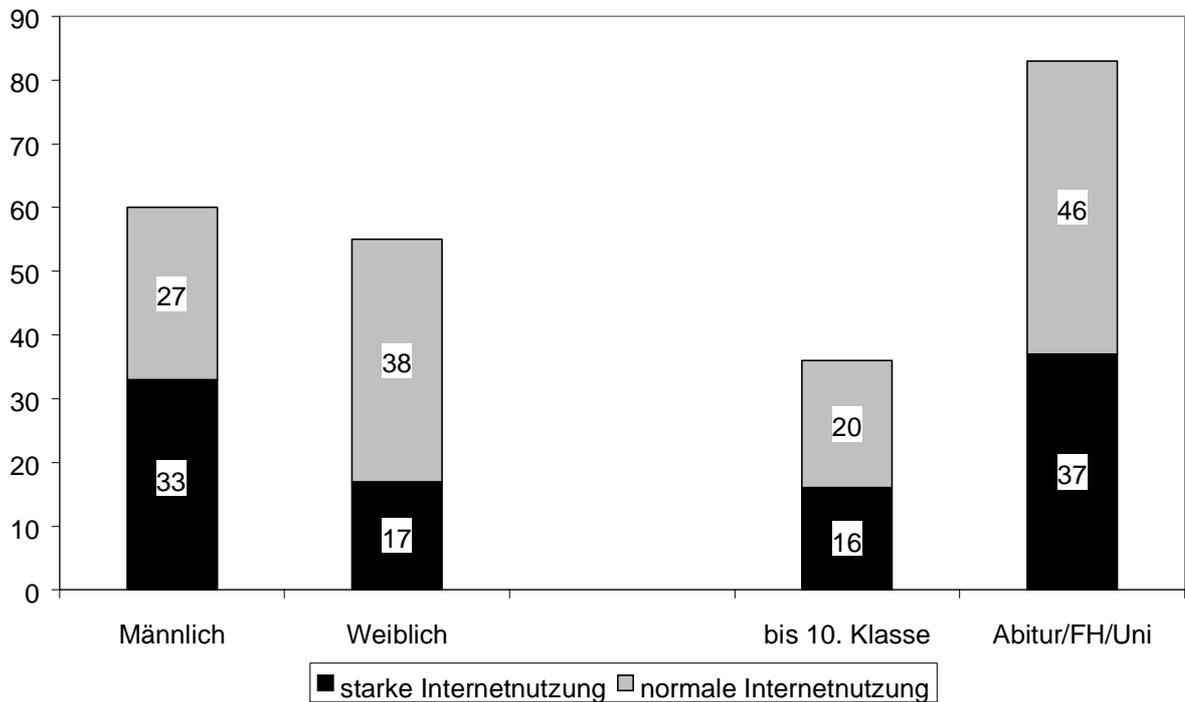
Welche Dinge sind es, die aus jugendlichem Blickwinkel nicht nur im Beruf, sondern generell wichtig für Erfolg und sozialen Aufstieg sind?¹¹ Einig sind sich nahezu alle Befragten, dass Anstrengung und Fleiß entscheidend dazu beitragen. Ein guter Schulabschluss und Beziehungen zu den richtigen Leuten werden noch immer von etwa 90 Prozent der Heranwachsenden für wichtig erachtet. Fasst man diese Befunde zusammen, so ergibt sich eine eher ambivalente Wahrnehmung der bundesdeutschen Gesellschaft. Einerseits perzipieren die Jugendlichen sie als Leistungs- und Qualifikationsgesellschaft, andererseits als eine Gesellschaft, in der das meritokratische Prinzip durch leistungsfremde Aufstiegskanäle durchbrochen oder zumindest ergänzt wird. Zwei weitere Verhaltensweisen werden mehrheitlich nicht als erfolgversprechend eingeschätzt: rücksichtslos und hart zu sein sowie sich falsch politisch zu engagieren. Allerdings nimmt eine stattliche Minderheit von jeweils etwa 40 Prozent der Befragten die Bundesrepublik zugleich als Ellenbogengesellschaft („rücksichtslos und hart“) bzw. als eine (teil-)ideologisierte Gesellschaft wahr. Der letzte Befund muss umso mehr überraschen, als in der jüngsten Altersgruppe der 16-19-Jährigen sogar jeder Zweite den Verzicht auf „falsches“ politisches Engagement als Voraussetzung für Erfolg und sozialen Aufstieg betrachtet.

Als Schlüsselqualifikation für das Berufsleben und aus der Perspektive mancher Zeitgenossen bereits als Kulturtechnik gilt der Umgang mit moderner Computertechnologie und den „neuen Medien“, dabei vor allem die Vertrautheit mit dem Internet. Tatsächlich scheinen die jungen Thüringer die(se) Zeichen der Zeit erkannt zu haben, denn die Mehrheit der 16-29-Jährigen nutzt das Internet bzw. einige der Möglichkeiten, die es bietet. Von den etwa 60 Prozent Internetnutzern surft etwa die Hälfte mehr als fünf Stunden pro Woche im Netz, ein knappes Viertel – die Vielnutzer bzw. *heavy users* – sogar mehr als zehn Stunden in der Woche. Unter den Benutzern und zumal unter den Vielnutzern sind die männlichen Jugendlichen deutlich überrepräsentiert: Von ihnen sind 33 Prozent mehr als fünf Stunden pro Woche online – ein doppelt so hoher Anteil wie bei den jungen Frauen (Abb. 21).

Als ausgesprochen stark stellt sich der Zusammenhang von Bildung und Internetnutzung dar. Während der Umgang mit dem Internet unter den Personen mit Abitur als höchstem Bildungsabschluss längst eine Selbstverständlichkeit darstellt, begibt sich nur ein Drittel der Jugendlichen mit einem Abschluss der 10. Klasse oder darunter ins World Wide Web. Um die Kluft noch deutlicher zu machen: Der Anteil der Nichtnutzer unter den Personen mit niedrigem formalen Bildungsniveau ist vier mal höher als unter den Befragten mit Abitur. Versteht man den Umgang mit den Internet-Ressourcen, wie oben bereits angedeutet, als Verbesserung der beruflichen Chancen, so spiegelt sich im Thüringer Mikrokosmos ein im globalen Maßstab zu konstatierendes Gefälle: Mit der schönen neuen Welt der Homepages, Chatrooms und Downloads sind vor allem die „Gebildeten“ vertraut, deren ohnehin schon gute berufliche und gesellschaftliche Chancenstruktur sich qua Internetkompetenz weiter zu Lasten der Jugendlichen mit schlechteren Bildungsressourcen verbessert.

11 Die exakte Frageformulierung lautete: „Wovon hängt es Ihrer Meinung nach in Deutschland tatsächlich ab, ob jemand Erfolg hat und sozial aufsteigt?“.

Abb. 21: Internetnutzung Jugendlicher und ihre Dauer nach Geschlecht und Bildung (in Prozent)



Dass die Vertrautheit mit dem Internet nicht nur Ausdruck divergierender Muster der Freizeitgestaltung darstellt, lässt sich mit Blick auf den primären Nutzungszweck untermauern. Vier von fünf Nutzern und fast 90 Prozent der Erwerbstätigen unter ihnen surfen vor allem deswegen im Web, um Informationen zu gewinnen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass ein beträchtlicher Teil dieser Informationen mit privaten Interessen, Hobbies etc. verknüpft ist, stellt die Kompetenz im Umgang mit dem Internet eine wichtige zusätzliche Ressource auf dem Arbeitsmarkt dar.

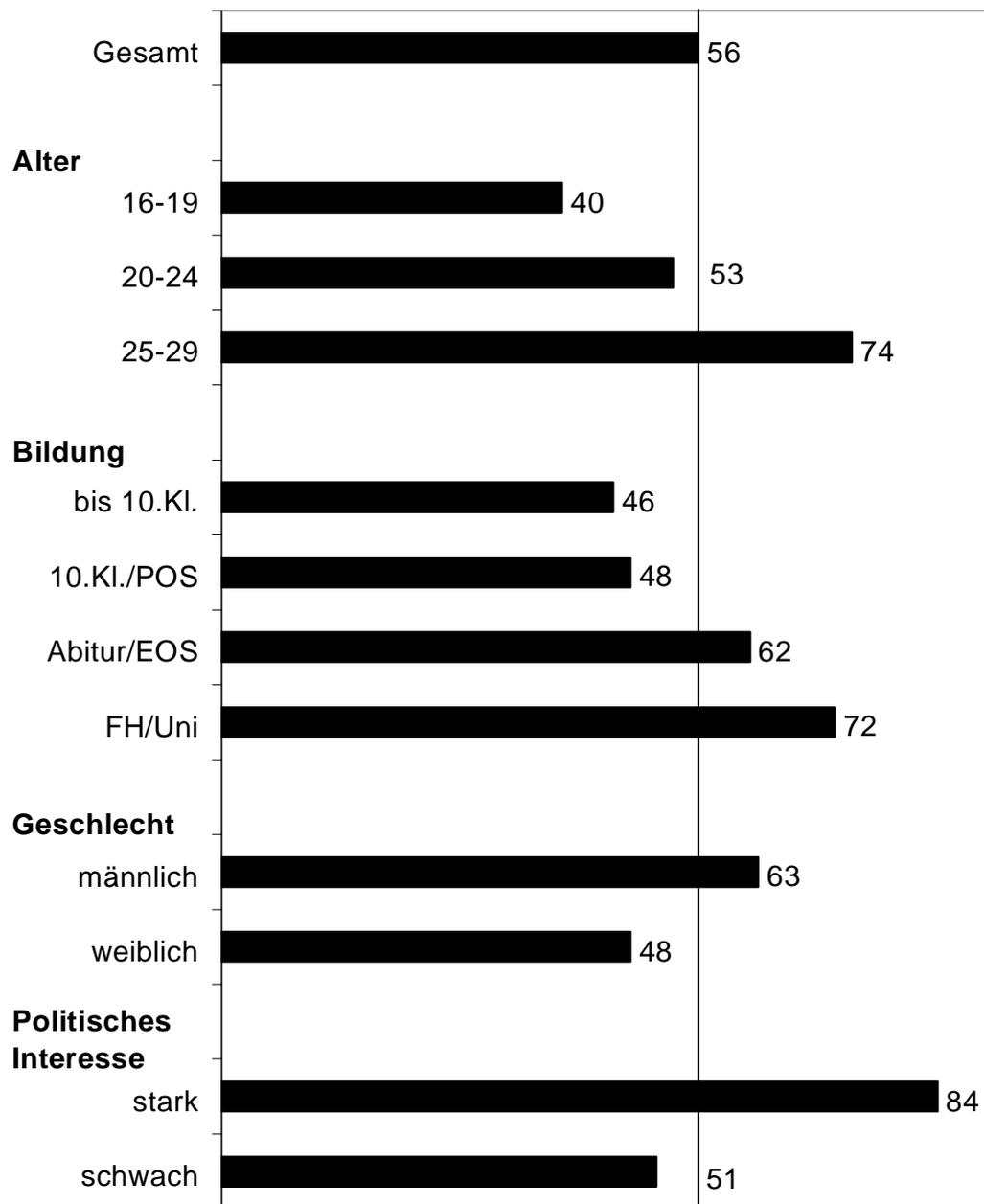
4. Politische Einstellungen

4.1 Politisches Interesse

Die Einstellungen der Thüringer Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen zur Politik stehen im Zentrum des diesjährigen Thüringen-Monitors. Bei diesem Gegenstand handelt es sich um einen regelrechten „Dauerbrenner“ auf der politischen Tagesordnung ebenso wie auf der Forschungsagenda, der zugleich in besonderem Maße das Interesse der Medien findet. Prima facie erfahren in der Berichterstattung hauptsächlich Erscheinungen politischer Entfremdung unter Jugendlichen Erwähnung, wird über abweichendes Verhalten jedweder Art berichtet. Auf dem solchermaßen geprägten Bild erscheint „die“ heutige Jugend vor allem politik- und politikerverdrossen, in öffentlichen Angelegenheiten kaum engagiert, auf die Verfolgung eigener Interessen bedacht und in Teilen gewalttätig. Die Jugendstudien zeichnen naturgemäß ein wesentlich differenzierteres Bild, bestätigen aber durchweg eine distanzierte Haltung gegenüber der offiziellen Politik, ihren Institutionen und Verfahren. Diese Distanz ist zwar ebenfalls bei den Älteren vorhanden, jedoch weniger ausgeprägt als in den jüngeren Altersgruppen.

Grundlegende Bedeutung kommt im Bereich der Einstellungen zur Politik dem politischen Interesse und den politischen Kenntnissen zu. Üblicherweise werden beide Aspekte über die Selbsteinschätzung gemessen und dann anhand geeigneter Kriterien (wie Regelmäßigkeit und Gegenstände der Zeitungslektüre für politisches Interesse oder Wissensfragen für politische Kenntnisse) „überprüft“. Da im Rahmen des Thüringen-Monitors 2001 eine derart differenzierte Erhebung nicht möglich war, wurde das Interesse allein über die Selbsteinschätzung erfragt und wurden die politischen Kenntnisse anhand einer Wissensfrage ermittelt.

Abb. 22: Politische Kenntnisse nach Alter, Bildung, Geschlecht und politischem Interesse
(in Prozent)



Ein starkes oder sehr starkes politisches Interesse bekundet ein knappes Viertel der Befragten, während sich jeder Zweite mittelmäßig und 27 Prozent gar nicht interessiert zeigen. Der Anteil der an politischen Vorgängen Interessierten liegt damit etwas höher als die Werte für Ost-

deutschland insgesamt bei Erhebungen in den Jahren 1997 und 1998. Wie in früheren Untersuchungen bestätigt sich auch für Thüringen der starke Einfluss von Alter, Geschlecht und Bildung. So steigt das Interesse an politischen Fragen mit dem Alter und mit dem formalen Bildungsniveau linear an. Männer messen politischen Fragen offenkundig eine größere Bedeutung bei als Frauen, denn nur jeder fünfte männliche Befragte gegenüber jeder dritten Frau bezeichnet sein politisches Interesse als gering.

Diese Unterschiede finden sich auch bei den politischen Kenntnissen. Während 56 Prozent aller Befragten in der Lage waren, ohne Antwortvorgaben den Namen des thüringischen Ministerpräsidenten zu nennen – 40 Prozent wussten die Antwort nicht, weitere 4 Prozent gaben einen falschen Namen an –, nannte nicht einmal jede zweite Frau den Namen Bernhard Vogel (Männer: 63 Prozent). Von den Hochschulabsolventen und in der ältesten Untergruppe der 25-29-Jährigen gaben etwa drei Viertel eine korrekte Antwort. Bei den Befragten mit maximal der 10. Klasse als höchstem Bildungsabschluss gelang dies nicht einmal jedem Zweiten und unter den 16-19-Jährigen lediglich 40 Prozent. Die Unterschiede nach Alter und Bildung dürften auf die stärkere Einbindung in das öffentliche Leben und die steigende Relevanz der Politik für die eigene Lebenswelt zurückgehen.

Die berichteten Zusammenhänge deuten bereits an, dass das subjektiv bekundete Interesse an Politik und das politische Wissen stark positiv korrelieren. So ist der Name des Ministerpräsidenten nur einer kleinen Minderheit der stark Interessierten nicht geläufig, aber 60 Prozent der Desinteressierten wissen ihn nicht zu nennen. Interesse und Kenntnisse stehen jedoch nicht nur untereinander in einem engen Zusammenhang. Es ist vielmehr anzunehmen, dass zumal die politische Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen davon erheblich beeinflusst wird und zumindest einzelne politische Einstellungen dadurch mitbestimmt werden.

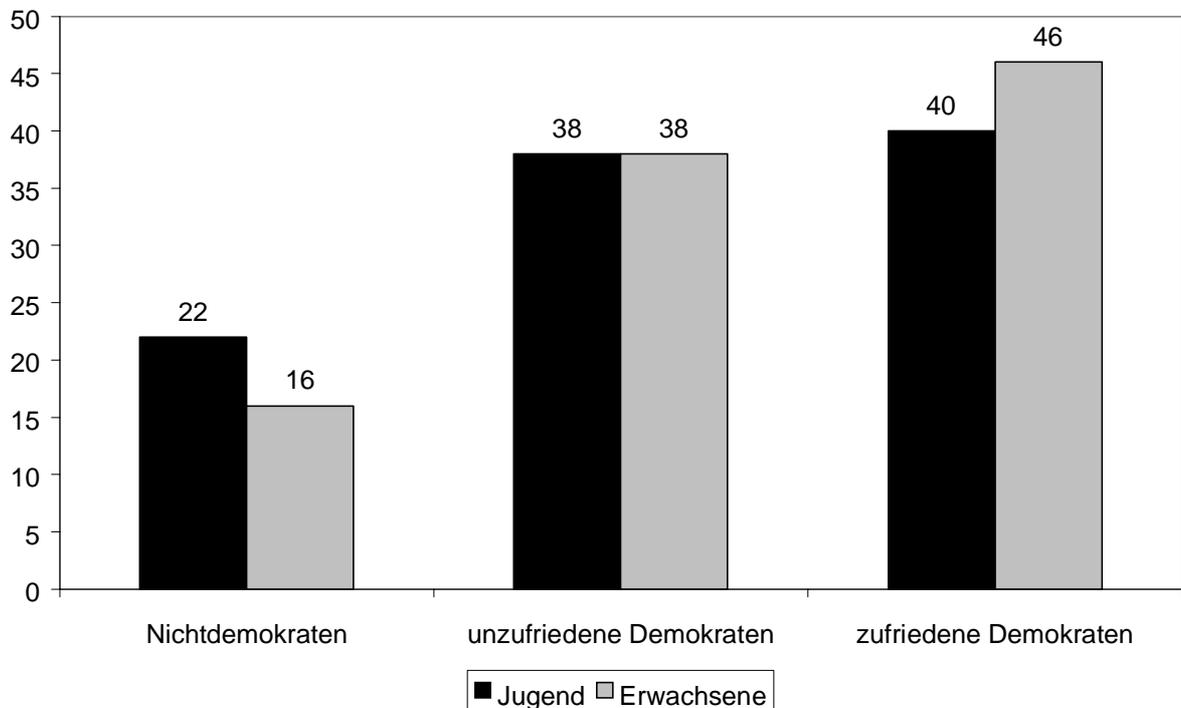
4.2 Einstellungen zur Demokratie: Unzufriedene Demokraten?

Die mutmaßlich wichtigste auf Befragungen gestützte Analyse zu Jugend und Politik in Deutschland während der letzten Jahre (Gille/Krüger 2000) charakterisiert die 16-29-Jährigen bereits im Titel als „unzufriedene Demokraten“. Ist diese Unzufriedenheit bei gleichzeitigem Festhalten an demokratischen Grundüberzeugungen auch für die entsprechende Altersgruppe in Thüringen prägend? Und inwiefern unterscheiden sich die Einstellungen der Jugendlichen zur Demokratie von denen der über 30-Jährigen? Um diese Fragen beantworten zu können, sind für die Heranwachsenden im Freistaat analog zur Erwachsenenpopulation die abstrakte und die konkrete Demokratieunterstützung gemessen worden.

Die demokratische Praxis in der Bundesrepublik wird von den jungen Thüringern ähnlich bewertet wie von den Älteren. Auf einer Skala von 1 (minimale Demokratiezufriedenheit) bis 4 (maximale Demokratiezufriedenheit) erreichen sie mit einem Mittelwert von 2,35 fast genau die rechnerische Mitte (Erwachsene: 2,40). Die Demokratie als Staatsidee erfährt erwartungsgemäß eine deutlich positivere Wertung als die demokratische Praxis; die Jugendlichen erreichen hier einen Mittelwert von 2,92. Allerdings beurteilen sie die Demokratie im Vergleich zu anderen Staatsideen deutlich kritischer als die erwachsene Bevölkerung, deren Mittelwert bei 3,06 liegt. Der Vergleich ausgewählter Prozentwerte mag die durchaus beträchtlichen Unterschiede zwischen beiden Altersgruppen veranschaulichen: Fast jeder vierte Jüngere im Vergleich zu 16 Prozent der Befragten über 30 Jahre hält die Demokratie nicht für die beste Staatsform. Umgekehrt sind nur 18 Prozent der Jugendlichen *voll und ganz* von der Überlegenheit des demokratischen Modells überzeugt, hingegen 26 Prozent der Erwachsenen.

Bildet man, wie bereits für die Gesamtbevölkerung (vgl. Kap. II.1.3), durch Kombination der beiden Fragen drei Gruppen – zufriedene Demokraten, unzufriedene Demokraten und Nichtdemokraten –, ergeben sich klare Differenzen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen.

Abb. 23: *Einstellungen zur Demokratie bei Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich (in Prozent)*



Jeweils ein gutes Drittel der beiden Altersgruppen – so weit reicht die Gemeinsamkeit – ist den unzufriedenen Demokraten zuzurechnen. Hingegen ist der Anteil der Nicht-Demokraten unter den Jüngeren um mehr als ein Drittel (das entspricht sechs Prozentpunkten) höher als unter den Erwachsenen und der Anteil der zufriedenen Demokraten entsprechend geringer. Dennoch stellen die zufriedenen Demokraten auch unter den Jugendlichen noch eine knappe relative Mehrheit.¹²

Die Unterschiede zwischen Jugendlichen und Erwachsenen im Freistaat relativieren sich etwas, wenn eine weitere Frage aus dem Thüringen-Monitor 2001 einbezogen wird, die im Kontext der Messung rechtsextremer Einstellungen gestellt worden ist. Der Aussage „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ stimmen nämlich mehr Erwachsene (knapp 19 Prozent) als Jugendliche (gut 14 Prozent) zu. Dabei überrascht allerdings weniger die im Vergleich zur Ablehnung der Demokratie als Staatsidee geringe Zustimmungskquote der Heranwachsenden als vielmehr die beträchtliche Befürwortung durch die Erwachsenen. Die Diktatur-Frage findet die Unterstützung auch einer nennenswerten Anzahl derjenigen Befragten über 30 Jahre, die die Demokratie für die beste Staatsidee halten. Der statistisch geringe Zusammenhang zwischen den beiden Fragen belegt, dass das Bekenntnis zur Idee der Demokratie allein noch nicht Ausdruck einer demokratischen Gesinnung sein muss. Bei den Jugendlichen gibt es zwar einen engeren Zusammenhang

¹² Dieser Befund widerspricht entgegen dem Augenschein nicht notwendig der oben zitierten Kernaussage des Forschungsteams vom Deutschen Jugendinstitut von den unzufriedenen Demokraten. Zum einen hat der Jugendsurvey von 1997 teils andere bzw. zusätzliche Items verwendet, zum anderen ist die Gruppierung der Befragten nach anderen Kriterien erfolgt.

zwischen der Unterstützung der demokratischen Idee und der Diktatur-Frage, aber auch hier kann von einer starken Korrelation nicht die Rede sein.

Wovon hängt bei den Heranwachsenden die Ablehnung der Demokratie bzw. die Distanz ihr gegenüber ab? Dem Alter kommt keine erklärende Kraft zu: Zwar erreicht der Anteil der Nicht-Demokraten unter den jüngsten Befragten den höchsten Wert, doch ist der Abstand zu den anderen Altersgruppen minimal, und die 16-19-Jährigen sind zugleich die zufriedensten Demokraten. Einmal mehr erweist sich hingegen der Faktor Bildung als bedeutsam. Mit steigender formaler Bildung nimmt der Prozentsatz der Nicht-Demokraten ab und der der unzufriedenen Demokraten steigt linear an. So ist mehr als jeder zweite Hochschulabsolvent den Unzufriedenen zuzurechnen, doch findet sich in dieser Gruppe kaum ein Nicht-Demokrat. Teilt man die Befragten in zwei Gruppen mit und ohne Abitur, treten die Unterschiede besonders deutlich hervor: Unter den Jugendlichen ohne Abitur ist der Anteil der Nicht-Demokraten doppelt so hoch wie in der Vergleichsgruppe. Bei den zufriedenen Demokraten übertreffen die Befragten mit Abitur die weniger Gebildeten anteilmäßig um fast zehn Prozentpunkte. Demnach wirkt sich eine – im niedrigen Bildungsniveau reflektierte – ungünstige subjektive Chancenstruktur negativ auf die Bewertung der Demokratie aus, allerdings nur auf die grundsätzliche Demokratieunterstützung.

Weit größer als bei den Erwachsenen fällt die Differenz zwischen den Geschlechtern aus. Der Prozentsatz der weiblichen Nicht-Demokraten liegt mit 27 Prozent um die Hälfte höher als bei den gleichaltrigen Männern. Offensichtlich neigen Frauen ebenso wie Jugendliche mit eher niedrigem formalem Bildungsniveau eher dazu, die Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis nicht allein der aktuellen Regierung, einzelnen politischen Institutionen und dem amtierenden politischen Personal anzulasten, sondern sie machen zugleich die demokratische Ordnung dafür verantwortlich. Die Unzufriedenheit mit dem Output demokratischer Politik schlägt also in eine negative Haltung gegenüber der Demokratie als Herrschaftsform um.

Tab. 5: Einstellungen Jugendlicher zur Demokratie nach ausgewählten Merkmalen (Zeilenprozente)

		Nicht-Demokraten	Unzufriedene Demokraten	Zufriedene Demokraten
Geschlecht	Männlich	18,4	41,6	40,0
	Weiblich	27,1	33,0	39,9
Bildungsabschluss	Unter 10. Kl.	39,3	24,6	36,1
	10.Klasse / POS	28,5	36,1	35,3
	Abitur / EOS	16,7	36,7	46,7
	FH / Uni	6,4	52,1	41,5
Politisches Interesse	Sehr stark	15,9	27,3	56,8
	Stark	13,8	38,8	47,5
	Mittel	16,1	44,7	39,2
	Gering	36,0	26,6	37,4

Einen positiven Einfluss auf die Haltungen der Jugendlichen zur Demokratie hat zudem das politische Interesse – und dies gleich in doppelter Weise: Zum einen steigt der Anteil der zufriedenen Demokraten mit wachsendem Interesse linear an, zum anderen erweist sich die

Gruppe der am geringsten Interessierten als dem demokratischen System in besonderem Maße entfremdet. Während letztere insgesamt ein gutes Viertel der befragten Jugendlichen umfasst, stellt sie fast jeden zweiten Nicht-Demokraten. Unter diesen sind die Desinteressierten denn auch mehr als doppelt so stark vertreten wie jede der drei übrigen Gruppen, die mehr Interesse an Politik bekunden. Überdurchschnittlich häufig sind unter den Nicht-Demokraten auch die politisch Ahnungslosen vertreten, allerdings ist der Zusammenhang schwächer als beim politischen Interesse.¹³

Schließlich geht die Distanz zur Demokratie in der Tendenz mit einem überdurchschnittlich positiven Bild der DDR einher, die zumindest die jüngste Altersgruppe kaum noch bewusst erlebt hat und die ihr statt dessen vornehmlich über Berichte von Eltern usw. zugänglich ist. Diejenigen, die dem *ancien régime* retrospektiv mehr positive als negative Seiten attestieren, machen zwar weniger als 50 Prozent aller Jugendlicher aus, stellen aber etwa zwei Drittel der Nicht-Demokraten. Unklar bleibt dabei, ob die ablehnende Haltung zur Demokratie Ergebnis einer DDR-freundlichen Sozialisation ist, oder ob sie umgekehrt einen nostalgischen Blick auf den Sozialismus in den Farben der DDR erst stimuliert. Gegen die letztere Annahme spricht, dass die Bewertung der DDR und die der demokratischen Praxis in der Bundesrepublik kaum zusammenhängen. Hingegen besteht zwischen dem DDR-Item und der Frage nach der Demokratie als Staatsidee eine mittelstarke negative Korrelation.

4.3 Null Bock auf Politisches? Einstellungen zu Politik und Parteien

Ist über die Frage nach der Demokratiezufriedenheit bereits die grundlegende Einstellung zu den Leistungen des politischen Systems erhoben worden, so enthält der Jugendfragebogen eine Reihe weiterer Fragen, mit denen sich die Haltungen zur Politik bestimmen lassen. Vor dem Hintergrund der viel diskutierten und immer wieder beklagten Politikverdrossenheit (nicht nur) unter Jugendlichen sollten durch zwei Aussagen zur Politik bzw. zu den Parteien verschiedene Dimensionen der Systemunterstützung Berücksichtigung finden. Diese beiden auch im Erwachsenenfragebogen enthaltenen Statements sind um eine jugendspezifische Frage nach der Offenheit des politischen Systems ergänzt worden.

Mit der Aussage „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.“ wird vor allem ein technokratischer Vorbehalt gegenüber der Politik und ihrem vermeintlichen „Wesen“ ausgedrückt. Wie bei den Erwachsenen erfährt das Statement auch unter den Jugendlichen massive Unterstützung. Allerdings liegt die Zustimmungsrate mit 76 Prozent gegenüber 82 Prozent bei den Befragten über 30 Jahre erkennbar niedriger, was vor allem auf die geringere Zustimmung der 16-19-Jährigen zurückgeht. Ein vollständiger Eindruck von den Unterschieden zwischen den Generationen ist erst dann zu gewinnen, wenn auch die Intensität der Zustimmung einbezogen wird. Die uneingeschränkte Bejahung des Statements steigt über alle Altersgruppen hinweg linear an und liegt bei den Jugendlichen um zehn Prozentpunkte niedriger als bei den Erwachsenen.

Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich, wenn statt nach der Politik allgemein nach den Parteien gefragt wird. Die Aussage, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, ihre Ansichten sie aber nicht interessieren, wird von einer deutlichen Mehrheit der Befragten bejaht. Wiederum liegt die Zustimmung der Jugendlichen mit etwa 68 Prozent etwas unter der

13 Die Unterschiede könnten allerdings auch auf die verschiedene Beschaffenheit der Items zurückgehen: Die politischen Kenntnisse sind dichotom gemessen worden (Wissen versus Nichtwissen), das subjektive politische Interesse hingegen mit einer vierstufigen Skala.

der Älteren (74 Prozent), und erneut steigt die uneingeschränkte Zustimmung mit dem Alter linear an – wobei die Gruppe der 30-44-Jährigen durch etwas weniger parteienkritische Positionen abweicht. Die geringste Parteienverdrossenheit findet sich demnach bei der jüngsten Altersgruppe.

Der enge statistische Zusammenhang zwischen den beiden oben genannten Aussagen zu Politik und Parteien legt es nahe, sie zu einem Index der Politikverdrossenheit zusammenzufassen.¹⁴ Ein Mittelwertvergleich auf dieser Basis belegt zugleich die etwas aufgeschlosseneren Haltung der jüngeren Generation: Der Mittelwert für die Jugendlichen beträgt 5,9, der der Erwachsenen 6,2. Für die jüngere Altersgruppe lassen sich Zusammenhänge mit der sozialen Lage, soziodemografischen Merkmalen und einzelnen politischen Orientierungen aufzeigen.

Unter den Altersgruppen weisen die 16-19-Jährigen mit 5,6 den niedrigsten Mittelwert auf. Demnach sind es unter den Jüngeren gerade die im eigentlichen Sinne Jugendlichen, die am wenigsten politikverdrossen sind, während sich die jungen Erwachsenen (ab 20 Jahre) in diesem Punkt viel weniger von den Älteren unterscheiden. Betrachtet man die hier als kritische Bewertung von Politik und Parteien operationalisierte Politikverdrossenheit als ein gesellschaftliches Problem, so bilden gerade die Jugendlichen *nicht* die „Problemgruppe“. Deutliche Mittelwertunterschiede ergeben sich zudem nach Bildungsstand, Berufstätigkeit, Religion und Kirchengangshäufigkeit. Die Konfessionszugehörigkeit, dabei die evangelische mehr als die katholische, und insbesondere der regelmäßige Gottesdienstbesuch (mindestens einmal im Monat) wirken sich mäßigend auf die Politikverdrossenheit aus.

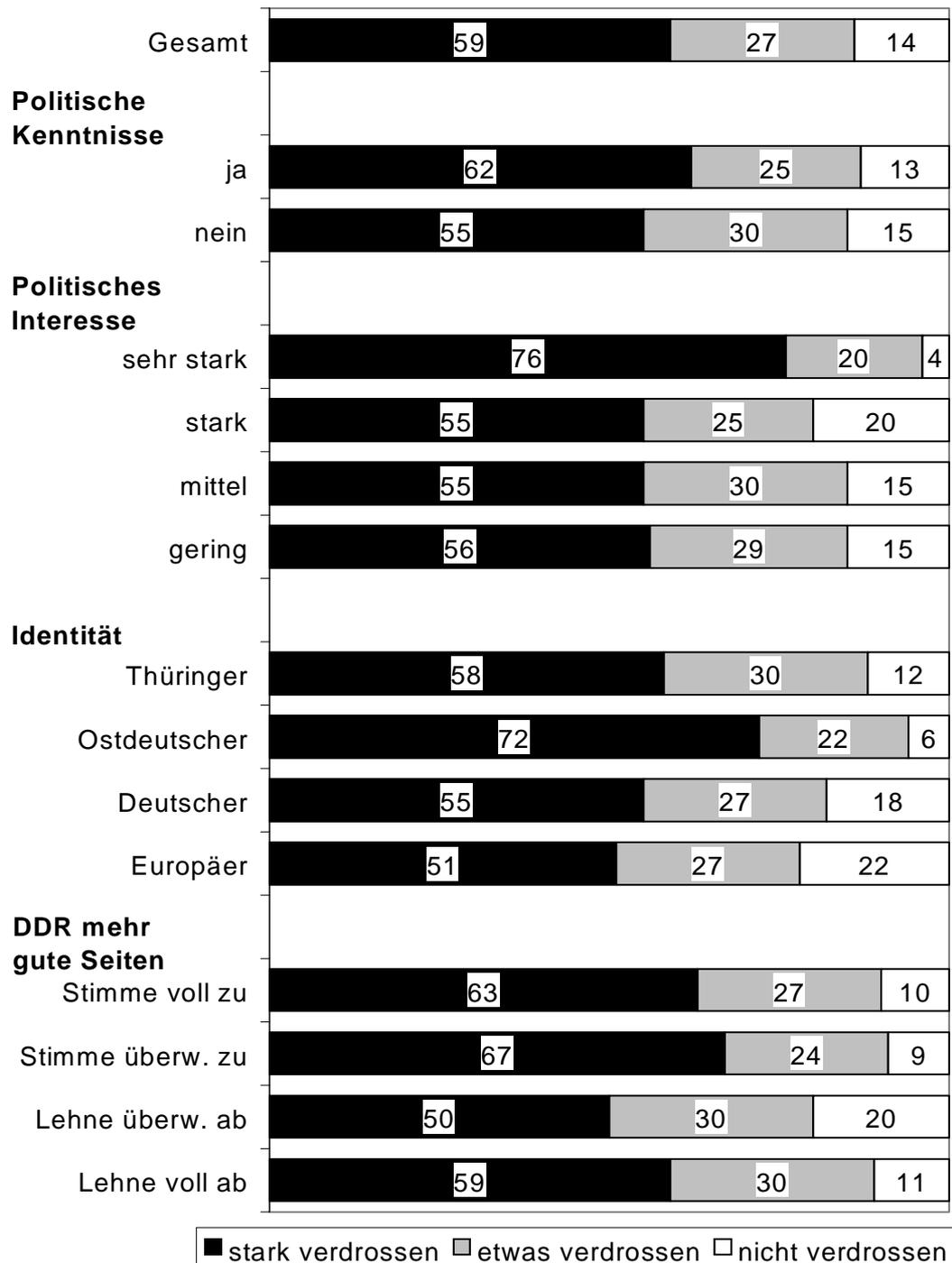
Ein nichtlinearer Zusammenhang ergibt sich mit dem Bildungsniveau: Die Befragten mit den größten Bildungsunterschieden, also diejenigen mit einem Abschluss unter 10. Klasse (6,2) und die Hochschulabsolventen (6,0), erreichen jeweils die höchsten Mittelwerte. Die Befragten mit Abitur, aber ohne abgeschlossenes Studium liegen als einzige deutlich unter dem Durchschnitt (5,5). Zudem erweisen sich die Erwerbstätigen unter den Jugendlichen, die ein gutes Drittel der Gesamtgruppe stellen, als besonders unzufrieden mit der Politik. Mit einem Mittelwert von 6,2 übertreffen sie sogar minimal die Vergleichsgruppe unter den Erwachsenen und unterscheiden sich erkennbar von den Schülern (5,5) und den Auszubildenden (5,8). Summa summarum wächst die Politikverdrossenheit der Jugendlichen mit der Politik mit der zunehmenden beruflichen und im Übrigen auch mit der familiären Etablierung. Etwas überpointiert lautet die Quintessenz der Analyse: Je erwachsener die Jugendlichen werden und je mehr sie in der Mitte der Gesellschaft ankommen, desto kritischer wird ihre Wahrnehmung von Politik und Parteien.

Um weitere Zusammenhänge etwas plastischer darstellen zu können, ist ein zweiter Index der Politikverdrossenheit nach der Zahl der Zustimmung zu den beiden Statements gebildet worden. Befragte, die beide negativen Aussagen über Politik und Parteien bejaht haben, wurden als (stark) Politikverdrossene eingestuft.¹⁵ Diese Gruppe stellt mit 59 Prozent eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen. Zum Vergleich: Unter den Erwachsenen fallen sogar beinahe zwei Drittel in diese Kategorie. Unter den stark politikverdrossenen Jugendlichen sind die 25-29-Jährigen deutlich und die Männer etwas überrepräsentiert. Erwartungsgemäß nehmen auch die Nicht-Demokraten weit überdurchschnittlich oft eine negative Haltung zu Politik und Parteien ein.

14 Bildet man diesen durch Aufsummieren, ergibt sich für jeden Befragten ein Wert zwischen 2 (nicht politikverdrossen) und 8 (völlig politikverdrossen).

15 Als nicht politikverdrossen gelten diejenigen, die keiner der beiden Fragen zugestimmt haben; bei einer Zustimmung wird von einer geringen, bei zwei Zustimmungen von einer starken Politikverdrossenheit ausgegangen. Die Indexbildung berücksichtigt nicht den Grad der Zustimmung.

Abb. 24: Politikverdrossenheit unter Jugendlichen nach ausgewählten Merkmalen (in Prozent)



Als aufschlussreich und teils überraschend können einige Zusammenhänge der Politikverdrossenheit mit anderen Merkmalen gelten. Zunächst hat das Vorhandensein politischer (Minimal-)Kenntnisse keinen nennenswerten Einfluss auf die Haltung gegenüber Politik und Parteien. Befragte mit entsprechenden Kenntnissen sind sogar etwas skeptischer eingestellt als die politisch Ahnungslosen. Auch das politische Interesse ist insgesamt ohne Bedeutung für das Ausmaß der Politikverdrossenheit – allerdings mit einer gewichtigen Ausnahme. Die kleine, aber statistisch relevante Gruppe der politisch stark Interessierten unterscheidet sich gravierend von den anderen Befragten. Mehr als drei Viertel von ihnen sind politikverdrossen und der Anteil liegt damit um 20 Prozentpunkte höher als in den Gruppen mit starkem, mittle-

rem oder geringerem Interesse. Eine Erklärung für diese Sonderstellung der weit überdurchschnittlich politisch Interessierten könnte in ihrer hohen Erwartungshaltung gegenüber den politischen Organen und Verfahren liegen. Während die weniger Interessierten von „der“ Politik ohnehin nicht viel erwarten, erweisen sich die stark Interessierten möglicherweise als besonders enttäuschungsanfällig, wenn die Leistungen von Politikern und Parteien als unzureichend wahrgenommen werden.

In enger Beziehung steht die Politikverdrossenheit mit der regionalen Identität und der rückblickenden Bewertung der DDR. Ähnlich wie bei den Einstellungen zur Demokratie geht die Unzufriedenheit mit (gegenwärtiger) Politik und Parteien mit einer überdurchschnittlich positiven Bewertung des *ancien régime* einher. Unter denjenigen, die ihm mehr gute als schlechte Seiten zusprechen, erreichen die Politikverdrossenen fast eine Zweidrittelmehrheit, während sie nur wenig mehr als die Hälfte der DDR-Kritiker stellen. Noch stärker ist der Zusammenhang mit der Identität. Diejenigen, die sich in erster Linie als Ostdeutsche definieren, weisen einen Rekordanteil von über 71 Prozent Politikverdrossenen auf, während alle anderen Gruppen unter dem Durchschnitt liegen. Das Festhalten an einer ostdeutschen Identität unter jungen Thüringern auch elf Jahre nach der deutschen Einheit dürfte zum Teil als Reaktion auf die negative Wahrnehmung der gesamtdeutschen politischen (und wohl auch kulturellen) Realitäten zu interpretieren sein. Umgekehrt deutet der enge Zusammenhang von ostdeutscher Identität und positiver Bewertung der DDR auf wirkmächtige Restbestände realsozialistischer Ideologie und Sozialisation hin. Diese würden, folgt man einem derartigen Interpretationsansatz, eine hyperkritische Perzeption der politischen Institutionen und Prozesse im vereinigten Deutschland begünstigen, womöglich sogar determinieren. Anhand der Daten des Thüringen-Monitors lässt sich die Richtung der Kausalität nicht klären, jedoch scheint eine Wechselwirkung von Politikverdrossenheit und ostdeutscher Identität plausibel.

Wenngleich das mancherorts gepflegte Bild einer apolitischen oder politikmüden Jugend sich im Vergleich zu den Erwachsenen zumindest für Thüringen als falsch entpuppt, ist doch eine eher negative bzw. kritische Einstellung zur Politik vorherrschend. Mit diesem Befund kontrastieren allerdings die Antworten auf die eingangs erwähnte jugendspezifische Frage zur Politik. Dass Jugendliche die Politik beeinflussen können, wenn sie das wollen, meinen über 70 Prozent der Befragten. Ein knappes Drittel aller Jugendlichen stimmt dieser Aussage sogar voll und ganz zu. Dabei spielen Geschlechts- und Bildungsunterschiede keine Rolle, bei den Altersgruppen zeigen sich die 20-24-Jährigen etwas skeptischer als die übrigen.

Mit der Zustimmung wird faktisch die Offenheit des politischen Systems bejaht, denn wenn sich durch eigenes Engagement politisch etwas bewegen lässt, zeugt dies von einer erheblichen Responsivität der Politik. Gerade diese ist den Parteien als zentralen Institutionen im bundesdeutschen Parteienstaat aber von den Befragten abgesprochen worden, indem ihnen mit überwältigender Mehrheit attestiert worden ist, sie seien an den Ansichten der Wähler gar nicht interessiert. Wie erklärt sich dieser augenscheinliche Widerspruch im Antwortverhalten? Die statistische Antwort ist ebenso einfach wie unbefriedigend: Zwischen dem Statement zu „Jugend und Politik“ und den beiden Fragen zur Politikverdrossenheit gibt es (fast) keinen Zusammenhang. Wie aber lässt sich dieser fehlende Zusammenhang erklären?

Der wesentliche Grund für die Entkopplung der Statements und für die hohen Zustimmungsraten bei der Frage nach den Einflussmöglichkeiten Jugendlicher dürfte – dies legen auch die Ergebnisse bisheriger Jugendstudien nahe – mit der unterschiedlichen Wahrnehmung von etablierter Politik auf der einen und nicht oder weniger institutionalisierter Politik auf der anderen Seite zusammenhängen. In dieser Lesart sehen die Jugendlichen mehrheitlich durchaus politische Gestaltungschancen – und stimmen folgerichtig der entsprechenden Aussage zu. Diese Chancen werden aber nicht im Rahmen der institutionalisierten Kanäle und etablierten

Institutionen gesehen, für die die Parteien – der jugendlichen Optik folgend – geradezu prototypisch als schwer bewegliche „Dinosaurier“ stehen. Statt dessen werden Einflussmöglichkeiten vorwiegend auf dem „alternativen“ politischen Markt der Initiativen, der bewegungsförmigen Aktionsformen und des eher spontanen und sporadischen Engagements gesehen – was sich dann auch in den bevorzugten Partizipationsformen widerspiegelt (vgl. Kap. IV.4.4).

Bevor auf das Partizipationsverhalten der Heranwachsenden eingegangen wird, gilt es zur Vervollständigung der jugendlichen Einstellungen gegenüber Politik auch die *Selbsteinordnung auf einer siebenstufigen Links-Rechts-Skala* sowie die Parteipräferenzen kurz zu diskutieren. Die Links-Rechts-Skala stellt ein gerne verwendetes und probates Mittel dar, um die Selbsteinschätzung der Befragten im ideologischen Raum zu erheben, ohne ihnen inhaltliche Vorgaben zu machen. Das größte Problem der Skala, die völlig unterschiedlichen Vorstellungen der Interviewten von Rechts und Links, hat sich dabei wiederholt als Vorteil erwiesen, weil auch politisch wenig Interessierten die Einordnung ermöglicht wird. Empirisch ergeben sich dabei immer wieder deutliche Zusammenhänge der politischen Selbstverortung mit bestimmten Einstellungen bzw. Einstellungsmustern.

Mit ihrer massiven Bevorzugung des mittleren Skalenpunktes auf der siebenstufigen Skala bestätigen die Thüringer Jugendlichen sämtliche bisherigen Untersuchungsergebnisse. Immerhin zeigt sich aber fast die Hälfte der Jüngeren bereit, durch Verortung links oder rechts der Mitte eine eigene politische Grundausrichtung zu bekunden. Unter den Erwachsenen ist diese Bekenntnisfreudigkeit deutlich niedriger ausgeprägt. Links der Mitte stufen sich etwa doppelt so viele Jugendlichen ein wie rechts davon, wobei die beiden Endpunkte der Skala nur von einer winzigen Minderheit gewählt werden. Während der Jugendsurvey 1997 keine Auffälligkeiten bei der Selbsteinstufung der ostdeutschen Jugendlichen im Vergleich zu den über 29-Jährigen erkennen lässt,¹⁶ ergibt sich für Thüringen eine deutliche Verschiebung nach rechts. Der Anteil derjenigen, die sich rechts der Mitte einordnen, ist bei den 16-29-Jährigen mit 15 Prozent zweieinhalb mal so hoch wie bei den älteren Befragten. Allerdings werden in allen Altersgruppen die beiden äußeren rechten Skalenwerte gemieden.

Tab. 6: *Selbsteinstufung der Jugendlichen und Erwachsenen auf der Links-Rechts-Skala*
(in Prozent)

	Männlich	Weiblich	Gesamt	Erwachsene
Sehr weit links	1,9	2,6	2,2	2,2
Ziemlich weit links	5,1	8,6	6,8	8,4
Etwas links	24,6	17,7	21,3	19,1
In der Mitte	48,9	60,9	54,4	64,7
Etwas rechts	16,6	9,4	13,3	4,8
Ziemlich weit rechts	1,3	0,4	0,9	0,4
Sehr weit rechts	1,6	0,4	1,0	0,3

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei den 16-29-Jährigen beträchtlich, was vor allem eine Folge der größeren Positionierungsfreude der Männer ist: Weniger als die Hälfte von ihnen stufen sich in der Mitte der Skala ein, während es bei den Frauen über 60

16 Als Vergleichsgrundlage für die Erwachsenenpopulation dienten die Werte aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1996; vgl. Gille / Krüger / de Rijke 2000: 244.

Prozent sind. Effekt dieser unterschiedlichen Besetzung der Mittelkategorie ist eine fast doppelte so häufige Selbsteinstufung rechts der Mitte durch die männlichen Befragten. Zwar sind sie auch links der Mitte stärker vertreten als die Frauen, aber die Unterschiede sind gering und die beiden äußeren linken Skalenpunkte sind von den Frauen deutlich stärker besetzt. Diese tendenziell stärker nach rechts verschobene politische Selbsteinschätzung der jungen Männer ist auch in bisherigen Umfragen in Ostdeutschland ermittelt worden und ergibt sich aus der wiederholt festgestellten Verbreitung „rechter“ Jugendkulturen (nicht nur) in den neuen Ländern.

Mehr noch als die Geschlechterunterschiede stechen die Differenzen in Abhängigkeit vom Bildungsstand hervor. Mit steigendem formalen Bildungsniveau nimmt die Bereitschaft zur Einordnung abseits der Mittelkategorie drastisch zu, weshalb die Hochschulabsolventen sowohl auf den linken als auch auf den rechten Skalenpunkten drastisch überrepräsentiert sind. Tendenziell stufen sich die formal höher Qualifizierten weiter links ein als der Durchschnitt. Gleiches gilt für die Gruppe der Schüler, während Auszubildende und Erwerbstätige ein wenig stärker nach rechts tendieren.

Aussagekräftiger sind die Beziehungen zwischen der Selbstverortung im politischen Raum und einzelnen politischen Einstellungen. Zusammenhänge lassen sich etwa für das politische Interesse, die Haltungen zur Demokratie sowie die Politikverdrossenheit belegen. Das politische Interesse ist bei den Jugendlichen in der Mittelkategorie am geringsten, was die Hypothese bestätigt, dass der Mittelpunkt der Skala vielfach als Fluchtpunkt bei Unsicherheit oder bei Unklarheit über die inhaltliche Bestimmung von Links und Rechts dient. Unter den Demokraten stufen sich die Zufriedenen etwas links des Durchschnitts ein, während die Nicht-Demokraten sich weiter rechts, nämlich fast genau auf dem Skalenmittelpunkt positionieren. Unter den Jugendlichen, die sich rechts der Mitte eingestuft haben, sind die Politikverdrossenen deutlich überrepräsentiert. Eine genauere Analyse ergibt dabei, dass dieser Effekt vor allem durch die maximal Verdrossenen¹⁷ zu Stande kommt, deren Mittelwert auf der Links-Rechts-Skala gegenüber dem Durchschnitt deutlich nach rechts verschoben ist.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala durchaus inhaltliche Bedeutung zukommt – die es im Kontext des Themenfelds Ausländerfeindlichkeit/Rechtsextremismus noch einmal zu beleuchten gilt. Die stärkste Beziehung besteht erwartungsgemäß mit der bekundeten Wahlabsicht.¹⁸ Die Befragten, die bei der Sonntagsfrage¹⁹ ihre Stimmabgabe für eine der drei im Landtag vertretenen Parteien ankündigen, stufen sich auf der Links-Rechts-Skala höchst unterschiedlich ein: So erreichen die (prospektiven) Jungwähler der SPD mit 3,55 einen Mittelwert etwas unterhalb des Durchschnitts aller Befragten (3,77). Deutlich weiter links positionieren sich die mutmaßlichen Wähler der PDS (2,92), deutlich weiter rechts die der CDU (4,11), während die Nichtwähler etwas oberhalb des Durchschnitts liegen (3,86).

4.4 Partizipation: Teilhabe, aber (doch nicht so ganz) anders?

Geht man davon aus, dass sich die Jugendphase ungeachtet fortschreitender Pluralisierung noch substantiell von dem Erwachsenendasein unterscheidet, dann sind für die hier unter-

17 Als maximal verdrossen gelten diejenigen Befragten, die beiden zur Messung der Politikverdrossenheit herangezogenen Aussagen voll und ganz zugestimmt haben.

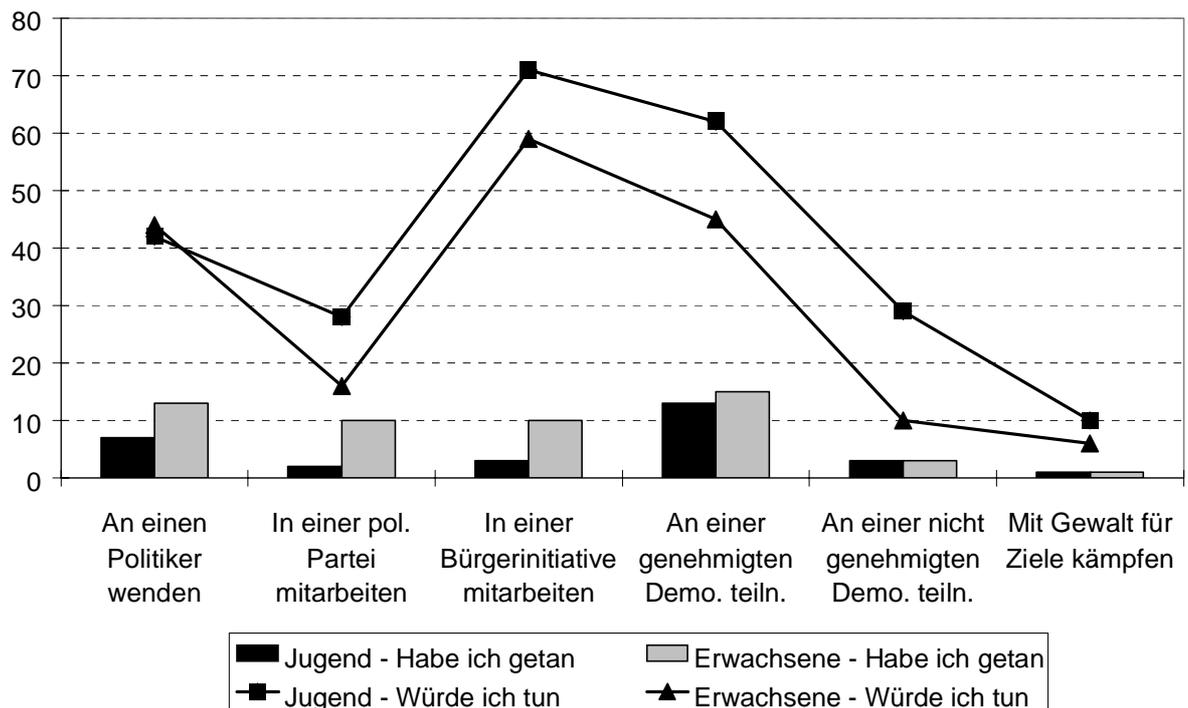
18 Die bekundete Wahlabsicht bei den Jugendlichen unterscheidet sich nur geringfügig von den Angaben der Erwachsenen.

19 Die Frage lautete im Jugendfragebogen: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag hier in Thüringen Landtagswahlen wären – und Sie wahlberechtigt wären?“.

suchte Gruppe auch eigene Formen der politischen und gesellschaftlichen Partizipation sowie des Protests zu erwarten. Lebensweltlich bieten so unterschiedliche Phänomene wie die Love Parade, die Chaostage, Konzerte rechter Skinbands oder unlängst die zahlreichen, von Schülern initiierten Sympathiebekundungen mit den Vereinigten Staaten Beispiele für jugendspezifische Formen gesellschaftlichen bzw. politischen Handelns. Sie verweisen nicht nur auf die gegenüber dem Engagement der Älteren schwächere institutionelle Prägung, sondern auch auf die hohe Bedeutung von konkreten Anliegen, Spontaneität und *Action*. In der Wahrnehmung durch Erwachsene dürften manche in ihrer Intention gesellschaftsbezogene Handlungen von Jugendlichen aus diesem Grund als unpolitisch qualifiziert werden.

Zunächst ein Überblick über das politische Engagement der 16-29-Jährigen im Vergleich zur Erwachsenenpopulation: Fragt man die Jugendlichen nach den selben Partizipationsformen wie die Befragten über 29 Jahre, so ist der Anteil politisch Engagierter durchweg noch geringer als bei den Erwachsenen.²⁰ Bei den in einer Partei oder einer Bürgerinitiative aktiven Jugendlichen handelt es sich geradezu um Spurenelemente. Betrachtet man die konventionellen Partizipationsformen, so ist der Unterschied zu den Erwachsenen lediglich bei der Teilnahme an einer genehmigten Demonstration gering. Offenkundig ist die kurzzeitige und meist auf ein konkretes Anliegen bezogene Form der Demonstration für die Heranwachsenden noch am ehesten attraktiv.

Abb. 25: *Partizipation und Partizipationsbereitschaft bei Jugendlichen und Erwachsenen (in Prozent)*



Mit dem niedrigen Partizipationsniveau kontrastiert die vergleichsweise häufig geäußerte Bereitschaft zu politischem Handeln. In der Antwortkategorie „Würde ich tun“ erreichen die Jugendlichen mit einer Ausnahme höhere Werte, oftmals mit einer Prozentpunktdifferenz von mehr als zehn Punkten. Dies gilt selbst für die Mitarbeit in einer Partei, geradezu der Prototyp eines auf Dauer angelegten und sich in etablierten Bahnen bewegenden politischen Engage-

20 Der Vergleich ist insofern problematisch, als die Älteren naturgemäß sehr viel mehr Gelegenheiten zum politischen Engagement gehabt haben.

ments. Einzig die Bereitschaft, sich an einen Politiker zu wenden, wird von den Jüngeren häufiger ausgeschlossen als von Befragten ab 30.²¹ Demnach führen die Jugendlichen hinsichtlich der politischen Partizipation eine „Möglichkeitsexistenz“: Sie engagieren sich jedenfalls in dem den Erwachsenen vertrauten Rahmen kaum, aber sie schließen bestimmte Formen der politischen Beteiligung für die Zukunft auch (noch!) nicht aus. Diese mutmaßlich auch in anderen Lebensbereichen praktizierte Haltung des „Vieles ist möglich“ impliziert auch eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber unkonventionellem politischem Handeln einschließlich der Anwendung von Gewalt.

Zwischen Partizipationsverhalten und -bereitschaft von Frauen und Männern liegen Welten. Fast bei allen Beteiligungsformen sind die männlichen Jugendlichen deutlich stärker vertreten, lediglich an genehmigten Demonstrationen nehmen mehr Frauen teil und sie sind eher bereit, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten. Noch deutlicher wird die Partizipation vom Bildungsstand beeinflusst. Ein höheres Bildungsniveau erhöht durchweg die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, und führt bei genehmigten Demonstrationen und bei der Kontaktierung eines Politikers auch öfter zu einem entsprechenden Handeln. Das Abitur markiert dabei in der Regel die stärkste Trennlinie zwischen politischer Aktivität und Passivität. Bei der Durchsetzung politischer Ziele mit Gewalt ergibt sich bei allerdings geringer Fallzahl ein umgekehrter Zusammenhang: Gebildete sind dazu noch weniger bereit als Befragte mit einem geringen formalen Bildungsniveau.

Die einzelnen Formen konventioneller Partizipation stehen in einem allerdings nur schwachen Zusammenhang. Gleiches gilt auch für die beiden Statements zur unkonventionellen Beteiligung (nicht genehmigte Demonstration, mit Gewalt für politische Ziele kämpfen). Partizipation und Partizipationsbereitschaft wachsen durchweg mit dem politischen Interesse, oftmals auch mit den politischen Kenntnissen. Allerdings ergeben sich dabei deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Beteiligungsformen. Vom politischen Interesse wird wesentlich bestimmt, ob ein Jugendlicher sich parteiorientiert engagiert bzw. dazu seine Bereitschaft bekundet. So haben sich doppelt so viele politisch Interessierte schon einmal an einen Politiker gewendet als wenig oder gering Interessierte; die Mitarbeit in einer Partei können sich unter ihnen 38 Prozent vorstellen im Vergleich zu 29 Prozent aller Jugendlichen. Keine nennenswerte Wirkung entfaltet das politische Interesse hingegen auf die anderen Varianten politischen Engagements. Wer über minimale politische Kenntnisse verfügt, wendet sich eher an einen Politiker, und auch unter den in einer Bürgerinitiative Engagierten sind die Informierten weit überproportional vertreten.

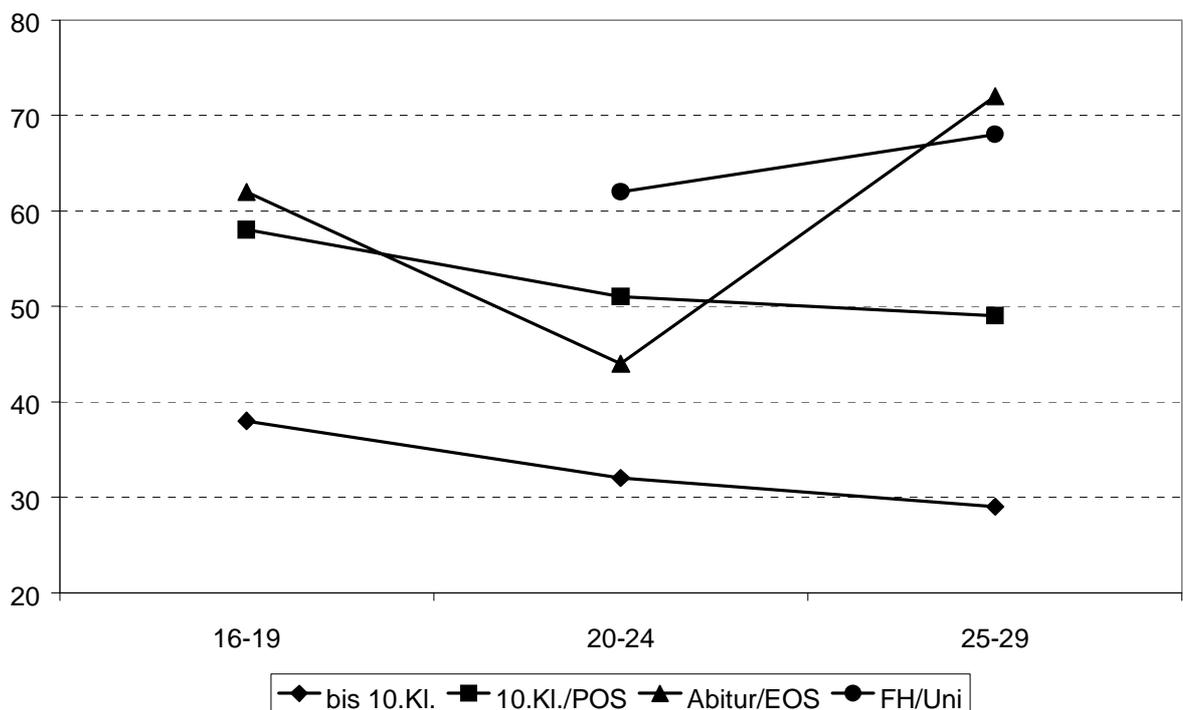
Vor dem Hintergrund der gelegentlich behaupteten Organisationsmüdigkeit Jugendlicher sind im Jugendfragebogen des Thüringen-Monitors 2001 zusätzlich zur politischen Partizipation auch gesellschaftliche Integration bzw. gesellschaftliches Engagement über die *Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen* erhoben worden. Für die 14-25-Jährigen weisen bereits die drei Shell-Jugendstudien von 1991, 1996 und 1999 einen wenngleich geringen Anstieg des Organisationsgrades unter ostdeutschen Jugendlichen aus (Jugend 2000: 275). Selbst vor dem Hintergrund dieser der öffentlichen Wahrnehmung entgegenstehenden Ergebnisse fallen die Befunde für Thüringen geradezu sensationell aus. Mit 54 Prozent gibt mehr als die Hälfte der Heranwachsenden an, Mitglied eines Vereins oder einer Organisation zu sein. Dieser Prozentsatz liegt beinahe doppelt so hoch wie der in der jüngsten Shell Jugendstudie für Ostdeutschland ausgewiesene – und muss umso mehr überraschen, als dort von einem mit dem Alter abnehmenden Organisationsgrad bei den Jugendlichen berichtet wird.

21 Analog dazu können sich weniger Jugendliche als Erwachsene vorstellen, sich an den Thüringer Bürgerbeauftragten zu wenden; ihr Anteil an der jeweiligen Altersgruppe liegt jedoch in beiden Fällen über 70 Prozent.

Den Löwenanteil der Organisierten stellen die Sportvereine; jeder dritte Jugendliche ist dort Mitglied. Mit sehr weitem Abstand folgen die Hilfsorganisationen (z.B. Freiwillige Feuerwehr oder Deutsches Rotes Kreuz), in denen etwa jeder Zehnte organisiert ist. Etwas stärker besetzt ist die Kategorie der sonstigen Organisationen, die wesentlich zum hohen Organisationsgrad in Thüringen beiträgt.²² Die Studierenden sind hier überproportional vertreten, sodass in diese Kategorie beispielsweise Studentenclubs fallen dürften. Als Handlungsfeld quantitativ nahezu bedeutungslos sind politische Organisationen sowie Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, obwohl letztere bei den meisten Jugendumfragen sehr hohe Sympathiewerte erhalten. Auch in kirchlichen Gruppen und in den Gewerkschaften sind jeweils nur 5 Prozent der 16-29-Jährigen Mitglied.

Nennenswerte Unterschiede zwischen Frauen und Männern im Organisationsgrad bestehen nicht, allerdings sind die Doppelmitgliedschaften bei den männlichen Befragten augenscheinlich häufiger und in den Sportvereinen sind sie bei 10 Prozentpunkten Differenz deutlich stärker vertreten. Der in der Shell-Studie für die 15-24-Jährigen ermittelte Rückgang des Organisationsgrads mit steigendem Alter bestätigt sich für die entsprechenden Altersgruppen in Thüringen (16-24-Jährige). Allerdings erreicht der Prozentwert bei den 25-29-Jährigen wieder das hohe Niveau der jüngsten Alterskohorte. Die Wahrscheinlichkeit, Mitglied in einem Verein oder einer Organisation zu sein, erhöht sich mit jedem weiteren Schritt auf der „Bildungsleiter“. Katholiken und Protestanten weisen einen deutlich höheren Organisationsgrad auf als die Jugendlichen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Abb. 26: *Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen nach Alter und Bildung (in Prozent)*



Stark unterrepräsentiert unter den Mitgliedern ebenso wie unter den politisch Aktiven und den Partizipationswilligen sind die Nicht-Demokraten. Anscheinend mindert die Ablehnung des demokratischen Systems auch die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Integration und zum Engagement in der Gesellschaft. Ohne Bedeutung für den Organisationsgrad ist das Gefühl,

22 In der Shell-Studie von 1999 etwa fehlt eine solche Residualkategorie.

auch bei zukünftigen Veränderungen mithalten zu können. Überdurchschnittliche Werte weisen die jugendlichen Vereinsmitglieder bei der (gewaltfreien) Partizipation(-sbereitschaft) auf. Schließlich bekunden sie bei der Sonntagsfrage viel häufiger ihre Wahlabsicht als ihre nicht organisierten Altersgenossen.

Stand bislang die gewaltfreie politische und gesellschaftliche Partizipation im Zentrum der Ausführungen, so soll abschließend das gesellschaftlich virulente Problem des Verhältnisses Heranwachsender zur Gewalt diskutiert werden. Dass – nach eigenem Bekunden – nur eine verschwindend kleine Minderheit der Jugendlichen bereits Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele eingesetzt hat, ist bereits berichtet worden. Unter der deutlich größeren Zahl derjenigen, die sich dies für die Zukunft vorstellen können, immerhin jeder zehnte Jugendliche, sind die Männer mit niedrigem formalen Bildungsstand massiv überrepräsentiert. Die Selbsteinstufung rechts der Mitte und auf den beiden äußeren linken Punkten der Links-Rechts-Skala geht ebenfalls mit einer deutlich erhöhten Bereitschaft zur politischen Gewaltausübung einher.

Neben ihrem Einsatz für politische Zwecke wurden die Jugendlichen auch nach der Akzeptanz von Gewalt als Instrument zur Konfliktlösung gefragt – eine Frage, die stärker auf die Bedeutung von Gewalt im privaten Umgang zielt. Dafür, dass jemand bei Streitigkeiten Gewalt anwendet, brachten nur eine Hand voll Jugendlicher volles Verständnis auf, aber immerhin jeder Vierte ein wenig Verständnis. Diese Form der Gewaltakzeptanz findet sich bei jedem dritten 16-19-Jährigen und nimmt mit steigendem Alter ab. Sie ist bei Männern doppelt so stark verbreitet wie bei Frauen und steht in keiner Beziehung zum Bildungsniveau, sieht man von den (in der Regel unter den 25-29-Jährigen anzutreffenden) Hochschulabsolventen mit unterdurchschnittlichem Wert ab. Aufschlussreich sind die Unterschiede je nach dem Status im Erwerbsleben: Jeder dritte Schüler und Auszubildende akzeptiert die Anwendung von Gewalt bei Streitigkeiten, während es unter den Erwerbstätigen und den Studierenden nur jeder Fünfte ist. Überdurchschnittlich starke Gewaltakzeptanz bekunden auch die Jugendlichen, für die Pflichtbewusstsein den wichtigsten Wert im Leben darstellt. Andere Faktoren wie etwa der Erziehungsstil der Eltern oder die Angst vor Arbeitslosigkeit sind ohne Bedeutung.

Bemüht man sich um eine Interpretation dieser – auf der Grundlage von lediglich zwei Fragen beruhenden – Befunde, so fällt zunächst die in sämtlichen empirischen Untersuchungen ermittelte stärkere Gewaltbereitschaft und -akzeptanz der männlichen Jugendlichen und hier wiederum der Jüngeren ins Auge. Selbst wenn nur eine kleine Minderheit von ihnen tatsächlich gewalttätig agiert, wird doch die (physische) Gewalt – und zwar jenseits der Notwehr oder Selbstverteidigung – als Normalität akzeptiert. Die Bereitschaft und Akzeptanz gewaltsamen Handelns in Konfliktsituationen ist nicht nur in militanten Subkulturen wie etwa unter Skinheads verbreitet, sondern sie stellt eher ein Signum männlicher Jugendkultur dar. Sie spielt anscheinend vorwiegend in jenen Lebensphasen Jugendlicher eine Rolle, in denen das Selbstverständnis noch starken Schwankungen unterworfen ist, die Positionierung unter den Gleichaltrigen und in der Gesellschaft noch im Gange ist und gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen noch unzureichend entwickelt bzw. nur bedingt erfolgreich sind. Sobald die Konstruktion des eigenen Lebens deutlich voran geschritten ist und Gewissheit über die eigene Position in der Gesellschaft besteht, verliert Gewalt(-akzeptanz) ihre Orientierungs- und Behauptungsfunktion, wird vielmehr als dem gesellschaftlichen Leben hinderlich erfahren. Mit einem solchen auf die Besonderheiten bestimmter Lebensphasen abhebenden Ansatz ließe sich zumindest die deutlich stärkere Ablehnung von Gewalt nach Eintritt ins Berufsleben und bei einer festen Partnerbeziehung erklären. Darüber hinaus spielen – dies aber analog zu den Erwachsenen – Faktoren wie das Bildungsniveau und im Fall politischer Gewalt die Radikalität politischer Überzeugungen eine wichtige Rolle.

4.5 Autoritarismus

Die Auseinandersetzung mit autoritären Einstellungen ist im Thüringen-Monitor 2000 schon bedingt durch das damalige Schwerpunktthema vorwiegend mit Blick auf die Erklärung des Rechtsextremismus erfolgt. Dabei konnte ein sehr starker Einfluss des Autoritarismus auf die Herausbildung sozialdarwinistischer und ausländerfeindlicher Orientierungen ermittelt werden, der weit über die Wirkung anderer Bestimmungsfaktoren hinaus ging. Dieser Zusammenhang fand sich bei einer späteren multivariaten Analyse bestätigt (Edinger/Hallermann 2001). Die zugleich festgestellte Zunahme autoritärer Einstellungen mit dem Alter – bei einer Sonderstellung der jüngsten Altersgruppe –, sowie die Abnahme mit steigender formaler Bildung legt die gesonderte Untersuchung des jugendlichen Autoritarismus in Thüringen nahe. Nach den empirischen Befunden des letzten Jahres wären zunächst deutlich niedrigere Werte für die – im Generationenvergleich überdies besser gebildeten – 16-29-Jährigen zu erwarten. Darüber hinaus müssten – eine starke Korrelation zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus auch für die Heranwachsenden unterstellt – die rechtsextremen Orientierungen der Jugendlichen entsprechend schwächer ausgeprägt sein als bei den Erwachsenen (vgl. Kap. IV.4.6). Davon ist jedenfalls so lange auszugehen, wie keine anderen Einflussfaktoren die Wirkung neutralisieren.

Für eine der beiden Dimensionen des Autoritarismus, mit der die Bereitschaft zur autoritären Unterordnung im öffentlichen Leben gemessen wird, finden sich die Erwartungen nicht bestätigt. Dem Statement „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ – ein regelrechter „Klassiker“ der Autoritarismusforschung – stimmen sogar minimal mehr Jugendliche als Erwachsene zu (jeweils rund 75 Prozent). Lediglich die Intensität der Zustimmung variiert: Während die Aussage von fast der Hälfte der erwachsenen Befragten voll und ganz unterstützt wird, ist es bei den 16-29-Jährigen ein gutes Viertel. Allerdings ist auch die entschiedene Ablehnung des Statements unter den Jugendlichen seltener. Die erwarteten geringeren Werte für die Jüngeren ergeben sich allerdings bei der zweiten Autoritarismus-Frage. Dass es in der Kindererziehung vor allem um Gehorsam und Disziplin geht, bejaht zwar auch eine knappe Mehrheit der Heranwachsenden, aber die Ablehnung fällt doppelt so hoch aus wie bei den über 29-Jährigen. In einigen Gruppen übersteigt die Zahl der Ablehnungen sogar die der Zustimmungen. Dies ist bei den Frauen als dem auch heute vorwiegend mit der Kindererziehung befassten Geschlecht, bei den 25-29-Jährigen und bei den Personen mit mindestens dem Abitur als höchstem Bildungsabschluss der Fall. Unter Hochschulabsolventen erreicht die „Ablehnungsfront“ sogar eine Zweidrittelmehrheit. Insgesamt bestätigt sich ein Ergebnis aus dem Thüringen-Monitor 2000: Die aktuell oder zukünftig Erziehenden (Eltern minderjähriger Kinder) befürworten eine autoritäre Kindererziehung in sehr viel geringerem Maße als der Durchschnitt der Befragten und das heißt vor allem: als die Befragten über 45 Jahre.

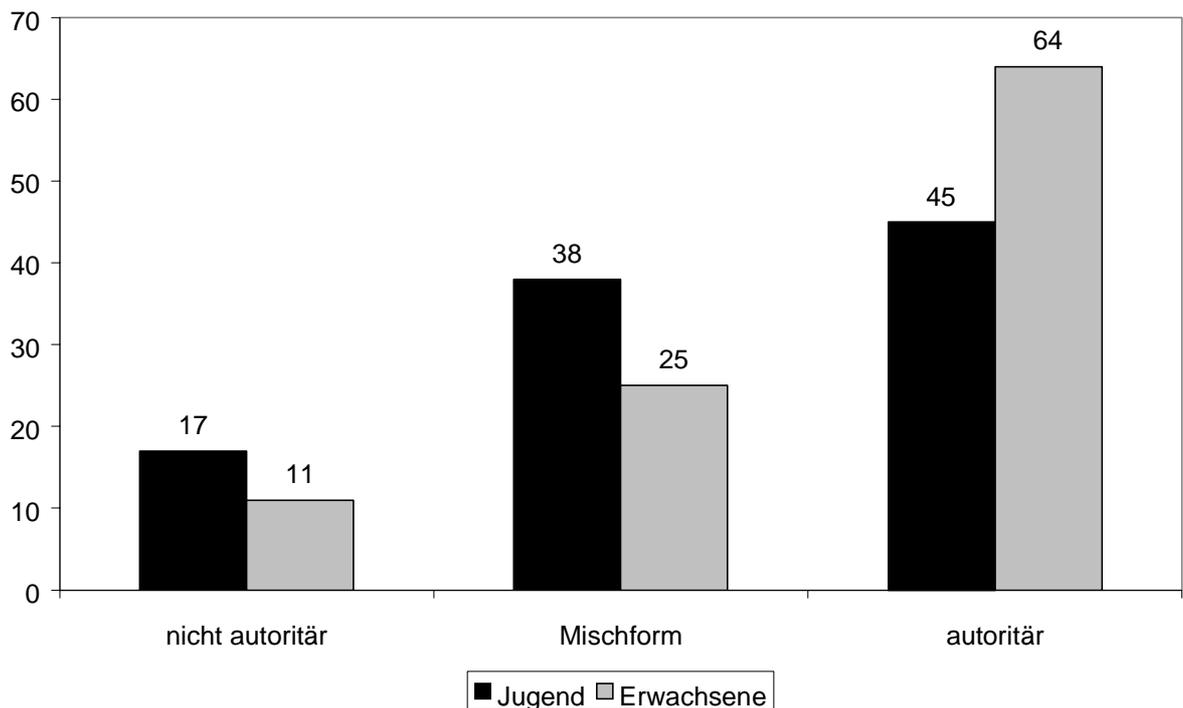
Bildet man in der selben Weise wie für die Erwachsenen einen Autoritarismus-Index,²³ zeigen sich auf Grund der abweichenden Haltung zur Kindererziehung die erwarteten deutlichen Unterschiede zu den Älteren. Der Anteil der autoritär Eingestellten unter den Jugendlichen liegt um 19 Prozentpunkte niedriger als bei den Erwachsenen, der der Nicht-Autoritären um sechs Prozentpunkte höher.

Wie bei den über 29-Jährigen nehmen die autoritären Einstellungen mit steigender Bildung stark und mit der Wohnortgröße erheblich ab. Die (relativ wenigen) jugendlichen Katholiken sind unter den Autoritären überproportional vertreten, die Protestanten unterdurchschnittlich. Als bemerkenswert aussagekräftig im Hinblick auf den Autoritarismus erweist sich die Links-

23 Autoritär sind demnach die Befragten, die den beiden oben genannten Statements zugestimmt haben, nicht autoritär diejenigen mit doppelter Ablehnung. Bei anderen Kombinationen werden die Interviewten einer Mischform zugerechnet.

Rechts-Skala. Auf allen Skalenpunkten links der Mitte sind die Autoritären unter-, in der Mitte und rechts davon hingegen überrepräsentiert. Dass autoritäre Orientierungen mit einem eher rechten politischen Selbstverständnis einher gehen, findet sich insoweit bestätigt. Entsprechend liegen die Mittelwerte der Autoritären auf der Links-Rechts-Skala (3,96) um einen halben Punkt über denen der Nicht-Autoritären (3,44) – angesichts der extrem starken Besetzung der Mittelkategorie ein gravierender Unterschied.

Abb. 27: Autoritarismus bei Jugendlichen und Erwachsenen
(in Prozent)

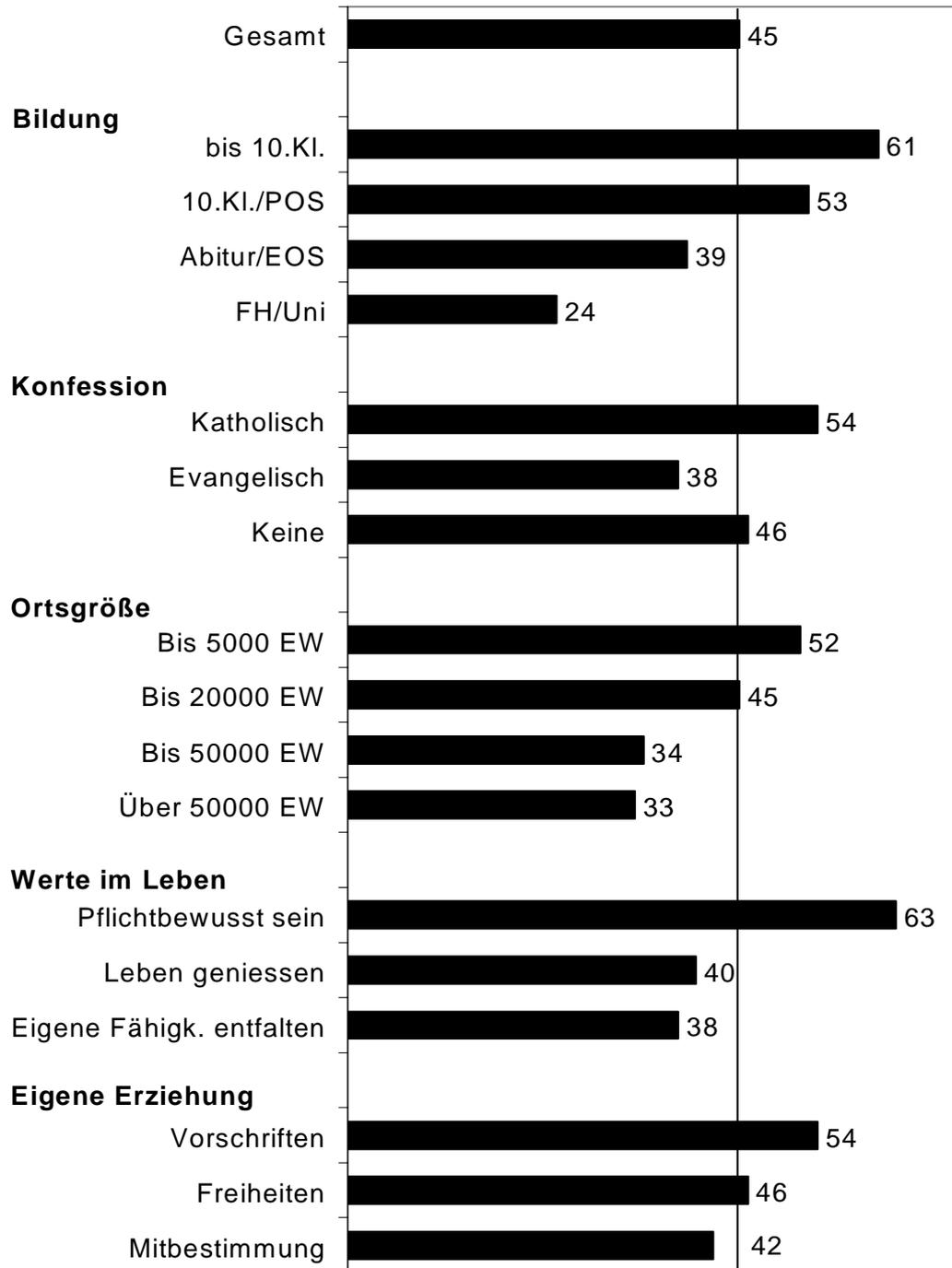


Geht man, wie es neben dem Konzept der autoritären Persönlichkeit die meisten Arbeiten zum Autoritarismus tun, von einem Erwerb autoritärer Dispositionen im (frühen) Kindesalter aus, ergibt sich die Frage nach den ihre Entwicklung begünstigenden Bedingungen. Das besondere Augenmerk richtet sich folglich auf die Erziehung und Sozialisation im Elternhaus, ggf. aber auch auf die in öffentlichen Einrichtungen.

Im Fall der Thüringer Jugendlichen lässt sich tatsächlich ein Einfluss des Elternhauses auf die Ausprägung autoritärer Einstellungen nachweisen. Unter den Jugendlichen, die von nur einem Elternteil groß gezogen worden sind, sowie unter den autoritär und/oder gewaltsam Erzogenen stellen die Autoritären jeweils eine Mehrheit. Die Prozentpunktdifferenz zum Durchschnitt aller Jugendlichen liegt zwischen sechs und neun Punkten, ist also eindeutig statistisch relevant, aber auch nicht sehr groß.

Ein enger Zusammenhang besteht darüber hinaus zu den Wertorientierungen. So sind fast zwei Drittel der 16-29-Jährigen, für die das Pflichtbewusstsein den wichtigsten Wert im Leben darstellt, autoritär im Vergleich zu jeweils etwa 40 Prozent bei den Hedonisten und den auf die Entfaltung eigener Fähigkeiten Bedachten. Für die Befragten ab 30 Jahre ergibt sich ein teils anderer Befund: Neben den Pflichtbewussten sind hier auch die Hedonisten überdurchschnittlich autoritär eingestellt.

Abb. 28: Autoritäre Einstellungen Jugendlicher nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen und Einstellungen
(in Prozent)



Wie bei den Erwachsenen, jedoch in einem etwas geringeren Umfang gehen autoritäre Orientierungen mit einer positiven Bewertung der DDR einher. Mit wachsender Unterstützung der Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ steigt der Anteil der Autoritären linear an und der der Nicht-Autoritären nimmt – bei nur minimalen Veränderungen in der Mittelkategorie – zugleich ebenfalls linear ab. Angesichts der Tatsache, dass nur ein Teil der – 1989 zwischen vier und 16 Jahre alten Befragten – die DDR noch bewusst erlebt hat, lässt sich dieser Zusammenhang verschieden interpretieren. Zum einen kann darin schlicht das Bekenntnis autoritärer Persönlichkeiten zu einem vormundschaftlichen Staat gesehen werden. Nach einer anderen Lesart steht die Bewertung der DDR auf der selben Ebene wie die Autori-

tarismus-Items, hat also in Bezug auf die im engeren Sinne politischen Einstellungen den Charakter einer unabhängigen Variable. Danach kommt – mangels eigener Anschauungsmöglichkeiten – in der Wertschätzung des SED-Regimes faktisch eine verinnerlichte autoritäre Sozialisation sozialistischer Provenienz zum Ausdruck.

Mit einer Reihe politischer Einstellungen ist der Autoritarismus bei den Jugendlichen hingegen nur schwach verknüpft. Dies gilt ungeachtet des hohen Anteils Autoritärer unter den Nicht-Demokraten für die Einstellungen zur Demokratie und auch für die Politikverdrossenheit. Unterschiede lassen sich hingegen für die Parteipräferenz berichten: Autoritäre Jugendliche bevorzugen etwas stärker die Christdemokraten und weit unterdurchschnittlich die PDS (geringe Fallzahl). Darüber hinaus tendieren sie mehr als andere dazu, nicht zur Wahl zu gehen.

4.6 Rechtsextreme Jugend? Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und Nationalismus

Die Ereignisse von Hoyerswerda und Rostock haben der ostdeutschen Jugend den ganz und gar unschmeichelhaften Ruf der militanten Fremdenfeindlichkeit eingetragen. Tatsächlich sprechen die – gleichwohl uneinheitlichen – Statistiken der Kriminalämter eine deutliche Sprache: Die Wahrscheinlichkeit, in den neuen Ländern Opfer einer fremdenfeindlichen Straftat zu werden, ist nach glaubwürdigen Berechnungen um den Faktor 20 höher als in den alten Bundesländern (Pfeiffer 2000). Freilich besagt das Wirken rechter Extremisten noch nichts über die im Rahmen dieser Untersuchung interessierenden rechtsextremen Einstellungen der (thüringischen) Jugendlichen – und legitimiert mitnichten die in Teilen der Medien verbreitete Tendenz zur Stigmatisierung ganzer gesellschaftlicher Gruppen.²⁴

Die Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001 zu den rechtsextremen Einstellungen der 16-29-Jährigen werden nachfolgend in drei Schritten präsentiert und analysiert. Zunächst gilt es, (1) einen Überblick über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Antwortverhalten von Jugendlichen und Erwachsenen zu geben. Damit lässt sich die zentrale Frage beantworten, ob die Heranwachsenden in besonderem Maße anfällig gegenüber rechtsextremem Gedankengut sind. Daran schließen sich (2) Ausführungen zu den sozialstrukturellen und sozialisatorischen Besonderheiten des jugendlichen Rechtsextremismus an. Leitend ist dabei die Frage nach den so genannten Problemgruppen. Die Erwachsenenpopulation wird dementsprechend nur punktuell zu Vergleichszwecken einbezogen. Ergeben sich auf dieser Basis schon erste Hinweise auf Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus, so wird abschließend (3) ein systematischer Versuch zur Erklärung des jugendlichen Rechtsextremismus durch die Einbeziehung politischer und sonstiger Einstellungen unternommen. Ein Vergleich zu den über 29-Jährigen erfolgt hier, insofern er angesichts des (bewusst) divergierenden Fragebogenzuschnitts möglich ist.

(1) Ein Überblick über die Häufigkeitsverteilung bei den Antworten auf die zehn rechtsextremen Statements lässt analog zu den Erwachsenen gravierende Unterschiede in der Akzeptanz einzelner Aussagen erkennen. Mit Ausnahme der Forderung nach einer offensiveren Vertretung deutscher Interessen gegenüber dem Ausland lehnen die Jugendlichen sämtliche Items mehrheitlich ab. Allerdings fällt die Ablehnung bei zwei der

24 Illustrativ dazu eine Karte der so genannten national befreiten Zonen, in: Die Woche, 7.2.2001, S. 7. Die dortige Darstellung suggeriert, dass es eine aggressive rechtsextreme Subkultur allein in Ostdeutschland gibt.

ausländerfeindlichen Statements knapp aus. Dass eines dieser beiden Statements, die Überfremdung der Bundesrepublik durch Ausländer, von den Älteren sogar mehrheitlich unterstützt wird, deutet bereits auf Unterschiede in den beiden Altersgruppen hin. Die geringste Zustimmung finden bei Jugendlichen wie Erwachsenen die Aussagen zum Antisemitismus und zur rechten Diktatur.

Tab. 7: Bewertung der zehn Statements des Rechtsextremismus-Indexes durch Jugendliche und Erwachsene

	Zustimmung in Prozent		Mittelwert	
	Jugend	Erwachsene	Jugend	Erwachsene
BRD durch Ausländer überfremdet	49,5	50,5	2,49	2,51
Ausländer kommen um Sozialstaat auszunutzen	45,6	49,0	2,39	2,42
Ausländer sollten untereinander heiraten	20,4	30,8	1,73	2,05
Es gibt wertvolles und unwertes Leben	32,7	37,6	1,95	2,04
Der Stärkere soll sich durchsetzen	31,9	30,9	2,09	2,00
Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen	55,4	58,1	2,56	2,68
Deutsche Leistungen sind am besten	29,4	35,5	2,03	2,08
Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten	27,5	20,8	1,87	1,69
Die Juden passen nicht zu uns	11,0	16,6	1,49	1,57
Diktatur die bessere Staatsform	14,2	18,8	1,55	1,63

Zustimmung: „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“
Mittelwerte: 1 = nicht rechtsextrem, 4 = rechtsextrem

Auch wenn sich Jugendliche und Erwachsene bei der Mehrzahl der Aussagen nicht gravierend voneinander unterscheiden und die Rangfolge der Zustimmungen bei beiden Gruppen kaum Abweichungen erkennen lässt, ergibt sich ein klares Gesamtbild: Die Jugendlichen sind weniger rechtsextrem als die Älteren. Sowohl die jeweilige Zustimmungsrates als auch die Mittelwertdifferenzen sprechen eine deutliche Sprache. Bei acht der zehn Aussagen liegen beide Werte für die Jüngeren niedriger.²⁵ Deutliche Unterschiede bestehen bei der Frage nach der Durchsetzung deutscher Interessen und insbesondere bei der Aussage zu den binationalen Ehen. Letztere wird von fast jedem dritten Erwachsenen, aber nur von jedem fünften Befragten unter 30 Jahre unterstützt. Bei den Jugendlichen mit dem Abitur als höchstem Bildungsabschluss sinkt die Zustimmung sogar unter 10 Prozent. Ungeachtet der schon wegen des minimalen Ausländeranteils geringen Zahl binationaler Ehen in Thüringen wird die Heirat zwischen Deutschen und Ausländern von den Jugendlichen offenkundig als Normalität akzeptiert. Die Erwachsenen tun sich mit der Akzeptanz schwerer, und der extrem hohe Ablehnungswert von 46 Prozent bei den über 60-Jährigen dürfte kaum anders denn als Langzeitwirkung ideologischer Konzepte wie „Rasse“ und „Volksgesundheit“ zu interpretieren sein.

25 Dies muss nicht der Fall sein, da die Mittelwerte auch die Intensität von Zustimmung und Ablehnung berücksichtigen.

Beachtung verdienen auch die beiden Aussagen, die von den Jugendlichen überproportional unterstützt werden. Dass sich der Stärkere durchsetzen soll, meinen etwa 32 Prozent der Heranwachsenden, während lediglich ein Drittel im Vergleich zu über 43 Prozent die Aussage vollständig ablehnt. Möglicherweise spielt für die Zustimmung der Jugendlichen die lebensweltlich bedingt eher positive Konnotation von Stärke und Sich-Durchsetzen eine Rolle. Zumindest ließe sich damit die überdurchschnittliche Zustimmung der 16-19-Jährigen erklären. Eine andere Bewandnis hat es mit der im Vergleich zu den Erwachsenen deutlich positiveren Wahrnehmung des Nationalsozialismus. Ein Drittel mehr Jugendliche als Erwachsene gewinnen dem Dritten Reich auch gute Seiten ab; nicht einmal die Hälfte von ihnen lehnt diese Aussage entschieden ab (Erwachsene: 61 Prozent). Ob fehlende historische Kenntnisse, Protest gegen die als überzogen empfundene Thematisierung des NS-Regimes womöglich gar ein defizitärer Geschichtsunterricht und/oder der von der Wissenschaft auf die Publizistik ausgehende Trend zur Historisierung des Nationalsozialismus für diese Perzeption verantwortlich sind, lässt sich auf der Basis des Thüringen-Monitors 2001 nicht beantworten. Für die Bedeutung mangelnden geschichtlichen Wissens spricht die weit überdurchschnittliche Zustimmung der politisch Ahnungslosen.

Neben den Unterschieden sind freilich auch die Gemeinsamkeiten zwischen Jüngeren und Älteren zu erwähnen. Beide Altersgruppen teilen die verbreitete negative Haltung gegenüber Ausländern bei wahrgenommener Konkurrenz und die mehr oder minder diffusen Überfremdungängste. Die sozialdarwinistischen Aussagen finden ungeachtet ihrer ausgesprochen scharfen Formulierung jeweils die Zustimmung von etwa einem Drittel der Befragten. Hingegen scheint der Antisemitismus ungeachtet seiner unablässigen Beanspruchung in der rechts-extremen Publizistik vergleichsweise stark diskreditiert. Die deutliche Prozentpunktdifferenz zwischen Jugendlichen und Erwachsenen erklärt sich ausschließlich durch die sehr viel antisemitischere Einstellung der ältesten Befragten, die ihre Sozialisation während der nationalsozialistischen Phase erlebt haben.

Die zehn Statements zur Messung des rechtsextremen Einstellungspotenzials stehen sowohl bei den 16-29-Jährigen als auch bei den Älteren ausnahmslos in einem positiven Zusammenhang. Die Stärke des Zusammenhangs variiert nach den einzelnen Aussagen teils beträchtlich, jedoch kann er für die jugendliche Gruppe fast durchweg als sehr stark bis extrem stark bezeichnet werden. Bei der Erwachsenengruppe sind die Zusammenhänge deutlich schwächer. Damit in Verbindung stehen dürfte das abweichende Ergebnis einer so genannten Faktorenanalyse. Dabei handelt es sich um ein statistisches Verfahren, das überprüft, ob sich die verschiedenen Statements um einen gemeinsamen Hintergrund oder um mehrere Einstellungsfaktoren gruppieren.²⁶

Durch die Addition aller zehn Aussagen kommt man zu einer Rechtsextremismus-Skala.²⁷ Im Weiteren gelten diejenigen Befragten als rechtsextrem, die einen Wert oberhalb des Skalen-

26 Während beim Jugendfragebogen ebenso wie bei der Gesamtgruppe des Hauptfragebogens (vgl. Kap. II.2) alle zehn Fragen auf einen einzigen Faktor, den Rechtsextremismus, „laden“, ergeben sich für die Teilgruppe der Befragten ab 30 Jahre zwei Komponenten. Ähnlich wie beim Thüringen-Monitor 2000 sind die sechs der Hauptkomponente zugehörigen Statements im weitesten Sinne dem Sozialdarwinismus zuzurechnen. Die zweite Komponente umfasst hingegen die drei Fragen zur Ausländerfeindlichkeit sowie das damit eng verbundene nationalistische Statement „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ Um der Vergleichbarkeit der beiden Altersgruppen willen werden die Faktoren Sozialdarwinismus und Ausländerfeindlichkeit jedoch nicht getrennt berichtet. Auf Grund ihres engen theoretischen und statistischen Zusammenhangs können sie als zwei Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms verstanden werden.

27 Die Werte der Befragten schwanken zwischen 10 (überhaupt nicht rechtsextrem) und 40 (maximal rechtsextrem); der Skalenmittelpunkt liegt bei 25.

mittelpunkts erreichen.²⁸ Unter den Jugendlichen sind dies 19,4 Prozent, bei den Erwachsenen liegt der Anteil mit 20,4 Prozent ein wenig höher. Die solchermaßen ermittelten Werte stimmen – und dies mag die Plausibilität der vorgenommenen Unterteilung zusätzlich erhöhen – fast exakt mit denen überein, die sechs der zehn rechtsextremen Statements bejahen.

Resümiert man die ersten Ergebnisse des Vergleichs zwischen der Jugend- und der Erwachsenenpopulation, so ergeben sich keine Hinweise auf eine besondere Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter den 16-29-Jährigen. Sowohl auf der Basis der einzelnen Aussagen als auch auf der Grundlage eines wie immer gebildeten Rechtsextremismus-Indexes weisen die 16-29-Jährigen eine etwas geringere Affinität zu entsprechendem Gedankengut auf. Allerdings fehlt es auch an Anhaltspunkten, dass – von einzelnen Dimensionen wie etwa dem Antisemitismus abgesehen – die junge Generation gegen den Rechtsextremismus gefeit wäre. Weder sind die unter 30-Jährigen Bannerträger eines neu belebten Verfassungspatriotismus noch gibt es in „der“ Jugend eine braune Mobilmachung.

(2) Wodurch aber zeichnen sich nun jene Gruppen der Jugend aus, die mehr oder minder deutliche rechtsextreme Orientierungen haben? Welches Sozialprofil weist diese „Problemgruppe“ auf? Welche familiären und sozialisatorischen Konstellationen liegen bei den Betroffenen vor, die die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen begünstigen?

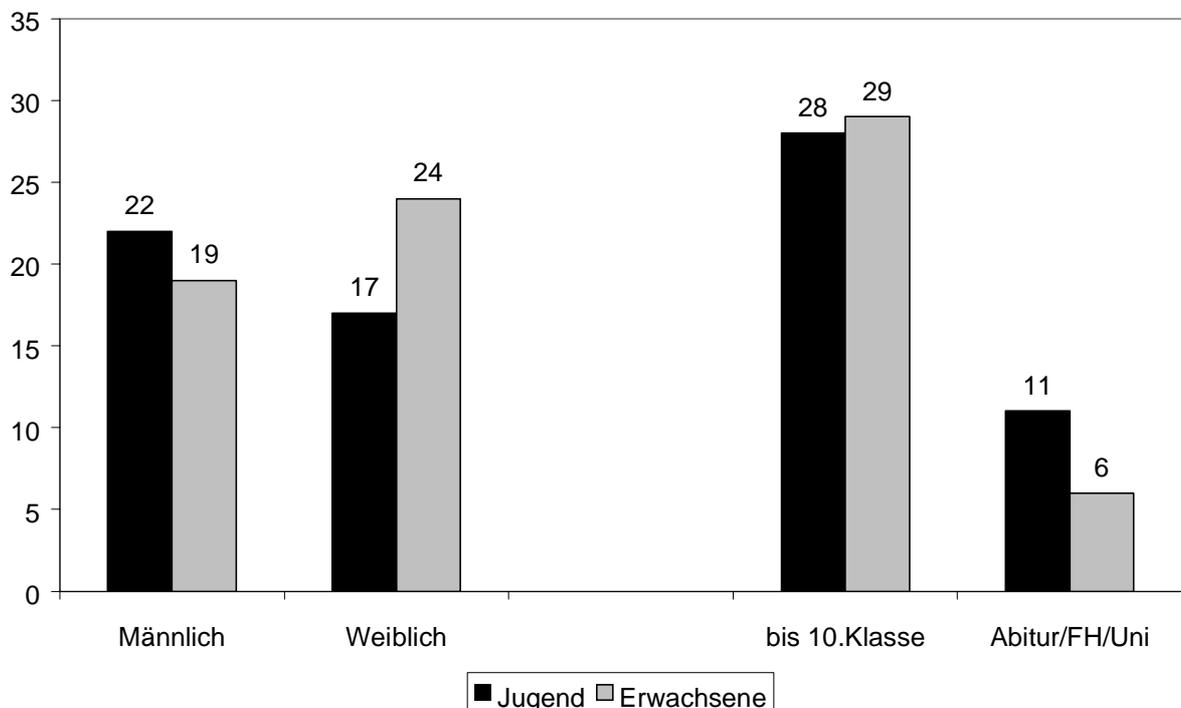
Für die Gruppe der rechtsextremen Straf- und Gewalttäter lässt sich auf der Grundlage empirischer Analysen der Gerichtsakten zumindest hinsichtlich sozialstruktureller Merkmale ein relativ klar konturiertes „Phantombild“ zeichnen. Die Täter sind fast ausschließlich männlichen Geschlechts, zumeist unter 25 Jahre alt und weisen einen niedrigen bis mittleren Bildungsabschluss auf bzw. streben ihn an (Willems 1993, Willems/Würtz/Eckert 1994). Auszubildende und Arbeitslose sind unter ihnen überrepräsentiert. Zumindest die verurteilten Gewalttäter scheinen zu einem erheblichen Anteil aus desintegrierten Familien zu stammen (Müller 1997: 44-46, a.A. Willems 1993). Das Sozialprofil der rechtsextrem eingestellten Jugendlichen wird sich mit diesem „Steckbrief“ zweifellos nicht decken. Gleichwohl bietet er einen sinnvollen Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit den sozialstrukturellen Determinanten des jugendlichen Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene.

Altersunterschiede innerhalb der Untersuchungsgruppe haben anders als bei den Erwachsenen keine Wirkung auf das Ausmaß der rechtsextremen Einstellungen. Demgegenüber kommt dem Geschlecht in diesem Kontext durchaus Bedeutung zu, denn junge Frauen erweisen sich, wenngleich nicht annähernd in der Deutlichkeit wie bei den Straftaten, als deutlich resistenter gegenüber dem Rechtsextremismus. Sie stellen lediglich 40 Prozent der jugendlichen „Problemgruppe“, während bei den Befragten über 30 Jahre die Relation fast genau umgekehrt ist.

28 Zu berücksichtigen ist, dass der Rechtsextremismus als Einstellungssyndrom ein Kontinuum darstellt und demnach jede Unterscheidung zwischen Befragten mit und ohne rechtsextreme Einstellungen in letzter Konsequenz willkürlich geschieht. Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht: Nähme man die Zahl der unterstützten Statements zum Maßstab und verlange für die rechtsextreme Gesinnung die Zustimmung zu mehr als der Hälfte der Aussagen, dann ergäbe sich ein Anteil von 19,9 Prozent rechtsextremen Jugendlichen in Thüringen. Verlangte man hingegen die Unterstützung von mindestens zwei Dritteln der Statements, würde der Anteil jugendlicher Rechtsextremer auf 12,5 Prozent (Erwachsene: 11,9 Prozent) sinken. Wissenschaftliche Konventionen für die Einteilung fehlen bislang, sodass allein Plausibilitätserwägungen über das konkrete Vorgehen bestimmen.

Geradezu gewaltige Unterschiede ergeben sich einmal mehr in Abhängigkeit vom Bildungsstand: Unterteilt man die Jugendlichen nach ihrem Bildungsabschluss in zwei Gruppen, so befinden sich unter den Befragten ohne Abitur zweieinhalb mal so viele Rechtsextreme wie unter den Befragten mit Hochschulreife. Unter den sozialstrukturellen Variablen sind ansonsten lediglich die Wohnortgröße und der Erwerbsstatus von Relevanz. So findet sich ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Rechtsextremen in Gemeinden unter 5000 Einwohnern. Ähnlich überrepräsentiert ist diese Gruppe auch unter den Erwerbstätigen. Trifft man keine Aussage über die Teilgruppe der Rechtsextremen, sondern geht von den Mittelwerten auf der Rechtsextremismus-Skala aus, so ergeben sich für die einzelnen Erwerbsgruppen nur geringfügige Unterschiede. Einzige Ausnahme sind die Studenten, die mit einem Mittelwert von 16,1 Punkten deutlich unter dem Mittelwert für alle Befragte liegen (20,0). Die folgende Abbildung veranschaulicht ausgewählte sozialstrukturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten im rechtsextremen Einstellungspotenzial zwischen Jugendlichen und Erwachsenen.

Abb. 29: *Anteile der Rechtsextremen unter Jugendlichen und Erwachsenen nach Bildung und Geschlecht (in Prozent)*

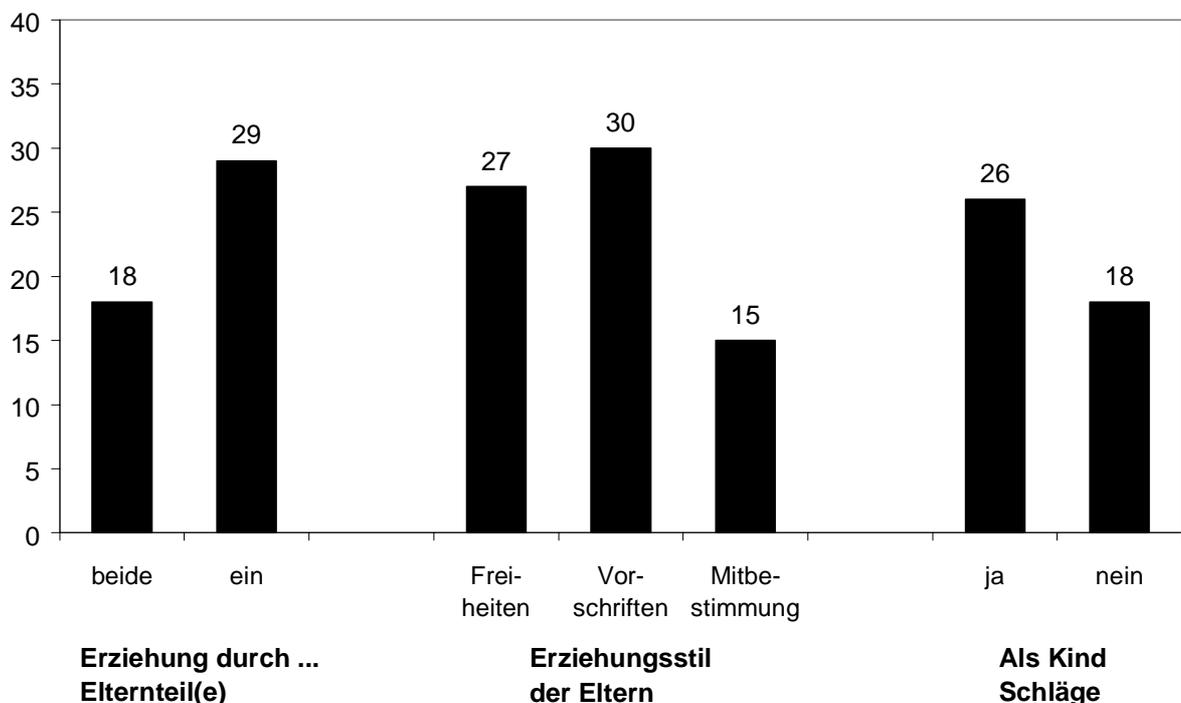


Neben sozialstrukturellen Faktoren sind gerade im Rahmen der Erforschung des jugendlichen Rechtsextremismus immer wieder Sozialisationsmuster Untersuchungsgegenstand gewesen. Die Ausbildung rechtsextremer Orientierungen wird in dieser Perspektive vorwiegend als Resultat bestimmter Erziehungsformen und krisenhafter Sozialisationsverläufe verstanden. Einige Fragen aus dem Thüringen-Monitor erlauben es, den solchermaßen unterstellten Zusammenhang zwischen Erziehungsmustern und rechtsextremen Orientierungen zu testen und erlauben zumindest vorsichtige Aussagen über die Bedeutung des elterlichen Erziehungsstils und des familiären Umfelds.

Einen ersten Anhaltspunkt für Störungen in der familiären Sozialisation bietet die Frage, ob die Jugendlichen mit beiden Elternteilen oder nur mit einem Elternteil groß geworden sind.²⁹ Dabei ergibt sich aus dem Aufwachsen mit nur einem Elternteil selbstverständlich nicht notwendig ein problematischer Sozialisationsverlauf; in Unkenntnis spezifischer Umstände kann darin jedoch ein Hinweis auf innerfamiliäre Spannungslagen gesehen werden. Empirisch scheint sich die Hypothese zu bestätigen, denn der Anteil rechtsextrem Orientierter unter den Befragten, die nur mit Mutter oder Vater groß geworden sind, liegt mit 28,6 Prozent um immerhin elf Prozentpunkte höher als bei denjenigen, deren Sozialisation in einer vollständigen Familie stattgefunden hat. Auch bei der Ausländerfeindlichkeit ergibt sich ein deutlicher Zusammenhang: Die Mittelwerte der in einer unvollständigen Familie Aufgewachsenen sind höher als die der Kontrastgruppe.

Berichtenswerte Unterschiede in der Affinität gegenüber rechtsextremem Denken ergeben sich auch nach dem Erziehungsstil der Eltern. Jugendliche, die als Kinder oft mitbestimmen konnten, erreichen auf der Rechtsextremismus-Skala unterdurchschnittliche Werte. Hingegen begünstigen nach den Daten des Thüringen-Monitors 2001 der Erziehungsstil des Laisser faire (geringe Fallzahl) und insbesondere die autoritäre Erziehung rechtsextreme Einstellungen. Auch der Rekurs auf physische Gewalt in der Erziehung erhöht die statistische Wahrscheinlichkeit einer Ausbildung rechtsextremer Einstellungen. Ein Mittelwertvergleich ergibt für die autoritär Erzogenen und für die als Kind elterlicher Gewalt Ausgesetzten einen fast identischen Wert deutlich oberhalb des Durchschnitts aller Befragten. Die nach dem Grundsatz des Laisser faire Erzogenen weichen weniger deutlich vom Durchschnitt ab und sind, wie auch die folgende Abbildung ausweist, etwas weniger rechtsextrem orientiert als die beiden zuvor genannten Gruppen.

Abb. 30: Rechtsextremismus nach familiärem Umfeld und elterlicher Erziehung
(in Prozent)



²⁹ Mögliche andere Konstellationen, wie das Aufwachsen bei den Großeltern o.ä., bleiben hier wegen der geringen Fallzahl unberücksichtigt.

Die elterliche Erziehung bleibt – dies ist oben bereits dargestellt worden (vgl. Kap. IV.3.2) – nicht ohne Wirkung auf die Werte und allgemeinen Lebenshaltungen Jugendlicher. Vor diesem Hintergrund erscheint es lohnenswert zu überprüfen, ob es auch direkte Zusammenhänge von Werten und Lebenseinstellungen einerseits und dem Rechtsextremismus andererseits gibt. Festzustellen ist in diesem Kontext zunächst, dass es gerade die besonders selbstgewissen Jugendlichen sind, die auf der Rechtsextremismus-Skala überdurchschnittlich hohe Werte erreichen. Ein extrem starker Zusammenhang ergibt sich auch an anderer Stelle: Unter denjenigen, für die Pflichtbewusstsein den wichtigsten Wert im Leben darstellt, finden sich doppelt so viele rechtsextrem Eingestellte wie unter allen Jugendlichen und drei mal so viele wie bei den Hedonisten und bei denjenigen, denen es primär um die Selbstentfaltung geht. Bei umgekehrter Perspektive ergibt sich, dass fast jeder zweite Rechtsextreme im Vergleich zu einem Viertel aller Jugendlichen das Pflichtbewusstsein zum wesentlichen Wert erklärt – wobei allerdings unklar bleibt, welche Pflichten denn gemeint sind.

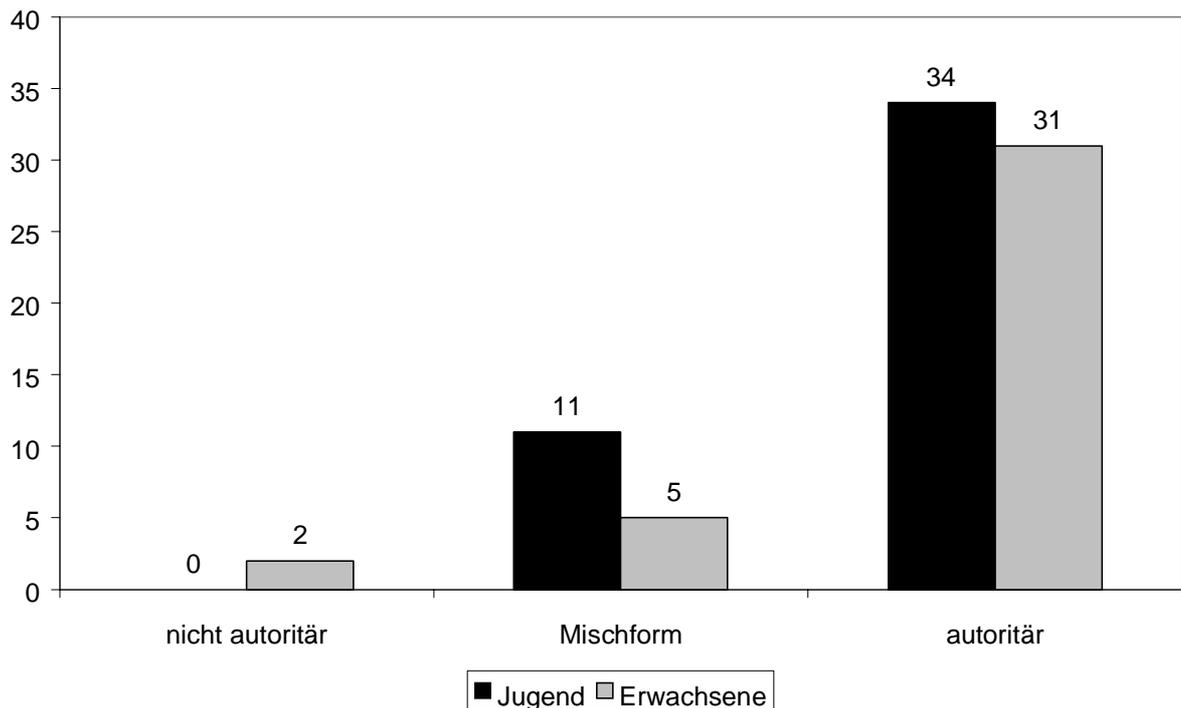
(3) Sind bislang ausschließlich die sozialstrukturellen und sozialisatorischen Faktoren hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Rechtsextremismus untersucht worden, gilt es im Folgenden, die politischen Einstellungen in die Analyse einzubeziehen. Vor allem aber soll in Anlehnung an den Thüringen-Monitor 2000 sowie an die Struktur in Kapitel II.2 ein stärker theoriebezogener Zugang gewählt werden. Die sozialwissenschaftliche Literatur zu rechtsextremen Einstellungen unterscheidet in einer sehr starken, aber analytisch hilfreichen Vereinfachung zwischen persönlichkeitsbezogenen Determinanten des Rechtsextremismus und solchen Bestimmungsfaktoren, die im weitesten Sinne dem gesellschaftlichen Umfeld zuzurechnen sind (Winkler 1996, Winkler 2000). Im Thüringen-Monitor 2000 konnten als wesentliche Einflussfaktoren eine auf die Persönlichkeit bezogene Variable, der Autoritarismus, und zwei umweltbezogene Variablen ermittelt werden: soziale Deprivation und politische Unzufriedenheit. Diese Faktoren erwiesen sich für die Befragten insgesamt auch im Jahr 2001 als erklärungsstark.

Dieser analytische Zugang lässt sich für die Jugendlichen nicht vollständig durchhalten, da bei ihnen die *Deprivation* schwerer zu erheben ist als bei den Erwachsenen. So verspricht etwa die „klassische“ Frage nach der Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage für einen erheblichen Teil der Jugendlichen keine verwertbaren Ergebnisse. Nur zwei Items im Jugendfragebogen stehen in einem offenkundigen Zusammenhang zur Deprivation. Für eines der beiden, die Angst vor Arbeitslosigkeit, ergibt sich entgegen den Erwartungen empirisch kein nennenswerter Einfluss auf die rechtsextremen Orientierungen. Ganz anderes ist für das zweite Statement „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“ zu berichten. Dieses erfasst geradezu mustergültig relative Deprivation, da die Befragten nach einer Benachteiligung im Verhältnis zu Anderen (den Westdeutschen) gefragt werden. Bereits das statistische Verfahren der Korrelation ergibt einen sehr starken Zusammenhang sowohl zur Ausländerfeindlichkeit als auch zum Rechtsextremismus. Eine genauere Untersuchung zeigt, dass dieser Effekt vor allem durch die stark Deprivierten erreicht wird, also die ohne Einschränkung Zustimmenden. Unter ihnen finden sich 42 Prozent Rechtsextreme und damit drei mal so viele wie unter den weniger bzw. nicht Deprivierten. Auf der Skala der Ausländerfeindlichkeit erreichen sie einen Mittelwert von 8,2 im Vergleich zum Durchschnittswert aller Befragten von 6,6.

Eine ähnlich starke Wirkung auf die Herausbildung rechtsextremer Orientierungen ergibt sich für den *Autoritarismus*. Auch bei den Jugendlichen, die insgesamt weniger autoritäre Einstellungen zu erkennen geben als die Älteren, hat er einen starken Einfluss auf die Einstellungen gegenüber Ausländern sowie auf nationalistische und sozialdarwinistische Orientierungen. Die autoritären Jugendlichen erreichen auf der Rechtsextremismusskala einen Mittelwert von 22,9 und liegen damit um fast drei Punkte über dem Durchschnitt aller Befragten, die (weni-

gen) Nicht-Autoritären unterschreiten ihn um fünf Punkte. Wegen der gleichgewichtigeren Verteilung zwischen den drei Typen des Autoritarismus-Indexes erhöht sich der Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus gegenüber den Erwachsenen noch (Abb. 31). Mehr als ein Drittel der Autoritären unter den 16-29-Jährigen weist auch rechtsextreme Einstellungen auf, während kein Einziger der insgesamt 92 nicht-autoritären Jugendlichen einen Wert auf der oberen Hälfte der Rechtsextremismus-Skala erreicht. Zumindest für die Jugendlichen gilt demnach, dass die Ablehnung autoritärer Einstellungen gegen den Rechtsextremismus immunisiert.

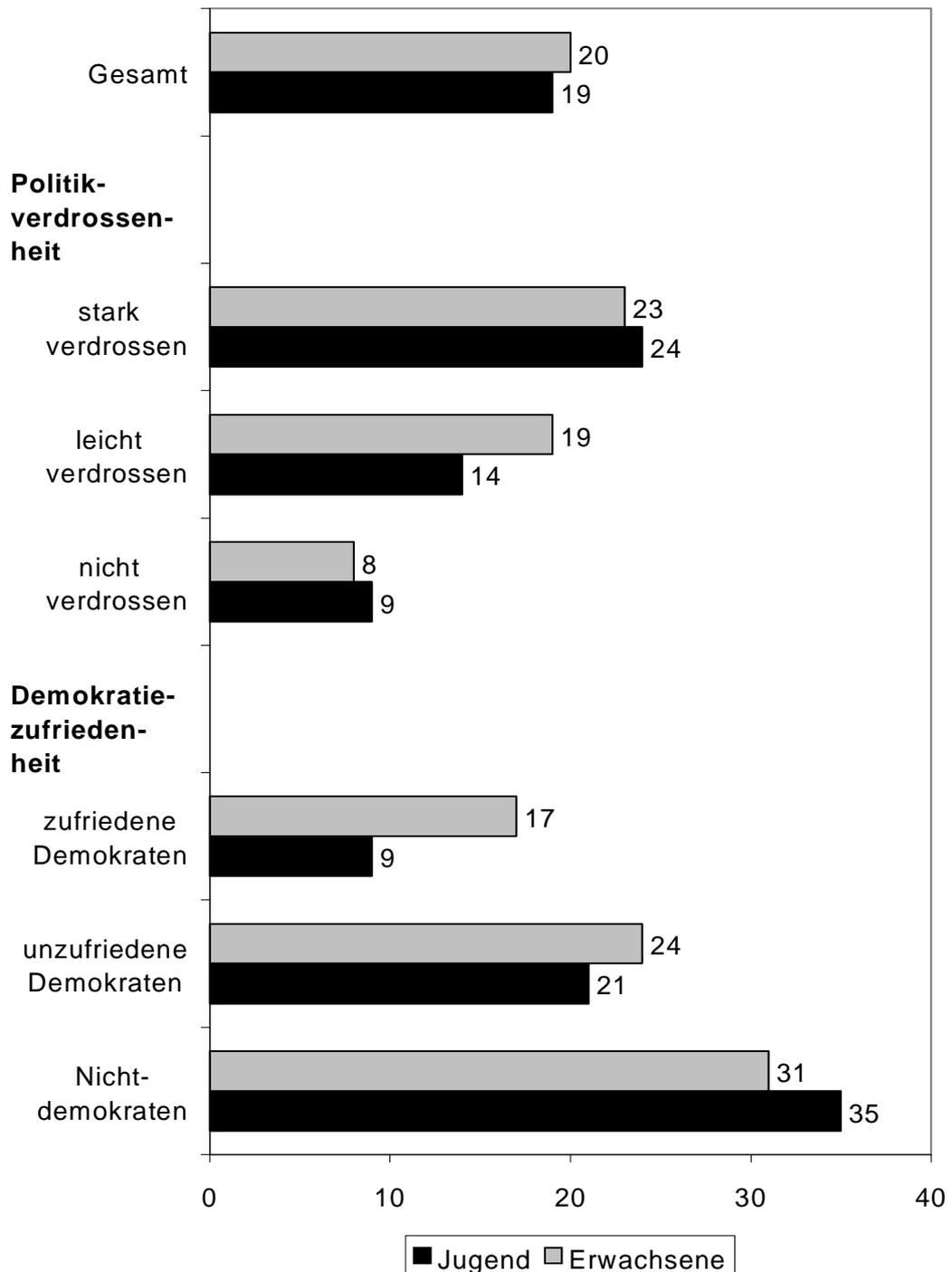
Abb. 31: Rechtsextremismus nach Autoritarismus bei Jugendlichen und Erwachsenen (in Prozent)



Neben dem Autoritarismus hat sich für die Erwachsenen wie bereits im Vorjahr die *politische Unzufriedenheit* als ein wichtiger Bestimmungsfaktor rechtsextremer Orientierungen erwiesen. Dieser Zusammenhang bestätigt sich auch für die 16-29-Jährigen. Je stärker die Politikverdrossenheit der jugendlichen Interviewpartner ausgeprägt ist, desto höhere Werte erreichen sie auf der Rechtsextremismusskala. Noch stärker fallen die Unterschiede je nach der Einstellung zur Demokratie aus: So finden sich unter den Rechtsextremen doppelt so viele Nicht-Demokraten, aber nur halb so viele zufriedene Demokraten wie unter den Jugendlichen insgesamt.

Gelten die skizzierten Zusammenhänge für beide Altersgruppen gleichermaßen, so unterscheiden sie sich doch, wie die folgende Abbildung verdeutlicht, in ihrer Intensität. Für die Jugendlichen ergibt sich eine deutlich stärkere Zusammenhang zwischen der Demokratiebewertung und rechtsextremen Orientierungen – und dies ungeachtet ihres relativ hohen Anteils an Nicht-Demokraten. Mit einer Prozentpunktdifferenz von 26 liegen die zufriedenen Demokraten und die Nicht-Demokraten in dieser Altersgruppe sehr viel weiter auseinander als bei Erwachsenen, bei denen die Differenz mit 14 Punkten nur halb so groß ist. Wenig Unterschiede zeigen sich hingegen bei der Politikverdrossenheit.

Abb. 32: Rechtsextremismus nach Politikverdrossenheit und Demokratiebewertung bei Jugendlichen und Erwachsenen (in Prozent)



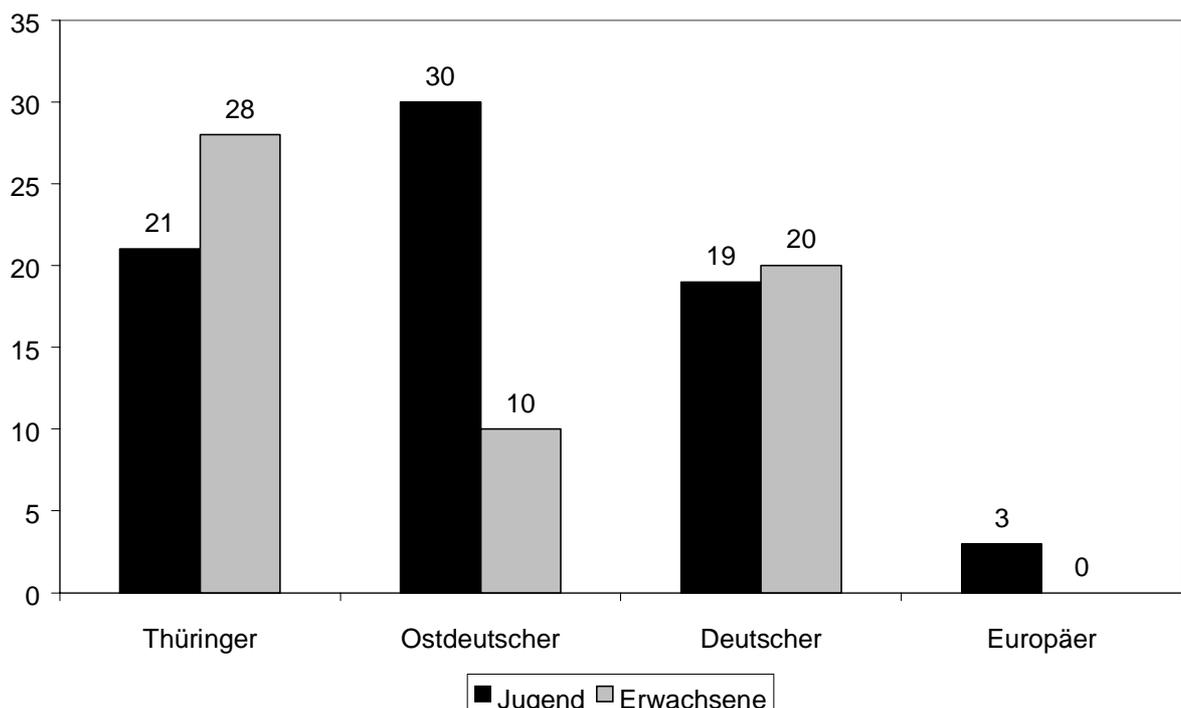
Wie bei den Erwachsenen erweist sich die Kombination von Autoritarismus, politischer Unzufriedenheit (Politikverdrossenheit und Demokratiebewertung) und Bildungsstand als ausgesprochen erklärungsstark für die Herausbildung rechtsextremer Orientierungen. Der Anteil der Rechtsextremen in einzelnen Untergruppen steigt auf 40 Prozent und mehr an, in Ausnahmefällen bilden die rechtsextrem Eingestellten innerhalb derselben sogar eine Mehrheit. Jeweils etwa 40 Prozent der Nicht-Demokraten mit einem Bildungsabschluss unterhalb des Abiturs und der stark politikverdrossenen Autoritären sind nach der hier zu Grunde gelegten

Einteilung als rechtsextrem einzustufen. Von den autoritären Nicht-Demokraten – dies kann als negativer Rekord gelten – weisen fast 60 Prozent eine rechtsextreme Einstellung auf.

Zusätzlich zur politischen Unzufriedenheit bzw. politischen Entfremdung lässt sich für die 16-29-Jährigen der Zusammenhang des politischen Interesses und elementarer politischer Kenntnisse mit dem Rechtsextremismus untersuchen – beides Aspekte, zu denen die Erwachsenen nicht befragt worden sind. Politische Minimalkenntnisse, dokumentiert durch die korrekte namentliche Nennung des thüringischen Ministerpräsidenten, wirken in die selbe Richtung wie ein überdurchschnittliches Bildungsniveau: Der Anteil der rechtsextrem Eingestellten liegt bei den politisch Ahnungslosen mit 27 Prozent fast doppelt so hoch wie bei den Befragten mit minimalen Kenntnissen. Demgegenüber ergibt sich beim politischen Interesse ein eher überraschender Zusammenhang: Statt des erwarteten linearen Anstiegs ausländerfeindlicher und sozialdarwinistischer Orientierungen mit sinkendem politischem Interesse ergibt sich eine U-förmige Kurve. Der relativ höchste Anteil von Rechtsextremen findet sich unter den sehr stark Interessierten. Offensichtlich begünstigt ein weit überdurchschnittliches Interesse an politischen Fragen in Verbindung mit einer Frustration durch die gegenwärtige Politik die Genese rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen in Thüringen.

Mindestens ebenso interpretationsbedürftig sind die Zusammenhänge, die sich zwischen der Identität bzw. dem Selbstverständnis und dem Rechtsextremismus ergeben. Jugendliche und Erwachsene unterscheiden sich nämlich weniger in ihrem Selbstverständnis als hinsichtlich des Zusammenhangs, der sich zwischen diesem und der Position auf der Rechtsextremismus-Skala ergibt. Während bei denjenigen, die sich in erster Linie als Deutsche oder Europäer verstehen, keine Unterschiede im Ausmaß rechtsextremer Orientierungen zwischen den Altersgruppen auftreten, trifft für die „Thüringer“ und namentlich für die „Ostdeutschen“ das exakte Gegenteil zu.

Abb. 33: Anteil der rechtsextrem Eingestellten nach Identität bei Jugendlichen und Erwachsenen
(in Prozent)



Bei den Jugendlichen ist eine regionale (thüringische) Identität deutlich seltener mit Rechtsaußen-Positionen verbunden als bei der erwachsenen Vergleichsgruppe. Ein als drastisch zu bezeichnender Unterschied besteht aber allein bei den „Ostdeutschen“. Unter den Erwachsenen zeigt diese Gruppe eine beträchtliche Resistenz gegenüber rechtsextremem Gedankengut. In scharfem Gegensatz dazu sind die sich als Ostdeutsche verstehenden Jugendlichen unter den Rechtsextremen ausgesprochen stark vertreten – drei mal so häufig wie die entsprechende Gruppe der Befragten ab 30 Jahren.

Offenkundig speist sich die ostdeutsche Selbstdefinition je nach Alter aus ganz verschiedenen Quellen. Während die Älteren auf diese Weise ihre eigene Biografie aufwerten und damit zugleich ein Selbstverständnis links der Mitte zum Ausdruck bringen, bekunden die Jugendlichen solchermaßen ihr Missbehagen an der neuen Gesellschaft. Sich als Jugendlischer zu Ostdeutschland zu bekennen, geht einher mit einer mittleren Position auf der Links-Rechts-Skala und einem überdurchschnittlichen Autoritarismus. Für die Erwachsenen mit ostdeutscher Identität trifft beides nicht zu: Sie sind unterdurchschnittlich autoritär und ordnen sich deutlich weiter links als der Durchschnitt der Befragten ein.

Ein angesichts der starken Besetzung des Skalenmittelpunkts deutlicher Zusammenhang besteht zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Positionierung auf der Links-Rechts-Skala. Befragte, die sich rechts der Mitte einordnen, weisen durchweg eine erheblich größere Affinität zum Rechtsextremismus auf als der Durchschnitt. Umgekehrt sind unter den Jugendlichen, die sich links der Mitte einordnen, rechtsextrem Eingestellte bloße Spurenelemente. Für die Thüringer Jugendlichen bietet die Links-Rechts-Skala eine empirisch unterfütterte Legitimation für das Festhalten an dem immer wieder umstrittenen Terminus des Rechtsextremismus. Dies ist insoweit bemerkenswert, als mit Blick auf die stark antikapitalistische Programmatik rechtsextremer Organisationen in den neuen Ländern und ihr zum Teil ambivalentes Verhältnis zum DDR-Regime gerade für Ostdeutschland die Nützlichkeit des politischen Kompasses (mit der Links-Rechts-Polung) in Zweifel gezogen worden ist.

Über die Verhaltensrelevanz der rechtsextremen Einstellungen bei einem Teil der Thüringer Jugendlichen (und der Erwachsenen) lassen sich keine zuverlässigen Aussagen machen. Grundsätzlich wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung davon ausgegangen, dass Einstellungen neben einer affektiven („aus dem Bauch heraus“) und einer kognitiven Komponente („über den Kopf“) auch eine Verhaltensdisposition eignet. Für das Wahlverhalten, konkret die Wahl rechtsextremer Parteien lässt sich eine solche auch nachweisen (Falter 1994). Bei kriminellem Handeln hingegen können derartige Dispositionen hingegen nicht ohne weiteres angenommen werden.

Zeichnen sich Thüringer Jugendliche mit rechtsextremen Einstellungen durch eine größere Affinität zur Gewalt aus? Dieser Frage ist im Thüringen-Monitor 2001 anhand von zwei Aussagen zur Gewaltbereitschaft und zur Gewaltakzeptanz nachgegangen worden. Für die gewaltsame Austragung von Streitigkeiten bringen die rechtsextrem orientierten 16-29-Jährigen tendenziell mehr Verständnis auf als ihre übrigen Altersgenossen. Etwa jeder Dritte von ihnen gegenüber knapp 24 Prozent der nicht rechtsextrem orientierten Jugendlichen bekundet ein gewisses Verständnis; die fünf Jugendlichen, die volles Verständnis aufbringen, haben alle hohe Werte auf der Rechtsextremismus-Skala. Noch deutlicher ist der Zusammenhang bei der Frage nach der Bereitschaft zur Gewaltanwendung für politische Ziele. Jeder vierte Rechtsextreme im Vergleich zu nur 7 Prozent der Kontrastgruppe bejaht das entsprechende Statement. Bei anderer Betrachtung ergibt sich, dass die Rechtsextremen bei einem Anteil von knapp 20 Prozent an allen Jugendlichen fast jeden zweiten Gewaltbereiten stellen. Die Hypothese einer stärkeren Gewaltaffinität Jugendlischer mit Rechtsaußen-Positionen findet sich demnach auf der (zweifelloso schmalen) Basis des Thüringen-Monitors 2001 bestätigt.

Am Ende der Ausführungen zu rechtsextremen Orientierungen unter Thüringer Jugendlichen soll der Versuch eines „Steckbriefs“ stehen. Während bislang vorwiegend über den Anteil Rechtsextremer an bestimmten Gruppen wie z.B. Alters- oder Bildungsgruppen berichtet worden ist, geht es also um einen Perspektivwechsel: Wie sieht ein soziales und politisches „Röntgenbild“ der – in der Sprache der Jugendarbeit formuliert – Gefährdeten bzw. der Problemgruppe aus? Der (ideal-)typische rechtsextrem eingestellte Jugendliche im Freistaat ist häufiger männlich als weiblich, verfügt über einen niedrigen Bildungsstatus, in der Regel auf dem Niveau der 10. Klasse, kommt weit überwiegend aus Gemeinden unter 5.000 Einwohnern, ist erwerbstätig, aber mit Sicherheit kein Student und verfügt – wie die Mehrheit seiner Altersgenossen – über keine konfessionelle Bindung.

Seine politischen und gesellschaftlichen Einstellungen lassen sich grob wie folgt charakterisieren: Er

- ist politisch eher ahnungslos,
- hat sehr autoritäre Einstellungen,
- ist stark politikverdrossen,
- ist entweder unzufriedener oder gar kein Demokrat,
- ordnet sich auf der Links-Rechts-Skala in der Mitte oder rechts davon ein,
- hat eine thüringische, öfter als seine Altersgenossen aber auch eine ostdeutsche Identität,
- betrachtet die DDR positiv, teils sogar sehr positiv,
- sieht das Pflichtbewusstsein als höchsten Wert im Leben an und
- verfügt über eine überdurchschnittliche Selbst- und Zukunftsgewissheit.

Der letzte hier aufgelistete Aspekt dieses „Röntgenbildes“ muss angesichts der Befunde in der Literatur überraschen. Namentlich die 13. Shell Jugendstudie betont die Bedeutung der vorhandenen bzw. wahrgenommenen persönlichen Perspektiven für ausländerfeindliche Einstellungen unter Jugendlichen (Jugend 2000). Ganz im Sinne des Deprivationsansatzes würde demnach gelten: Je geringer die Perspektiven, desto größer die Ausländerfeindlichkeit³⁰. Folgt man dieser Erklärung, müssten unter den Thüringer Jugendlichen diejenigen mit der größten Zukunftsgewissheit am wenigsten ausländerfeindlich sein. Sowohl für die Ausländerfeindlichkeit als auch für den Rechtsextremismus ist aber das Gegenteil richtig: Diejenigen, die der Aussage „Egal, wie sich die Welt in Zukunft verändert, ich bin sicher, dass ich immer mithalten kann“ voll und ganz unterstützen, erreichen – wenngleich mit teils geringem Abstand – den höchsten Mittelwert bei der Ausländerfeindlichkeit und den höchsten Wert auf der Rechtsextremismus-Skala.

Das oben skizzierte Profil des rechtsextremen Jugendlichen in Thüringen unterscheidet sich von dem des Erwachsenen mit entsprechenden Orientierungen nicht grundlegend, wohl aber in einigen Punkten. So sind die erwachsenen Rechtsextremen in ihrer Mehrheit weiblich. Ihren Identifikationsgegenstand bildet die Region – zwei Drittel fühlen sich als Thüringer im Vergleich zur nur relativen Mehrheit bei der Altersgruppe insgesamt – und verweist insoweit auf das reale Vorhandensein der in Kapitel IV.1 angesprochenen problematischen Ausfor-

30 In der Shell Jugendstudie wird wie in den meisten Jugendstudien lediglich die Ausländerfeindlichkeit untersucht, nicht aber der (jugendliche) Rechtsextremismus. Auf Grund des extrem starken Zusammenhangs zwischen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der vorliegenden Untersuchung scheint der Vergleich zu Jugend 2000 dennoch gerechtfertigt.

mung regionaler Identität. Wesentliche aus anderen Jugendstudien (ipos 1999, Jugend 2000, Kleinert 2000, Schumann/Winkler 1997, Sturzbecher 2001, Wahl/Tramitz/Blumtritt 2001) bekannte Zusammenhänge etwa mit der Bildung und Faktoren der Sozialisation finden sich im Jugendteil des Thüringen-Monitors 2001 bestätigt.

V. **Fazit und Ausblick**

Im Allgemeinen robust verankert, im Konkreten aber doch auch lockeres Wurzelwerk aufweisend – so lautete das Ergebnis der Studie 2000 hinsichtlich der Konsolidierung der Demokratie in Thüringen. Besorgniserregende Befunde waren vor allem im Bereich des Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit aufgefallen. Wenn in der folgenden Zusammenfassung der Blick erneut auf die Einstellungen der Thüringer zur Politik im Allgemeinen und zu einzelnen politischen Themen im Besonderen geworfen wird, so ist vorab festzuhalten, dass sich daraus Schlussfolgerungen für eine Entwicklung zum Besseren oder zum Schlechteren oder gar tagespolitisch verwertbare Erfolgs- oder Defizitbilanzen wenn überhaupt, dann nur sehr bedingt herleiten lassen. Vielmehr versteht sich das folgende Fazit als erneute Bestandsaufnahme und als ein aus neuer Perspektive vorgenommener Blick auf die Stärken, aber auch Schwächen der Verankerung des demokratischen Verfassungsstaates und eines Verfassungspatriotismus in Thüringen. Die Verschiebungen in der Perspektive wurden in der Einleitung benannt. Empirisch erhärtete Aussagen über Veränderungen lassen sich erst nach der Auswertung längerer Zeitreihen treffen, zumal Momentaufnahmen durch Umfragen, wie sie der hier vorliegenden Studie zugrunde liegen, immer auch vom wechselnden tagespolitischen Klima beeinflusst sind.

Zunächst werden die Ergebnisse der Befragung der Thüringer zu politischen Einstellungen generell ausgewertet; dabei wird auch auf Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit einzugehen sein. Danach erfolgt ein Fazit der Jugendbefragung, ebenfalls unter der in der Einleitung dargelegten Perspektive. Im Ausblick wird schließlich der vorsichtige Versuch unternommen, sich verfestigende Konstanten und mögliche Entwicklungstendenzen der politischen Kultur Thüringens – auch im Sinne weiterführender Hypothesen – zu skizzieren.

1. **Zusammenfassung der Ergebnisse zur politischen Einstellung der Thüringer**

Die politischen Einstellungen der Thüringer Bürgerinnen und Bürger zeigen, dass von einem soliden demokratischen Fundament im Freistaat auszugehen ist. Die Akzeptanz der Demokratie als Staatsform, die Demokratiezufriedenheit, das Institutionenvertrauen und die positive Bewertung der deutschen Einheit weisen die Thüringer ganz überwiegend als verfassungspatriotische Demokraten aus, die gewaltsame und illegale Interessendurchsetzung strikt ablehnen und die der Politik in kritischer Aufgeschlossenheit gegenüberstehen. Sie sehen Thüringen als ein Land mit Zukunft.

Gleichwohl sind in diesen erfreulichen Befund auch hinsichtlich der Konsolidierung der Demokratie einige Wermutstropfen zu gießen: Die Zufriedenheit mit den konkreten Erscheinungsweisen der Demokratie ist nicht nur steigerungsfähig, sondern lässt auch Defizite erkennen. Einerseits zeigt sich eine doch nicht unerhebliche Anfälligkeit für negative Einstellungen zur Demokratie bei wirtschaftlichem Abstieg oder wirtschaftlicher Erfolglosigkeit. Andererseits verrät die Einstellung gegenüber politischen Parteien – mag sie auch im Bundestrend liegen – eine Schwachstelle in der Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie, wobei die Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Parteien mit 26 Prozent sich nicht gerade als eine üppige Basis für die Rekrutierung politischer Verantwortungsträger und

eine „lebendige Verbindung zu den Interessen und Problemen der Bürger“ (Schmitt 2000: 98) darstellt.

Hinsichtlich der Partizipationsformen finden Bürgerinitiativen und Demonstrationen mehr Unterstützung als die „klassischen“ Kanäle der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Die direkte Demokratie findet in Thüringen deutlichen Anklang, wobei sich ein gewisser Zusammenhang mit Politikverdrossenheit, nicht jedoch mit Institutionenvertrauen zeigt.

Mit besonderem Interesse wurde die in der Studie des Vorjahres aufgezeigte Paradoxie aufgenommen, dass sich eine hohe Unterstützung direktdemokratischer Entscheidungsverfahren gerade auch bei denjenigen zeigt, die die politische Beurteilungskompetenz der Durchschnittsbevölkerung gering einschätzen. Dieser Befund konnte bestätigt werden. Es zeigte sich überdies, dass direkte Demokratie auch dann Anklang findet, wenn Thüringer Interessen widersprechende Ergebnisse zu erwarten wären.

Hier soll eine zumindest mögliche Deutung dieser Paradoxie angeboten werden, die – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – drei miteinander verschränkte und zusammenspielende Faktoren benennt: Erstens scheint mit Phänomenen der Politikverdrossenheit eine – oft mehr oder weniger unspezifische – Handlungserwartung einherzugehen (man könnte von einem „Es muss etwas geschehen, da kann man nichts machen“-Syndrom sprechen); zweitens werden offenbar in der Gesellschaft dominierende kurzfristige, aktionsbezogene, auf ein Thema bzw. eine Frage isolierte Handlungsmuster auch auf die Politik übertragen und treten damit die für parlamentarisch-repräsentative Demokratie typischen längerfristigen, wert- und vertrauensbezogenen und gerade die thematische Vielschichtigkeit politischer Entscheidungen bedenkenden Handlungsmuster in den Hintergrund; und drittens scheint von der Formel „direkte Demokratie“ eine Faszination auszugehen, die auf eine von der Unterhaltungsindustrie längst erkannte und genutzte erhebliche gesellschaftliche Resonanz stößt. Wie immer die Befunde im Lichte normativer Erwartungen an Bürgerbeteiligung (Dicke 2001) zu beurteilen sind – sie machen doch deutlich, dass die parlamentarisch-repräsentative Demokratie in gewisser Weise in die Defensive geraten ist. Gerade angesichts der hohen Akzeptanz der Demokratie bei den Thüringern spricht dies dafür, den im Zusammenhang des Volksbegehrens begonnenen Diskurs über Demokratie in Thüringen, verstärkt auch unter der Perspektive parlamentarisch-repräsentativer Demokratie, fortzuführen.

Was Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit angeht, so ist – in Bestätigung der Befunde des Vorjahres – zunächst festzustellen, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung entsprechende Einstellungen ablehnt. Allerdings ist im Hinblick auf die Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit begünstigenden Faktoren – ebenfalls wie im Vorjahr – auf eine doch nicht geringe Verbreitung autoritärer Einstellungen hinzuweisen, die bei denjenigen überdurchschnittlich hoch sind, die mehr gute als schlechte Seiten an der DDR sehen. Besorgniserregend allerdings ist die Akzeptanz der Unterscheidung in wertvolles und unwertes Leben (35,2 Prozent), eine bei doch 21,5 Prozent festzustellende verharmlosende Sicht des Nationalsozialismus und die Zustimmung zu einem antisemitischen Statement von 14,8 Prozent.

Welche Befunde sind – um zum Schwerpunktthema „Jugend und Politik“ überzuleiten – in der allgemeinen Umfrage bei den jüngeren Befragten aufgefallen? Das Bild scheint widersprüchlich: Einerseits scheinen Nicht-Demokraten unter Jugendlichen häufiger vertreten, andererseits scheinen die jungen Thüringerinnen und Thüringer weniger politikverdrossen. Bei ihnen ist der Einsatz für direkte Demokratie stärker. Auffallend ist auch, dass die Aussage, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten, bei

Jugendlichen mehr Anklang findet als bei älteren Generationen. Lassen sich diese Beobachtungen in der Jugendbefragung erhärten, und wie stellt sich die politische Kultur der Thüringer Jugendlichen dar?

2. Zusammenfassung der Jugendbefragung

Die Thüringer Jugend ist das Zukunftspotential des Freistaates, und wenn die Thüringer insgesamt ihr Land als ein Land mit Zukunft betrachten, dann tun sie dies mit Blick auf die Jugend des Landes mit vollem Recht. Die Thüringer Jugend strahlt Zukunftsgewissheit und Selbstvertrauen aus, sie ist lebensfroh und stellt sich gleichwohl der Verantwortung, wenn es darauf ankommt; sie ist politisch durchaus überdurchschnittlich interessiert, verfügt über das Selbstbewusstsein, politisch etwas bewegen zu können, und sie hegt dem Berufsleben gegenüber die Erwartung inhaltlicher Herausforderung ebenso wie diejenige nach sozialer Sicherheit. Das Gesamtbild ihrer Einstellungen ist in vielem ebenso jugend- wie Thüringentypisch, und doch hat die Thüringer Jugend eine durchaus eigene Identität. Wie lassen sich die Schwerpunkte ihrer Einstellungen zusammenfassen?

Zunächst zeigen die Einstellungen zu Thüringen und zu den Zukunftserwartungen eine Balance zwischen einer Verbundenheit mit dem Lande hier und der in modernen Gesellschaften unerlässlichen Mobilität und Weltoffenheit dort. Zwar würden zwei Drittel der Befragten Thüringen für einen besseren Arbeitsplatz verlassen und sind die Thüringer Jugendlichen hinsichtlich der Zukunftserwartungen etwas zurückhaltender als die Erwachsenen; eine Ausbildung im Ausland steht recht hoch im Kurs, und es fühlen sich mehr Jugendliche als Europäer als Erwachsene dies tun. Aber andererseits lässt sich ein „Sog“ in die alten Länder nicht belegen. Liest man die primäre Identifikation Jugendlicher mit Thüringen – immerhin zu 44 Prozent – politisch und interpretiert sie im Lichte des politischen Selbstbewusstseins der Thüringer Jugend – geringere Politikverdrossenheit; Erwartung etwas bewegen zu können –, dann darf man die Forderung nach stärkerer Bildungsförderung als eine politisch höchst rationale Erwartung an „ihr“ Land Thüringen verstehen.

Wie zukunftsträchtig sind die Wertorientierungen Jugendlicher? Auch hier lassen sich Balancen ausmachen: zwischen einer eher hedonistischen und einer eher verantwortungsorientierten Lebenseinstellung, zwischen inhaltlich interessanter Herausforderung und Arbeitsplatzsicherheit als Erwartungen an das Berufsleben, zwischen dem weit verbreiteten Kinderwunsch und einem differenzierten Bewusstsein von den Faktoren, die diesen Wunsch hemmen (können). Auffallend – und ein inhaltliches Kennzeichen der Identität der Thüringer Jugend – ist die besondere Wertschätzung des sozialen Nahraums wie auch das „Mitmachen“, das sich in einer überdurchschnittlich hohen Vereinsmitgliedschaft zeigt. Das Eingehen dauerhafter Verpflichtungen und Bindungen tritt jedoch hinter themenspezifischem Momentengagement zurück.

Die politischen Einstellungen wurden bereits angesprochen. Auffallend ist zunächst das im Vergleich zu anderen neuen Ländern etwas höhere politische Interesse und das durchaus vorhandene politische Selbstbewusstsein. Die Politikverdrossenheit, aber auch die Demokratiefestigkeit ist geringer als bei den Erwachsenen Thüringern. Allerdings sollte es zu denken geben, dass gerade die politisch stärker Interessierten auch die relativ stärker Politikverdrossenen sind. Bei nahezu allen politischen Einstellungen – namentlich auch der gegenüber den Erwachsenen durchgehend höheren Partizipationsbereitschaft – zeigt sich eine erhebliche Abhängigkeit vom Bildungsgrad.

Was die Vorstellungen der Jugendlichen zur Erziehung angeht, so sind bei den Jugendlichen autoritäre Einstellungen deutlich seltener als bei Erwachsenen; auch hier steigen die Werte bei positiver Einschätzung der DDR. Erfreulich ist der Befund, dass rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen in etwas geringerem Umfang zu beobachten sind als bei Erwachsenen. Als besorgniserregend ist hingegen anzusehen, dass bei den Jüngeren die Aussage, der Nationalsozialismus habe auch gute Seiten, noch mehr Zustimmung als bei den Erwachsenen erfährt. Die Detailanalyse zeigt aber auch, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Thüringer Jugend gegen stärkere Ausprägungen rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Einstellungen zureichend immunisiert sei. Wo Autoritarismus, politische Unzufriedenheit und niedriger Bildungsstand zusammenfallen, ist die Gefahr des Rechts extremismus sehr ernst zu nehmen. Auch zeigte sich, dass ein überdurchschnittliches politisches Interesse kein Hemmnis für die Entstehung rechtsradikaler Einstellungen darstellt.

Generell ist für die Bewertung der Einstellung Jugendlicher und namentlich für politische Schlussfolgerungen zu beachten, dass auch die hier zusammengefasste Untersuchung bestätigt hat, dass es „die Jugend“ als einheitliche Bevölkerungsgruppe nicht gibt. Vielmehr haben sich gerade bei den Einstellungen der Jugendlichen z.T. erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Alters, des Geschlechts, des Bildungsstandes, der Berufs- bzw. Ausbildungssituation und nicht zuletzt der ländlichen oder städtischen Herkunft gezeigt. Der analytische Bericht hat diese Unterschiede im Einzelnen dargestellt; ihnen ist die allgemeine Schlussfolgerung zu entnehmen, dass Jugendpolitik zielgruppenorientiert differenziert und spezifisch zu konzipieren ist.

Lässt man nun am Ende dieser Zusammenfassung den „erwachsenen“ Blick auf die Jugend anhand der in der allgemeinen Umfrage ermittelten Einstellungen zu Schule und Erziehung Revue passieren, ergibt sich folgendes Fazit: Mehr Verantwortung – in dieser Forderung an die Jugend sind sich die Erwachsenen einig. Fragt man freilich konkreter nach der Bereitschaft zur Rentensicherung, dann lässt die Mehrheit der Jugendlichen, die Beitragserhöhungen in Kauf nähmen, jedenfalls eine Verantwortungskluft zwischen Jung und Alt nicht erkennen. Der Schule schreiben die Erwachsenen gleichgewichtig Bildungs- und Erziehungsaufgaben zu, 90 Prozent befürworten Kopfnote, breite Bildung rangiert in der abstrakten Beurteilung vor spezifischer Berufsausbildung; zwei Drittel beurteilen die Wissensvermittlung durch die Schule positiv. Die deutliche Bevorzugung (vor allem auch) berufsqualifizierender Fächer bei der Frage, welche Fächer auf Kosten anderer stärker unterrichtet werden sollen, zeigt jedoch zweierlei: erstens scheint der Wunsch nach beruflicher Zukunftssicherheit sich auf die Imperative der modernen Wissensgesellschaft eingestellt zu haben; zweitens aber haben sich dabei die gesellschaftlichen Vorstellungen über „Bildung“ nicht unerheblich verändert: wertvermittelnde Fächer sind deutlich nachrangig bewertet, und zugleich wird die „Vermittlung von Werten“ als abstraktes Desiderat angemeldet. Hier liegt bei aller verbalen Zufriedenheit mit der Schule Stoff für eine bildungspolitische Debatte.

3. Ausblick

Die Anzahl der Nicht-Demokraten bei Jugendlichen ohne Abitur ist doppelt so hoch wie die Anzahl bei Abiturienten – dieses Detail unserer Untersuchung unterstreicht nachdrücklich die Bedeutung der Bildung gerade auch für die Konsolidierung und Stabilisierung der Demokratie. Bei den Fragen nach den Bildungsinhalten hat sich zumindest weitergehender Diskussionsbedarf gezeigt. Das hier vorgelegte Porträt der Thüringer Jugend hat diese als durchaus selbstbewussten, alles andere als gleichförmigen und insgesamt zu Zukunftshoffnungen Anlass gebenden Träger der politischen Kultur in Thüringen erwiesen. Weder ist diese Jugend mit Klischees zu begreifen noch ist sie politisch anspruchslos. Vielmehr sollte gerade ihre ausgeprägte politische Ansprechbarkeit ermutigen – auch zu einer differenzierten, dialogbereiten und auf ihre Erwartungen reagierende Jugendpolitik, nicht nur des Staates, sondern vor allem auch, wenn nicht vordringlich, der politischen Parteien.

Literatur

- Bertram, Hans (1987): *Jugend heute. Die Einstellungen der Jugend zu Familie, Beruf und Gesellschaft*, München.
- Büttner, Christian / Meyer, Bernhard (Hrsg.) (2000): *Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen*, Weinheim / München.
- Dicke, Klaus (2001): *Erwartungen der Bürger an Mitbestimmung und Beteiligung – normativ gesehen*, in: Thüringer Landtag (Hrsg.): *Demokratie lebendiger gestalten. Ettersburger Gespräche*, Erfurt, S. 93-100.
- Dicke, Klaus / Edinger, Michael / Schmitt, Karl (2000): *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106*.
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2001): *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Struktur und Ursachen rechtsextremer Einstellungen am Beispiel Thüringens*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 32 (3), S. 588-612.
- Falter, Jürgen W. (1994): *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremer Parteien im vereinigten Deutschland*, Opladen.
- Farin, Klaus (2001): *generation-kick.de. Jugendsubkulturen heute*, München.
- Gabriel, Oscar W. (2001): *Politische Orientierungen im vereinigten Deutschland: Auf dem Weg zur „Civic Culture“?*, in: Bertram, Hans / Kollmorgen, Raj (Hrsg.): *Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern*, Opladen, S. 97-129.
- Gille, Martina / Krüger, Winfried (Hrsg.) (2000): *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland*, Opladen.
- Gille, Martina / Krüger, Winfried / de Rijke, Johann (2000): *Politische Orientierungen*, in: Martina Gille / Winfried Krüger (Hrsg.): *Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland*, Opladen, S. 205-265.
- Henschel, Thomas R. (1999): *Jugend*, in: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl Rudolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*. Frankfurt a.M.
- ipos (1999): *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Dezember 1999 – Bericht* –, Mannheim.
- Jugend 2000*. 13. Shell Jugendstudie, hg. v. Deutsche Shell, 2 Bde., Opladen.
- Kleinert, Corinna (2000): *Einstellungen gegenüber Migranten*, in: Martina Gille / Winfried Krüger (Hrsg.): *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland*, Opladen, S. 355-397
- Koch, Achim / Wasmer, Martina / Schmidt, Peter (Hrsg.) (2001): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Opladen.

- Langguth, Gerd (1983): Jugend ist anders. Porträt einer jungen Generation, Freiburg i.Br.
- Lederer, Gerda / Schmidt, Peter (Hrsg.) (1995): Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993, Opladen 1995.
- Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in Deutschland: Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen, Opladen.
- Mehnert, Klaus (1976): Jugend im Zeitbruch. Woher – Wohin?, Stuttgart.
- Müller, Joachim (1997): Täterprofile. Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalt, Wiesbaden
- Münchmeier, Richard (1997): Jugend, in: Gerd Reinhold (Hrsg.): Soziologie-Lexikon, 3. Aufl., München / Wien, S. 316-319.
- Pfeiffer, Christian: Mut machen gegen rechte Gewalt, in: Süddeutsche Zeitung, 29.8.2000, S. 11.
- Schmitt, Karl (2000): Parteimitglieder in Thüringen, in: Hartmut Esser (Hrsg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Opladen, S. 91-112.
- Schumann, Siegfried / Winkler, Jürgen (Hrsg.) (1997): Jugend, Politik und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz, Frankfurt a.M.
- Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.) (2001): Jugend in Ostdeutschland. Lebenssituationen und Delinquenz, Opladen.
- Trommsdorff, Gisela / Kornadt, Hans-Joachim (2001): Innere Einheit im vereinigten Deutschland? Psychologische Prozesse beim sozialen Wandel, in: Hans Bertram / Raj Kollmorgen (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen, S. 365-387.
- Wahl, Klaus / Tramitz, Christiane / Blumentritt, Jörg (2001): Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen, Opladen.
- Willems, Helmut (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen – Täter – Konflikteskalation, Opladen.
- Willems, Helmut / Würtz, Stefanie / Eckert, Roland (1994): Analyse fremdenfeindlicher Straftäter, Bonn
- Winkler, Jürgen (1996): Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Jürgen W. Falter / Hans-Gerd Jaschke / Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (= PVS-Sonderheft 27), Opladen, S. 25-48.
- Winkler, Jürgen R. (2000): Formen und Determinanten fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deth, Jan van / Rattinger, Hans / Roller, Edeltraud (Hrsg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen, S. 359-382.

Anhang

Tabellarische Übersichten

1. Befragung der Thüringer Bevölkerung

- A 1 Thüringen - Land mit Zukunft
- A 2 Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen
- A 3 Jugendliche teilweise Ausbildung im Ausland
- A 4 Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder
- A 5 Mehr Geld für Bildung und Ausbildung in Thüringen
- A 6 Persönliche berufliche Chancen in Thüringen
- A 7 Identifikation
- A 8 Vor- oder Nachteile der Einheit
- A 9 Wirtschaftliche Lage in Thüringen
- A 10 Eigene wirtschaftliche Lage
- A 11 Zukünftige eigene finanzielle Lage
- A 12 Green-Card
- A 13 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A 14 Zufriedenheit mit der Demokratie
- A 15 Demokratie besser als andere Staatsideen?
- A 16 Vertrauen zur Bundesregierung
- A 17 Vertrauen zur Landesregierung
- A 18 Vertrauen zu den Gerichten
- A 19 Vertrauen zur Polizei
- A 20 Vertrauen zu den Kirchen
- A 21 In der Politik geht es nur um Macht
- A 22 Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
- A 23 Mich an einen Politiker wenden
- A 24 In einer politischen Partei mitarbeiten
- A 25 In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- A 26 An einer Demonstration teilnehmen

- A 27 An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 28 Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen
- A 29 Mehrheit ausreichend über politische Fragen informiert
- A 30 Volksentscheid bei wichtigen Fragen
- A 31 Wir brauchen eine starke Hand
- A 32 Gehorsam und Disziplin wichtig
- A 33 Schätzung Ausländeranteil in Thüringen
- A 34 Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen
- A 35 Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet
- A 36 Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten
- A 37 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- A 38 Der Stärkere soll sich durchsetzen
- A 39 Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen
- A 40 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
- A 41 Die Juden passen nicht zu uns
- A 42 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
- A 43 Diktatur die bessere Staatsform
- A 44 Werte im Leben
- A 45 Jugend mehr Verantwortungsbewusstsein
- A 46 Generationenbeziehungen
- A 47 Schule vermittelt Wissen für die Zukunft
- A 48 Aufgabe der Schule

2. Befragung der Thüringer Jugendlichen

- J 1 Thüringen – Land mit Zukunft
- J 2 Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen
- J 3 Jugendliche teilweise Ausbildung im Ausland
- J 4 Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder
- J 5 Mehr Geld für Bildung und Ausbildung in Thüringen
- J 6 Persönliche berufliche Chancen in Thüringen
- J 7 Identifikation
- J 8 Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche
- J 9 Partnerschaft
- J 10 Wohnsituation
- J 11 Erwerbstätigkeit
- J 12 Angst vor Arbeitslosigkeit
- J 13 Werte im Leben
- J 14 Vorbild
- J 15 Erziehungsstil der Eltern
- J 16 Erziehungsstil der Eltern übernehmen
- J 17 Generationenbeziehungen
- J 18 Zukunft der Jugend ist Älteren egal
- J 19 Motive bei der Berufswahl
- J 20 Selbstbewusstsein / Zukunftsoptimismus
- J 21 Internetnutzung
- J 22 Interesse an Politik
- J 23 Zufriedenheit mit der Demokratie
- J 24 Demokratie besser als andere Staatsideen?
- J 25 In der Politik geht es nur um Macht
- J 26 Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
- J 27 Jugendliche können Politik beeinflussen
- J 28 Mich an einen Politiker wenden
- J 29 In einer politischen Partei mitarbeiten
- J 30 In einer Bürgerinitiative mitarbeiten

- J 31 An einer Demonstration teilnehmen
- J 32 An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- J 33 Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen
- J 34 Mitgliedschaft in Organisationen
- J 35 Gewaltakzeptanz
- J 36 Wir brauchen eine starke Hand
- J 37 Gehorsam und Disziplin wichtig
- J 38 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- J 39 Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen
- J 40 Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet
- J 41 Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten
- J 42 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- J 43 Der Stärkere soll sich durchsetzen
- J 44 Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen
- J 45 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
- J 46 Die Juden passen nicht zu uns
- J 47 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
- J 48 Diktatur die bessere Staatsform

Tabelle A1**Thüringen – Land mit Zukunft**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	39	20	33	5	3	1
Geschlecht							
Männer	480	39	20	35	3	2	1
Frauen	520	39	20	31	6	4	1
Alter							
18-24 Jahre	107	24	25	44	2	4	1
25-34 Jahre	157	30	27	37	3	3	0
35-44 Jahre	200	36	22	35	6	2	0
45-59 Jahre	246	36	24	33	5	2	1
60 Jahre und älter	287	54	10	25	6	4	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	48	10	28	6	6	2
10. Klasse	442	34	20	39	5	3	1
Abitur	115	37	25	34	3	2	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	42	28	27	3	0	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	36	26	34	3	2	0
in Ausbildung	63	29	22	46	0	3	0
arbeitslos	80	28	11	42	11	5	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	50	12	26	6	5	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	31	16	46	4	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	37	28	31	3	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	40	33	26	0	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	36	38	16	2	8	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	38	20	34	4	3	1
evangelisch	250	38	21	32	6	3	0
katholisch	89	48	17	28	1	3	3

Thüringen ist ein Land mit Zukunft.

Tabelle A2**Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	26	7	12	15	31	10
Geschlecht							
Männer	480	29	6	11	16	30	8
Frauen	520	24	7	13	13	32	12
Alter							
18-24 Jahre	107	52	16	8	15	9	0
25-34 Jahre	157	33	7	12	17	31	1
35-44 Jahre	200	24	3	17	20	35	2
45-59 Jahre	246	18	3	10	17	49	3
60 Jahre und älter	287	20	8	10	8	23	30
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	23	5	9	9	33	21
10. Klasse	442	28	8	12	14	33	6
Abitur	115	41	7	12	18	20	3
(Fach-) Hochschulabschluss	207	18	6	14	19	31	11
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	24	6	12	18	38	2
in Ausbildung	63	57	13	8	18	5	0
arbeitslos	80	29	4	16	15	35	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	23	7	11	8	23	28
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	25	4	12	17	40	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	27	5	13	19	35	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	19	11	11	19	35	3
Landw./Selbst./Freiber.	50	22	4	8	14	51	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	28	7	12	13	31	10
evangelisch	250	24	6	11	17	30	12
katholisch	89	20	5	10	18	39	8

Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen.

Tabelle A3**Jugendliche teilweise Ausbildung im Ausland**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	21	16	35	11	16	1
Geschlecht							
Männer	480	21	17	34	13	15	1
Frauen	520	21	14	37	10	17	2
Alter							
18-24 Jahre	107	26	22	30	8	14	0
25-34 Jahre	157	21	16	40	12	12	0
35-44 Jahre	200	17	15	40	11	17	1
45-59 Jahre	246	21	12	41	9	17	0
60 Jahre und älter	287	22	17	26	14	17	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	19	14	27	14	23	3
10. Klasse	442	16	11	42	12	19	1
Abitur	115	31	26	29	7	6	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	29	22	35	9	4	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	20	14	40	11	14	1
in Ausbildung	63	34	24	26	5	11	0
arbeitslos	80	18	8	38	11	26	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	22	18	29	13	16	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	11	13	42	14	20	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	22	13	44	12	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	29	23	29	7	12	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	26	8	36	6	24	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	21	16	36	12	14	1
evangelisch	250	21	16	34	9	20	2
katholisch	89	21	11	38	15	16	0

Jugendliche sollten einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland verbringen.

Tabelle A4**Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	48	19	23	5	4	2
Geschlecht							
Männer	480	45	18	25	7	4	1
Frauen	520	51	19	21	4	3	3
Alter							
18-24 Jahre	107	47	17	25	9	2	0
25-34 Jahre	157	46	29	22	3	1	1
35-44 Jahre	200	44	18	26	7	5	2
45-59 Jahre	246	50	19	22	6	3	1
60 Jahre und älter	287	51	14	22	4	6	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	52	16	22	3	6	2
10. Klasse	442	49	20	20	6	4	1
Abitur	115	48	21	24	4	1	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	41	18	30	7	2	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	46	21	22	7	4	1
in Ausbildung	63	46	22	24	5	2	2
arbeitslos	80	51	15	28	3	1	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	51	15	23	2	5	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	51	17	20	9	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	48	24	19	6	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	32	25	31	9	1	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	43	18	26	6	8	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	47	20	23	6	3	1
evangelisch	250	44	15	26	6	5	3
katholisch	89	61	17	18	0	3	0

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A5**Mehr Geld für Bildung und Ausbildung in Thüringen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	56	16	23	4	2	1
Geschlecht							
Männer	480	54	16	24	4	2	1
Frauen	520	58	15	21	4	1	2
Alter							
18-24 Jahre	107	38	19	41	1	1	0
25-34 Jahre	157	49	20	24	5	1	1
35-44 Jahre	200	53	18	23	4	3	1
45-59 Jahre	246	58	13	20	5	2	2
60 Jahre und älter	287	66	12	16	2	1	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	60	12	21	3	3	2
10. Klasse	442	52	15	26	4	1	2
Abitur	115	41	22	31	3	2	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	66	17	13	3	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	53	17	23	5	1	1
in Ausbildung	63	33	16	48	2	2	0
arbeitslos	80	55	14	21	4	4	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	64	13	17	2	1	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	50	12	28	7	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	57	18	20	4	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	53	24	20	3	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	59	18	18	2	4	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	57	16	21	4	2	1
evangelisch	250	54	16	24	3	1	3
katholisch	89	54	9	31	2	2	1

Thüringen sollte mehr Geld in Bildung und Ausbildung stecken, auch wenn dadurch in allen anderen Bereichen etwas gespart werden muss.

Tabelle A6**Persönliche berufliche Chancen in Thüringen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	28	11	26	10	8	17
Geschlecht							
Männer	480	32	10	26	10	8	13
Frauen	520	24	12	26	10	8	20
Alter							
18-24 Jahre	107	8	11	42	23	16	0
25-34 Jahre	157	25	17	34	14	8	1
35-44 Jahre	200	42	13	30	10	6	1
45-59 Jahre	246	43	11	21	11	8	7
60 Jahre und älter	287	15	7	16	4	6	52
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	17	7	20	9	9	38
10. Klasse	442	30	11	29	12	10	8
Abitur	115	25	6	36	15	11	7
(Fach-) Hochschulabschluss	207	38	16	21	5	2	19
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	40	15	27	10	6	2
in Ausbildung	63	10	3	39	29	19	0
arbeitslos	80	13	4	43	17	19	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	15	7	17	6	7	49
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	34	12	29	14	10	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	40	15	29	10	3	3
höh.-leit. Ang./Beamte	87	43	19	28	3	3	2
Landw./Selbst./Freiber.	50	60	14	18	2	6	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	30	10	25	11	8	16
evangelisch	250	22	14	24	8	8	23
katholisch	89	29	10	38	8	6	9

Meine persönlichen beruflichen Chancen sehe ich in Thüringen.

Tabelle A7

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Identifikation				
		Thüringer	Ost-deutscher	Deutscher	Europäer	nichts davon / keine Angabe
Insgesamt	1000	47	15	27	10	1
Geschlecht						
Männer	480	42	14	31	12	1
Frauen	520	52	16	23	9	1
Alter						
18-24 Jahre	107	35	20	17	28	1
25-34 Jahre	157	50	17	23	9	2
35-44 Jahre	200	50	18	26	7	1
45-59 Jahre	246	49	16	26	9	0
60 Jahre und älter	287	48	9	34	9	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	60	9	26	5	0
10. Klasse	442	51	16	26	7	1
Abitur	115	31	12	28	27	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	34	20	30	16	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	49	17	25	9	0
in Ausbildung	63	29	18	16	36	2
arbeitslos	80	54	18	23	5	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	47	11	33	9	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	54	15	26	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	46	24	23	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	47	7	27	20	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	48	6	30	14	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	46	17	26	11	1
evangelisch	250	50	10	31	9	0
katholisch	89	48	14	27	11	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A8**Vor- oder Nachteile der Einheit**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	weder-noch	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	61	25	14	1
Geschlecht					
Männer	480	68	20	11	1
Frauen	520	54	30	15	1
Alter					
18-24 Jahre	107	58	28	14	0
25-34 Jahre	157	67	20	12	2
35-44 Jahre	200	65	25	11	0
45-59 Jahre	246	53	25	22	1
60 Jahre und älter	287	62	28	9	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	45	36	19	1
10. Klasse	442	60	25	15	1
Abitur	115	71	21	8	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	76	16	8	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	65	24	11	0
in Ausbildung	63	68	18	14	0
arbeitslos	80	29	31	40	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	61	27	12	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	55	29	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	67	24	9	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	82	14	5	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	66	22	12	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	57	26	17	0
evangelisch	250	66	24	8	2
katholisch	89	71	22	8	0

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A9

Wirtschaftliche Lage in Thüringen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	34	50	14	2
Geschlecht						
Männer	480	1	36	49	14	0
Frauen	520	1	32	51	14	3
Alter						
18-24 Jahre	107	1	52	34	11	2
25-34 Jahre	157	1	41	45	13	1
35-44 Jahre	200	1	33	54	13	1
45-59 Jahre	246	2	25	57	15	1
60 Jahre und älter	287	1	32	51	14	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	1	33	49	13	4
10. Klasse	442	1	34	49	16	1
Abitur	115	1	46	46	4	3
(Fach-) Hochschulabschluss	207	2	28	58	13	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	2	34	51	13	1
in Ausbildung	63	0	63	29	8	0
arbeitslos	80	0	15	65	20	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	1	33	50	14	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	1	31	52	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	1	34	52	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	5	44	43	8	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	0	28	51	18	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	1	34	51	14	1
evangelisch	250	2	34	46	14	4
katholisch	89	2	34	56	8	0

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A10

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Eigene wirtschaftliche Lage				
		sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	58	29	10	0
Geschlecht						
Männer	480	4	61	26	9	0
Frauen	520	1	55	32	12	0
Alter						
18-24 Jahre	107	4	58	31	7	0
25-34 Jahre	157	5	54	25	15	1
35-44 Jahre	200	3	60	27	10	1
45-59 Jahre	246	2	55	32	11	0
60 Jahre und älter	287	2	60	29	9	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	0	47	36	16	0
10. Klasse	442	3	54	30	12	1
Abitur	115	3	71	22	3	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	4	70	21	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	4	64	24	8	0
in Ausbildung	63	6	60	27	5	2
arbeitslos	80	0	20	53	26	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	1	56	32	11	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	3	54	31	12	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	3	66	25	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	8	77	7	7	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	8	68	22	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	3	56	29	11	0
evangelisch	250	1	63	25	11	0
katholisch	89	3	53	36	6	1

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?

Tabelle A11**Zukünftige eigene finanzielle Lage**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	verbessern	gleich bleiben	verschlechtern	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	17	57	23	3
Geschlecht					
Männer	480	20	54	22	4
Frauen	520	14	59	24	3
Alter					
18-24 Jahre	107	40	47	12	1
25-34 Jahre	157	22	62	15	1
35-44 Jahre	200	18	61	19	3
45-59 Jahre	246	14	56	26	4
60 Jahre und älter	287	8	55	32	6
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	13	54	26	7
10. Klasse	442	15	58	24	3
Abitur	115	25	59	15	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	20	55	22	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	18	59	20	2
in Ausbildung	63	35	54	11	0
arbeitslos	80	14	53	29	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	13	54	29	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	15	58	27	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	16	63	19	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	22	59	14	6
Landw./Selbst./Freiber.	50	32	50	12	6
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	19	55	23	3
evangelisch	250	13	59	24	4
katholisch	89	16	62	19	3

Und wie beurteilen Sie Ihre eigene zukünftige finanzielle Situation ? Würden Sie sagen, dass sich ihre persönliche finanzielle Situation im nächsten Jahr verbessern wird, dass sie gleich bleiben wird oder dass sie sich verschlechtern wird?

Tabelle A12
Green-Card

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	13	31	26	29	2
Geschlecht						
Männer	480	16	32	25	27	1
Frauen	520	10	30	27	30	3
Alter						
18-24 Jahre	107	13	36	29	22	0
25-34 Jahre	157	13	32	24	31	1
35-44 Jahre	200	10	33	30	28	0
45-59 Jahre	246	10	27	30	32	1
60 Jahre und älter	287	17	31	19	28	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	13	27	19	35	6
10. Klasse	442	11	28	29	31	1
Abitur	115	11	38	32	19	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	17	37	25	21	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	11	32	28	29	1
in Ausbildung	63	10	35	37	19	0
arbeitslos	80	11	28	31	30	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	18	29	19	29	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	5	34	24	36	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	13	31	30	25	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	12	35	32	22	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	20	18	26	36	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	13	29	27	30	1
evangelisch	250	14	30	26	27	4
katholisch	89	11	42	18	26	3

Um die Zukunft Deutschlands zu sichern, brauchen wir die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland.

Tabelle A13

DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	15	40	28	15	2
Geschlecht						
Männer	480	10	38	30	20	2
Frauen	520	19	43	26	11	2
Alter						
18-24 Jahre	107	11	29	40	19	1
25-34 Jahre	157	14	37	32	14	3
35-44 Jahre	200	13	44	28	14	2
45-59 Jahre	246	15	42	25	17	1
60 Jahre und älter	287	17	43	24	14	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	22	47	20	8	2
10. Klasse	442	15	44	25	16	1
Abitur	115	10	27	39	22	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	7	34	38	18	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	13	40	29	17	2
in Ausbildung	63	5	21	51	22	2
arbeitslos	80	20	49	22	9	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	18	44	24	13	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	15	43	26	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	12	44	29	13	3
höh.-leit. Ang./Beamte	87	8	28	31	29	4
Landw./Selbst./Freiber.	50	16	37	28	18	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	16	43	27	12	2
evangelisch	250	11	35	32	20	2
katholisch	89	13	39	25	24	0

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A14**Zufriedenheit mit der Demokratie**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	2	46	41	10	1
Geschlecht						
Männer	480	3	46	40	11	0
Frauen	520	2	46	42	9	2
Alter						
18-24 Jahre	107	4	44	42	9	1
25-34 Jahre	157	1	46	45	8	0
35-44 Jahre	200	1	44	44	12	1
45-59 Jahre	246	2	41	45	11	2
60 Jahre und älter	287	3	53	33	10	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	1	51	36	11	0
10. Klasse	442	1	40	45	13	1
Abitur	115	5	54	37	3	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	4	48	41	6	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	2	44	43	11	1
in Ausbildung	63	5	52	44	0	0
arbeitslos	80	0	35	51	13	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	3	51	34	10	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	2	39	49	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	1	43	44	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	3	60	35	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	2	38	34	24	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	2	45	40	11	1
evangelisch	250	2	45	46	7	1
katholisch	89	2	52	35	10	1

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A15

Demokratie besser als andere Staatsideen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	25	56	12	5	3
Geschlecht						
Männer	480	31	51	10	5	2
Frauen	520	19	59	13	4	4
Alter						
18-24 Jahre	107	22	55	17	6	0
25-34 Jahre	157	21	56	13	8	2
35-44 Jahre	200	21	62	13	4	1
45-59 Jahre	246	28	53	12	4	3
60 Jahre und älter	287	28	53	8	4	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	20	55	9	7	9
10. Klasse	442	19	56	19	5	2
Abitur	115	38	56	5	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	36	58	4	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	24	57	13	5	1
in Ausbildung	63	32	49	16	3	0
arbeitslos	80	11	61	23	4	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	28	54	7	4	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	21	55	17	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	23	62	11	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	32	51	7	7	3
Landw./Selbst./Freiber.	50	24	51	12	14	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	25	56	12	5	3
evangelisch	250	27	52	13	2	5
katholisch	89	20	62	11	7	0

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ voll und ganz zu, überwiegend zu, lehnen sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?

Tabelle A16**Vertrauen zur Bundesregierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	5	22	48	17	7	1
Geschlecht							
Männer	480	6	24	43	18	9	0
Frauen	520	3	19	54	17	6	1
Alter							
18-24 Jahre	107	2	27	41	19	12	0
25-34 Jahre	157	1	19	52	19	9	1
35-44 Jahre	200	3	22	50	17	8	0
45-59 Jahre	246	4	20	45	21	9	1
60 Jahre und älter	287	10	22	51	13	4	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	9	20	53	12	6	1
10. Klasse	442	3	18	49	18	11	1
Abitur	115	3	30	48	16	4	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	5	26	44	22	3	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	3	21	47	20	9	1
in Ausbildung	63	3	33	37	18	10	0
arbeitslos	80	3	6	61	23	8	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	9	23	51	12	4	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	2	19	49	20	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	3	23	51	17	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	6	24	43	18	8	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	2	21	25	35	17	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	4	20	50	18	8	1
evangelisch	250	5	26	46	16	7	0
katholisch	89	10	24	45	17	5	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A17**Vertrauen zur Landesregierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	6	29	48	11	5	1
Geschlecht							
Männer	480	5	29	46	14	5	1
Frauen	520	7	29	51	8	5	2
Alter							
18-24 Jahre	107	2	33	43	20	3	0
25-34 Jahre	157	2	32	52	10	3	1
35-44 Jahre	200	5	28	51	11	6	1
45-59 Jahre	246	4	29	49	11	6	2
60 Jahre und älter	287	14	26	46	8	6	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	14	22	52	3	9	1
10. Klasse	442	3	29	51	12	4	1
Abitur	115	2	40	44	12	2	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	6	32	43	14	4	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	4	30	48	11	5	1
in Ausbildung	63	0	44	41	14	0	0
arbeitslos	80	3	15	59	18	5	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	13	26	47	7	5	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	3	27	53	10	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	5	31	49	11	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	2	39	44	12	1	2
Landw./Selbst./Freiber.	50	4	26	43	16	12	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	5	26	51	12	5	2
evangelisch	250	8	32	47	6	6	1
katholisch	89	10	38	37	10	5	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A18**Vertrauen zu den Gerichten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	12	26	40	10	5	7
Geschlecht							
Männer	480	14	27	40	10	6	2
Frauen	520	10	25	39	10	5	12
Alter							
18-24 Jahre	107	19	23	44	7	5	3
25-34 Jahre	157	11	35	37	11	3	2
35-44 Jahre	200	13	38	34	7	6	3
45-59 Jahre	246	8	27	43	10	5	7
60 Jahre und älter	287	13	13	41	13	7	14
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	12	12	40	14	6	17
10. Klasse	442	13	29	40	8	7	4
Abitur	115	11	33	41	8	3	4
(Fach-) Hochschulabschluss	207	11	34	37	12	3	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	9	35	37	10	6	3
in Ausbildung	63	24	21	44	6	2	3
arbeitslos	80	14	23	41	5	6	11
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	14	14	42	13	5	13
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	11	32	38	8	7	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	11	32	40	10	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	87	6	49	34	3	3	5
Landw./Selbst./Freiber.	50	6	26	29	24	16	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	12	27	40	10	5	7
evangelisch	250	12	22	41	13	4	8
katholisch	89	14	28	34	7	11	7

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A19**Vertrauen zur Polizei**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	22	40	30	4	2	2
Geschlecht							
Männer	480	24	38	31	4	3	0
Frauen	520	20	41	30	4	1	4
Alter							
18-24 Jahre	107	20	33	33	8	5	3
25-34 Jahre	157	13	51	31	5	1	0
35-44 Jahre	200	24	40	30	5	1	1
45-59 Jahre	246	20	39	32	5	2	3
60 Jahre und älter	287	29	37	28	2	1	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	28	27	36	4	3	3
10. Klasse	442	20	43	30	3	3	1
Abitur	115	23	38	33	4	0	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	20	48	24	5	1	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	18	43	30	5	2	1
in Ausbildung	63	21	32	37	6	2	3
arbeitslos	80	19	36	37	6	1	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	30	36	28	2	2	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	16	41	33	6	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	21	42	31	3	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	15	58	22	2	0	3
Landw./Selbst./Freiber.	50	22	30	36	12	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	22	41	29	4	2	1
evangelisch	250	20	37	34	5	1	3
katholisch	89	28	33	32	2	1	3

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A20**Vertrauen zu den Kirchen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	18	28	17	20	8
Geschlecht							
Männer	480	9	21	26	17	22	6
Frauen	520	10	16	29	17	18	10
Alter							
18-24 Jahre	107	5	22	16	27	24	7
25-34 Jahre	157	3	16	29	13	31	8
35-44 Jahre	200	5	18	33	20	17	7
45-59 Jahre	246	8	19	29	16	21	8
60 Jahre und älter	287	21	18	26	13	19	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	22	17	25	10	18	9
10. Klasse	442	5	17	29	17	24	8
Abitur	115	4	20	24	29	15	9
(Fach-) Hochschulabschluss	207	9	21	31	19	16	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	541	6	19	30	18	21	6
in Ausbildung	63	5	22	11	32	21	10
arbeitslos	80	9	14	30	13	29	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	17	18	27	13	15	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	8	16	28	18	24	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	5	19	30	21	20	6
höh.-leit. Ang./Beamte	87	2	31	31	13	17	5
Landw./Selbst./Freiber.	50	14	10	32	18	18	8
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	657	3	11	25	21	28	11
evangelisch	250	22	34	32	9	2	1
katholisch	89	29	27	33	8	3	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit den Kirchen?

Tabelle A21

In der Politik geht es nur um Macht

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	40	38	14	6	2
Geschlecht						
Männer	480	42	34	16	8	1
Frauen	520	38	42	13	5	3
Alter						
18-24 Jahre	107	31	27	33	9	0
25-34 Jahre	157	38	43	13	5	1
35-44 Jahre	200	39	42	12	7	2
45-59 Jahre	246	41	42	11	4	2
60 Jahre und älter	287	44	33	12	6	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	46	31	10	7	6
10. Klasse	442	41	39	13	5	1
Abitur	115	22	40	27	11	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	40	42	15	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	39	39	15	5	2
in Ausbildung	63	24	31	34	11	0
arbeitslos	80	44	39	11	5	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	43	37	11	6	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	48	30	16	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	34	48	12	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	26	41	23	7	3
Landw./Selbst./Freiber.	50	58	28	8	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	43	36	13	6	2
evangelisch	250	36	44	14	3	3
katholisch	89	30	32	23	15	1

In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.

Tabelle A22

Parteien wollen nur Stimmen der Wähler

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	32	38	19	9	3
Geschlecht						
Männer	480	32	39	19	9	2
Frauen	520	32	37	18	9	4
Alter						
18-24 Jahre	107	27	34	29	9	1
25-34 Jahre	157	28	43	21	7	1
35-44 Jahre	200	28	46	18	8	2
45-59 Jahre	246	36	38	15	9	3
60 Jahre und älter	287	36	31	17	10	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	39	28	15	11	6
10. Klasse	442	34	43	14	6	2
Abitur	115	23	33	33	11	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	23	40	24	11	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	30	40	20	8	2
in Ausbildung	63	29	32	31	8	0
arbeitslos	80	29	55	6	6	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	35	31	16	11	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	36	38	17	7	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	25	47	22	5	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	24	32	25	17	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	44	34	14	8	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	33	37	17	10	3
evangelisch	250	32	38	19	7	4
katholisch	89	24	44	27	5	1

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle A23**Mich an Politiker wenden**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	12	44	44	1
Geschlecht					
Männer	480	14	43	43	1
Frauen	520	10	45	45	0
Alter					
18-24 Jahre	107	7	52	41	0
25-34 Jahre	157	10	41	48	1
35-44 Jahre	200	13	47	40	1
45-59 Jahre	246	15	47	38	0
60 Jahre und älter	287	11	36	52	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	8	31	60	1
10. Klasse	442	9	46	44	1
Abitur	115	11	63	25	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	22	44	35	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	13	44	42	1
in Ausbildung	63	11	65	24	0
arbeitslos	80	4	46	51	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	11	39	49	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	5	44	50	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	14	45	41	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	21	43	37	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	26	44	30	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	11	43	46	1
evangelisch	250	16	44	40	0
katholisch	89	9	48	43	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Mich an einen Politiker wenden.*

Tabelle A24**In einer politischen Partei mitarbeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	9	17	74	0
Geschlecht					
Männer	480	12	22	67	0
Frauen	520	6	13	81	0
Alter					
18-24 Jahre	107	2	23	75	0
25-34 Jahre	157	3	19	78	1
35-44 Jahre	200	9	23	68	0
45-59 Jahre	246	13	70	70	0
60 Jahre und älter	287	11	10	79	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	9	8	83	0
10. Klasse	442	8	19	73	0
Abitur	115	5	21	74	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	13	22	65	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	10	19	71	0
in Ausbildung	63	3	16	81	0
arbeitslos	80	1	24	74	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	9	12	78	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	6	15	80	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	14	19	68	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	8	27	65	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	18	24	57	2
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	8	17	75	0
evangelisch	250	9	17	75	0
katholisch	89	16	18	65	1

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
In einer politischen Partei mitarbeiten.*

Tabelle A25**In einer Bürgerinitiative mitarbeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	9	61	30	0
Geschlecht					
Männer	480	10	60	30	0
Frauen	520	7	61	31	1
Alter					
18-24 Jahre	107	6	72	22	0
25-34 Jahre	157	5	69	26	0
35-44 Jahre	200	10	66	25	0
45-59 Jahre	246	9	62	29	0
60 Jahre und älter	287	11	48	41	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	7	52	41	1
10. Klasse	442	9	62	29	0
Abitur	115	8	74	18	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	10	61	29	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	9	62	28	0
in Ausbildung	63	5	82	13	0
arbeitslos	80	5	74	21	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	10	50	40	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	7	65	28	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	9	65	25	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	8	55	35	2
Landw./Selbst./Freiber.	50	18	51	31	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	7	61	32	0
evangelisch	250	11	60	28	1
katholisch	89	10	61	29	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.*

Tabelle A26**An einer Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	15	48	36	1
Geschlecht					
Männer	480	15	46	38	0
Frauen	520	15	50	35	1
Alter					
18-24 Jahre	107	13	64	22	1
25-34 Jahre	157	18	58	24	1
35-44 Jahre	200	16	52	31	1
45-59 Jahre	246	16	49	35	0
60 Jahre und älter	287	12	33	54	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	9	37	53	0
10. Klasse	442	14	52	33	1
Abitur	115	17	60	22	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	20	46	33	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	17	52	30	1
in Ausbildung	63	11	68	21	0
arbeitslos	80	17	52	30	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	12	36	53	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	17	51	32	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	15	57	26	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	20	48	31	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	20	38	42	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	15	48	36	1
evangelisch	250	17	48	34	1
katholisch	89	7	45	47	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A27**An einer nicht genehmigten
Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	15	81	1
Geschlecht					
Männer	480	3	14	82	1
Frauen	520	3	15	80	1
Alter					
18-24 Jahre	107	8	40	50	3
25-34 Jahre	157	3	20	76	1
35-44 Jahre	200	4	16	79	2
45-59 Jahre	246	3	9	87	1
60 Jahre und älter	287	1	6	93	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	0	6	93	0
10. Klasse	442	4	15	80	1
Abitur	115	4	29	65	3
(Fach-) Hochschulabschluss	207	4	15	81	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	4	16	78	1
in Ausbildung	63	0	37	60	3
arbeitslos	80	3	15	80	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	1	7	92	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	5	14	79	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	4	14	80	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	3	21	76	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	2	22	76	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	3	15	81	1
evangelisch	250	4	14	82	0
katholisch	89	1	11	85	2

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.*

Tabelle A28**Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	7	92	0
Geschlecht					
Männer	480	0	9	90	1
Frauen	520	1	5	94	0
Alter					
18-24 Jahre	107	2	15	82	2
25-34 Jahre	157	1	10	90	0
35-44 Jahre	200	1	6	94	0
45-59 Jahre	246	1	6	93	0
60 Jahre und älter	287	0	5	95	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	0	9	90	1
10. Klasse	442	1	7	92	0
Abitur	115	0	14	84	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	0	2	98	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	1	8	91	1
in Ausbildung	63	0	13	87	0
arbeitslos	80	1	4	95	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	0	6	94	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	1	12	87	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	1	6	93	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	0	7	93	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	0	0	96	4
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	1	7	92	0
evangelisch	250	0	7	92	1
katholisch	89	0	7	93	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.

Tabelle A29**Mehrheit ausreichend über politische Fragen informiert**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	27	56	11	3
Geschlecht						
Männer	480	5	22	61	11	2
Frauen	520	2	31	52	11	4
Alter						
18-24 Jahre	107	2	26	57	13	2
25-34 Jahre	157	1	24	61	12	1
35-44 Jahre	200	2	24	63	10	1
45-59 Jahre	246	6	24	57	11	2
60 Jahre und älter	287	5	33	48	9	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	7	32	43	12	7
10. Klasse	442	3	29	55	11	2
Abitur	115	3	23	60	13	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	1	20	72	8	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	3	23	62	10	2
in Ausbildung	63	2	19	64	16	0
arbeitslos	80	8	36	41	14	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	4	32	48	11	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	5	26	57	9	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	3	25	64	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	0	21	69	10	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	2	14	64	20	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	3	26	58	10	3
evangelisch	250	5	30	52	10	3
katholisch	89	3	22	57	17	1

Was halten Sie von der Auffassung, dass die meisten Leute in Deutschland hinreichend informiert sind, um über komplizierte politische Fragen zu entscheiden?

Tabelle A30

Volksentscheid bei wichtigen Fragen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	55	30	10	3	1
Geschlecht						
Männer	480	58	24	12	5	1
Frauen	520	52	36	9	1	2
Alter						
18-24 Jahre	107	46	37	15	2	0
25-34 Jahre	157	58	31	6	4	1
35-44 Jahre	200	57	33	9	2	0
45-59 Jahre	246	53	31	10	5	1
60 Jahre und älter	287	57	24	13	3	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	58	25	11	3	4
10. Klasse	442	63	28	6	2	1
Abitur	115	46	32	19	3	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	40	39	16	6	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	55	31	9	4	0
in Ausbildung	63	41	39	16	3	0
arbeitslos	80	65	32	4	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	57	27	12	2	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	65	26	5	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	55	35	8	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	30	32	25	13	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	60	32	6	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	58	31	8	3	1
evangelisch	250	51	28	15	3	2
katholisch	89	48	28	17	7	0

Was halten Sie von der Auffassung, dass wichtige politische Fragen häufiger durch Volksentscheid entschieden werden sollten?

Tabelle A31

Wir brauchen eine starke Hand

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	42	31	15	10	2
Geschlecht						
Männer	480	43	28	16	11	2
Frauen	520	42	33	14	9	2
Alter						
18-24 Jahre	107	20	50	26	2	3
25-34 Jahre	157	32	38	18	10	3
35-44 Jahre	200	34	36	17	13	1
45-59 Jahre	246	45	26	16	11	2
60 Jahre und älter	287	60	19	8	10	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	70	17	7	3	3
10. Klasse	442	43	35	14	7	2
Abitur	115	13	49	21	13	4
(Fach-) Hochschulabschluss	207	25	27	24	23	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	36	35	16	12	2
in Ausbildung	63	16	48	27	8	2
arbeitslos	80	48	29	16	6	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	58	20	10	9	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	45	32	16	4	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	30	41	12	15	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	25	29	28	18	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	44	26	12	14	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	42	30	16	10	2
evangelisch	250	48	27	13	10	2
katholisch	89	33	44	12	11	0

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A32

Gehorsam und Disziplin wichtig

Zeilenprocente %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	35	37	17	10	1
Geschlecht						
Männer	480	34	38	18	10	1
Frauen	520	35	36	16	10	2
Alter						
18-24 Jahre	107	11	37	33	18	1
25-34 Jahre	157	20	45	19	15	1
35-44 Jahre	200	21	44	22	13	1
45-59 Jahre	246	34	41	16	9	0
60 Jahre und älter	287	62	24	7	4	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	65	22	6	3	3
10. Klasse	442	32	43	16	9	1
Abitur	115	11	40	29	20	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	20	40	23	16	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	24	45	19	11	1
in Ausbildung	63	11	29	35	25	0
arbeitslos	80	34	39	19	8	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	59	25	8	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	31	47	13	8	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	17	45	24	13	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	24	45	18	13	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	32	36	20	12	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	34	36	18	11	1
evangelisch	250	37	38	12	10	3
katholisch	89	36	42	18	5	0

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A33

Schätzung Ausländeranteil in Thüringen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Schätzung Ausländeranteil in Thüringen				weiß nicht / keine Angabe
		0-5 %	6-10 %	11-15 %	über 15 %	
Insgesamt	1000	23	24	10	34	10
Geschlecht						
Männer	480	31	29	10	23	6
Frauen	520	15	19	9	43	13
Alter						
18-24 Jahre	107	14	24	10	51	1
25-34 Jahre	157	25	22	5	45	4
35-44 Jahre	200	17	26	16	35	7
45-59 Jahre	246	27	22	11	31	10
60 Jahre und älter	287	25	26	7	23	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	20	22	6	33	20
10. Klasse	442	19	23	10	40	9
Abitur	115	24	25	10	38	3
(Fach-) Hochschulabschluss	207	34	29	14	18	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	25	24	10	34	7
in Ausbildung	63	19	23	10	47	2
arbeitslos	80	14	24	13	41	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	22	24	8	29	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	25	23	6	40	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	21	24	12	37	5
höh.-leit. Ang./Beamte	87	37	23	14	15	11
Landw./Selbst./Freiber.	50	24	36	12	22	6
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	23	25	10	34	9
evangelisch	250	25	21	10	31	13
katholisch	89	18	27	8	39	8

Was schätzen Sie, wie viel Prozent Ausländer in Thüringen leben?

Tabelle A34

Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	35	30	21	3
Geschlecht						
Männer	480	10	39	27	22	3
Frauen	520	12	32	32	21	3
Alter						
18-24 Jahre	107	11	29	20	40	0
25-34 Jahre	157	10	35	31	22	1
35-44 Jahre	200	9	41	32	18	2
45-59 Jahre	246	10	40	30	17	4
60 Jahre und älter	287	14	30	31	21	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	22	27	31	16	6
10. Klasse	442	11	40	30	17	3
Abitur	115	3	31	24	43	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	4	36	33	26	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	10	38	33	18	2
in Ausbildung	63	8	33	13	46	0
arbeitslos	80	8	51	16	19	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	14	27	32	23	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	15	40	28	16	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	5	44	35	15	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	10	24	37	29	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	20	29	31	20	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	11	36	28	22	3
evangelisch	250	13	32	35	17	3
katholisch	89	10	33	26	29	2

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A35

Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	21	27	29	21	3
Geschlecht						
Männer	480	19	23	31	26	1
Frauen	520	23	30	27	16	5
Alter						
18-24 Jahre	107	21	11	44	24	0
25-34 Jahre	157	23	25	24	25	3
35-44 Jahre	200	15	30	33	22	1
45-59 Jahre	246	20	26	32	20	2
60 Jahre und älter	287	25	32	22	16	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	33	30	21	10	7
10. Klasse	442	23	30	27	18	3
Abitur	115	8	21	40	30	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	7	20	39	33	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	19	24	32	24	2
in Ausbildung	63	19	7	45	29	0
arbeitslos	80	25	35	24	14	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	23	33	24	15	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	23	25	30	20	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	16	29	34	21	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	16	14	35	33	2
Landw./Selbst./Freiber.	50	27	16	27	31	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	20	27	29	21	2
evangelisch	250	23	28	30	14	5
katholisch	89	16	24	27	32	2

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A36

Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	13	15	26	44	2
Geschlecht						
Männer	480	8	15	24	51	1
Frauen	520	17	14	28	38	3
Alter						
18-24 Jahre	107	1	16	20	64	0
25-34 Jahre	157	9	6	25	59	1
35-44 Jahre	200	5	10	32	51	2
45-59 Jahre	246	11	19	25	42	2
60 Jahre und älter	287	26	19	26	26	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	31	20	25	21	4
10. Klasse	442	10	16	26	45	2
Abitur	115	3	13	22	61	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	3	7	30	59	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	8	13	27	51	1
in Ausbildung	63	2	9	13	77	0
arbeitslos	80	11	15	30	38	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	24	19	25	29	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	12	19	26	40	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	5	12	28	54	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	5	6	31	59	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	10	10	22	56	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	13	14	25	46	2
evangelisch	250	14	17	29	37	3
katholisch	89	6	17	23	55	0

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A37
Es gibt wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	16	18	9	54	4
Geschlecht						
Männer	480	17	15	8	59	2
Frauen	520	16	20	10	49	5
Alter						
18-24 Jahre	107	6	19	7	67	1
25-34 Jahre	157	10	12	8	69	1
35-44 Jahre	200	12	13	12	59	4
45-59 Jahre	246	20	19	8	50	3
60 Jahre und älter	287	24	22	9	40	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	31	22	9	32	7
10. Klasse	442	16	21	9	51	3
Abitur	115	5	8	11	75	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	8	10	7	73	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	14	15	9	59	3
in Ausbildung	63	3	7	10	81	0
arbeitslos	80	15	30	15	38	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	24	21	6	43	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	22	18	9	49	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	8	14	10	65	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	12	16	9	60	3
Landw./Selbst./Freiber.	50	16	8	8	67	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	16	19	9	53	4
evangelisch	250	19	17	10	51	4
katholisch	89	11	11	8	69	1

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A38

Der Stärkere soll sich durchsetzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	18	26	44	2
Geschlecht						
Männer	480	10	15	26	47	2
Frauen	520	11	20	27	41	2
Alter						
18-24 Jahre	107	2	16	34	48	1
25-34 Jahre	157	5	19	30	45	1
35-44 Jahre	200	6	20	31	43	1
45-59 Jahre	246	13	14	25	44	4
60 Jahre und älter	287	17	20	20	41	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	24	23	19	31	3
10. Klasse	442	8	19	29	43	2
Abitur	115	3	14	37	46	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	5	11	22	59	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	8	18	29	43	2
in Ausbildung	63	3	10	29	59	0
arbeitslos	80	10	19	33	37	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	17	19	18	43	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	12	22	26	38	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	6	14	33	47	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	3	20	29	41	7
Landw./Selbst./Freiber.	50	4	18	28	50	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	11	18	26	44	2
evangelisch	250	9	20	26	42	3
katholisch	89	12	12	28	46	1

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Tabelle A39

Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	26	28	23	20	3
Geschlecht						
Männer	480	27	28	21	21	2
Frauen	520	25	28	25	18	4
Alter						
18-24 Jahre	107	17	25	24	33	1
25-34 Jahre	157	24	26	27	20	3
35-44 Jahre	200	20	31	28	22	1
45-59 Jahre	246	25	35	20	17	2
60 Jahre und älter	287	36	23	19	15	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	44	24	16	9	7
10. Klasse	442	28	33	21	17	2
Abitur	115	3	27	33	35	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	14	23	30	30	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	22	31	24	21	2
in Ausbildung	63	8	30	27	35	0
arbeitslos	80	34	31	23	10	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	34	22	21	17	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	33	31	18	17	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	13	32	32	22	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	17	33	24	24	2
Landw./Selbst./Freiber.	50	32	22	20	26	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	26	28	24	20	2
evangelisch	250	29	29	22	16	4
katholisch	89	20	25	19	29	7

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle A40**Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	9	24	27	36	4
Geschlecht						
Männer	480	10	23	27	37	3
Frauen	520	9	24	26	36	6
Alter						
18-24 Jahre	107	5	16	36	42	1
25-34 Jahre	157	8	23	24	44	2
35-44 Jahre	200	6	21	31	40	3
45-59 Jahre	246	7	29	26	35	4
60 Jahre und älter	287	16	24	23	30	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	19	29	19	22	11
10. Klasse	442	10	30	27	30	4
Abitur	115	1	16	31	52	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	2	9	32	57	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	6	24	29	39	2
in Ausbildung	63	3	18	25	54	0
arbeitslos	80	7	32	33	21	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	16	23	20	33	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	11	32	25	29	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	4	20	30	44	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	5	17	37	40	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	2	18	28	49	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	9	24	28	35	3
evangelisch	250	9	23	23	37	8
katholisch	89	9	21	25	42	3

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A41**Die Juden passen nicht zu uns**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	10	18	63	6
Geschlecht						
Männer	480	4	9	17	65	4
Frauen	520	3	11	18	61	7
Alter						
18-24 Jahre	107	2	7	13	75	4
25-34 Jahre	157	1	8	15	73	4
35-44 Jahre	200	1	10	18	69	2
45-59 Jahre	246	4	8	19	63	7
60 Jahre und älter	287	8	16	19	48	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	6	18	18	47	12
10. Klasse	442	5	10	20	61	4
Abitur	115	0	7	12	79	2
(Fach-) Hochschulabschluss	207	2	4	14	78	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	2	8	19	68	4
in Ausbildung	63	3	10	6	76	5
arbeitslos	80	3	15	15	63	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	7	14	18	52	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	2	11	23	59	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	1	5	19	72	3
höh.-leit. Ang./Beamte	87	2	7	13	74	5
Landw./Selbst./Freiber.	50	4	6	14	76	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	4	10	17	63	6
evangelisch	250	5	14	19	56	6
katholisch	89	0	7	10	81	2

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A42

Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	8	13	18	57	4
Geschlecht						
Männer	480	5	11	18	62	3
Frauen	520	11	14	18	53	5
Alter						
18-24 Jahre	107	7	18	18	56	2
25-34 Jahre	157	9	17	17	55	3
35-44 Jahre	200	5	16	20	57	4
45-59 Jahre	246	6	11	18	62	4
60 Jahre und älter	287	12	8	18	57	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	19	13	15	46	7
10. Klasse	442	7	16	21	53	4
Abitur	115	2	10	15	73	1
(Fach-) Hochschulabschluss	207	1	5	18	73	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	7	13	18	60	3
in Ausbildung	63	3	15	19	63	0
arbeitslos	80	6	22	19	44	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	12	9	18	56	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	10	16	22	49	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	4	14	16	63	3
höh.-leit. Ang./Beamte	87	2	9	18	68	2
Landw./Selbst./Freiber.	50	10	10	12	67	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	8	12	16	60	4
evangelisch	250	6	14	21	51	5
katholisch	89	6	14	21	57	2

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A43**Diktatur die bessere Staatsform**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	12	21	59	4
Geschlecht						
Männer	480	5	8	20	66	2
Frauen	520	4	16	22	52	6
Alter						
18-24 Jahre	107	4	8	25	63	1
25-34 Jahre	157	3	6	29	61	1
35-44 Jahre	200	3	16	20	61	2
45-59 Jahre	246	5	14	19	58	5
60 Jahre und älter	287	6	14	18	56	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	6	15	23	48	9
10. Klasse	442	4	15	21	56	3
Abitur	115	0	6	26	68	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	5	6	17	71	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	4	12	20	62	3
in Ausbildung	63	0	5	25	70	0
arbeitslos	80	6	20	37	35	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	6	13	18	57	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	6	15	16	60	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	2	11	25	59	3
höh.-leit. Ang./Beamte	87	1	10	16	71	1
Landw./Selbst./Freiber.	50	8	10	22	59	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	4	13	21	58	4
evangelisch	250	5	11	19	61	4
katholisch	89	5	9	28	55	3

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Tabelle A44**Werte im Leben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Eigene Fähigkeiten entfalten	Pflichtbewusst sein	Das Leben genießen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	39	43	16	1
Geschlecht					
Männer	480	40	41	18	1
Frauen	520	39	45	15	2
Alter					
18-24 Jahre	107	59	5	36	0
25-34 Jahre	157	48	30	20	1
35-44 Jahre	200	49	40	10	1
45-59 Jahre	246	41	47	12	0
60 Jahre und älter	287	20	62	16	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	18	57	23	3
10. Klasse	442	39	46	15	1
Abitur	115	57	18	25	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	55	36	7	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	46	37	16	1
in Ausbildung	63	60	6	33	0
arbeitslos	80	38	54	8	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	23	58	16	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	34	41	25	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	47	39	14	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	59	26	12	3
Landw./Selbst./Freiber.	50	60	36	4	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	41	41	17	1
evangelisch	250	37	45	16	2
katholisch	89	34	51	16	0

Können Sie uns sagen, welcher der folgenden Werte in Ihrem Leben der wichtigste ist?

Tabelle A45

Jugend mehr Verantwortungsbewusstsein

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	58	33	7	2	1
Geschlecht						
Männer	480	58	31	7	3	1
Frauen	520	57	34	8	1	1
Alter						
18-24 Jahre	107	44	49	4	4	0
25-34 Jahre	157	57	36	5	1	1
35-44 Jahre	200	54	36	9	1	1
45-59 Jahre	246	63	28	6	2	1
60 Jahre und älter	287	61	27	10	2	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	64	27	7	1	0
10. Klasse	442	60	31	7	1	1
Abitur	115	46	44	5	5	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	51	37	9	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	56	35	7	2	1
in Ausbildung	63	41	49	3	6	0
arbeitslos	80	62	28	7	3	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	62	27	8	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	59	34	5	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	53	38	7	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	87	54	34	11	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	62	30	6	0	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	57	33	7	2	1
evangelisch	250	56	34	9	1	1
katholisch	89	64	24	8	5	0

Manche Leute meinen, dass die heutige Jugend mehr Pflichtgefühl und Verantwortungsbewusstsein zeigen muss.

Tabelle A46**Generationenbeziehungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Alte sollten weniger Rente erhalten	Junge sollten höhere Beiträge bezahlen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	22	41	38
Geschlecht				
Männer	480	20	45	34
Frauen	520	23	37	40
Alter				
18-24 Jahre	107	43	28	29
25-34 Jahre	157	31	34	34
35-44 Jahre	200	23	43	35
45-59 Jahre	246	17	47	36
60 Jahre und älter	287	12	42	46
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	233	14	42	44
10. Klasse	442	22	43	36
Abitur	115	31	35	34
(Fach-) Hochschulabschluss	207	24	39	37
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	541	24	42	34
in Ausbildung	63	46	24	30
arbeitslos	80	15	41	44
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	15	42	43
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	23	45	31
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	23	41	36
höh.-leit. Ang./Beamte	87	25	42	33
Landw./Selbst./Freiber.	50	22	36	42
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	657	22	41	37
evangelisch	250	21	38	41
katholisch	89	23	42	36

Immer weniger junge Menschen müssen zukünftig immer mehr alte Menschen finanzieren. Sollten dann die Alten weniger Rente erhalten oder sollten die Jungen höhere Beiträge bezahlen?

Tabelle A47
Schule vermittelt Wissen für die Zukunft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	19	39	28	8	6
Geschlecht						
Männer	480	21	32	32	10	5
Frauen	520	17	46	24	5	7
Alter						
18-24 Jahre	107	11	28	49	12	0
25-34 Jahre	157	15	40	33	11	3
35-44 Jahre	200	14	48	28	6	5
45-59 Jahre	246	18	40	26	9	8
60 Jahre und älter	287	30	36	20	5	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	35	32	19	4	10
10. Klasse	442	18	41	28	7	6
Abitur	115	11	36	35	14	3
(Fach-) Hochschulabschluss	207	8	47	33	10	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	541	14	41	32	9	4
in Ausbildung	63	13	32	39	16	0
arbeitslos	80	15	46	22	3	15
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	30	36	19	5	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	22	36	32	7	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	9	48	33	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	87	10	44	32	9	5
Landw./Selbst./Freiber.	50	16	28	34	20	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	657	18	37	30	9	7
evangelisch	250	21	45	21	6	7
katholisch	89	18	40	33	7	2

Würden Sie sagen, dass Schülern heute im Allgemeinen das Wissen vermittelt wird, das sie für ihre Zukunft brauchen?

Tabelle A48**Aufgabe der Schule**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vorbereitung auf Berufsleben	Breite Allgemeinbildung	sowohl als auch	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	18	39	42	1
Geschlecht					
Männer	480	19	42	39	0
Frauen	520	18	36	45	1
Alter					
18-24 Jahre	107	19	42	39	1
25-34 Jahre	157	19	44	40	0
35-44 Jahre	200	14	39	48	0
45-59 Jahre	246	19	39	42	0
60 Jahre und älter	287	21	35	41	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	24	31	43	3
10. Klasse	442	18	40	41	0
Abitur	115	6	50	44	0
(Fach-) Hochschulabschluss	207	17	40	43	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	541	14	42	44	0
in Ausbildung	63	18	40	42	0
arbeitslos	80	25	39	35	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	311	22	34	42	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	17	42	41	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	214	10	42	43	0
höh.-leit. Ang./Beamte	87	24	31	46	0
Landw./Selbst./Freiber.	50	8	42	50	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	657	19	39	41	1
evangelisch	250	15	38	46	1
katholisch	89	15	43	40	2

Was halten Sie für wichtiger, dass die Kinder in der Schule auf das Berufsleben vorbereitet werden, oder dass sie eine möglichst breite Allgemeinbildung bekommen?

Tabelle J1

Thüringen – Land mit Zukunft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	21	29	43	5	2	1
Geschlecht							
Männer	318	25	28	39	5	2	1
Frauen	282	16	29	48	4	2	1
Alter							
16-19 Jahre	196	20	26	44	7	3	1
20-24 Jahre	201	20	28	44	5	2	2
25-29 Jahre	195	24	33	41	1	2	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	61	25	15	53	5	3	0
10. Klasse	258	22	27	44	4	2	2
Abitur	182	15	37	41	6	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	26	29	39	2	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	207	24	27	41	4	2	1
Studium	71	28	38	32	1	0	0
Schule	137	16	28	46	8	2	0
Berufsausbildung	117	20	23	51	4	1	1
sonstiges	71	16	35	42	4	1	1
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	410	18	30	44	5	2	1
evangelisch	124	28	23	44	4	2	0
katholisch	63	27	33	35	2	2	2

Tabelle J2**Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	51	12	14	9	14	0
Geschlecht							
Männer	318	48	12	17	9	14	0
Frauen	282	55	12	11	9	13	0
Alter							
16-19 Jahre	196	61	14	13	6	6	0
20-24 Jahre	201	55	11	14	10	10	0
25-29 Jahre	195	39	10	16	12	23	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	61	53	16	13	5	13	0
10. Klasse	258	49	11	15	8	18	0
Abitur	182	54	14	10	11	10	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	54	7	20	10	10	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	207	40	9	20	12	20	0
Studium	71	58	7	13	11	11	0
Schule	137	63	16	12	4	5	0
Berufsausbildung	117	66	12	11	5	6	0
sonstiges	71	34	19	9	11	27	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	410	52	12	14	8	14	0
evangelisch	124	48	15	19	7	11	0
katholisch	63	57	7	8	16	13	0

Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen.

Tabelle J3**Jugendliche teilweise Ausbildung im Ausland**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	22	13	34	15	16	1
Geschlecht							
Männer	318	18	11	33	18	20	1
Frauen	282	26	15	35	11	12	0
Alter							
16-19 Jahre	196	20	16	36	17	11	1
20-24 Jahre	201	24	11	32	14	19	1
25-29 Jahre	195	23	12	35	14	16	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	61	5	10	37	23	26	0
10. Klasse	258	16	10	30	21	23	1
Abitur	182	29	16	38	7	10	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	37	16	34	10	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	207	19	11	34	15	21	1
Studium	71	42	16	32	6	3	1
Schule	137	23	19	33	15	10	1
Berufsausbildung	117	19	9	33	20	18	1
sonstiges	71	13	14	37	14	21	1
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	410	22	13	32	16	16	1
evangelisch	124	16	13	39	15	17	1
katholisch	63	30	11	38	10	11	0

Jugendliche sollten einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland verbringen.

Tabelle J4**Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	41	21	27	6	4	1
Geschlecht							
Männer	318	39	20	31	6	4	0
Frauen	282	43	21	23	7	4	2
Alter							
16-19 Jahre	196	37	23	22	10	5	3
20-24 Jahre	201	40	17	32	6	4	1
25-29 Jahre	195	45	23	25	3	4	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	61	40	17	32	3	7	2
10. Klasse	258	48	17	23	6	5	2
Abitur	182	40	26	22	9	2	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	27	23	42	4	4	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	207	47	20	27	2	3	0
Studium	71	36	19	31	7	6	1
Schule	137	34	25	24	11	5	2
Berufsausbildung	117	40	20	23	7	8	3
sonstiges	71	39	17	34	6	1	3
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	410	39	21	29	6	3	1
evangelisch	124	50	14	22	7	6	2
katholisch	63	37	30	21	5	8	0

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle J5

Mehr Geld für Bildung und Ausbildung in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	47	18	28	4	1	1
Geschlecht							
Männer	318	50	17	27	5	1	1
Frauen	282	44	21	29	4	1	1
Alter							
16-19 Jahre	196	51	16	25	7	1	1
20-24 Jahre	201	47	21	25	3	2	2
25-29 Jahre	195	44	18	32	4	2	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	61	43	20	36	2	0	0
10. Klasse	258	48	18	27	4	2	1
Abitur	182	49	19	25	5	2	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	47	18	29	5	1	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	207	44	19	31	3	1	1
Studium	71	58	18	21	0	1	1
Schule	137	52	19	21	7	1	1
Berufsausbildung	117	44	17	32	5	3	0
sonstiges	71	43	19	33	6	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	410	48	18	27	4	2	1
evangelisch	124	43	21	30	5	2	0
katholisch	63	53	16	27	5	0	0

Thüringen sollte mehr Geld in Bildung und Ausbildung stecken, auch wenn dadurch in allen anderen Bereichen etwas gespart werden muss.

Tabelle J6

Persönliche berufliche Chancen in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	19	11	35	20	15	1
Geschlecht							
Männer	318	22	12	35	19	12	1
Frauen	282	15	10	35	21	18	1
Alter							
16-19 Jahre	196	12	10	37	25	15	1
20-24 Jahre	201	15	7	38	18	21	1
25-29 Jahre	195	28	14	31	17	8	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	61	11	8	44	26	11	0
10. Klasse	258	27	9	30	19	14	1
Abitur	182	17	12	33	19	18	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	3	13	47	22	12	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	207	28	9	34	15	14	1
Studium	71	13	14	41	18	11	3
Schule	137	8	10	36	27	18	2
Berufsausbildung	117	17	11	31	25	16	0
sonstiges	71	21	13	37	16	13	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	410	19	8	36	20	15	1
evangelisch	124	19	16	32	22	11	0
katholisch	63	16	13	34	19	17	2

Meine persönlichen beruflichen Chancen sehe ich in Thüringen.

Tabelle J7

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Identifikation				
		Thüringer	Ost-deutscher	Deutscher	Europäer	nichts davon
Insgesamt	600	43	16	25	14	2
Geschlecht						
Männer	318	37	18	27	16	1
Frauen	282	50	13	23	12	2
Alter						
16-19 Jahre	196	44	15	25	14	2
20-24 Jahre	201	43	19	23	13	2
25-29 Jahre	195	44	13	26	16	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	57	20	21	2	0
10. Klasse	258	49	16	25	9	1
Abitur	182	38	17	23	20	2
(Fach-) Hochschulabschluss	95	28	10	31	28	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	44	19	24	11	2
Studium	71	24	20	21	33	1
Schule	137	42	13	24	19	3
Berufsausbildung	117	47	15	29	9	0
sonstiges	71	57	7	31	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	43	15	26	14	2
evangelisch	124	46	11	24	18	1
katholisch	63	41	27	19	10	3

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle J8

Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	24	36	26	12	2
Geschlecht						
Männer	318	21	34	30	13	3
Frauen	282	28	38	22	10	1
Alter						
16-19 Jahre	196	23	45	22	8	2
20-24 Jahre	201	26	37	24	10	4
25-29 Jahre	195	24	26	33	17	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	38	30	15	15	3
10. Klasse	258	34	36	22	9	0
Abitur	182	13	41	29	13	5
(Fach-) Hochschulabschluss	95	13	31	40	16	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	30	31	25	13	2
Studium	71	6	24	45	20	6
Schule	137	21	46	27	5	2
Berufsausbildung	117	27	42	15	15	1
sonstiges	71	31	34	28	6	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	25	36	27	11	2
evangelisch	124	21	38	25	14	2
katholisch	63	25	32	25	14	3

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Tabelle J9

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Partnerschaft			
		verheiratet	festе Partner-schaft	keine feste Partner-schaft	keine Angabe
Insgesamt	600	12	34	53	1
Geschlecht					
Männer	318	7	31	62	0
Frauen	282	19	37	43	1
Alter					
16-19 Jahre	196	0	20	79	2
20-24 Jahre	201	4	41	55	1
25-29 Jahre	195	31	42	28	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	21	26	51	2
10. Klasse	258	17	33	50	0
Abitur	182	4	34	61	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	10	43	47	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	24	43	33	1
Studium	71	0	41	59	0
Schule	137	0	19	80	2
Berufsausbildung	117	2	37	62	0
sonstige	71	33	24	41	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	14	33	52	1
evangelisch	124	5	38	57	0
katholisch	63	11	35	54	0

Sind Sie verheiratet, leben Sie in einer festen Partnerschaft oder leben Sie nicht in einer festen Partnerschaft?

Tabelle J10

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wohnsituation				
		Eltern	alleine	Partner	Wohnge- meinschaft	keine Angabe
Insgesamt	600	60	10	24	6	0
Geschlecht						
Männer	318	66	9	17	8	0
Frauen	282	52	11	32	5	0
Alter						
16-19 Jahre	196	96	3	1	1	1
20-24 Jahre	201	63	9	19	9	0
25-29 Jahre	195	22	17	52	9	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	62	16	20	2	0
10. Klasse	258	57	12	30	1	0
Abitur	182	70	7	19	4	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	47	7	18	28	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	34	14	47	4	0
Studium	71	39	17	10	34	0
Schule	137	98	2	1	0	0
Berufsausbildung	117	80	8	10	2	1
sonstiges	71	49	10	37	3	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	60	11	24	5	0
evangelisch	124	61	7	24	7	1
katholisch	63	57	10	22	11	0

Wohnen Sie zurzeit bei Ihren Eltern, wohnen Sie alleine, mit Ihrem Partner zusammen oder in einer Wohngemeinschaft?

Tabelle J11

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Erwerbstätigkeit				
		erwerbs-tätig	Studium	Schule	Berufs-ausbildung	sonstiges
Insgesamt	600	35	12	22	20	12
Geschlecht						
Männer	318	38	13	22	18	10
Frauen	282	31	10	23	22	14
Alter						
16-19 Jahre	196	3	1	63	30	4
20-24 Jahre	201	33	23	6	24	15
25-29 Jahre	195	67	12	0	6	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	40	0	12	32	17
10. Klasse	258	49	0	15	23	13
Abitur	182	14	17	39	21	9
(Fach-) Hochschulabschluss	95	32	41	19	1	7
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	35	12	23	18	13
evangelisch	124	36	12	23	22	7
katholisch	63	31	15	19	29	7

Was machen Sie zurzeit beruflich?

Tabelle J12**Angst vor Arbeitslosigkeit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	36	56	8
Geschlecht				
Männer	318	35	61	4
Frauen	282	38	50	13
Alter				
16-19 Jahre	196	50	45	5
20-24 Jahre	201	32	62	6
25-29 Jahre	195	27	60	13
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	61	44	43	13
10. Klasse	258	38	52	10
Abitur	182	38	58	4
(Fach-) Hochschulabschluss	95	25	70	5
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	207	36	64	0
Studium	71	23	78	0
Schule	137	55	42	3
Berufsausbildung	117	39	61	0
sonstiges	71	10	24	66
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	410	39	52	9
evangelisch	124	30	65	6
katholisch	63	34	60	7

Haben Sie persönlich Angst davor, in der nächsten Zeit oder nach Ihrer Ausbildung arbeitslos zu werden?

Tabelle J13

Werte im Leben					
Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Eigene Fähigkeiten entfalten	Pflichtbewusstsein	Das Leben genießen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	46	24	28	1
Geschlecht					
Männer	318	40	27	30	2
Frauen	282	53	20	26	1
Alter					
16-19 Jahre	196	48	20	32	0
20-24 Jahre	201	47	18	34	2
25-29 Jahre	195	45	34	20	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	36	47	18	0
10. Klasse	258	34	29	36	2
Abitur	182	59	14	26	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	63	16	21	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	39	29	28	3
Studium	71	70	7	23	0
Schule	137	48	20	32	0
Berufsausbildung	117	50	23	27	0
sonstige	71	34	34	30	3
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	49	22	28	1
evangelisch	124	44	33	22	2
katholisch	63	35	22	43	0

Können Sie uns sagen, welcher der folgenden Werte in Ihrem Leben der wichtigste ist?

Tabelle J14

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vorbild	
		ja	nein
Insgesamt	600	27	73
Geschlecht			
Männer	318	22	78
Frauen	282	33	67
Alter			
16-19 Jahre	196	28	72
20-24 Jahre	201	29	71
25-29 Jahre	195	26	74
Schulabschluss			
unter 10. Klasse	61	30	71
10. Klasse	258	25	75
Abitur	182	30	70
(Fach-) Hochschulabschluss	95	27	73
Erwerbstätigkeit			
erwerbstätig	207	25	75
Studium	71	31	69
Schule	137	27	73
Berufsausbildung	117	30	70
sonstiges	71	26	74
Religionsgemeinschaft			
keine/andere	410	27	73
evangelisch	124	25	75
katholisch	63	35	65

Haben Sie ein Vorbild, an dem Sie sich orientieren?

Tabelle J15**Erziehungsstil der Eltern**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Als Kind konnte ich meistens machen, was ich wollte	Als Kind wurde mir vorge-schrieben, was ich zu tun hatte	Als Kind konnte ich über vieles mit-bestimmen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	7	19	73	1
Geschlecht					
Männer	318	7	20	72	1
Frauen	282	7	19	75	1
Alter					
16-19 Jahre	196	8	15	77	1
20-24 Jahre	201	7	17	74	2
25-29 Jahre	195	6	24	70	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	12	18	68	2
10. Klasse	258	6	23	71	0
Abitur	182	8	13	79	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	6	19	74	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	9	22	68	1
Studium	71	6	13	80	1
Schule	137	7	18	75	0
Berufsausbildung	117	8	15	76	1
sonstige	71	1	24	73	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	8	19	73	1
evangelisch	124	7	20	71	2
katholisch	63	5	16	79	0

Wie sind Sie selbst erzogen worden?

Tabelle J16

		Erziehungsstil der Eltern übernehmen			
Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	genau so	ungefähr so	eher anders	ganz anders
Insgesamt	600	24	54	17	6
Geschlecht					
Männer	318	23	53	20	5
Frauen	282	25	55	14	7
Alter					
16-19 Jahre	196	21	54	18	7
20-24 Jahre	201	29	52	14	5
25-29 Jahre	195	21	57	16	7
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	25	40	27	8
10. Klasse	258	23	53	18	6
Abitur	182	22	61	12	6
(Fach-) Hochschulabschluss	95	26	53	15	6
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	21	56	15	8
Studium	71	39	45	14	1
Schule	137	22	56	16	7
Berufsausbildung	117	20	54	19	8
sonstige	71	24	50	23	3
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	25	52	17	7
evangelisch	124	22	60	14	4
katholisch	63	17	59	19	5

Nehmen wir an, Sie hätten Kinder: Würden Sie Ihre Kinder so erziehen, wie Ihre Eltern Sie erzogen haben? Würden Sie die Kindererziehung genauso machen wie Ihre Eltern, ungefähr so, eher anders oder ganz anders als Ihre Eltern?

Tabelle J17**Generationenbeziehungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Alte sollten weniger Rente erhalten	Junge sollten höhere Beiträge bezahlen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	33	39	28
Geschlecht				
Männer	318	35	40	25
Frauen	282	30	38	32
Alter				
16-19 Jahre	196	34	39	27
20-24 Jahre	201	38	37	25
25-29 Jahre	195	26	42	32
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	61	40	28	32
10. Klasse	258	35	37	28
Abitur	182	32	40	29
(Fach-) Hochschulabschluss	95	26	51	23
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	207	31	38	30
Studium	71	18	62	20
Schule	137	34	40	25
Berufsausbildung	117	38	32	30
sonstiges	71	39	29	33
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	410	34	37	29
evangelisch	124	35	39	26
katholisch	63	19	52	29

Immer weniger junge Menschen müssen zukünftig immer mehr alte Menschen finanzieren. Sollten dann die Alten weniger Rente erhalten oder sollten die Jungen höhere Beiträge bezahlen?

Tabelle J18**Zukunft der Jugend ist Älteren egal**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	6	23	43	25	1
Geschlecht						
Männer	318	4	21	45	29	0
Frauen	282	8	25	40	26	1
Alter						
16-19 Jahre	196	7	22	43	27	2
20-24 Jahre	201	8	23	44	25	1
25-29 Jahre	195	4	23	42	31	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	8	21	42	29	0
10. Klasse	258	9	26	36	27	1
Abitur	182	3	20	46	31	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	2	18	53	24	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	7	21	43	28	1
Studium	71	3	14	45	35	3
Schule	137	7	20	45	27	1
Berufsausbildung	117	3	30	43	22	1
sonstiges	71	6	28	35	31	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	7	24	42	27	1
evangelisch	124	7	19	45	28	0
katholisch	63	0	19	46	35	0

Die ältere Generation denkt nur an ihre eigenen Interessen, die Zukunft der Jugend ist ihnen egal

Tabelle J19**Motive bei der Berufswahl**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Eine interess-ante Aufgabe	Sichere Berufs-stellung	Hohes Einkommen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	49	39	12	0
Geschlecht					
Männer	318	42	44	14	1
Frauen	282	57	34	9	0
Alter					
16-19 Jahre	196	46	44	10	0
20-24 Jahre	201	56	30	13	1
25-29 Jahre	195	47	41	11	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	39	46	15	0
10. Klasse	258	39	47	14	0
Abitur	182	57	33	10	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	68	24	7	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	41	44	14	1
Studium	71	79	19	3	0
Schule	137	44	45	11	0
Berufsausbildung	117	48	38	14	0
sonstige	71	56	34	9	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	51	38	11	1
evangelisch	124	53	37	10	0
katholisch	63	35	49	16	0

Für die Arbeit und die Wahl des Berufs können einem unterschiedliche Dinge wichtig sein. Welches der folgenden Dinge ist oder war für Sie das wichtigste?

Tabelle J20**Selbstbewusstsein / Zukunftsoptimismus**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	19	55	23	2	1
Geschlecht						
Männer	318	22	53	20	3	2
Frauen	282	15	57	26	1	1
Alter						
16-19 Jahre	196	20	51	26	3	1
20-24 Jahre	201	15	58	23	2	3
25-29 Jahre	195	21	56	20	2	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	23	41	31	5	0
10. Klasse	258	16	58	24	2	1
Abitur	182	17	56	23	3	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	25	54	17	0	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	17	60	20	2	1
Studium	71	20	52	20	1	7
Schule	137	17	54	26	3	1
Berufsausbildung	117	19	44	35	3	0
sonstiges	71	26	61	10	1	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	20	56	23	2	0
evangelisch	124	17	52	26	3	2
katholisch	63	16	53	19	3	8

Egal, wie sich die Welt in Zukunft verändert, ich bin sicher, dass ich immer mithalten kann.

Tabelle J21

		Internetnutzung				
Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	keine	1-5 Std. pro Woche	6-10 Std. pro Woche	mehr als 10 Std. pro Woche	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	40	30	15	13	2
Geschlecht						
Männer	318	38	25	17	18	2
Frauen	282	43	36	12	7	3
Alter						
16-19 Jahre	196	41	32	13	10	4
20-24 Jahre	201	39	29	15	16	1
25-29 Jahre	195	41	30	14	14	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	72	15	8	0	5
10. Klasse	258	59	21	10	8	2
Abitur	182	17	47	17	18	2
(Fach-) Hochschulabschluss	95	14	33	26	27	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	48	22	16	13	2
Studium	71	6	54	21	20	0
Schule	137	29	36	14	16	5
Berufsausbildung	117	47	31	10	10	2
sonstiges	71	93	18	11	6	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	39	30	16	14	1
evangelisch	124	45	27	11	14	2
katholisch	63	41	36	9	8	6

Wie viele Stunden pro Woche – ungefähr – nutzen Sie das Internet?

Tabelle J22

		Interesse an Politik				
Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	gering	kein Interesse
Insgesamt	600	8	14	43	24	12
Geschlecht						
Männer	318	12	15	44	17	13
Frauen	282	3	12	42	31	12
Alter						
16-19 Jahre	196	3	13	38	31	16
20-24 Jahre	201	8	13	39	27	13
25-29 Jahre	195	12	14	51	14	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	0	2	46	28	25
10. Klasse	258	4	9	40	30	18
Abitur	182	8	22	44	21	5
(Fach-) Hochschulabschluss	95	23	19	45	9	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	9	12	46	20	14
Studium	71	23	24	41	9	3
Schule	137	5	13	37	30	15
Berufsausbildung	117	3	10	43	31	13
sonstiges	71	1	14	49	23	13
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	8	14	42	23	12
evangelisch	124	7	11	46	24	13
katholisch	63	6	17	39	25	13

Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?

Tabelle J23**Zufriedenheit mit der Demokratie**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	1	44	43	11	1
Geschlecht						
Männer	318	2	42	42	14	0
Frauen	282	0	46	44	8	2
Alter						
16-19 Jahre	196	1	57	32	8	3
20-24 Jahre	201	2	36	47	14	1
25-29 Jahre	195	0	39	49	12	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	0	45	47	8	0
10. Klasse	258	0	42	44	12	2
Abitur	182	1	49	40	10	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	4	38	45	13	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	0	37	48	15	1
Studium	71	6	47	42	4	1
Schule	137	1	58	30	9	2
Berufsausbildung	117	0	42	44	13	2
sonstiges	71	1	38	52	9	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	1	42	44	12	1
evangelisch	124	2	46	39	10	2
katholisch	63	0	48	46	6	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle J24

Demokratie besser als andere Staatsideen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll und ganz ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	18	58	18	4	2
Geschlecht						
Männer	318	21	60	13	6	1
Frauen	282	15	56	23	3	3
Alter						
16-19 Jahre	196	21	54	20	4	2
20-24 Jahre	201	13	63	17	5	2
25-29 Jahre	195	20	57	17	4	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	8	53	35	3	0
10. Klasse	258	11	58	22	5	3
Abitur	182	26	57	13	4	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	27	65	6	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	14	59	21	3	2
Studium	71	34	57	4	4	0
Schule	137	25	56	16	2	1
Berufsausbildung	117	13	62	18	5	3
sonstiges	71	10	55	25	9	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	18	58	19	5	2
evangelisch	124	19	62	14	4	2
katholisch	63	21	54	21	2	3

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ voll und ganz zu, überwiegend zu, lehnen sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?

Tabelle J25**In der Politik geht es nur um Macht**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll und ganz ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	33	43	19	4	1
Geschlecht						
Männer	318	34	43	19	3	0
Frauen	282	31	43	18	6	2
Alter						
16-19 Jahre	196	25	43	25	6	2
20-24 Jahre	201	35	43	16	6	1
25-29 Jahre	195	36	45	16	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	41	38	18	2	2
10. Klasse	258	38	41	16	5	1
Abitur	182	22	45	26	7	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	32	52	15	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	43	39	13	4	1
Studium	71	23	60	14	1	1
Schule	137	26	40	27	6	1
Berufsausbildung	117	30	42	22	5	1
sonstiges	71	28	48	18	4	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	36	42	18	4	1
evangelisch	124	26	44	24	5	2
katholisch	63	25	52	16	6	0

In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.

Tabelle J26**Parteien wollen nur Stimmen der Wähler**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll und ganz ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	24	44	23	9	1
Geschlecht						
Männer	318	26	44	20	9	0
Frauen	282	22	43	25	9	1
Alter						
16-19 Jahre	196	18	42	29	11	1
20-24 Jahre	201	23	44	24	8	1
25-29 Jahre	195	31	46	15	8	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	30	44	25	2	0
10. Klasse	258	28	38	23	11	1
Abitur	182	18	48	24	11	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	21	53	20	6	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	31	43	19	6	1
Studium	71	24	45	20	11	0
Schule	137	15	46	28	12	0
Berufsausbildung	117	23	41	25	10	1
sonstiges	71	23	45	24	9	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	26	42	25	6	1
evangelisch	124	16	42	21	15	1
katholisch	63	25	44	14	16	0

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle J27**Jugendliche können die Politik beeinflussen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll und ganz ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	33	39	22	5	0
Geschlecht						
Männer	318	34	38	22	7	0
Frauen	282	32	41	23	4	1
Alter						
16-19 Jahre	196	32	41	20	7	1
20-24 Jahre	201	28	41	27	5	0
25-29 Jahre	195	39	36	20	5	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	38	34	21	7	0
10. Klasse	258	38	37	19	6	1
Abitur	182	33	36	27	4	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	19	53	24	4	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	37	36	22	4	1
Studium	71	20	45	30	6	0
Schule	137	33	44	18	5	0
Berufsausbildung	117	29	36	27	7	1
sonstiges	71	41	39	13	7	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	33	41	22	5	0
evangelisch	124	36	35	23	7	0
katholisch	63	32	34	26	7	2

Jugendliche können die Politik beeinflussen, wenn sie wollen.

Tabelle J28**Mich an Politiker wenden**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	7	41	51	1
Geschlecht					
Männer	318	8	44	48	1
Frauen	282	6	39	54	1
Alter					
16-19 Jahre	196	7	43	49	1
20-24 Jahre	201	4	39	57	1
25-29 Jahre	195	12	43	45	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	7	42	52	0
10. Klasse	258	5	34	59	1
Abitur	182	8	49	43	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	10	48	42	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	10	37	52	1
Studium	71	9	47	44	1
Schule	137	8	46	45	2
Berufsausbildung	117	3	45	51	0
sonstiges	71	3	33	63	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	8	37	54	1
evangelisch	124	7	48	44	2
katholisch	63	2	57	42	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Mich an einen Politiker wenden.*

Tabelle J29**In einer politischen Partei mitarbeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	1	28	69	2
Geschlecht					
Männer	318	3	29	68	1
Frauen	282	0	27	70	3
Alter					
16-19 Jahre	196	2	36	60	2
20-24 Jahre	201	0	26	72	2
25-29 Jahre	195	2	23	74	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	0	15	82	3
10. Klasse	258	2	25	72	2
Abitur	182	1	32	65	2
(Fach-) Hochschulabschluss	95	1	39	60	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	1	20	76	2
Studium	71	1	44	55	0
Schule	137	2	40	57	2
Berufsausbildung	117	2	22	73	3
sonstiges	71	3	21	74	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	1	28	70	2
evangelisch	124	1	31	68	1
katholisch	63	2	27	67	5

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
In einer politischen Partei mitarbeiten.*

Tabelle J30**In einer Bürgerinitiative mitarbeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	2	71	26	1
Geschlecht					
Männer	318	3	67	29	1
Frauen	282	1	76	22	1
Alter					
16-19 Jahre	196	2	66	31	2
20-24 Jahre	201	3	78	18	2
25-29 Jahre	195	3	70	28	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	5	59	34	2
10. Klasse	258	1	67	31	1
Abitur	182	3	78	18	2
(Fach-) Hochschulabschluss	95	4	78	18	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	2	70	28	1
Studium	71	6	76	16	3
Schule	137	2	72	26	1
Berufsausbildung	117	3	68	28	1
sonstiges	71	0	73	25	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	2	72	26	1
evangelisch	124	3	71	24	2
katholisch	63	3	68	25	3

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.*

Tabelle J31**An einer Demonstration teilnehmen**

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	13	62	25	1
Geschlecht					
Männer	318	12	64	24	0
Frauen	282	15	59	25	1
Alter					
16-19 Jahre	196	11	66	23	1
20-24 Jahre	201	10	67	22	1
25-29 Jahre	195	19	52	29	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	8	47	42	3
10. Klasse	258	9	63	28	0
Abitur	182	19	63	17	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	17	62	21	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	10	56	34	1
Studium	71	24	63	13	0
Schule	137	10	72	18	0
Berufsausbildung	117	18	59	22	2
sonstiges	71	11	62	25	1
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	12	63	24	1
evangelisch	124	17	54	30	0
katholisch	63	13	70	18	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.*

Tabelle J32**An einer nicht genehmigten
Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	3	29	67	2
Geschlecht					
Männer	318	4	34	61	2
Frauen	282	1	23	74	1
Alter					
16-19 Jahre	196	1	32	67	1
20-24 Jahre	201	4	29	66	2
25-29 Jahre	195	3	27	68	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	5	15	80	0
10. Klasse	258	1	26	71	2
Abitur	182	3	34	61	2
(Fach-) Hochschulabschluss	95	4	35	60	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	4	22	72	2
Studium	71	3	45	51	1
Schule	137	1	36	63	0
Berufsausbildung	117	3	25	69	3
sonstiges	71	1	26	73	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	3	30	65	2
evangelisch	124	2	20	77	2
katholisch	63	0	38	62	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.*

Tabelle J33**Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	1	10	89	1
Geschlecht					
Männer	318	1	12	86	1
Frauen	282	0	7	91	1
Alter					
16-19 Jahre	196	2	11	86	1
20-24 Jahre	201	1	7	91	2
25-29 Jahre	195	0	12	88	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	2	16	82	0
10. Klasse	258	1	12	85	1
Abitur	182	0	7	91	2
(Fach-) Hochschulabschluss	95	0	5	95	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	1	9	90	0
Studium	71	0	4	94	1
Schule	137	1	9	88	2
Berufsausbildung	117	3	11	84	3
sonstiges	71	0	17	83	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	1	11	88	1
evangelisch	124	0	8	90	2
katholisch	63	0	8	91	2

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.*

Tabelle J34**Mitgliedschaft in Organisationen**

Prozente bezogen auf Mehrfachnennungen	Zahl der Befragten (abs.)	Sportverein	Hilfsorganisation	Sonstiges	Kein Mitglied
Insgesamt	600	34	9	22	47
Geschlecht					
Männer	318	38	9	21	46
Frauen	282	28	8	22	48
Alter					
16-19 Jahre	196	40	10	18	44
20-24 Jahre	201	28	10	18	52
25-29 Jahre	195	32	7	29	44
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	61	21	8	12	66
10. Klasse	258	31	8	23	48
Abitur	182	37	9	20	43
(Fach-) Hochschulabschluss	95	41	11	30	38
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	207	30	8	23	49
Studium	71	28	10	36	40
Schule	137	44	11	17	42
Berufsausbildung	117	33	7	20	51
sonstiges	71	30	6	18	49
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	410	31	7	18	52
evangelisch	124	42	11	27	38
katholisch	63	33	13	33	32

*Sind Sie Mitglied in (Mehrfachnennung möglich):
einem Sportverein,
einer Umwelt- oder Menschenrechtsgruppe,
einer Hilfsorganisation (z.B. Freiwillige Feuerwehr oder Rotes Kreuz),
einer Gewerkschaft,
einer kirchlichen Gruppe,
einer politischen Organisation,
einem sonstigen Verein / einer sonstigen Organisation?*

Tabelle J35

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Gewaltakzeptanz		
		volles Verständnis	ein wenig Verständnis	gar kein Verständnis
Insgesamt	600	1	25	74
Geschlecht				
Männer	318	1	33	66
Frauen	282	0	17	83
Alter				
16-19 Jahre	196	2	33	65
20-24 Jahre	201	0	25	75
25-29 Jahre	195	1	19	80
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	61	2	27	71
10. Klasse	258	2	26	72
Abitur	182	0	27	74
(Fach-) Hochschulabschluss	95	0	20	80
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	207	1	19	80
Studium	71	0	21	79
Schule	137	1	33	66
Berufsausbildung	117	1	32	67
sonstiges	71	1	23	76
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	410	1	30	69
evangelisch	124	0	16	84
katholisch	63	0	13	87

Ganz allgemein gesprochen: Wenn jemand bei Streitigkeiten Gewalt anwendet, haben Sie dann dafür volles Verständnis, ein wenig Verständnis oder gar kein Verständnis?

Tabelle J36

Wir brauchen eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	26	49	17	7	1
Geschlecht						
Männer	318	25	49	17	8	1
Frauen	282	26	50	16	7	1
Alter						
16-19 Jahre	196	21	55	14	9	1
20-24 Jahre	201	31	42	18	8	1
25-29 Jahre	195	25	51	17	6	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	31	58	8	3	0
10. Klasse	258	36	42	14	7	1
Abitur	182	17	53	19	12	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	12	57	26	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	34	46	12	6	1
Studium	71	13	36	40	11	0
Schule	137	19	55	16	9	1
Berufsausbildung	117	27	51	15	5	2
sonstiges	71	21	58	11	7	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	27	48	17	7	1
evangelisch	124	23	46	22	6	2
katholisch	63	22	63	6	9	0

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle J37**Gehorsam und Disziplin wichtig**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	17	35	27	21	0
Geschlecht						
Männer	318	18	37	26	20	0
Frauen	282	15	33	29	22	1
Alter						
16-19 Jahre	196	17	38	28	16	1
20-24 Jahre	201	20	32	27	20	1
25-29 Jahre	195	13	35	27	25	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	25	43	18	15	0
10. Klasse	258	23	37	25	16	0
Abitur	182	11	36	27	26	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	7	25	42	27	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	18	33	24	24	1
Studium	71	13	21	41	24	0
Schule	137	15	41	29	16	0
Berufsausbildung	117	19	36	25	20	1
sonstiges	71	16	41	24	20	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	18	35	27	19	0
evangelisch	124	12	32	32	23	1
katholisch	63	17	41	20	22	0

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle J38**DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	10	35	34	16	5
Geschlecht						
Männer	318	9	32	35	20	4
Frauen	282	12	38	33	11	6
Alter						
16-19 Jahre	196	11	37	29	16	8
20-24 Jahre	201	10	29	40	17	5
25-29 Jahre	195	10	40	34	14	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	13	49	26	7	5
10. Klasse	258	14	35	32	13	5
Abitur	182	6	31	38	21	4
(Fach-) Hochschulabschluss	95	7	35	37	17	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	12	40	31	14	3
Studium	71	11	18	39	30	1
Schule	137	10	35	33	14	7
Berufsausbildung	117	9	36	31	16	8
sonstiges	71	7	36	43	10	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	12	38	31	14	5
evangelisch	124	6	31	44	16	2
katholisch	63	5	25	33	28	9

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle J39

Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	13	32	34	20	2
Geschlecht						
Männer	318	13	31	33	22	2
Frauen	282	13	34	35	17	1
Alter						
16-19 Jahre	196	12	30	35	23	1
20-24 Jahre	201	16	29	33	18	3
25-29 Jahre	195	11	35	34	18	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	15	47	31	7	2
10. Klasse	258	21	35	28	16	2
Abitur	182	5	25	43	27	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	6	26	38	26	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	16	39	29	14	2
Studium	71	7	19	36	34	4
Schule	137	10	26	38	26	1
Berufsausbildung	117	14	28	42	15	1
sonstiges	71	11	45	28	16	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	15	33	32	20	1
evangelisch	124	9	26	41	22	2
katholisch	63	10	32	38	16	5

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle J40**Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet**

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	21	28	29	21	1
Geschlecht						
Männer	318	18	26	30	25	2
Frauen	282	25	30	27	17	1
Alter						
16-19 Jahre	196	15	32	31	20	2
20-24 Jahre	201	26	27	23	22	2
25-29 Jahre	195	21	25	32	22	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	27	42	23	5	3
10. Klasse	258	28	30	27	14	2
Abitur	182	14	23	34	29	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	12	22	27	39	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	30	26	23	19	1
Studium	71	6	9	30	55	1
Schule	137	16	28	36	19	1
Berufsausbildung	117	21	38	24	15	3
sonstiges	71	20	34	37	9	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	23	29	27	20	1
evangelisch	124	14	26	33	25	2
katholisch	63	19	25	30	22	3

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle J41

**Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten
heiraten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	8	12	24	54	1
Geschlecht						
Männer	318	7	14	23	55	1
Frauen	282	10	10	26	54	1
Alter						
16-19 Jahre	196	7	16	28	47	2
20-24 Jahre	201	9	11	22	56	2
25-29 Jahre	195	8	8	23	61	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	13	28	21	36	2
10. Klasse	258	12	13	21	52	1
Abitur	182	4	5	32	59	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	1	13	20	66	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	10	12	18	59	1
Studium	71	4	6	14	75	1
Schule	137	10	10	31	49	1
Berufsausbildung	117	4	16	32	46	2
sonstiges	71	10	14	27	46	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	9	13	24	52	1
evangelisch	124	5	10	24	59	2
katholisch	63	8	7	24	61	0

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle J42

Es gibt wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	14	19	15	52	1
Geschlecht						
Männer	318	13	21	16	50	1
Frauen	282	15	16	14	53	1
Alter						
16-19 Jahre	196	12	26	17	43	2
20-24 Jahre	201	15	15	15	54	1
25-29 Jahre	195	14	13	12	60	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	22	37	17	25	0
10. Klasse	258	18	21	12	48	0
Abitur	182	11	12	16	61	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	3	14	19	63	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	18	16	14	50	1
Studium	71	4	4	9	83	0
Schule	137	13	23	16	47	1
Berufsausbildung	117	13	27	15	44	3
sonstiges	71	11	20	23	47	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	15	20	14	51	1
evangelisch	124	15	14	16	54	2
katholisch	63	6	19	22	52	0

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle J43**Der Stärkere soll sich durchsetzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	9	23	36	32	1
Geschlecht						
Männer	318	11	21	36	32	1
Frauen	282	6	26	36	31	1
Alter						
16-19 Jahre	196	9	29	35	27	1
20-24 Jahre	201	7	19	38	35	1
25-29 Jahre	195	10	22	33	34	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	13	30	36	21	0
10. Klasse	258	14	27	32	27	1
Abitur	182	4	15	39	42	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	3	23	42	32	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	11	23	36	29	1
Studium	71	1	6	43	50	0
Schule	137	8	24	37	31	0
Berufsausbildung	117	9	27	35	28	1
sonstiges	71	10	34	28	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	10	23	38	29	1
evangelisch	124	5	26	32	36	1
katholisch	63	13	16	31	39	2

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Tabelle J44**Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	19	36	26	18	2
Geschlecht						
Männer	318	19	35	25	20	1
Frauen	282	18	36	27	16	4
Alter						
16-19 Jahre	196	20	35	27	16	2
20-24 Jahre	201	17	39	23	19	2
25-29 Jahre	195	20	33	26	21	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	22	40	27	10	2
10. Klasse	258	25	35	21	17	2
Abitur	182	12	37	31	19	2
(Fach-) Hochschulabschluss	95	13	33	30	25	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	22	37	19	21	2
Studium	71	6	24	34	33	3
Schule	137	19	36	28	16	2
Berufsausbildung	117	21	33	33	11	2
sonstiges	71	18	48	20	10	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	20	38	24	16	2
evangelisch	124	10	29	37	23	2
katholisch	63	29	33	16	22	0

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle J45

Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen

Zeilenprozent %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	7	22	36	33	2
Geschlecht						
Männer	318	9	23	34	33	2
Frauen	282	5	20	39	33	3
Alter						
16-19 Jahre	196	6	29	38	27	2
20-24 Jahre	201	9	23	35	31	3
25-29 Jahre	195	7	13	35	43	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	8	38	30	21	3
10. Klasse	258	10	25	35	26	4
Abitur	182	6	13	41	40	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	1	19	31	49	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	9	18	34	34	4
Studium	71	4	7	25	63	0
Schule	137	7	27	40	27	0
Berufsausbildung	117	5	27	41	24	3
sonstiges	71	9	30	37	24	1
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	8	21	37	31	3
evangelisch	124	4	25	27	42	2
katholisch	63	8	20	44	27	2

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle J46**Die Juden passen nicht zu uns**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	4	7	22	64	3
Geschlecht						
Männer	318	4	9	21	64	2
Frauen	282	4	5	23	64	5
Alter						
16-19 Jahre	196	3	9	28	58	2
20-24 Jahre	201	6	3	18	71	3
25-29 Jahre	195	2	10	22	64	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	5	13	33	41	8
10. Klasse	258	5	7	23	62	3
Abitur	182	4	3	20	71	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	1	11	16	73	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	3	7	21	64	5
Studium	71	4	9	14	73	0
Schule	137	4	7	26	62	1
Berufsausbildung	117	3	7	23	66	2
sonstiges	71	4	6	24	56	10
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	4	8	24	62	3
evangelisch	124	2	5	18	74	2
katholisch	63	5	5	24	64	3

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle J47

Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	5	22	26	45	2
Geschlecht						
Männer	318	6	19	29	45	1
Frauen	282	5	25	22	45	3
Alter						
16-19 Jahre	196	6	24	27	41	2
20-24 Jahre	201	6	23	23	46	2
25-29 Jahre	195	5	18	26	50	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	5	43	25	23	3
10. Klasse	258	8	28	25	37	2
Abitur	182	3	9	28	59	1
(Fach-) Hochschulabschluss	95	3	16	21	59	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	4	26	26	42	2
Studium	71	9	6	21	63	1
Schule	137	3	20	29	46	2
Berufsausbildung	117	8	25	25	41	2
sonstiges	71	7	23	24	44	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	6	22	25	44	2
evangelisch	124	3	16	27	52	1
katholisch	63	5	31	24	40	0

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle J48**Diktatur die bessere Staatsform**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	600	2	12	25	60	2
Geschlecht						
Männer	318	3	10	23	63	1
Frauen	282	1	15	27	56	2
Alter						
16-19 Jahre	196	2	13	29	55	2
20-24 Jahre	201	3	12	25	59	2
25-29 Jahre	195	1	12	21	66	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	61	3	26	31	39	0
10. Klasse	258	2	13	27	56	2
Abitur	182	2	8	20	70	0
(Fach-) Hochschulabschluss	95	2	8	23	65	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	207	1	15	19	64	2
Studium	71	4	6	14	76	0
Schule	137	2	11	30	56	2
Berufsausbildung	117	3	13	32	52	1
sonstiges	71	0	16	31	50	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	410	2	14	23	60	1
evangelisch	124	2	5	25	66	2
katholisch	63	0	14	35	51	0

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.